



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Standardisierte Indikatorenerhebung zur kommunalen Umsetzung der Agenda 2030

Beratungsfolge:

30.10.2018 Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Hagen legt jährlich zum 01.09. einen Bericht zur kommunalen Umsetzung der Agenda 2030 vor und verwendet dazu das standardisierte Indikatorenset für Kommunen, das von Städtetag, DIfU und Bertelsmann-Stiftung erarbeitet worden ist.

Kurzfassung

Entfällt.

Begründung

Siehe Anlage.



Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒

sind nicht betroffen

☐

sind betroffen (hierzu ist eine kurze Erläuterung abzugeben)

Kurzerläuterung:



An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
Herrn Hans-Georg Panzer

- Im Hause -

16.10.2018

Sehr geehrter Herr Panzer,

bitte nehmen Sie für die Sitzung des Umweltausschusses am 30.10.2018 gem. § 6 (1) GeschO im folgenden Vorschlag zur Tagesordnung auf:

Standardisierte Indikatorenerhebung zur kommunalen Umsetzung der Agenda 2030

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Hagen legt jährlich zum 01.09. einen Bericht zur kommunalen Umsetzung der Agenda 2030 vor und verwendet dazu das standardisierte Indikatorenset für Kommunen, das von Städtetag, DIfU und Bertelsmann-Stiftung erarbeitet worden ist.

Begründung:

Bereits im Dezember 2015 ist die Stadt Hagen dem Unterzeichnerkreis der Agenda 2030 beigetreten. Damit gehört sie zu einem weltweiten Netzwerk von Städten und Gemeinden, die sich auf die lokale Umsetzung der „Sustainable Development Goals“¹ (SDG) der UN zur nachhaltigen Entwicklung als Handlungsmaxime verpflichtet haben. Hager Aktivitäten im Rahmen der Agenda 2030 sind durchaus sichtbar, aber noch nicht als flächendeckende Querschnittsaufgabe erkennbar und insbesondere noch nicht in einem Berichtswesen erfasst. Um den Kommunen beides zu erleichtern, haben Bertelsmann-Stiftung und DIfU zusammen mit dem Städtetag, dem Städte- und Gemeindebund, dem Landkreistag und weiteren Institutionen mit Mitteln des Bundesentwicklungsministeriums eine standardisierte Indikatorensystematik erarbeitet (<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/sdg-indikatoren-fuer-kommunen/>). Diese formalisierte Erhebung macht die lokalen Maßnahmen in den

¹ Auch als Ziele der Agenda 2030 bekannt

einzelnen Handlungsfeldern leicht erfassbar und auch interkommunal vergleichbar. Die Verwendung dieses Instrumentariums erspart der Verwaltung zudem die Erarbeitung eines eigenen Berichtswesens und würde überdies davon profitieren, dass zu 35 der 49 Indikatoren unter <http://www.wegweiser-kommune.de> schon Daten für die letzten vier Jahre vorliegen.

Mit freundlichen Grüßen



Hildegund Kingreen
Ausschussmitglied

f.d.R.
Hubertus Wolzenburg
Fraktionsgeschäftsführer

Anlage im elektronischen Versand: Broschüre „SDG-Indikatoren für Kommunen“
(<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/sdg-indikatoren-fuer-kommunen/>)

SDG-Indikatoren für Kommunen

Indikatoren zur Abbildung der
Sustainable Development Goals der
Vereinten Nationen in deutschen Kommunen



SDG-Indikatoren für Kommunen

Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen

Herausgeber:	Bertelsmann Stiftung Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung Deutscher Landkreistag Deutscher Städtetag Deutscher Städte- und Gemeindebund Deutsches Institut für Urbanistik Engagement Global
Verantwortlich:	Henrik Riedel, Bertelsmann Stiftung
Bildnachweis:	AdobeStock/contrastwerkstatt; United Nations/globalgoals.org
Umschlag:	Nadine Südbrock, Bertelsmann Stiftung
Herstellung:	Petra Vollmer, Bertelsmann Stiftung
Satz:	OH Design + Medienproduktion
Autoren:	Dr. Dirk Assmann, Deutsches Institut für Urbanistik Dr. Jasmin Honold, Deutsches Institut für Urbanistik Dr. Busso Grabow, Deutsches Institut für Urbanistik Dr. Jochen Roose, Deutsches Institut für Urbanistik
Weitere Mitglieder der Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“:	Sabine Drees, Deutscher Städtetag Oliver Haubner, Bertelsmann Stiftung Dr. Torsten Mertins, Deutscher Landkreistag Antonia Milbert, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung Dr. André Müller, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung Dr. Timo Munzinger, Deutscher Städtetag Henrik Riedel, Bertelsmann Stiftung Dr. Peter Schön, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung Annette Turmann, Engagement Global Jonas Wiggers, Deutscher Städte- und Gemeindebund Dr. Stefan Wilhelmy, Engagement Global
Stand:	27. Juni 2018
Zitiervorschlag:	Assmann, Dirk, Jasmin Honold, Busso Grabow und Jochen Roose. SDG-Indikatoren für Kommunen – Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen. Hrsg. Bertelsmann Stiftung, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsches Institut für Urbanistik, Engagement Global. Gütersloh 2018.

Inhalt

1	Das Wichtigste in Kürze	4
2	Eckpunkte des Vorhabens	6
2.1	Ausgangslage	6
2.2	Zielsetzung	8
2.3	Methodik	8
2.4	Organisation	10
2.5	Zeitplan	11
2.6	Weiteres Vorgehen	11
3	Methodisches Vorgehen	16
3.1	Prüfung der Relevanz der SDGs	16
3.2	Identifikation und Beschreibung der Indikatoren	22
3.3	Erhebung und Analyse der Indikatorenwerte	38
3.4	Bereitstellung der Ergebnisse	39
4	Steckbriefe der SDG-Indikatoren	40
4.1	SDG 1 - Keine Armut	41
4.2	SDG 2 - Kein Hunger	43
4.3	SDG 3 - Gesundheit und Wohlergehen	46
4.4	SDG 4 - Hochwertige Bildung	49
4.5	SDG 5 - Geschlechtergleichstellung	52
4.6	SDG 6 - Sauberes Wasser und Sanitärversorgung	55
4.7	SDG 7 - Bezahlbare und saubere Energie	57
4.8	SDG 8 - Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum	60
4.9	SDG 9 - Industrie, Innovation und Infrastruktur	64
4.10	SDG 10 - Weniger Ungleichheiten	67
4.11	SDG 11 - Nachhaltige Städte und Gemeinden	70
4.12	SDG 12 - Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster	75
4.13	SDG 13 - Maßnahmen zum Klimaschutz	78
4.14	SDG 14 - Leben unter Wasser	79
4.15	SDG 15 - Leben an Land	80
4.16	SDG 16 - Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen	83
4.17	SDG 17 - Partnerschaften zur Erreichung der Ziele	86
5	Statistische Datenanalysen	88
5.1	Korrelationsanalyse	88
5.2	Faktorenanalyse	92
6	Anhang	96
6.1	Prüfung der Relevanz der SDGs (Übersicht – Kurzfassung)	96
6.2	Identifikation und Beschreibung der Indikatoren (Übersicht – Kurzfassung)	101
6.3	Erhebung und Analyse der Indikatorenwerte (Übersicht)	110
6.4	Bereitstellung der Ergebnisse (Handlungsanleitung)	113
6.5	Nachhaltige Entwicklungsziele für Kommunen (Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetages vom 16./17. April 2018 – 418. Sitzung in Augsburg)	114
6.6	Mitglieder und Ansprechpartner der Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“	116

1

Das Wichtigste in Kürze

Auch wenn wir es nicht ständig vor Augen haben: Die Ausgangslage in Sachen Nachhaltigkeit ist in Deutschland zur Zeit besser als je zuvor. Wir haben die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie auf Bundesebene, Nachhaltigkeitsstrategien in der Mehrzahl der Bundesländer, und immer mehr Kommunen machen sich auf den Weg, ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung und zur Umsetzung der Agenda 2030 mit den Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen zu leisten.

Nachhaltigkeit beginnt in den Kommunen – sie sind die Basis für die Umsetzung der 17 SDGs und ihrer 169 Unterziele. In den Kommunen – dort, wo die Menschen leben, arbeiten, ihre Freizeit verbringen, ihre Familien und Freunde haben – ist die Betroffenheit für Nachhaltigkeit am größten. In den Städten, Kreisen und Gemeinden wird sich letztlich entscheiden, ob nachhaltige Entwicklung ein Erfolg wird. Deshalb ist die Art und Weise, wie Kommunen das Thema Nachhaltigkeit und die Umsetzung der SDGs angehen, von zentraler Bedeutung. Folgerichtig stellt das High-level Political Forum on Sustainable Development (HLPF) der Vereinten Nationen fest: „Es sind die Städte, wo der Kampf um eine nachhaltige Entwicklung gewonnen oder verloren wird.“ Anders ausgedrückt: Es sind die Städte, in denen Fehlentwicklungen und Probleme, aber auch Erfolge – wie durch ein Brennglas – sichtbar werden.

Kaum eine Kommune, die sich derzeit mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigt, tut dies, ohne verstärkt die SDGs in den Blick zu nehmen und deren Relevanz und Beeinflussbarkeit vor Ort zu prüfen. Dies könnte nun jede Kommune für sich und alleine tun. Jede Kommune könnte z. B. selbst Indikatoren erarbeiten, um den Stand und die Entwicklung bei der Erreichung der SDGs zu erheben und zu verfolgen. Möglicher Weise ist es aber effizienter und effektiver, gemeinsam zu überprüfen und zu dokumentieren, welche Indikatoren für ein Monitoring der SDGs in deutschen Kommunen gut geeignet sind.

Diesen Weg ist die Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“ gegangen, die sich aus Vertretern der Bertelsmann Stiftung, des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städtetages, des Deutschen Städte- und Gemein-

debundes, des Deutschen Institutes für Urbanistik und Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt gebildet hat. Die vorliegende Veröffentlichung bildet das Ergebnis eines gut einjährigen, intensiven Arbeitsprozesses ab. Sie dokumentiert den aktuellen Stand der Arbeit – ohne dabei Anspruch auf Endgültigkeit oder Allgemeinverbindlichkeit zu erheben. Sie beschreibt einen qualifizierten Zwischenstand, der der praktischen Erprobung, der Diskussion und sicherlich auch der Überarbeitung bedarf.

Bei der Sammlung, Bewertung und Auswahl der vorgelegten SDG-Indikatoren wurde weitgehend auf vorhandene Indikatorenkataloge und -definitionen zurückgegriffen. Den Autoren der Publikation ist es dabei wichtig deutlich zu machen, warum und in welcher Art und Weise die (Kern-)Indikatoren entwickelt worden sind, und wie mit den ausgewählten bzw. nicht ausgewählten Indikatoren umgegangen werden sollte. Soweit als möglich werden Indikatoren vorgeschlagen, die flächendeckend verfügbar sind. Flächendeckende Verfügbarkeit bedeutet, dass die Daten auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte und teilweise auch auf Ebene der kreisangehörigen Städte und Gemeinden vorhanden sind. Es werden allerdings auch Indikatoren empfohlen, die in der Breite (noch) nicht vorliegen. Der Grund dafür: Die einzelnen SDGs sollten vor allem mit möglichst aussagekräftigen Indikatoren abgebildet werden.

Die Begründung für eine Begrenzung der Zahl ausgewählter (Kern-)Indikatoren ergibt sich daraus, dass ein überschaubarer und handhabbarer Indikatorenkatalog erarbeitet werden sollte. Und: Trotz der limitierten Zahl der ausgewählten Indikatoren war es den Autoren wichtig, dass alle 17 SDGs abgebildet werden. Dies ergibt sich aus dem Umstand, dass auch die einzelnen SDGs im Rahmen der Agenda 2030 grundsätzlich gleichberechtigt und integriert zu betrachten sind. Das Ergebnis: Im Indikatorenkatalog wurde für alle SDGs die gleiche Zielgröße von ca. drei (Kern-)Indikatoren angestrebt.

Diese Zielgröße wurde jedoch für einzelne, aus kommunaler Sicht besonders wichtige SDGs bewusst überschritten. SDG Nr. 11 beispielsweise wird durch fünf Indikatoren repräsentiert. Für andere SDGs wurde die Zielgröße aufgrund einer eher untergeordneten Bedeutung für die Kommunen oder

aufgrund eines Mangels an verfügbaren bzw. passenden Indikatoren auch unterschritten. Wenn möglich, wurden Indikatoren dabei nicht nur einem, sondern mehreren SDGs zugeordnet. Durch diese Mehrfachzuordnung können die einzelnen SDGs – bei einer begrenzten Gesamtzahl an Indikatoren – so differenziert wie möglich abgebildet werden.

Wenn einzelne SDGs oder relevante, kommunale Aufgabebereiche noch nicht umfassend abgebildet sind, so nehmen wir dies als Auftrag für die weitere Arbeit an. Dies gilt z. B. für den Bereich der kommunalen Entwicklungspolitik und die SDGs, für die deutsche Kommunen durch eine verstärkte Übernahme von globaler Verantwortung wertvolle Beiträge leisten können. Auf diese „Baustelle“ wollen und werden wir bei der weiteren Entwicklung der SDG-Indikatoren ein besonderes Augenmerk legen.

In jedem Fall möchten wir betonen: Der vorliegende Katalog an SDG-Indikatoren ist (nur) ein erster Vorschlag seitens der Projektträger. Jede Kommune kann, soll und muss auf Basis der jeweiligen Rahmenbedingungen und Schwerpunktsetzungen vor Ort selbst entscheiden, welche Indikatoren zur Abbildung des jeweiligen Beitrags zu den SDGs am besten geeignet sind. Unser Baukasten ermöglicht es, jederzeit Indikatoren wegzulassen, zu verändern oder zu ergänzen. Die umfassenden Indikatorensteckbriefe können hierfür eine Arbeitshilfe sein.

Um die Identifikation anderer oder weiterer Indikatoren durch die Kommunen zu erleichtern, finden in unserer Veröffentlichung nicht nur die ausgewählten (Kern-)Indikatoren Erwähnung, sondern auch alle weiteren, prinzipiell gut geeigneten Indikatoren. Wir veröffentlichen einen konsolidierten Zwischenstand, der eine stetige Weiterentwicklung unserer (Vor-)Auswahl an Indikatoren auf Basis praktischer Erprobungen vorsieht.

Unser Wunsch ist, dass mit den SDG-Indikatoren vor Ort gearbeitet wird. Wir werden diese Arbeit begleiten und evaluieren, um den konkreten Bedarf für eine Weiterentwicklung zusammen zu tragen. Ihre Anregungen und Ihr Feedback sind uns deshalb mehr als willkommen!

Unser Dank gilt allen Kommunen und Fachexperten, die dazu beigetragen haben, dass diese Publikation erscheinen konnte und, so hoffen wir, als praxistaugliches Werkzeug einen Beitrag zur Umsetzung der SDGs in den deutschen Kommunen leisten und somit eine nachhaltige Entwicklung insgesamt unterstützt wird.

Wir freuen uns sehr, dass das Präsidium des Deutschen Städtetages den Mitgliedsstädten ein indikatorengestütztes Monitoring der SDGs – auf Basis der SDG-Indikatoren für Kommunen – empfiehlt (siehe Anhang 6.5: Nachhaltige Entwicklungsziele für Kommunen (Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetages vom 16./17. April 2018 – 418. Sitzung in Augsburg)).

2

Eckpunkte des Vorhabens

2.1 Ausgangslage

Die Vereinten Nationen haben 2015 im Rahmen der Agenda 2030 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) verabschiedet. Die Bundesregierung hat sich bei der Weiterentwicklung der Nationalen zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie im Jahr 2017 systematisch an den insgesamt 17 SDGs orientiert. Darüber hinaus hat auch ein Großteil der Bundesländer Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt oder weiterentwickelt, die zumindest zum Teil auf die SDGs ausgerichtet sind. Schließlich arbeitet eine wachsende Zahl deutscher Kommunen an Nachhaltigkeitskonzepten, mit denen ein Beitrag zur Umsetzung der internationalen Nachhaltigkeitsziele geleistet werden soll.

Um den Stand der nachhaltigen Entwicklung im Hinblick auf die Agenda 2030 abbilden zu können, haben die Vereinten Nationen im Jahr 2016 Vorschläge für Indikatoren veröffentlicht. 2017 ist auch für die Europäische Union ein SDG-Indikatorenkatalog vorgelegt worden. Die Indikatorenkataloge der Vereinten Nationen und der Europäischen Union sollen als Basis für ein Monitoring der SDG-Umsetzung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene eingesetzt werden. Bei der Verwendung der auf supranationaler Ebene entwickelten Indikatorenkataloge ist jedoch zu berücksichtigen, dass zum einen nicht alle 17 SDGs und 169 Unterziele in allen Ländern und auf allen staatlichen Ebenen gleich relevant sind, und dass zum anderen nicht für alle Indikatoren flächendeckend belastbare Daten zur Verfügung stehen.

Exkurs:

Überblick über internationale Prozesse einer nachhaltigen Entwicklung

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen

Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (VN) und die Überprüfung der Entwicklungen durch Indikatoren stellen auch einen Handlungsrahmen für deutsche Kommunen dar.

So unterstützen beispielsweise der Rat der Gemeinden und Regionen Europas / Deutsche Sektion (RGRE) und der Deutsche Städtetag (DST) gemeinsam die Entwicklungsziele der

VN und schlagen ihren Mitgliedern vor, sich für ausgewählte Ziele der Agenda auf lokaler Ebene zu engagieren. Die Muster-Resolution „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ wurde inzwischen von mehr als 70 Mitgliedskommunen unterzeichnet, die dazu von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global intensiv beraten und vernetzt werden. Damit haben Kommunen ihre Bereitschaft signalisiert, kommunale Strategien für ein Nachhaltigkeitsmanagement zu verfolgen, globale Partnerschaften zu vertiefen, sich an Maßnahmen zur Bekämpfung der negativen Folgen des Klimawandels zu beteiligen oder einen besseren Zugang zu bezahlbarer nachhaltiger Energie zu schaffen – um nur einige Beispiele zu nennen.

Alle Zeichnungskommunen, die Modellkommunen des Projektes „Global Nachhaltige Kommune“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global sowie die am Projekt „Monitor Nachhaltige Kommune“ der Bertelsmann Stiftung beteiligten Städte, Kreise und Gemeinden wurden in das Vorhaben „SDG-Indikatoren für Kommunen“ einbezogen und zu gemeinsamen Diskussionsveranstaltungen eingeladen. Dabei sollen nicht nur die Ziele der VN auf kommunaler Ebene mit Leben gefüllt werden. Es geht auch darum, die Nachhaltigkeitserfolge deutscher Kommunen sichtbar zu machen, indem sie in nationale, europäische und internationale Nachhaltigkeitsberichte einfließen. Der Relevanzcheck sowie die Identifikation geeigneter Indikatoren wurden auf deutsche Kommunen ausgerichtet. Allerdings ist die Methode grundsätzlich auch auf andere Staaten übertragbar.

Das Vorhaben wurde im Interministeriellen Arbeitskreis „Nachhaltige Stadtentwicklung in nationaler und internationaler Perspektive“ (IMA Stadt) behandelt, und es ist eingeflossen in das internationale Peer Review zur „Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie“. Auch der Weltverband „United Cities and Local Governments“ (UCLG) stellt das deutsche Projekt in seinem Weltbericht zur Umsetzung der SDGs auf lokaler Ebene für die VN vor. Das Vorhaben „SDG-Indikatoren für Kommunen“ ist zwischenzeitlich außerdem eine offizielle Initiative des „Klimagipfel der lokalen und regionalen Entscheidungsträger“ im Rahmen der COP 23 geworden, die im November 2017 in Bonn stattgefunden hat. Schließlich

wurde das Vorhaben auf europäischen und internationalen Veranstaltungen, wie z. B. auf dem World Urban Forum (WUF) in Kuala Lumpur im Februar 2018, präsentiert.

Die Neue Urbane Agenda von Quito

Die Entwicklungsziele der Agenda 2030 werden ebenfalls im Rahmen weiterer internationaler Agenden der VN vertieft. Eine bedeutende Durchführungskonferenz für den Bereich Stadtentwicklung und Umsetzung des Stadtziels 11 war die Habitat III-Konferenz der Vereinten Nationen, die nur alle 20 Jahre stattfindet, zuletzt 2016 in Quito / Ecuador. Dabei wurde die sogenannte „Neue Urbane Agenda“ (NUA) verabschiedet. Die NUA beinhaltet kein selbständiges Indikatoren- oder Monitoringsystem, sondern bezieht sich ebenfalls auf die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 und ihre Überprüfungsmechanismen. Die NUA und der sie begleitende „Quito Implementation Plan“ sollen weltweit Maßstäbe für die Erreichung nachhaltiger Stadtentwicklung setzen. Erstmals wurden Städte als Akteure der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 anerkannt, und die Folgen der Urbanisierung wurden auf die politische Agenda gesetzt. Die NUA beinhaltet – neben vielen pauschal beschriebenen Visionen oder bereits etablierten Standards im globalen Norden – auch zahlreiche, für deutsche Kommunen innovative Ideen und Ansätze, wie z. B. das Ziel eines „Zugangs zu Wohnraum für Alle“ oder die Diskussion um die Nutzbarmachung von planungsbedingten Bodenwertsteigerungen für die Allgemeinheit. Ein relevanter Innovationswert ergibt sich auch durch den mobilitätspolitischen Paradigmenwechsel. So wie die Habitat III-Konferenz Ziele der Agenda 2030 umsetzen will, werden die Ergebnisse von Habitat III und die Empfehlungen der NUA im Rahmen des alle zwei Jahre stattfindenden World Urban Forum (WUF) behandelt. „Städte 2030, Städte für alle: Umsetzung der Neuen Urbanen Agenda“ lautete der Titel des 9. World Urban Forums (WUF 9), das dieses Jahr vom 7. bis 13.02.2018 in Kuala Lumpur stattgefunden hat. Auch im Rahmen des WUF standen die Umsetzung der SDGs und Überprüfungsmechanismen durch Indikatoren im Vordergrund. Über die Implementierung von Nachhaltigkeits-, Klima- und Urbanisierungszielen hinaus sind die Kommunen auch in der Verantwortung, sich international im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu engagieren. Knapp 700 deutsche Städte, Kreise und Gemeinden nutzen

Angebote der vom BMZ beauftragten Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), deren Finanzierungsinstrumente sowie Beratungs- bzw. Vernetzungsangebote und sind in der kommunalen Entwicklungspolitik aktiv; darüber hinaus bietet die internationale Städteplattform „Connective Cities“ zusätzliche Formate für kommunalen Fachaustausch zur nachhaltigen Stadtentwicklung.

Weltklimagipfel in Bonn / COP 23

Auch die Ziele der Weltklimakonferenzen sind mit den klimapolitischen Zielen der Agenda 2030 eng verzahnt. Vom 6. bis 17. November 2017 trafen sich in Bonn Verhandlungsgruppen aus 195 Staaten, um an der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens von 2015 zu arbeiten. In diesem Abkommen haben sich alle Staaten der Erde erstens dazu verpflichtet, den Anstieg der Erdtemperatur auf deutlich unter 2 Grad zu begrenzen und sich anzustrengen, auch die 1,5 Grad-Grenze nicht zu überschreiten. Zweitens wollen sie die Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit gegenüber den unvermeidbaren Folgen des Klimawandels stärken. Drittens sollen die Finanzflüsse der Weltwirtschaft in Richtung einer klimafreundlichen Wirtschafts- und Lebensweise umgelenkt werden. Ziel des „Klimagipfels der lokalen und regionalen Entscheidungsträger“ am 12. November 2017 war es, die bedeutende Rolle der Kommunen und Regionen zur Erreichung der Klimaziele herauszustellen. Städte haben eine besondere Rolle, insbesondere bei der Dekarbonisierung des Energiesektors und der Sektoren Gebäude und Verkehr. Auch hier geht es darum, die Erfolge der Kommunen mit Nachhaltigkeitsindikatoren zu erfassen und sie in die nationale Berichterstattung zu integrieren. In der gemeinsam verabschiedeten Resolution bekannten sich über 1.000 kommunale und regionale Führungskräfte aus 86 Ländern, die insgesamt 804 Millionen Menschen repräsentieren, dazu, die Ziele des Pariser Abkommens in den jeweiligen Rechtsordnungen umzusetzen. Wenn diese Selbstverpflichtungen gänzlich erfüllt werden, führen sie zu einer Verringerung von 5,6 Gigatonnen CO₂-Äquivalent (GtCO₂e) bis 2020 und 26,8 GtCO₂e bis 2050. Dies würde dem Stand der CO₂-Emissionen von 1990 entsprechen.

2.2 Zielsetzung

Das Ziel des Vorhabens „SDG-Indikatoren für Kommunen“ ist es, geeignete Indikatoren zur Abbildung der SDG-Umsetzung auf kommunaler Ebene in Deutschland zu identifizieren und entsprechende Daten bereitzustellen.

Zur Identifizierung von geeigneten Indikatoren gehört die Sammlung, Bewertung und Auswahl von Indikatoren für die auf kommunaler Ebene relevanten Unter- und Teilziele der 17 SDGs. Im Ergebnis soll ein ebenso handlungsleitendes (steuerungsrelevantes) wie handhabbares (überschaubares) Indikatorenset zur Abbildung aller SDGs auf kommunaler Ebene erarbeitet werden. Grundsätzlich werden im Rahmen des Vorhabens Indikatoren aus vorhandenen Zusammenstellungen herangezogen; nur in Ausnahmefällen, d. h. wenn für relevante Unter- und Teilziele in den recherchierten Quellen bisher keine geeigneten Indikatoren vorliegen, werden neue Indikatoren vorgeschlagen.

Die Bereitstellung der Daten erfolgt – soweit als möglich – für alle Städte und Gemeinden über 5.000 Einwohner sowie alle Kreise, wobei die Indikatoren i. d. R. auch in kleineren Städten und Gemeinden verwendet werden können. Für die Gewinnung der Daten wird möglichst auf die amtliche Statistik zurückgegriffen; ggf. müssen aber auch Daten aus anderen Quellen herangezogen werden.

Der vorgeschlagene SDG-Indikatorenkatalog soll in erster Linie Indikatoren enthalten, die qualitativ gut geeignet und flächendeckend gut verfügbar sind (Indikatoren vom Typ I). Möglich ist jedoch auch, dass qualitativ (sehr) gut geeignete Indikatoren in den vorgeschlagenen Katalog aufgenommen werden, die (noch) nicht flächendeckend auf kommunaler Ebene verfügbar sind (Indikatoren vom Typ II). Die entsprechenden Daten können somit vorerst nicht bereitgestellt werden und müssten von den Kommunen selbst erhoben werden. Über die Benennung der Indikatoren vom Typ II sollen auch Anregungen für die weitere Entwicklung der amtlichen Statistik gegeben werden.

In jedem Fall hat der bereitgestellte SDG-Indikatorenkatalog „Vorschlagscharakter“: Die einzelne Kommune entscheidet eigenständig, welche Indikatoren sie vor dem Hintergrund

der örtlichen Rahmenbedingungen und auf Basis der strategischen Schwerpunktsetzungen (z. B. Familienstadt, Grüne Stadt, Faire Stadt, etc.) zur Abbildung der SDG-Umsetzung verwenden möchte. Denkbar und möglich ist daher, dass die vorgeschlagenen 47 SDG-(Kern-)Indikatoren geändert, gestrichen oder ergänzt werden. Für mögliche Ergänzungen enthält die Publikation bereits zahlreiche Anregungen. So haben wir im Anhang ca. 150 weitere Indikatoren aufgelistet, die grundsätzlich ebenfalls für ein SDG-Monitoring herangezogen werden können. Insgesamt betrachtet übernimmt der Katalog an SDG-Indikatoren daher für die einzelnen Städte, Kreise und Gemeinden eine Baukastenfunktion.

Generell soll der Einsatz der Indikatoren vor allem dazu beitragen, das Nachhaltigkeitsmanagement in der einzelnen Kommune im Hinblick auf die Umsetzung der Agenda 2030 bzw. der SDGs möglichst wirkungsorientiert zu gestalten.

2.3 Methodik

Das methodische Vorgehen zur Entwicklung und Bereitstellung von SDG-Indikatoren für Kommunen kann grob in vier Phasen gegliedert werden. Eine ausführliche Beschreibung dieser vier Phasen findet sich in Kapitel 3.

Phase 1: Prüfung der Relevanz der SDGs (Kapitel 3.1)

Der Relevanz-Check basierte auf der Überlegung, dass (auch) die deutschen Kommunen eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Agenda 2030 bzw. der SDGs übernehmen – und dies nicht nur bei SDG 11, welches sich konkret auf die Rolle von Städten bezieht, sondern grundsätzlich bei allen SDGs. Allerdings besteht das Ziel des Vorhabens „SDG-Indikatoren für Kommunen“ auch darin, einen überschaubaren und somit handhabbaren SDG-Indikatorenkatalog zu entwickeln. Aus diesem Grund wurde ein Fokus auf solche Unterziele und Einzelaussagen in den Unterzielen (bzw. Teilzielen) gelegt, die wesentliche Probleme oder Herausforderungen auf kommunaler Ebene in Deutschland ansprechen.

Im Einzelnen gliederte sich der Relevanz-Check in drei Schritte: Im ersten Schritt wurden die Unterziele ggf. in einzelne Aussagen (Teilziele) unterteilt, um eine möglichst sorgfältige

„Diese Agenda ist ein Aktionsplan für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand.“ (Agenda 2030)

und auch nachvollziehbare Prüfung der Relevanz für deutsche Kommunen zu ermöglichen. Im zweiten Schritt wurde geprüft, ob durch das jeweilige Unter- bzw. Teilziel ein wesentliches Problem für deutsche Kommunen angesprochen wird (Problem-Check). Im dritten Schritt wurde untersucht, ob mithilfe kommunaler Aufgaben ein Beitrag zur Erreichung des untersuchten Unter- bzw. Teilziels geleistet werden kann (Aufgaben-Check). Nur Unter- bzw. Teilziele, die als problem- und aufgabenrelevant eingeschätzt worden sind, wurden in den folgenden Phasen weiter bearbeitet.

Phase 2: Identifikation und Beschreibung der Indikatoren (Kapitel 3.2)

Die Identifikation der Indikatoren erfolgte insgesamt in drei Schritten. In einem ersten Schritt wurden ausgewählte Nachhaltigkeits-Indikatoren-Sets herangezogen, um die darin enthaltenen Indikatoren den als relevant eingestuften Unter- bzw. Teilzielen zuzuordnen. Neben bereits vorhandenen Indikatoren wurden auch Indikatoren berücksichtigt und den als relevant eingestuften Unter- und Teilzielen zugewiesen, die sich in keinem der herangezogenen Nachhaltigkeits-Indikatoren-Sets fanden. Hierzu erfolgte eine ausführliche Recherche verfügbarer Datensätze in verschiedenen Datenbanken (z. B. Regionaldatenbank Deutschland, INKAR-Datenbank des BBSR und Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung). Um die Qualität der gesammelten Indikatoren besser einschätzen zu können, wurden im zweiten Schritt alle Indikatoren nach den vier Kriterien Validität, Datenverfügbarkeit, Datenqualität und Funktion bewertet. Auf Basis dieser Bewertungen konnten Indikatoren vom Typ I bzw. II identifiziert werden, welche sich für ein kommunales SDG-Monitoring besonders gut eignen. Die Auswahl der Kernindikatoren für den vorgeschlagenen SDG-Indikatorenkatalog (Schritt 3) erfolgte auf Basis der Indikatoren vom Typ I und II. Die Auswahl orientierte sich an inhaltlichen Fragestellungen, wie z. B., ob der Indikator zur Abbildung des gesamten SDGs und ggf. auch anderer SDGs dienen kann.

Für die ausgewählten Kernindikatoren des vorgeschlagenen SDG-Indikatorenkatalogs wurden anschließend ausführliche Beschreibungen in Form von Steckbriefen angefertigt. Diese Steckbriefe sind in Kapitel 4 dieser Publikation enthalten.

Phase III: Erhebung und Analyse der Indikatorenwerte (Kapitel 3.3)

Für die ausgewählten Kernindikatoren vom Typ I wurden im Folgenden Daten erhoben und analysiert. Die Datenerhebung erstreckte sich i. d. R. auf alle Städte und Gemeinden über 5.000 Einwohner sowie alle Kreise. Zum Teil konnten die Daten allerdings nur für die Kreise und die kreisfreien Städte, nicht jedoch auch für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden erhoben werden. Die Daten wurden, sofern möglich, ab dem Jahr 2006 ermittelt.

Um ein besseres Verständnis für die Zusammenhänge der ausgewählten Kernindikatoren untereinander zu erhalten, wurden multivariate Analysen (Korrelationsanalyse und Faktorenanalyse) für alle Kernindikatoren vom Typ I durchgeführt. Die Auswertung erfolgte exemplarisch für das Jahr 2014 auf Kreis-Ebene (siehe Kapitel 5).

Phase IV: Bereitstellung der Ergebnisse (Kapitel 3.4)

Die Ergebnisse des Vorhabens „SDG-Indikatoren für Kommunen“ werden über die vorliegende Publikation sowie über das Internet bereitgestellt.

In der vorliegenden Publikation werden die Eckpunkte des Vorhabens, die methodische Vorgehensweise, die Steckbriefe der ausgewählten Indikatoren sowie die Ergebnisse der statistischen Datenanalysen dargestellt. Über die Homepage des Projektes „Monitor Nachhaltige Kommune“ der Bertelsmann Stiftung (www.monitor-nachhaltige-kommune.de) werden die vorliegende Publikation als PDF sowie einzelne Inhalte der Publikation (Indikatorenkataloge, Steckbriefe, Anhänge, etc.) als Excel- bzw. Word-Dokument zur Verfügung gestellt. Die Daten zu den qualitativ gut geeigneten und flächendeckend gut verfügbaren Indikatoren, d. h. zu den Indikatoren vom Typ I, können dem Portal „Wegweiser Kommune“ der Bertelsmann Stiftung (www.wegweiser-kommune.de) entnommen werden. Zu einem späteren Zeitpunkt sollen die Typ I-Indikatoren auch auf der Datenbank „INKAR“ des BBSR (www.inkar.de) eingestellt werden.

Zur Aktualisierung der SDG-Indikatoren für Kommunen können die o. g. Phasen in gleicher, aber gestraffter Form durchlaufen werden.

2.4 Organisation

Zur Organisation des Vorhabens „SDG-Indikatoren für Kommunen“ wurden eine Arbeitsgruppe eingesetzt und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt. Darüber hinaus wurden die Zwischenergebnisse im Beirat des Projektes „Monitor Nachhaltige Kommune“ diskutiert. Im Folgenden werden die Adressaten und die Aufgaben der einzelnen Gremien bzw. Formate kurz skizziert:

Arbeitsgruppe

Mitglieder der Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“ waren die Bertelsmann Stiftung, das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), der Deutsche Landkreistag (DLT), der Deutsche Städtetag (DST), der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB), das Deutsche Institut für Urbanistik und Enagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW).

Die Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe wurde wie folgt geregelt: Die Bertelsmann Stiftung beauftragte das Difu im Rahmen ihres von der SKEW geförderten Projektes „Monitor Nachhaltige Kommune“ mit der federführenden Erarbeitung des methodischen Vorgehens zur Entwicklung und Bereitstellung der Indikatoren sowie dessen Umsetzung. Die Förderung des Monitor-Projektes durch die SKEW bezieht sich auf die Skalierung und Evaluierung der Projektergebnisse (siehe auch Kapitel 2.6). Vor den Sitzungen der Arbeitsgruppe wurden Entwurfsfassungen zu den einzelnen Arbeitspaketen durch das Difu erstellt, an die übrigen Mitglieder der Arbeitsgruppe verschickt, von diesen geprüft und ggf. kommentiert. In den vom DST moderierten Sitzungen wurden die Entwurfsfassungen besprochen. Nach den Sitzungen wurden sie durch das Difu überarbeitet und für die Diskussionsveranstaltungen aufbereitet.

Diskussionsveranstaltungen

Die Diskussionsveranstaltungen richteten sich an die Zeichnungskommunen der Musterresolution des Deutschen Städtetages und des Rates der Gemeinden und Regionen Europas zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, an die Modellkommunen der landesspezifischen Projekte „Global Nachhaltige Kommune“ der SKEW sowie an die am Projekt „Monitor Nachhaltige Kommune“ der Bertelsmann Stiftung beteiligten Städte, Kreise und Gemeinden. Darüber hinaus nahmen Vertreter der Mitglieder der Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“ sowie weitere Fachexperten an den Diskussionsveranstaltungen teil.

Die Diskussionsveranstaltungen wurden von der Bertelsmann Stiftung organisiert und von IKU_DIE DIALOGGESTALTER moderiert. In den Veranstaltungen wurden die (Zwischen-)Ergebnisse der Arbeitsgruppe zur Diskussion gestellt. Das Feedback der Teilnehmer wurde bei der Weiterentwicklung der Arbeitsergebnisse durch das Difu berücksichtigt. Die überarbeiteten Unterlagen wurden dem Projektbeirat vorgelegt.

Projektbeirat „Monitor Nachhaltige Kommune“

Dem Projektbeirat gehörten Vertreter der Städte und Kreise, die am Projekt „Monitor Nachhaltige Kommune“ der Bertelsmann Stiftung beteiligt sind (Stadt Arnsberg, Stadt Freiburg i. Brsg., Stadt Geestland, Stadt Münster, Stadt Wernigerode sowie Landkreis Cochem-Zell und Kreis Lippe), Vertreter der kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund), des Deutschen Institutes für Urbanistik (Difu), des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global, des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE), der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW) sowie weitere Fachexperten an.

Der Projektbeirat gab Rückmeldungen zu den nach den Diskussionsveranstaltungen erzielten Arbeitsergebnissen. Die Rückmeldungen wurden bei der Finalisierung der Arbeitsergebnisse durch das Difu berücksichtigt.

„Alle Länder und alle Interessenträger werden diesen Plan in kooperativer Partnerschaft umsetzen.“ (Agenda 2030)

Nr.	Gremium / Format	Thema	Ort	Termin
1	Arbeitsgruppensitzung	Prüfung der Relevanz der SDGs	Köln	07.06.2017
2	Diskussionsveranstaltung	Prüfung der Relevanz der SDGs	Hannover	26.06.2017
3	Projektbeiratssitzung	Prüfung der Relevanz der SDGs	Berlin	30.06.2017
4	Arbeitsgruppensitzung	Identifikation der Indikatoren	Köln	21.09.2017
5	Diskussionsveranstaltung	Identifikation der Indikatoren	Hannover	10.10.2017
6	Projektbeiratssitzung	Identifikation der Indikatoren	Berlin	07.11.2017
7	Arbeitsgruppensitzung	Beschreibung der Indikatoren / Erhebung der Daten	Köln	30.01.2018
8	Arbeitsgruppensitzung	Diskussion des Manuskriptes der Publikation	Köln	25.04.2018

2.5 Zeitplan

Das Vorhaben „SDG-Indikatoren für Kommunen“ startete offiziell Anfang Mai 2017. Der oben stehenden Tabelle können die Termine und Themen der in Kapitel 2.4 beschriebenen Gremien bzw. Formate entnommen werden.

Im Anschluss an die Sitzung der Arbeitsgruppe Ende Januar 2018 erfolgte die (weitere) Erhebung der Daten, die Analyse der Daten und die Einstellung der Daten auf der Plattform „Wegweiser Kommune“. Parallel dazu wurde die vorliegende Publikation erstellt. Nach der Freischaltung der Daten und der Veröffentlichung der Publikation ist eine regelmäßige (jährliche) Fortschreibung der SDG-Indikatoren – zunächst bis 2020 – geplant.

2.6 Weiteres Vorgehen

Der von Anfang Mai 2017 bis Ende April 2018 entwickelte Katalog an SDG-Indikatoren wird in ausgewählten Kommunen erprobt, auf seine praktische Eignung hin untersucht („evaluiert“) und – auf Basis der Ergebnisse, aber auch ausgehend von konzeptionellen Überlegungen – weiterentwickelt.

Weiterentwicklung

Mit dem vorliegenden Indikatorenkatalog wurden zahlreiche Datenquellen systematisch für eine quantitative Vermessung der SDGs nutzbar gemacht. Das Ergebnis ist ein umfangreicher Indikatorenkatalog, der aber zum Teil noch Lücken aufweist. Zudem wird eine Erprobung der Indikatoren zeigen, wo möglicherweise noch Hindernisse in der Anwendung liegen.

Für die Weiterentwicklung des Indikatorenkatalogs hat die Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“ bereits eine Reihe von Ideen und Ansätzen erarbeitet. Insgesamt sind bisher zwölf Felder definiert worden, in denen eine Weiterentwicklung der SDG-Indikatoren grundsätzlich notwendig und sinnvoll erscheint. Die folgende Auflistung stellt (noch) keine Priorisierung dar; sie kann und soll erst dann vorgenommen werden, wenn der vorhandene Indikatorenkatalog erprobt wurde und aus der ersten Anwendung Schlüsse gezogen werden können. Denkbar ist, dass zumindest einzelne Ideen und Ansätze schon bei der Erprobung der SDG-Indikatoren in ausgewählten Kommunen berücksichtigt und – auf Grundlage der praktischen Erfahrungen – weiter konkretisiert werden können. Andere Aspekte werden vermutlich eine grundlegendere Weiterentwicklung nötig machen. Die bisherigen Ideen und Ansätze der Weiterentwicklung beinhalten derzeit:

- die Weiterentwicklung der Indikatoren zur Abbildung der globalen Verantwortung bzw. des entwicklungspolitischen Engagements / Eine-Welt-Engagements von Kommunen,
 - den Ausbau der Indikatoren zur Abbildung des Bereichs Stadtentwicklung / Stadtplanung (z. B. Bearbeitung / Ergänzung des Indikators „Finanzielle Beteiligung von Investoren an der Stadtentwicklung“),
 - die Weiterentwicklung der Indikatoren zur Abbildung der SDGs, für die noch keine Typ I-Indikatoren definiert werden konnten (SDG 13, 14, 15 und 17),
 - die Entwicklung von detaillierten Definitionen bzw. Beschreibungen für SDG-Indikatoren vom Typ II (Ziel: Messkonzepte zur Ermöglichung interkommunaler Vergleiche und zur Weiterentwicklung der Kommunalstatistik),
 - die Entwicklung von subjektiven Indikatoren zur Ergänzung der bislang definierten objektiven Indikatoren (z. B. zur Ermittlung des subjektiven Sicherheitsgefühls oder der subjektiven Umweltbelastung in ausgewählten Bereichen),
 - die Entwicklung von Interlinkage-Indikatoren zur Abbildung von Wirkungszusammenhängen bzw. Zielkonflikten zwischen ausgewählten SDGs, Unter- oder Einzelzielen,
 - die Prüfung der Möglichkeiten zur Gewinnung von Daten aus „alternativen“ Quellen (z. B. Nutzung von noch nicht genutzten Daten auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene, Nutzung von Daten – privater – Dritter oder Nutzung frei zugänglicher Daten (Open Data)),
 - die Prüfung der Möglichkeiten eines einfachen Zugriffs auf die SDG-Indikatoren (insbesondere die SDG-Indikatoren vom Typ I, die bereits als qualitativ gut geeignet und flächendeckend gut verfügbar identifiziert worden sind – mit dem Ziel, individuelle Schwerpunkte sichtbar machen bzw. andere fachliche Themen / Dimensionen oder übergreifende Agenden / Leitbilder der nachhaltigen Entwicklung vertiefen zu können),
 - die Durchführung statistischer Analysen von Zusammenhängen zwischen den SDG-Indikatoren und Strukturvariablen,
 - die Definition der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den SDG-Indikatoren und dem Reference Framework on Sustainable Cities (RFSC) und ggf. eine stärkere Angleichung der beiden Monitoringsysteme,
 - die Klärung, inwieweit die SDG-Indikatoren als Grundlage für ein Berichtssystem zur Umsetzung der New Urban Agenda (2016) verwendet werden könnten, sowie
 - die Abschätzung der Möglichkeiten zur Einbringung aggregierter Daten deutscher Kommunen in europäische und internationale Monitoringsysteme (z. B. „Locally Determined Contributions“ zur Erreichung der globalen Klimaziele; in Abstimmung mit den Kommunen).
- Exemplarisch wird im folgenden Exkurs der erste Ansatzpunkt zur Weiterentwicklung der Indikatoren im Hinblick auf eine verbesserte Abbildung der globalen Verantwortung bzw. des entwicklungspolitischen Engagements von Kommunen näher ausgeführt.

„[Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung] sind integriert und unteilbar und tragen in ausgewogener Weise den drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung Rechnung: der wirtschaftlichen, der sozialen und der ökologischen Dimension.“ (Agenda 2030)

Exkurs:

Weiterentwicklung der Indikatoren zur Abbildung der globalen Verantwortung bzw. des entwicklungspolitischen Engagements / Eine-Welt-Engagements von Kommunen

„Leaving no one behind“, „niemanden zurücklassen“, darauf verpflichten sich die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen in der Einleitung der Agenda 2030. Dies bezieht sich sowohl auf die jeweils eigene Gesellschaft, als auch auf die Weltgemeinschaft. Letztlich stehen die 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) für Themen, die über unsere nationalen Grenzen hinausgehen und nur im globalen Zusammenspiel umzusetzen sind. Ein kommunales Monitoring der SDGs steht damit vor der Herausforderung, auch externe Effekte zu berücksichtigen, die ganz erheblich darauf einwirken, ob andere Länder ihre Nachhaltigkeitsziele realisieren können oder nicht.

Kommunale Steuerungssysteme sollten deshalb möglichst auch Indikatoren verwenden, die nicht nur die Zielvorgaben auf dem heimischen Terrain messen, sondern auch das entwicklungspolitische Engagement der Kommune in der Welt bzw. das Wirken der Kommune auf andere Länder. Mit zunehmender Bedeutung und neuen Handlungsspielräumen der Kommunen als entwicklungspolitische Akteure rücken diese Fragen verstärkt in den Fokus.

Die Maßnahmen im Handlungsfeld „Global Nachhaltige Kommune“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) unterstützen die Kommunen bei der konzeptionellen Umsetzung der SDGs. Dabei wird das Thema globale Verantwortung von Beginn an mitgedacht. Immer mehr Kommunen setzen sich in dieser Weise mit den SDGs auseinander. Die SKEW arbeitet daher mit verschiedenen Akteuren zusammen, um diese Ebene des SDG-Monitorings abzudecken, Leitfäden zu entwickeln und bei der Suche nach passgerechten Indikatoren zu unterstützen. Ergebnisse aus diesen Vorhaben werden zukünftig in die Aktualisierung des SDG-Indikatorenkatalogs einfließen.

Ein Beispiel für eine entsprechende Weiterentwicklung kann der Anteil von fair gehandelten Produkten in der Kommune als zusätzlichem Indikator für das SDG 12.7 („In der öffentlichen Beschaffung nachhaltige Verfahren fördern, im Einklang mit den nationalen Politiken und Prioritäten“) sein.

Spezifische Indikatoren zur Abbildung des lokalen Eine-Welt-Engagements sind derzeit leider nur begrenzt flächendeckend auf kommunaler Ebene anwendbar. Das liegt u. a. an der Verfügbarkeit von und dem Zugang zu zuverlässigen Daten sowie an fehlenden Kapazitäten der kommunalen Verwaltung, diese selbständig und kontinuierlich zu erheben. Zudem gibt es eine Fülle an Daten, die für Kommunen nur über den kommerziellen Weg zu erhalten sind.

Zu prüfen ist, inwieweit neue technische Möglichkeiten der Digitalisierung und die Nutzbarmachung frei zugänglicher Daten einen Beitrag zum Monitoring-Prozess der SDGs leisten können (siehe auch den Punkt „Prüfung der Möglichkeiten zur Gewinnung von Daten aus ‚alternativen‘ Quellen“). Zur Schaffung der Voraussetzungen für eine umfassende Datengrundlage gehört letztendlich eine entsprechende politische Verankerung der Zielvorgaben in den Kommunen.

Erprobung

Die Erprobung der SDG-Indikatoren in Kommunen ist sowohl mit, als auch ohne externe Begleitung durch die Mitglieder der Arbeitsgruppe geplant. Eine externe Unterstützung der Erprobung ist in der Landeshauptstadt Stuttgart, in den Modellkommunen des Projektes „Global Nachhaltige Kommune im Saarland“ sowie in den Modellkommunen des Projektes „Monitor Nachhaltige Kommune“ vorgesehen.

Das Ziel der Erprobung in der Landeshauptstadt Stuttgart besteht darin, eine quantitative Bestandsaufnahme auf Basis der SDG-Indikatoren vorzunehmen. Dazu sollen der aktuelle Stand bzw. die bisherige Entwicklung in einem Bericht zusammengefasst werden. Die SDG-Indikatoren dienen auch in diesem Fall als Baukasten, der um Indikatoren ergänzt werden kann, die der Landeshauptstadt Stuttgart zur Verfügung stehen. Aus der Pilotierung der SDG-Indikatoren sollen Empfehlungen für den strategischen Handlungsrahmen der SDG-Umsetzung in der Landeshauptstadt Stuttgart abgeleitet werden. Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung durchgeführt. Mit der operativen Unterstützung stadtinterner Workshops wurde das Deutsche Institut für Urbanistik beauftragt.

Das Projekt "Global Nachhaltige Kommunen im Saarland" der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global wird in Zusammenarbeit mit dem Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS) am UmweltCampus Birkenfeld der Hochschule Trier mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durchgeführt. 13 Modellkommunen werden bei der Entwicklung kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien im Kontext der Agenda 2030 beraten. Als ergänzende Maßnahme des Projektes sollen die SDG-Kernindikatoren – in Abstimmung mit den Kommunen – erhoben, analysiert und in einem Bericht dargestellt werden. Dieses Vorhaben wird vom IfaS im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchgeführt.

Im Projekt „Monitor Nachhaltige Kommune“ der Bertelsmann Stiftung werden die verantwortlichen Akteure in der Verwaltung und Politik dazu motiviert und befähigt, ein wirkungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement zu entwickeln und zu implementieren. Hierzu dienen verschiedene Projektbau-

steine: Befragungen, Indikatorenentwicklung, Modellanwendung, Networking, Skalierung und Evaluierung. Die Bausteine „Skalierung“ und „Evaluierung“ werden durch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global gefördert. Die Modellanwendung bezieht sich auf die Erprobung von Nachhaltigkeitsindikatoren – insbesondere der SDG-Indikatoren – in sieben ausgewählten Kommunen. Die Modellkommunen werden durch ICLEI – Local Governments for Sustainability im Auftrag der Bertelsmann Stiftung unterstützt.

Neben der Erprobung der SDG-Indikatoren mit externer Begleitung kann auch eine eigenständige Erprobung stattfinden, z. B. in den Kommunen, die die Muster-Resolution des Deutschen Städtetages (DST) und des Rates der Gemeinden und Regionen Europas / Deutsche Sektion (RGRE) unterzeichnet haben (sog. „Zeichnungskommunen“).

Evaluierung

Die Erfahrungen aus der Erprobung sollen gesammelt und für die Planung der Weiterentwicklung nutzbar gemacht werden. Darüber hinaus geht der Blick auf Kommunen, die den Indikatorenkatalog (bislang) noch nicht genutzt haben, um auch Hindernisse bei der ersten Aufnahme des Instrumentes zu berücksichtigen.

Für diese evaluierende Gesamteinschätzung sind zunächst die Erfahrungen und das Wissen aus den Pilotanwendungen sowie auch von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe wichtig. Darüber hinaus geplant sind einzelne Experteninterviews mit Akteuren, die in der Beratung von Kommunen zur Nachhaltigkeitsarbeit aktiv sind. In einer kleinen Zahl an Kommunen wird eine qualitative Untersuchung durch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchgeführt. Die Evaluierung wird durch die SKEW gefördert. Für die qualitative Untersuchung werden jeweils zwei Kommunen aus den folgenden drei Gruppen betrachtet:

- Kommunen, die als Modellkommunen des Projektes „Global Nachhaltige Kommunen im Saarland“ die SDG-Indikatoren anwenden,
- Kommunen, die als Modellkommunen des Projektes „Monitor Nachhaltige Kommune“ die SDG-Indikatoren anwenden, und

„Gemeinsam begeben wir uns auf den Pfad der nachhaltigen Entwicklung und widmen uns dem Streben nach globaler Entwicklung und einer allseits gewinnbringenden Zusammenarbeit, die für alle Länder und alle Erdteile enorme Fortschritte bewirken kann.“ (Agenda 2030)

- Kommunen, die sich zu den SDG-Zielen bekannt haben („Zeichnungskommunen“), bisher aber nicht mit dem Instrument „SDG-Indikatoren für Kommunen“ arbeiten.

Innerhalb dieser Kommunen werden die Perspektiven unterschiedlicher Akteure beachtet. Geplant sind Interviews mit jeweils einer/einem Nachhaltigkeitsbeauftragten, einer Person aus der Verwaltungsführung (Bürgermeister/in, Dezernent/in, etc.) und einer Person aus dem Rat der Kommune (z. B. Fraktionsvorsitzende/r).

In den Interviews geht es um Erfahrungen mit der Abbildung von Nachhaltigkeit, insbesondere der quantitativen Abbildung, Erfahrungen mit dem Instrument „SDG-Indikatoren für Kommunen“, Stärken und Schwächen des Instrumentes und andere Nutzungshindernisse.

Anfang 2019 wird es eine Bestandsaufnahme und Priorisierung der Ideen und Ansätze zur Weiterentwicklung geben. Direkt umsetzbare Verbesserungen können bereits Anfang 2019 in den bereitgestellten Informationen zu den Indikatoren eingehen. Anfang 2020 ist eine zweite Revision des SDG-Indikatorenkatalogs mit jenen Änderungen geplant, die eine grundlegendere Bearbeitung erfordern.

3

Methodisches Vorgehen

3.1 Prüfung der Relevanz der SDGs

3.1.1 Ziele des anvisierten Indikatorenkatalogs

Primäres Ziel des Vorhabens „SDG-Indikatoren für Kommunen“ ist die Entwicklung geeigneter Indikatoren zur Messung der 17 SDGs auf kommunaler Ebene in Deutschland. Hierzu werden Indikatoren identifiziert, ggf. neu definiert und entsprechende Daten zusammengetragen, um die Indikatorenwerte – soweit als möglich – auf kommunaler Ebene bereitzustellen. Der Indikatorenkatalog soll dabei als Instrument für ein wirkungsorientiertes kommunales Nachhaltigkeitsmanagement dienen und Empfehlungs- bzw. Baukastencharakter haben, sodass einzelne Kommunen selbst entscheiden können, welche Indikatoren sie vor Ort verwenden und inwiefern sie diese ändern, ergänzen oder anderweitig interpretieren möchten. Je nach Zielsetzung der Kommune kann es sinnvoll sein, den Indikatorenkatalog in seiner Gesamtheit anzuwenden (z. B. im Fall einer umfassenden Bestandsaufnahme zum Stand der nachhaltigen Entwicklung) oder eine Auswahl bestimmter Indikatoren zu treffen (z. B. bei einer Strategieentwicklung oder Erfolgskontrollen bestimmter Maßnahmen).

Die Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“ setzte sich das Ziel, einen ebenso handlungsleitenden (steuerungsrelevanten) wie handhabbaren (überschaubaren) SDG-Indikatorenkatalog mit einer Indikatorenzahl etwa im mittleren zweistelligen Bereich zu erarbeiten. Zur Erreichung dieses Ziels wurde zunächst ein Relevanz-Check aller 169 Unterziele durchgeführt, der sicherstellen sollte, dass lediglich solche Unterziele bzw. Teilaussagen in diesen Unterzielen (Teilzielen) mit Indikatoren abgebildet werden, die eine besondere Relevanz für deutsche Kommunen besitzen. Der Relevanz-Check erfolgte in drei Schritten, die im Folgenden näher erläutert werden.

Die Arbeitsgruppe möchte bereits an dieser Stelle darauf hinweisen, dass das Ergebnis eines negativen Relevanz-Checks für ein Unter- bzw. Teilziel keineswegs bedeutet, dass dieses Ziel für einzelne Kommunen und deren individuelle Zielsetzung und Problemstellung nicht doch relevant sein kann. Es liegt daher in der Verantwortung jeder einzelnen Kommune, für sich selbst zu prüfen, welche Ziele zusätzlich in das Monitoring aufgenommen werden sollten.

3.1.2 Grundüberlegungen zum Relevanz-Check

Innerhalb der Arbeitsgruppe herrschte Einigkeit darüber, dass (auch) den deutschen Kommunen eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Agenda 2030 und damit der Lösung unterschiedlichster globaler Probleme und Herausforderungen zukommt. Deutsche Kommunen sollten sich daher nicht allein auf SDG 11 und ggf. einige wenige andere Ziele fokussieren, sondern allen 17 SDGs und allen 169 Unterzielen Beachtung schenken (siehe z. B. Engagement Global, 2016; UCLG, 2015): Sei es durch Maßnahmen „In der Kommune für die Kommune“, „In der Kommune für die Welt“ oder „In anderen Ländern durch andere Länder“ (vgl. Unterscheidung im Rahmen des Projektes „Global Nachhaltige Kommune“; Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. / Engagement Global, 2018).

Allein diese Grundannahme hätte jedoch dazu geführt, dass alle 169 Unterziele als relevant für ein kommunales SDG-Monitoring hätten eingeschätzt werden können, was dem gemeinsamen Ziel der Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“ entgegenstand, einen überschaubaren und für diverse deutsche Kommunen handhabbaren bzw. realistisch umsetzbaren Katalog von (Kern-)Indikatoren zu entwickeln. Aufgrund dessen sollte der Fokus bei der Entwicklung eines ersten Katalogs an SDG-Indikatoren für Kommunen zunächst auf solche Unter- und Teilziele gelegt werden, die wesentliche Probleme und Herausforderungen in deutschen Kommunen ansprechen und welche von deutschen Kommunen per eigener Aufgabenkompetenz – zumindest teilweise und vor allem messbar – gelöst bzw. bewältigt werden können. Der Fokus der Indikatorenentwicklung lag somit bei Maßnahmen „In der Kommune für die Kommune“.

Allerdings sind auch Maßnahmen „In der Kommune für die Welt“ enthalten, sofern die betreffenden Probleme oder Herausforderungen sowohl in deutschen Kommunen, als auch anderswo feststellbar sind und deutsche Kommunen einen Teilbeitrag zur Lösung globaler Probleme leisten können – wie etwa bei allen lokalen Maßnahmen zum Klimaschutz oder Maßnahmen zur fairen Beschaffung.

Um die Übernahme globaler Verantwortung durch Aktivitäten „In anderen Ländern und durch andere Länder“ trotz einer Fokussierung auf das lokale Agieren in den Indikatorenkatalog aufzunehmen, wurde geprüft, welche Unterziele und Teilaussagen explizit oder implizit solche Aktivitäten (z. B. im Bereich der kommunalen Entwicklungspolitik, u. a. im Rahmen kommunaler Partnerschaften; vgl. Engagement Global, 2014; Fröhlich & Lämmlin, 2009) als mögliches Umsetzungsmittel zur Erreichung des Ziels ansprechen und damit als relevant aufgenommen werden sollten.

Ein grundsätzliches Problem stellten SDG-Unterziele dar, deren Formulierung Interpretationsspielräume ließen und damit das Resultat des folgenden Problem- und Aufgabenchecks von der jeweiligen Interpretation abhing.

In wenigen Fällen war der Vergleich mit der englischen Originalformulierung hilfreich. So wurden im Zweifel die in der Agenda 2030 formulierten Grundprinzipien „Menschen, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft“ einem Urteil zu Grunde gelegt.

Beispielsweise ist zunächst nicht eindeutig zu erkennen, was unter den in SDG 7.1 angesprochenen „moderne(n) Energiedienstleistungen“ zu verstehen ist, was auch auf die englische Originalformulierung zutrifft („modern energy services“): So könnten in den am wenigsten entwickelten Ländern auch Kohlekraftwerke moderne Energiequellen darstellen; diese würden jedoch dem Grundprinzip „Planet“, in dem explizit der Schutz des Planeten vor Schädigung und Maßnahmen gegen den Klimawandel gefordert werden, widersprechen. Da „modern“ mit sauberen und erneuerbaren Energien gleichgesetzt wurde, ist SDG 7.1 als ein relevantes Unterziel eingestuft worden.

Die Interpretation ist im Allgemeinen entweder daran ersichtlich, ob Unterziele in verschiedene Teilziele aufgliedert wurden, oder sie erschließt sich aus der Art der zugeordneten Indikatoren. Insgesamt wurden jedoch keine „Uminterpretationen“ oder auch Ergänzungen (z. B. aus Gründen der Systematik oder auf Basis bestimmter, wissenschaftlicher Erkenntnisse) von Aussagen vorgenommen.

So wurden die in SDG 11.1.2 angesprochenen Slums nicht mit informellen Siedlungen (eher freiwilligen Charakters) oder sozial kritischen Wohngebieten gleichgesetzt. Stattdessen fand die ursprüngliche Definition eines Elendsviertels Berücksichtigung, so dass SDG 11.1.2 als nicht relevant bewertet wurde. Ähnlich wurde auch die in 15.3.1 genannte Wüstenbildung nicht mit Bodenverödung oder -degradation „übersetzt“, sodass dieses Teilziel ebenfalls nicht relevant ist. Auch wurden die Unterziele, in denen nichtkommunale Akteure oder Institutionen angesprochen sind, nicht für Kommunen umgedeutet, wenngleich auch Kommunen durch entsprechende Handlungen einen Beitrag zur Erreichung des Ziels leisten könnten (z. B. sind in SDG 13.a „Finanzmittel bereitzustellen, um Entwicklungsländer bei Klimaschutzmaßnahmen zu unterstützen“ nicht Kommunen, sondern nur die Vertragsparteien des UN-Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen adressiert.) Die einzige Ausnahme hierzu bildet SDG 13.2 („Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen“). Zwar wird hier explizit die nationale Ebene angesprochen, allerdings können globale Klimaschutzziele nur dann erreicht werden, wenn auch die kommunale Ebene einen Beitrag leistet. Es wurden zudem keine Ergänzungen in der Art vorgenommen, bei Zielvorgaben für ein Umsetzungsmittel (kommunale) Entwicklungszusammenarbeit als hilfreich oder notwendig hinzuzufügen, wenn diese nicht explizit oder implizit als Umsetzungsmittel angesprochen war – auch wenn es sich um einen Bereich handelte, der Gegenstand der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit sein kann (z.B. SDG 14.2 „Bis 2020 die Meeres- und Küstenökosysteme nachhaltig bewirtschaften und schützen [...]“ oder SDG 3.8.1 „Die allgemeine Gesundheitsversorgung [...] für alle erreichen“).

3.1.3 Aufbau des Relevanz-Checks

3.1.3.1 Unterteilung der 169 Unterziele (Schritt 1)

Zunächst galt es, die 169 Unterziele der 17 SDGs daraufhin zu prüfen, ob sie in Teilaussagen bzw. -ziele aufgegliedert werden müssen, um eine konsistente Prüfung der Relevanz für deutsche Kommunen zu ermöglichen. Dies war bei einigen Unterzielen notwendig, da inhaltlich unterscheidbare Komponenten beim Problem-Check oder beim Aufgaben-Check möglicherweise unterschiedlich bewertet werden mussten.

Eine solche Unterteilung wurde beispielsweise bei SDG 11.1 („Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen und Slums sanieren“). Dieses Unterziel lässt sich in zwei Teilziele unterteilen, die im zweiten Schritt des Relevanz-Checks, dem Problem-Check, unterschiedlich bewertet würden. So würde der Relevanz-Check für das erste Teilziel „Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicheren und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen“ (SDG 11.1.1) positiv ausfallen, während das Ergebnis des Relevanz-Checks für das zweite Teilziel „Bis 2030 Slums sanieren“ (SDG 11.1.2) negativ wäre, da Slums in ihrer ursprünglichen Definition in Deutschland nicht existieren.

Ergebnis: Insgesamt wurden gemäß dieser Vorgehensweise 43 der 169 Unterziele in 94 Teilziele gegliedert. Nach dem ersten Schritt des Relevanz-Checks existierten für die 17 SDGs daher 220 Unter- und Teilziele, für die im nächsten Schritt ein Problem-Check durchgeführt wurde.

3.1.3.2 Problem-Check (Schritt 2)

Ausgehend von den oben genannten Grundüberlegungen wurden solche Probleme oder Herausforderungen als wesentlich für deutsche Kommunen eingestuft, die einen „bedeutsamen“ Anteil der deutschen Kommunen oder relevanter Bevölkerungsgruppen betreffen – als Daumenregel mehr als 10%. Damit sind beispielsweise Herausforderungen für

Kommunen an der Meeresküste (oder auch in Bergregionen) vorerst ausgeschlossen; es sei denn, auch andere Kommunen können zum Unterziel einen zentralen Beitrag leisten. Ziele des Meeresschutzes und der Bergökosysteme sind gleichwohl bei der nationalen Berichterstattung zu berücksichtigen. In Ausnahmefällen fiel der Problem-Check auch für Unterziele oder Teilaussagen positiv aus, die weniger als 10 % bestimmter Bevölkerungsgruppen betreffen, aber dennoch ein nicht zu vernachlässigendes gesellschaftliches Problem darstellen, das aktuell für Kommunen noch nicht zufriedenstellend gelöst ist: und zwar in Fällen, in denen politischer Konsens über Handlungsbedarfe besteht.

Dies trifft etwa auf Mangelernährung (SDG 2.2) zu, die nach Schätzungen etwa 1,5 Millionen Menschen – insbesondere in stationären Gesundheitseinrichtungen – in Deutschland betrifft (vgl. z. B. Monitor Versorgungsforschung, 2017). Dies sind zwar weniger als 10 % der Bevölkerung, jedoch kann von politischem Konsens über Handlungsbedarfe ausgegangen werden. Ein anderes Beispiel ist Analphabetismus (SDG 4.6 „Bis 2030 sicherstellen, dass alle Jugendlichen und ein erheblicher Anteil der männlichen und weiblichen Erwachsenen lesen, schreiben und rechnen lernen“), der zumindest in eingeschränkter Form über 7 Millionen Erwachsene in Deutschland betrifft (Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2016).

Ein Handlungsbedarf besteht auch dann, wenn der in den Zielen anvisierte Zeithorizont zur Zielerreichung nicht unbedingt eingehalten werden kann, das Ausmaß der anvisierten Verbesserung im Fall quantitativer Ziele in Deutschland nicht erreichbar ist oder aufgrund zu erwartender Zielkonflikte in einigen Kommunen als gar nicht erstrebenswert gilt.

So ist etwa das globale Ziel (SDG 3.6), bis 2020 die Zahl der Todesfälle und Verletzungen infolge von Verkehrsunfällen weltweit zu halbieren, in Deutschland aufgrund der im Vergleich zu vielen anderen Ländern fortgeschrittenen Sicherheitslage nicht erreichbar, dennoch können deutsche Kommunen eine Verringerung der Zahl der Todesfälle und Verletzungen infolge von Verkehrsunfällen anstreben. Eine beträchtliche Aufforstung (SDG 15.2.2) könnte in einigen deutschen Kommunen

„Wir sind uns dessen bewusst, dass eine nachhaltige Stadtentwicklung und ein nachhaltiges Stadtmanagement von entscheidender Bedeutung für die Lebensqualität unserer Bevölkerung sind.“ (Agenda 2030)

zu Flächenknappheit und Zielkonflikten mit anderen Handlungsbereichen nachhaltiger Entwicklung führen, während sie in manchen Kommunen jedoch sicherlich sinnvoll wäre.

Zur Abbildung der Übernahme globaler Verantwortung durch Aktivitäten „In anderen Ländern und durch andere Länder“ wurden zusätzlich alle Unterziele und Teilaussagen mit den Begriffen (internationale / grenzüberschreitende / Nord-Süd-) „Zusammenarbeit“, „Entwicklungszusammenarbeit“, „Entwicklungshilfe“, „Hilfe“ und „helfen“, „Unterstützung“ und „unterstützen“ sowie „Förderung“ und „fördern“ und alle Unterziele und Teilaussagen mit dem expliziten Hinweis auf Aktivitäten in „Entwicklungsländern“, in „am wenigsten entwickelten Ländern“ etc. für einen positiven Problem-Check in Erwägung gezogen, sofern sie sich nicht eindeutig auf eine höhere als die kommunale Ebene bezogen. Um die Anzahl an dadurch zusätzlich relevanten Unterzielen oder Teilaussagen möglichst überschaubar zu halten, wählte die Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“ aus einer größeren Anzahl solche Unterziele oder Teilaussagen aus, die grundlegende und umfassende Handlungsbereiche kommunaler Aktivitäten „In anderen Ländern und durch andere Länder“ darstellen.

Dies betrifft beispielsweise SDG 1.a („Eine erhebliche Mobilisierung von Ressourcen aus einer Vielzahl von Quellen gewährleisten, einschließlich durch verbesserte Entwicklungszusammenarbeit, um den Entwicklungsländern und insbesondere den am wenigsten entwickelten Ländern ausreichende und berechenbare Mittel für die Umsetzung von Programmen und Politiken zur Beendigung der Armut in all ihren Dimensionen bereitzustellen“) oder SDG 9.a („Die Entwicklung einer nachhaltigen und widerstandsfähigen Infrastruktur in den Entwicklungsländern durch eine verstärkte finanzielle, technologische und technische Unterstützung der afrikanischen Länder, der Binnenentwicklungsländer und der kleinen Inselentwicklungsländer erleichtern“).

Einschränkend sei zu diesem Ansatz gesagt, dass unklar ist, warum in manchen Unterzielen der SDGs die internationale Zusammenarbeit als mögliches Umsetzungsmittel genannt wird, jedoch in anderen Handlungsfeldern internationaler

Zusammenarbeit nicht. Auch hier gilt, dass bei der Bewertung die wörtliche Formulierung berücksichtigt und damit die Möglichkeit der internationalen Zusammenarbeit bei der Bewertung nicht prinzipiell „hinzugedacht“ wurde.

Ergebnis: Der Problem-Check fiel für 145 der 220 Unter- bzw. Teilziele positiv aus, für 75 Unter- bzw. Teilziele war das Ergebnis des Problem-Checks negativ. Für die 145 Unter- bzw. Teilziele mit positivem Problem-Check wurde im dritten Schritt ein Aufgaben-Check durchgeführt.

3.1.3.3 Aufgaben-Check (Schritt 3)

Die Überprüfung, ob „mit Hilfe kommunaler Aufgaben oder Produkte ein Beitrag zur Erreichung des jeweiligen Einzelziels geleistet werden kann“, wurde nur dann vorgenommen, wenn das Ergebnis des Problem-Checks positiv war.

In diesem Fall entstand die Bewertung aus einem Abwägungsprozess auf Basis konkreter Quellen und teils auch subjektiver Einschätzung. Folgende Quellen dienten als Grundlage:

- Der KGSt-Produktplan (Stand Juni 2016). Entgegen eines ersten Vorschlags, sich nur auf den KGSt-Produktplan zu konzentrieren, wurde dieser aus mehreren Gründen als nicht ausreichend für die Bewertung befunden: Erstens ist er nicht vollständig, da er z. B. ausgelagerte Aufgaben oft nicht beinhaltet; zweitens sind in einigen Fällen dort aufgelistete Produkte zu allgemein formuliert, um eine klare Aussage hinsichtlich der Bewertung eines Unterziels zuzulassen; drittens ist er in der Praxis nicht unumstritten bzw. wird nicht vollständig „gelebt“, sodass sich an einigen Orten andere, eigene Produktgliederungen herausgebildet haben.
- Die aktuellen Produktrahmenpläne der Bundesländer. Diese Pläne dienen einer produktorientierten Strukturierung der kommunalen Haushalte in dem jeweiligen Bundesland. Die Produktrahmenpläne der Bundesländer gehen bei der Formulierung der dort aufgelisteten Produkte etwas stärker ins Detail als der KGSt-Produktplan.

Den rechtlichen Rahmen zu jedem Unterziel vollständig zu klären und damit die Gemeinde- und Kreisordnungen aller Bundesländer zu prüfen war aus Kapazitäts- und Zeitgründen ausgeschlossen. Insgesamt kann eine Kommune nicht nur, aber auch durch freiwillige kommunale Aufgaben wie Klimaschutz, nachhaltige Beschaffung, Wirtschaftsförderung oder Bildung für nachhaltige Entwicklung einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten.

Als generelle Entscheidungsregel wurde festgelegt: Können deutsche Kommunen unmittelbar mit Hilfe kommunaler Aufgaben oder Produkte (d. h. durch eigene Kompetenz der Kommunalverwaltung, der politischen Akteure oder der kommunalen Unternehmen; „große Handlungsoptionen“) einen Beitrag zur Erreichung der jeweiligen Einzelaussage leisten oder besitzen Kommunen Möglichkeiten, entsprechende Rahmenbedingungen für eine Umsetzung durch andere Akteure zu setzen („mittlere Handlungsoptionen“), so handelt es sich um eine kommunale Aufgabe im weitesten Sinne. Fälle, in denen eine Kommune andere Akteure lediglich für ein bestimmtes, den SDGs entsprechendes Verhalten motivieren kann („geringe Handlungsoptionen“), wurden nicht als relevante Aufgabe bewertet.

So fällt etwa SDG 11.1.1 („Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen“) klar in den (Pflicht-)Aufgabenbereich einer Kommune; durch die Vielfalt an wohnungspolitischen Instrumenten ergeben sich große Handlungsoptionen. Mittlere Handlungsoptionen wurden etwa beim Wirtschaftswachstum gesehen (SDG 8.1.1 „Ein Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum entsprechend den nationalen Gegebenheiten aufrechterhalten“), zu dem im Rahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung günstige Rahmenbedingungen gesetzt werden können. Hingegen fiel der Aufgaben-Check für 16.10.2 („Die Grundfreiheiten schützen, im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften und völkerrechtlichen Übereinkünften“) negativ aus, da die Wahrung von Grundfreiheiten zwar Bestandteil kommunaler Aufgaben ist, Kommunen jedoch keine Verstöße sanktionieren und Grundfreiheiten damit nicht schützen können. Ein Beispiel für „geringe Handlungsoptionen“, die nicht als kommunale Aufgabe bewertet wurden, ist SDG 14.a („Die wissenschaftlichen

Kenntnisse vertiefen, die Forschungskapazitäten ausbauen und Meerestechnologien weitergeben, [...], um die Gesundheit der Ozeane zu verbessern und den Beitrag der biologischen Vielfalt der Meere zur Entwicklung der Entwicklungsländer, [...], zu verstärken“): Eine Kommune kann Forschungsschwerpunkte ansässiger Forschungsinstitute zwar anregen, jedoch kaum über bestimmte Rahmenbedingungen direkt beeinflussen, und dies gilt auch für eine mögliche Einwirkung auf die Forschungspolitik auf Landes- oder Bundesebene.

Für den Aufgaben-Check wurde nicht berücksichtigt, ob die Kommunen aktuell über die institutionellen, finanziellen oder personellen Ressourcen zur Aufgabenbewältigung verfügen oder ob Kommunen einzelnen Zielen eine höhere Priorität beimessen. Prinzipiell trägt eine Verbesserung der Situation in der Kommune zu einer Verbesserung der Situation auf nationaler und globaler Ebene bei, auch wenn der Beitrag zur globalen Verbesserung unter Umständen in Maßzahlen nicht nachweisbar ist. Für den Aufgaben-Check war weiter wichtig, dass kommunale Maßnahmen zur Verbesserung eines Problems oder einer Herausforderung durch Indikatoren prinzipiell messbar sind. Damit werden indirekte, multiple Wirkketten kommunalen Handelns vorerst nicht direkt berücksichtigt.

Beispielsweise tragen Kommunen insbesondere durch CO₂-Emissionen zwar wesentlich zur Versauerung der Ozeane bei (SDG 14.3 „Die Versauerung der Ozeane auf ein Mindestmaß reduzieren und ihre Auswirkungen bekämpfen, unter anderem durch eine verstärkte wissenschaftliche Zusammenarbeit auf allen Ebenen“), jedoch ist der individuelle kommunale Beitrag hierbei nicht direkt nachweisbar und damit auch keinem Monitoring zugänglich. Hingegen fiel der Aufgaben-Check für SDG 14.1 („Bis 2025 alle Arten der Meeresverschmutzung, insbesondere durch vom Land ausgehende Tätigkeiten und namentlich Meeresmüll und Nährstoffbelastung, verhüten und erheblich verringern“) positiv aus, da der Nährstoffeintrag in Flüsse auf kommunalem Gebiet zumindest schätzbar ist.

Ziele, die sich auf illegale Handlungspraktiken beziehen, wurden grundsätzlich nicht als aufgabenrelevant für Kommunen

„Wir können die erste Generation sein, der es gelingt, Armut zu beseitigen, und gleichzeitig vielleicht die letzte Generation, die noch die Chance hat, unseren Planeten zu retten.“ (Agenda 2030)

betrachtet, da sie in der Zuständigkeit der Strafverfolgungsbehörden liegen. Für den Fall, dass es Mängel in der Verfolgung von Straftaten und anderen illegalen Handlungen durch die Strafverfolgungsbehörden gibt, kann es nicht Sinn sein, den Kommunen diese Aufgabe zu übertragen.

Dies gilt beispielsweise für SDG 5.3 („Alle schädlichen Praktiken wie Kinderheirat, Frühverheiratung und Zwangsheirat sowie die Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen beseitigen“), SDG 16.4.1 („Bis 2030 illegale Finanz- und Waffenströme deutlich verringern“), SDG 8.8.2 („Sichere Arbeitsumgebungen für alle Arbeitnehmer, einschließlich der Wanderarbeitnehmer, insbesondere der Wanderarbeitnehmerinnen, und der Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, fördern“) und 16.9 („Bis 2030 insbesondere durch die Registrierung der Geburten dafür sorgen, dass alle Menschen eine rechtliche Identität haben“).

Das Ergebnis des Aufgaben-Checks hing ausschließlich davon ab, ob Kommunen über Einflussmöglichkeiten (im Sinne großer oder mittlerer Handlungsoptionen, s. o.) verfügen, nicht jedoch davon, wie umfassend diese Einflussmöglichkeiten sind. So fiel der Aufgaben-Check auch dann positiv aus, wenn Kommunen lediglich als Arbeitgeber angesprochen sind und damit insgesamt nur einen kleinen Beitrag zur Erreichung des Ziels leisten können.

So können Kommunen etwa zu SDG 8.5 („Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen“) beitragen, indem sie für eine faire berufliche Eingruppierung ihrer MitarbeiterInnen sorgen.

Schließlich wurden kleine Einflussmöglichkeiten als nicht relevant betrachtet, wenn Einflüsse nur über kommunale Partner möglich wären, die Entscheidungen jedoch auf anderer Ebene als der individuellen Kommune fallen.

Sparkassen kommen als kommunaler Partner zwar zur Erreichung von SDG 8.3 („Entwicklungsorientierte Politiken fördern, die produktive Tätigkeiten, die Schaffung

menschenwürdiger Arbeitsplätze, Unternehmertum, Kreativität und Innovation unterstützen, und die Formalisierung und das Wachstum von Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen unter anderem durch den Zugang zu Finanzdienstleistungen begünstigen“) infrage. Die Kriterien für Entscheidungen über Zugänge zu Finanzdienstleistungen werden jedoch mindestens auf Ebene der regionalen Sparkassen- und Giroverbände getroffen, sodass eine individuelle Kommune hierbei höchstens geringe Handlungsoptionen hat.

Ergebnis: Der Aufgaben-Check wurde für die 145 Unter- bzw. Teilziele durchgeführt, die beim Problem-Check ein positives Ergebnis erhielten. Der Bewertung des Aufgaben-Checks war lediglich in 19 Fällen negativ. Somit fiel der Relevanz-Check für 126 der 220 Unter- bzw. Teilziele positiv aus.

3.1.4 Anmerkungen zum methodischen Vorgehen

Zunächst haben zwei Difu-ProjektmitarbeiterInnen die oben ausgeführten Schritte unabhängig voneinander im Vier-Augen-Prinzip durchgeführt; teils war dies mit kurzen Desktop-Recherchen, z. B. zu nationalen Statistiken, verbunden. Zusätzlich zu den Bewertungen wurden auch Unsicherheiten vermerkt. In einem nächsten Schritt wurden die Nicht-Übereinstimmungen und alle Fälle, in denen beide BeurteilerInnen unsicher waren, in einem internen Workshop bzw. „Mini-Expertendelphi“ mit dem gesamten Projektteam und teilweise weiteren Difu-MitarbeiterInnen unterschiedlicher Fachgebiete diskutiert. Darüber hinaus wurden in Einzelfällen auch externe ExpertInnen zurate gezogen. Dann wurden alle Bewertungen mit Blick auf die Diskussionen nochmals auf Konsistenz geprüft.

Nach dem Difu-internen Delphi wurde das methodische Vorgehen und das vorläufige Ergebnis des Relevanz-Checks innerhalb der Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“ diskutiert und im Anschluss – unter Einbeziehung weiterer schriftlicher Rückmeldungen einzelner Mitglieder der Arbeitsgruppe – überarbeitet.

Der daraus hervorgegangene Entwurf wurde im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung mit kommunalen Vertretern

rlinnen mittels Kleingruppen im Detail diskutiert. Nach Sichtung der dokumentierten Anmerkungen wurden einige, bis dato als nicht relevant eingestufte Unterziele oder Teilaussagen in den künftigen Indikatorenkatalog ergänzt. Hingegen wurden keine der bis dato als relevant bewerteten Unterziele oder Teilaussagen als nicht relevant abgelehnt.

Daraufhin wurde der Relevanz-Check auch im Projektbeirat, der das Projekt „Monitor Nachhaltige Kommune“ beratend begleitet, vorgelegt und zur Diskussion gestellt. In diesem Rahmen ergaben sich keine Änderungen an den Bewertungen einzelner Ziele, jedoch Hinweise allgemeiner Art, die in die Methodenbeschreibung eingeflossen sind.

Schließlich wurde der überarbeitete Relevanz-Check nochmals in der Arbeitsgruppe beraten und abgestimmt.

Referenzen zu Kapitel 3.1

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2016). Analphabetismus – kein Phänomen der Vergangenheit! Pressemitteilung 144/2016. Verfügbar unter <https://www.bmbf.de/de/analphabetismus-kein-phaenomen-der-vergangenheit-3640.html>

Engagement Global; Weltsichten (2016): Global Nachhaltige Kommune. Kommunen engagieren sich für Nachhaltigkeit in der Einen Welt. Frankfurt a.M.

Engagement Global (2014). Handreichung zur Kommunalen Entwicklungspolitik. Ein Theorie- und Praxisleitfaden. Dialog Global, Heft 28. Bonn. Verfügbar unter https://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/mitm_achen/Handreichung_zur_Kommunalen_Entwicklungspolitik.pdf

Fröhlich, K. & Lämmlin, B. (2009). Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland. Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise. Discussion Paper. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik. Verfügbar unter https://www.die-gdi.de/uploads/media/DP_1.2009.pdf

Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. / Engagement Global (2018). Global Nachhaltige Kommune NRW.

Gesamtdokumentation. Verfügbar unter <https://www.lag21.de/projekte/details/global-nachhaltige-kommune/>

Monitor Versorgungsforschung (2017). Studie: Mangelernährung in Deutschland findet kaum Beachtung. Verfügbar unter <http://www.monitor-versorgungsforschung.de/news/studien/studie-mangelernaehrung-in-deutschland-findet-kaum-beachtung>

UCLG (2015): The Sustainable Development Goals. What Local Governments need to know. Verfügbar unter https://www.uclg.org/sites/default/files/the_sdgs_what_localgov_need_to_know_0.pdf

3.2 Identifikation und Beschreibung der Indikatoren

Durch den Relevanz-Check wurden 126 Unter- bzw. Teilziele ermittelt, auf die sich der vorgeschlagene SDG-Indikatorenkatalog fokussieren sollte. Zunächst erfolgte eine Identifikation der Indikatoren in drei Schritten (Indikatorensammlung, -bewertung und -auswahl). Anschließend wurde für die ausgewählten Indikatoren jeweils eine steckbriefartige Beschreibung erstellt.

3.2.1 Identifikation der Indikatoren

3.2.1.1 Indikatorensammlung (Schritt 1)

In einem ersten Schritt wurden ausgewählte Nachhaltigkeits-Indikatoren-Sets (siehe Referenzen zu Kapitel 3.2) herangezogen, um die darin enthaltenen Indikatoren den 126 als relevant eingestuften Unter- bzw. Teilzielen zuzuordnen. Waren die Indikatoren bereits im ursprünglichen Indikatoren-Set einem bestimmten Unterziel zugewiesen, so wurde diese Zuweisung im Rahmen der Indikatorensammlung beibehalten und ggf. einem Teilziel nach Passung zugeordnet. Waren die Indikatoren in ihrem ursprünglichen Set keinem bestimmten Unterziel zugeordnet, so wurde der Indikator im Rahmen der Indikatorensammlung allen als passend erscheinenden Unter- und Teilzielen innerhalb dieses SDGs zugewiesen. Existierte im ursprünglichen Set keinerlei Zuordnung der Indikatoren

„Wenn es uns gelingt, unsere Ziele zu verwirklichen, werden wir die Welt im Jahr 2030 zum Besseren verändert haben.“ (Agenda 2030)

zu einem SDG oder Unterziel, so erfolgte im Rahmen der Indikatorensammlung die Zuweisung zu allen als passend erscheinenden Unter- und Teilzielen.

Um eine bessere Strukturierung der gesammelten Indikatoren zu gewährleisten, wurden für die einzelnen Unter- und Teilziele thematisch geordnete Indikatorengruppen gebildet. Beispielsweise ließen sich für Teilziel 8.5.1 („Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen erreichen“) die gesammelten Indikatoren drei Themen zuordnen: „Arbeitslosigkeit“, „Beschäftigung“ und „problematische Beschäftigungsverhältnisse“. Die Indikatoren wurden entsprechend dieser Themen zu Indikatorengruppen zusammengefasst. Die Bildung von Indikatorengruppen wurde insbesondere aus zwei Gründen durchgeführt: Erstens mussten die Indikatoren allein aufgrund ihrer Masse weiter geordnet und strukturiert werden, um einen besseren Überblick zu gewährleisten. Zweitens konnten auf diese Weise qua Anzahl der zugeordneten Indikatoren erste Rückschlüsse auf die Relevanz und den Spezifitätsgrad¹ bestimmter Themen gezogen werden.

Die gesammelten Indikatoren wurden oftmals von mehreren herangezogenen Nachhaltigkeits-Indikatoren-Sets genutzt bzw. vorgeschlagen. Um diese Doppelungen zu beseitigen, wurden solche Indikatoren zusammengefasst, die sich in den verschiedenen Nachhaltigkeits-Indikatoren-Sets exakt identisch oder nahezu identisch wiederfanden. So wurden Indikatoren auch dann zusammengefasst, wenn sich nur geringfügige Abweichungen in deren Definition fanden (beispielsweise bei der Definition von „vorzeitiger Sterblichkeit“, die je nach Quelle bis zu einem Alter von 65 oder 70 Jahren vorliegt), die grundsätzliche Intention der Indikatoren aber identisch war.

Neben bereits vorhandenen Indikatoren wurden auch Indikatoren berücksichtigt und den als relevant eingestuften Unter- und Teilzielen zugeordnet, die sich in keinem der herangezogenen Nachhaltigkeits-Indikatoren-Sets fanden. Hierzu erfolgte eine ausführliche Recherche verfügbarer Da-

tensätze in verschiedenen Datenbanken (z. B. Regionaldatenbank Deutschland, INKAR-Datenbank des BBSR, Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung). Diese Praxis wurde insbesondere für solche Unter- und Teilziele angewendet, die durch die vorhandenen Indikatoren nicht ausreichend oder überhaupt nicht abgedeckt wurden.

Ergebnis: Der gesamte Katalog umfasst 618 Indikatoren. Da zahlreiche Indikatoren mehreren Unter- bzw. Teilzielen zugeordnet wurden, sind hierbei auch Mehrfachzählungen von Indikatoren enthalten. Nach einer Bereinigung dieser Mehrfachzählungen enthält der gesamte Katalog 468 verschiedene Indikatoren.

3.2.1.2 Indikatorenbewertung (Schritt 2)

3.2.1.2.1 Bewertung der Kriterien Validität, Datenverfügbarkeit, Datenqualität und Funktion

Um die Qualität der gesammelten Indikatoren besser einschätzen zu können, wurden alle 618 Indikatoren nach den vier Kriterien Validität, Datenverfügbarkeit, Datenqualität und Funktion bewertet.² Hierfür wurden unterschiedliche Aussagen herangezogen, welche je nach deren Zutreffen mit „xxx“ (trifft voll zu), „xx“ (trifft mit Einschränkungen zu) oder „x“ (trifft nicht zu) bewertet wurden. Die Bewertung der Funktion des Indikators richtete sich danach, ob dieser sich auf die Messung eines Ressourcen-Einsatzes oder auf die Messung der Ergebnisse und Auswirkungen eines Ressourcen-Einsatzes bezog.

Die Validität des Indikators wurde stets aus der kommunalen Perspektive bewertet. Bezog sich ein vorgeschlagener Indikator explizit auf die nationale oder Landes-Ebene (z. B. getätigte Ausgaben im Verhältnis zum nationalen Bruttoinlandsprodukt), so wurde für die Bewertung des Indikators die kommunale Perspektive herangezogen (d. h. getätigte Ausgaben auf kommunaler Ebene im Verhältnis zur Wertschöpfung auf kommunaler Ebene).

¹ Sehr abstrakt formulierte Unterziele können in der Regel nur mit wenigen Indikatoren abgebildet werden.

² Wurden Indikatoren mehreren Unter- bzw. Teilzielen zugeordnet, so konnte sich die Bewertung der Kriterien Validität und Funktion durchaus unterscheiden. Grund hierfür ist, dass die Bewertung dieser beiden Kriterien in Bezug auf das zugrundeliegende Unter- bzw. Teilziel durchgeführt wurde.

Validität

Zu bewertende Aussage	
Der Indikator (bzw. die ausgewählten Daten) bildet das Unter- bzw. Teilziel inhaltlich zutreffend ab.	
Bewertungsmöglichkeiten	
xxx	trifft voll zu
xx	trifft mit Einschränkungen zu
x	trifft nicht zu

Eine Bewertung mit „xx“ erfolgte z. B. dann, wenn Daten lediglich dezentral auf Gemeinde- oder Kreis-Ebene vorlagen. Waren entsprechende Daten nur auf Landes- oder Bundes-Ebene verfügbar, so erfolgte eine Bewertung mit „x“.

Die Datenqualität wurde nur dann bewertet, wenn die Datenverfügbarkeit mindestens mit „xx“ bewertet wurde. Waren hingegen keinerlei Daten auf Gemeinde- oder Kreis-

Datenverfügbarkeit

Zu bewertende Aussage	
Die benötigten Daten sind zentral (mindestens auf Kreis- oder Gemeinde-Ebene) flächendeckend verfügbar und werden regelmäßig (mindestens alle drei Jahre) erhoben. Sie sind ohne größeren Aufwand zu beschaffen bzw. zu bearbeiten. Zudem existiert ein zentrales Datenerhebungskonzept, sodass Daten aus verschiedenen lokalen Quellen einheitlich sind.	
Bewertungsmöglichkeiten	
xxx	trifft voll zu
xx	trifft mit Einschränkungen zu
x	trifft nicht zu

Ebene verfügbar, so wurde auf eine Bewertung verzichtet, da die Einschätzung einer „potenziellen“ Datenqualität in vielen Bereichen ohne spezielle Fachexpertise nicht möglich ist oder stark von der individuellen Umsetzung auf lokaler Ebene abhängt.³

„Die Zukunft der Menschheit und unseres Planeten liegt in unseren Händen. Sie liegt auch in den Händen der jüngeren Generation von heute, die die Fackel an die künftigen Generationen weiterreichen wird.“ (Agenda 2030)

Datenqualität

Zu bewertende Aussage	
Die ausgewählten Daten „messen“ den jeweiligen Indikator genau und verlässlich. Sie sind vollständig oder repräsentativ und werden nicht durch Messfehler verzerrt.	
Bewertungsmöglichkeiten	
xxx	trifft voll zu
xx	trifft mit Einschränkungen zu
x	trifft nicht zu
x-xxx	keine Bewertung möglich

Funktion

Neben Validität, Datenqualität und Datenverfügbarkeit wurde auch die Funktion des Indikators bewertet. Indikatoren können dabei grundsätzlich folgende Funktionen erfüllen: Bei Input-Indikatoren handelt es sich um Indikatoren, die eine Aussage über den Einsatz personeller, finanzieller oder sächlicher Ressourcen ermöglichen. Output-Indikatoren beziehen sich auf die Ergebnisse oder Produkte, die mithilfe eines Inputs erstellt oder erreicht werden. Mit Outcome-Indikatoren werden die direkten Wirkungen bei den Zielgruppen der Outputs gemessen. Impact-Indikatoren setzen bei den indirekten Wirkungen an, die auf (gesamt-)gesellschaftlicher Ebene angesiedelt sind.

Im Rahmen unserer Bewertung wurde zunächst lediglich zwischen Output-, Outcome- bzw. Impact-Indikatoren (Bewertung mit „OP/OC/IM“) auf der einen Seite und Input-Indikatoren (Bewertung mit „IP“) auf der anderen Seite unterschieden. Eine Unterscheidung erfolgte also zwischen Indikatoren zur Messung eines Ressourcen-Einsatzes und Indikatoren zur Messung von Ergebnissen oder Auswirkungen eines Ressourcen-Einsatzes.

Für einige Indikatoren konnte aufgrund der Formulierung des zugrundeliegenden Unter- bzw. Teilziels jedoch kei-

ne eindeutige Unterscheidung zwischen Input-Indikatoren („IP“) und Output-/ Outcome-/ Impact-Indikatoren („OP/OC/IM“) erfolgen. Dies wird etwa bei Teilziel 7.a.2 deutlich („Bis 2030 Investitionen in die Energieinfrastruktur und saubere Energietechnologien fördern“). Ein offensichtlicher Indikator zur Abbildung dieses Teilziels ist in den „Kommunalen Investitionen in den Ausbau Erneuerbarer Energien“ zu finden. Grundsätzlich bezieht sich dieser Indikator auf einen Input, da es sich bei kommunalen Investitionen in den Ausbau Erneuerbarer Energien um einen Mitteleinsatz handelt. Durch die Formulierung von Teilziel 7.a.2 beschreibt dieser Mitteleinsatz jedoch gleichzeitig den angestrebten Output. In solchen Fällen wurde die Funktion des Indikators mit „IP/OP“ bewertet. Diese Bewertung soll zum Ausdruck bringen, dass der Indikator je nach Sichtweise als Input- oder Output-Indikator (bzw. Outcome- oder Impact-Indikator) interpretiert werden kann.

3.2.1.2.2 Ermittlung von Indikatoren vom Typ I und II

Auf Basis der Bewertung der Kriterien Validität, Datenverfügbarkeit, Datenqualität und Funktion konnten Indikatoren vom Typ I und II ermittelt werden. Diese Indikatoren eignen sich für ein SDG-Monitoring auf kommunaler Ebene besonders gut, da sie hinsichtlich dieser vier Kriterien folgende Mindestanforderungen erfüllen:

3 In diesem Fall wurde eine Bewertung „x-xxx“ vorgenommen. Diese Bewertung soll zum Ausdruck bringen, dass keine Aussage darüber getroffen werden kann, ob die Datenqualität mit „x“, „xx“ oder „xxx“ bewertet werden sollte.

Funktion

Bewertungsmöglichkeiten	
Output-/Outcome-/Impact-Indikator (OP/OC/IM)	Der Indikator bezieht sich auf die Ergebnisse und Auswirkungen eines Ressourcen-Einsatzes.
Input-/Output-Indikator (IP/OP)	Der Indikator bezieht sich auf einen Ressourcen-Einsatz. Das zugrundeliegende Unter- bzw. Teilziel nennt eine Veränderung dieses Ressourcen-Einsatzes jedoch explizit als gewünschtes Ergebnis.
Input-Indikator (IP)	Der Indikator bezieht sich auf einen Ressourcen-Einsatz. Das zugrundeliegende Unter- bzw. Teilziel bezieht sich jedoch nicht explizit auf eine Veränderung dieses Ressourcen-Einsatzes.

Zusammengefasst handelt es sich bei Indikatoren vom Typ I um Indikatoren mit einer hohen oder sehr hohen Validität, die flächendeckend verfügbar sind. Bei Indikatoren vom Typ II handelt es sich um Indikatoren mit einer sehr hohen Validität, welche jedoch nicht flächendeckend auf kommunaler

Ebene verfügbar sind. Sowohl für Indikatoren vom Typ I als auch für Indikatoren vom Typ II kamen Input-Indikatoren nur dann in Frage, wenn sich deren zugrundeliegendes Unter- bzw. Teilziel explizit auf diesen Input bezog.

Mindestanforderungen an Indikatoren vom Typ I und Typ II		
	Indikator-Typ I	Indikator-Typ II
Validität	mindestens „xx“	„xxx“
Datenverfügbarkeit	„xxx“	keine Mindestanforderung
Datenqualität	mindestens „xx“	keine Mindestanforderung
Funktion	„OP/OC/IM“ oder „IP/OP“	„OP/OC/IM“ oder „IP/OP“
Weitere Anforderungen	-	kein Indikator Typ I

Ergebnis: Entsprechend dieser Mindestanforderungen handelt es sich bei 148 der 618 Indikatoren im gesamten Katalog um Indikatoren vom Typ I. 143 Indikatoren sind Indikatoren vom Typ II. Da zahlreiche Indikatoren mehreren Unter- bzw. Teilzielen zugeordnet werden konnten, sind hierbei auch

Mehrfachzählungen enthalten. Nach einer Bereinigung dieser Mehrfachzählungen beinhaltet der Katalog 96 Indikatoren vom Typ I und 99 Indikatoren vom Typ II. Anhang 6.2 enthält eine Übersicht aller Indikatoren vom Typ I und II, die für jedes der 17 SDGs zur Verfügung stehen.

„Wir haben den Weg zur nachhaltigen Entwicklung vorgezeichnet; es wird an uns allen liegen, dafür zu sorgen, dass die Reise erfolgreich ist und die erzielten Fortschritte unumkehrbar sind.“ (Agenda 2030)

3.2.1.3 Indikatorenauswahl (Schritt 3)

Insgesamt setzte sich die AG „SDG-Indikatoren für Kommunen“ das Ziel, einen ebenso handlungsleitenden (steuerungsrelevanten) wie handhabbaren (überschaubaren) SDG-Indikatorenkatalog mit einer Indikatorenzahl etwa im mittleren zweistelligen Bereich zu erarbeiten. Zur Erreichung dieses zentralen Ziels musste daher eine sinnvolle Auswahl von Kernindikatoren getroffen werden. Bei Kernindikatoren handelt es sich um solche Indikatoren, die im vorgeschlagenen SDG-Indikatorenkatalog der Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“ enthalten sind.

Für die Auswahl der Kernindikatoren kamen insbesondere Indikatoren vom Typ I und II in Frage, da diese Indikatoren bestimmte Mindestanforderungen hinsichtlich der vier Kriterien Validität, Datenverfügbarkeit, Datenqualität und Funktion erfüllen und daher für ein SDG-Monitoring auf kommunaler Ebene besonders gut geeignet sind. Allerdings ist die Gesamtzahl der Indikatoren vom Typ I und II zu hoch, um das Ziel eines handhabbaren SDG-Indikatorenkatalogs auf kommunaler Ebene erreichen zu können. Aus diesem Grund musste aus den Indikatoren vom Typ I und II eine weitere Auswahl getroffen werden.

Dies war für die AG „SDG-Indikatoren für Kommunen“ ein kritischer methodischer Schritt, da unterschiedliche Vorgehensweisen denkbar waren. Die Arbeitsgruppe fasste nach längerer Diskussion den Entschluss, eine Zielgröße von drei Kernindikatoren je SDG für die Auswahl anzuvisieren. Diese Zielgröße wurde für einzelne SDGs, die aus kommunaler Sicht als besonders wichtig anzusehen sind, jedoch bewusst überschritten. So wurden für SDG 11, welches sich konkret auf die Rolle von Städten fokussiert, fünf Kernindikatoren ausgewählt. Für andere SDGs wurde die Zielgröße aufgrund einer untergeordneten Bedeutung für Kommunen (z.B. SDG 14) oder aufgrund eines Mangels verfügbarer Indikatoren (z.B. SDG 17) auch unterschritten.

Für die Auswahl der Kernindikatoren durch die AG „SDG-Indikatoren für Kommunen“ waren folgende Faktoren und Fragestellungen relevant:

- **Ist der Indikator zur Abbildung des gesamten SDGs geeignet?**

Da für jedes SDG eine begrenzte Zahl an Kernindikatoren ausgewählt wurde, war die thematische Abdeckung des gesamten SDGs von zentraler Bedeutung. Das wichtigste Kriterium war daher, dass möglichst unterschiedliche Facetten eines SDGs durch die ausgewählten Kernindikatoren abgebildet werden sollten, um inhaltliche Überschneidungen und Redundanzen soweit möglich zu vermeiden. Dadurch wurden im Zweifel etwa eher „übergreifende“ als zielgruppenspezifische Indikatoren gewählt.

- **Lassen sich durch den ausgewählten Indikator auch andere SDGs abbilden?**

Zahlreiche Typ I- und Typ II-Indikatoren wurden mehr als nur einem Unter- bzw. Teilziel zugeordnet. In manchen Fällen erfolgte diese Mehrfachzuordnung auch für Unter- bzw. Teilziele unterschiedlicher SDGs. So wurde beispielsweise der Indikator „Straftaten“ dem Unterziel 11.7 sowie dem Teilziel 16.4.3 zugeordnet und ist somit für die Abbildung beider SDGs relevant. Die Auswahl als Kernindikator erfolgte für diesen Indikator zwar primär für SDG 16, durch die beschriebene Mehrfachzuordnung lässt er sich jedoch auch für SDG 11 als Indikator nutzen. Die Auswahl solcher mehrfach zugeordneten Indikatoren führt dazu, dass die 17 SDGs in der Regel durch deutlich mehr als die ca. drei primär ausgewählten Kernindikatoren abgebildet werden.⁴

- **Sind die Daten zur Abbildung des Indikators zentral verfügbar oder müssen diese Daten erst vor Ort erhoben werden?**

Typ I- und Typ II-Indikatoren kamen gleichermaßen für die Auswahl von Kernindikatoren in Frage. Dennoch sollten im vorgeschlagenen SDG-Indikatorenkatalog Typ I-Indikatoren in der Mehrzahl sein, um die Handhabbarkeit des Indikatorenkatalogs für die Kommunen zu gewährleisten. Wurden Indikatoren vom Typ II als Kernindikatoren ausgewählt, so wurde darauf geachtet, dass sich der Aufwand zur Beschaffung der Daten für die Kommunen möglichst in Grenzen hält.

4 Für eine Übersicht aller ausgewählten Kernindikatoren sowie deren Mehrfachzuordnungen siehe Anhang 6.2.

- **Wird der Indikator in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie verwendet?**

Es wurde auch darauf geachtet, in welchen anderen Nachhaltigkeits-Indikatorenkatalogen der Indikator vorgeschlagen wurde. Zur Erleichterung der vertikalen Integration der Nachhaltigkeitsberichterstattung wurden beispielsweise Indikatoren aus der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie im Zweifel bei der Auswahl der Kernindikatoren vorgezogen.

In einzelnen Fällen wurden auch mehrere Indikatoren vom Typ I bzw. II zu einem Kernindikator zusammengefasst und ausgewählt. Eine solche Zusammenfassung erfolgte ausschließlich dann, wenn die Indikatoren entweder nur in ihrer Kombination wichtige Informationen zu den relevanten Unter- bzw. Teilzielen liefern konnten (z. B. bei der Einkommensverteilung) oder keine Priorisierung einzelner Teilaspekte möglich war (z. B. bei Armut in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen).

Ergebnis: Insgesamt wurden auf diese Weise 47 Kernindikatoren für den vorgeschlagenen SDG-Indikatorenkatalog ausgewählt.⁵ 30 Kernindikatoren sind bereits heute flächendeckend auf kommunaler Ebene verfügbar, d. h. es handelt um Indikatoren vom Typ I. Für 17 ausgewählte Kernindikatoren fehlt diese flächendeckende Verfügbarkeit, weshalb es sich um Indikatoren vom Typ II handelt. In der nachfolgenden Übersicht sind alle 47 Kernindikatoren aufgelistet. Ausführliche Definitionen der ausgewählten Kernindikatoren (sowie aller weiteren Indikatoren vom Typ I und II) befinden sich in Anhang 6.2. Die Übersicht in Anhang 6.2 liefert zusätzlich Informationen darüber, welche weiteren SDGs über die Mehrfachzuordnungen durch die ausgewählten Kernindikatoren abgebildet werden können.

⁵ Die 47 Kernindikatoren setzen sich aus 54 Einzelindikatoren zusammen.

„Wir sind uns dessen bewusst, dass wir unsere ehrgeizigen Ziele und Zielvorgaben nicht ohne eine neu belebte und verstärkte Globale Partnerschaft und gleichermaßen ambitionierte Umsetzungsmittel erreichen werden.“

(Agenda 2030)

Übersicht der SDG-Kernindikatoren

SDG	Nr.	Nr. des Unter- bzw. Teilziels	Indikator	Berechnung	Typ
SDG 1	1	1.3.1	SGB II-/SGB XII-Quote	(Anzahl Leistungsberechtigte nach SGB II und SGB XII) / (Anzahl Einwohner) * 100	Typ I
	2a	1.3.2	Armut – Kinderarmut	(Anzahl Nicht-Erwerbsfähiger Leistungsbezieher unter 15 Jahre + Anzahl Nicht-Leistungsberechtigter in Bedarfsgemeinschaften unter 15 Jahre) / (Anzahl Einwohner im Alter von unter 15 Jahren) * 100	Typ I
	2b	1.3.2	Armut – Jugendarmut	(Anzahl Leistungsberechtigter im Alter von 15-17 Jahren + Anzahl Nicht Leistungsberechtigter in Bedarfsgemeinschaften im Alter von 15-17 Jahren) / (Anzahl Einwohner im Alter von 15-17 Jahren) * 100	
	2c	1.3.2	Armut – Altersarmut	(Anzahl Bezieher von Grundsicherung im Alter ab 65 Jahren) / (Anzahl Einwohner im Alter ab 65 Jahren) * 100	
SDG 2	3	2.2.1	Kinder mit Übergewicht	(Anzahl Übergewichtige Kinder im Schuleingangsjahr) / (Anzahl Kinder im Schuleingangsjahr insgesamt) * 100	Typ II
	4	2.4.1, 2.4.2	Ökologische Landwirtschaft	(Fläche unter ökologischer landwirtschaftlicher Nutzung) / (Fläche unter landwirtschaftlicher Nutzung insgesamt) * 100	Typ II
	5	2.4.2	Stickstoffüberschuss	(Stickstoffüberschuss) / (Landwirtschaftlich genutzte Fläche)	Typ I
SDG 3	6	3.4.2	Vorzeitige Sterblichkeit	(Anzahl Todesfälle bei Personen im Alter von unter 65 Jahren) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ I
	7	3.8.2	Ärzteversorgung	(Anzahl Allgemeinärzte) / (Anzahl Einwohner) * 100.000	Typ I
	8	3.9.2	Luftqualität	Emissionen von Luftschadstoffen (Schwefeldioxid, Stickoxide, Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen und Feinstaub)	Typ II
SDG 4	9	4.1	Schulabbrecherquote	(Anzahl Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss) / (Anzahl Schulabgänger insgesamt) * 100	Typ I
	10a	4.2, 4.6	Betreuung von Kindern - Unter 3-Jährige	(Anzahl Kinder im Alter von unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen) / (Anzahl Kinder im Alter von unter 3 Jahren) * 100	Typ I
	10b	4.2, 4.6	Betreuung von Kindern - 3- bis 5-Jährige in Tageseinrichtungen	(Anzahl Kinder im Alter von 3-5 Jahren in Tageseinrichtungen) / (Anzahl Kinder im Alter von 3-5 Jahren) * 100	
	11	4.a	Exklusionsquote	(Anzahl Schüler an Förderschulen) / (Anzahl Schüler insgesamt) * 100	Typ I
SDG 5	12	5.1	Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern	(Anzahl SvB Frauen am Wohnort 15-64 Jahre / Anzahl Frauen 15-64 Jahre insgesamt) / (Anzahl SvB Männer am Wohnort 15-64 Jahre / Anzahl Männer 15-64 Jahre insgesamt) * 100	Typ I
	13	5.1	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	(Medianeinkommen SvB Frauen (vollbeschäftigt) am Arbeitsort) / (Medianeinkommen SvB Männer (vollbeschäftigt) am Arbeitsort) * 100	Typ I
	14	5.5	Frauenanteil in Stadträten und Kreistagen	(Anzahl Frauen mit Mandaten in Stadträten und Kreistagen) / (Mandate in Stadträten und Kreistagen insgesamt) * 100	Typ I
SDG 6	15	6.3.1, 6.3.2, 6.3.3	Abwasserbehandlung	(Abwassermenge, die durch Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt wird) / (Abwassermenge insgesamt) * 100	Typ I
	16	6.3.1	Nitrat im Grundwasser	(Anzahl Messstellen mit Überschreitung des Grenzwertes) / (Anzahl der Messstellen insgesamt) * 100	Typ II
SDG 7	17	7.2	Anteil Erneuerbarer Energien am Energieverbrauch	(Energiebereitstellung durch erneuerbare Energien) / (Bruttoendenergieverbrauch) * 100	Typ II
	18	7.2	Windenergie	(Leistung installierter Windenergie) / (Anzahl Einwohner)	Typ I
	19	7.a.2	Kommunale Investitionen in den Ausbau erneuerbare Energien	(Investitionen Ausbau erneuerbarer Energien) / (Kommunale Ausgaben insgesamt) * 100	Typ II
SDG 8	20	8.1.1	Bruttoinlandsprodukt	(Bruttoinlandsprodukt) / (Anzahl Einwohner)	Typ I
	21	8.5.1	Langzeitarbeitslosenquote	(Anzahl Arbeitslose mit Dauer der Arbeitslosigkeit > 1 Jahr) / (Anzahl Arbeitslose + Anzahl SvB am Wohnort) * 100	Typ I
	22	8.5.1	Beschäftigungsquote	(Anzahl SvB am Wohnort im Alter von 15-64 Jahren) / (Anzahl Einwohnern im Alter von 15-64-Jahren) * 100	Typ I
	23	8.5.2	Aufstocker	(Anzahl erwerbstätige ALG II-Bezieher) / (Anzahl ALG II-Bezieher insgesamt) * 100	Typ I
SDG 9	24	9.5.3	Existenzgründungen	(Anzahl Neuerrichtungen von Gewerbebetrieben) / (Anzahl Einwohner) * 1000	Typ I
	25	9.5.3, 9.5.4	Hochqualifizierte	(Anzahl SvB mit akademischen Berufsabschluss am Arbeitsort) / (Anzahl SvB am Arbeitsort insgesamt) * 100	Typ I
	26	9.a	Breitbandversorgung	(Anzahl Haushalte mit Breitbandversorgung (≥ 50 Mbit/s)) / (Anzahl Haushalte insgesamt) * 100	Typ II

SDG	Nr.	Nr. des Unter- bzw. Teilziels	Indikator	Berechnung	Typ
SDG 10	27a	10.2.2, 10.3.2, 10.4	Einkommensverteilung – Haushalte mit niedrigem Einkommen	(Anzahl Haushalte mit Gesamtnettoeinkommen bis unter 25.000 Euro pro Jahr) / (Anzahl Haushalte insgesamt) * 100	Typ I
	27b	10.2.2, 10.3.2, 10.4	Einkommensverteilung – Haushalte mit mittlerem Einkommen	(Anzahl Haushalte mit Gesamtnettoeinkommen zwischen 25.000 und 50.000 Euro pro Jahr) / (Anzahl Haushalte insgesamt) * 100	
	27c	10.2.2, 10.3.2, 10.4	Einkommensverteilung – Haushalte mit hohem Einkommen	(Anzahl Haushalte mit Gesamtnettoeinkommen über 50.000 Euro pro Jahr) / (Anzahl Haushalte insgesamt) * 100	
	28	10.2.2	Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländern zur Beschäftigungsquote gesamt	(Anzahl ausländische SvB am Wohnort 15-64 Jahre / Anzahl Ausländer 15-64 Jahre insgesamt) / (Anzahl SvB am Wohnort 15-64 Jahre insgesamt / Anzahl Einwohner 15-64 Jahre insgesamt) * 100	Typ I
	29	10.2.2	Verhältnis der Schulabbrecherquote von Ausländern zur Schulabbrecherquote gesamt	(Anzahl ausländischer Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss / Anzahl ausländischer Schulabgänger insgesamt) / (Anzahl Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss insgesamt / Anzahl Schulabgänger insgesamt) * 100	Typ I
SDG 11	30	11.1.1	Mietpreise	Durchschnittliche Nettokaltmiete je qm	Typ I
	31	11.2.1	Modal Split	(Aufkommen Fußverkehr, Radverkehr und ÖPNV) / (Verkehrsaufkommen insgesamt) * 100	Typ II
	32	11.2.2	Verunglückte im Verkehr	(Anzahl verletzte oder getötete Personen bei Verkehrsunfällen) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ I
	33	11.3.1	Flächenverbrauch	(Siedlungs- und Verkehrsfläche) / (Gesamtfläche) * 100	Typ I
	34	11.3.1, 11.7	Naherholungsflächen	(Erholungsfläche) / (Anzahl Einwohner)	Typ I
SDG 12	35	12.2	Trinkwasserverbrauch	(Jährlicher Trinkwasserverbrauch (Haushalte und Kleingewerbe)) / ((Anzahl Einwohner) * (Tage pro Jahr))	Typ I
	36	12.2, 12.6	Abfallmenge	(Menge entsorgter Abfall) / (Anzahl Einwohner)	Typ I
	37	12.6	EMAS-zertifizierte Standorte	(EMAS-zertifizierte Standorte) / (Anzahl Betriebe insgesamt) * 1000	Typ II
SDG 13	38a	13.2	CO ₂ -Ausstoß – CO ₂ -Ausstoß der privaten Haushalte	(Menge CO ₂ -Emission der privaten Haushalte) / (Anzahl Einwohner)	Typ II
	38b	13.2	CO ₂ -Ausstoß – CO ₂ -Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen	(Menge CO ₂ -Emission von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen) / (Anzahl Einwohner)	
	38c	13.2	CO ₂ -Ausstoß – CO ₂ -Ausstoß des Verkehrs	(Menge CO ₂ -Emission durch den Verkehr) / (Anzahl Einwohner)	
SDG 14	39	14.1	Fließwasserqualität	(Anzahl Fließgewässer mit einer ökologischer Zustandsbewertung von „sehr gut“, „gut“ oder „mäßig“) / (Anzahl Fließgewässer insgesamt) * 100	Typ II
SDG 15	40	15.1, 15.5.1	Naturschutzflächen	(Fläche Natura 2000-Gebiete, Landschafts- und Naturschutzgebiete, Naturparks und Nationalparks) / (Fläche insgesamt) * 100	Typ II
	41	15.2.1	Nachhaltige Forstwirtschaft	(Waldfläche mit PEFC- bzw. FSC-Zertifizierung) / (Waldfläche insgesamt) * 100	Typ II
	42	15.5.2	Landschaftsqualität und Artenvielfalt	(Tatsächlicher Wert des Index für den Bestand an Vogelarten) / (Zielwert des Index für Bestand an Vogelarten) * 100	Typ II
SDG 16	43	16.4.3	Straftaten	(Anzahl polizeilich bekanntgewordene Straftaten) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ I
	44	16.6	Verschuldung im Kernhaushalt	(Verschuldung im Kernhaushalt der Kommune) / (Anzahl Einwohner)	Typ I
	45	16.7	Informelle Bürgerbeteiligung	(Anzahl der informellen Beteiligungsverfahren) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ II
SDG 17	46	17.3, 17.6	Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit	(Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit) / (Kommunale Ausgaben insgesamt) * 100	Typ II
	47	17.16	Ausgaben für fair gehandelte Produkte	(Kommunale Ausgaben für fair gehandelte Produkte) / (Kommunale Ausgaben insgesamt) * 100	Typ II

Legende

- Die Spalte „**Nr. des Unter- bzw. Teilziels**“ gibt an, zu welchen Unter- bzw. Teilzielen der Indikator innerhalb des SDGs Informationen liefert (Beispiel: Der Indikator „Naturschutzflächen“ liefert innerhalb von SDG 15 Informationen zu den Unter- bzw. Teilzielen 15.1 und 15.5.1)
- Die Spalte „**Typ**“ liefert Informationen zum Typ des Indikators. Bei Indikatoren vom Typ I handelt es sich um Indikatoren mit einer hohen oder sehr hohen Validität, die flächendeckend verfügbar sind. Bei Indikatoren vom Typ II handelt es sich um Indikatoren mit einer sehr hohen Validität, welche jedoch nicht flächendeckend auf kommunaler Ebene verfügbar sind (Beispiel: Der Indikator „SGB II-/SGB XII-Quote“ besitzt eine hohe Validität und liegt flächendeckend vor und ist daher ein Indikator Typ I. Der Indikator „Luftqualität“ besitzt ebenfalls eine hohe Validität, allerdings liegen keine flächendeckenden Daten auf kommunaler Ebene vor. Es handelt sich daher um einen Indikator Typ II).

3.2.1.4 Anmerkungen zum vorgeschlagenen SDG-Indikatorenkatalog

Die Entscheidung für einen Indikatorenkatalog, der die Bandbreite der 17 SDGs möglichst gleichmäßig abdecken soll, erschien der Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“ angemessen, da grundsätzlich alle 17 SDGs im Rahmen der Agenda 2030 gleichberechtigt sind. Zudem soll an dieser Stelle nochmals explizit auf die Baukastenfunktion des vorgeschlagenen SDG-Indikatorenkatalogs hingewiesen werden. Jeder Kommune ist es völlig freigestellt, einen Fokus auf individuelle Ziele und Problemstellungen zu legen und ihren Indikatorenkatalog dementsprechend anzupassen.

Für eine entsprechende Anpassung des individuellen Indikatorenkatalogs kommen insbesondere solche Indikatoren vom Typ I und II in Frage, die nicht als Kernindikatoren ausgewählt wurden. Anhang 6.2 liefert eine Übersicht aller Indikatoren vom Typ I und II, die für jedes der 17 SDGs zur Verfügung stehen sowie der Auswahl der Kernindikatoren durch die Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“. Auch der gesamte Katalog mit allen 618 Indikatoren kann als Ideengeber für die Erstellung eines passgenauen kommunalen Nachhaltigkeits-Indikatorenkatalogs genutzt werden. Hierbei muss allerdings darauf geachtet werden, dass sich nicht alle gesammelten Indikatoren gleichermaßen für ein Nachhaltigkeits-Monitoring auf kommunaler Ebene eignen. Daher rät die Arbeitsgruppe, für Änderungen und Ergänzungen des vorgeschlagenen SDG-Indikatorenkatalogs lediglich Indikatoren vom Typ I und II heranzuziehen.

Die Abdeckung aller 17 SDGs durch flächendeckend verfügbare Indikatoren ist leider nicht möglich gewesen. So enthält der vorgeschlagene SDG-Indikatorenkatalog 17 Indikatoren vom Typ II. Die SDGs 13, 14, 15 und 17 werden derzeit ausschließlich von Indikatoren abgedeckt, deren flächendeckende Verfügbarkeit auf kommunaler Ebene nicht gewährleistet ist. Entsprechende Daten können somit vorerst nicht bereitgestellt werden und müssten von den Kommunen selbst erhoben werden. Über die Definition der Indikatoren vom Typ II sollen jedoch Anregungen für die weitere Entwicklung der amtlichen Statistik gegeben werden. Insbesondere im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (SDG 17) und des Klimawandels (SDG 13) erkennt die

Arbeitsgruppe dringenden Handlungsbedarf, um kommunale Anstrengungen auf diesen Gebieten flächendeckend messbar und vergleichbar machen zu können.

3.2.2 Beschreibung der Indikatoren (Schritt 4)

Für alle 47 Kernindikatoren des vorgeschlagenen SDG-Indikatorenkatalogs wurden detaillierte Informationen in Form von Steckbriefen bereitgestellt (siehe Kapitel 4). Diese Steckbriefe sollen den kommunalen Vertretern in erster Linie dazu dienen, die Nachhaltigkeitsrelevanz von Indikatoren beurteilen zu können, die Aussage der Indikatoren zu verstehen, Indikatorenwerte korrekt zu interpretieren und ggf. Wechselwirkungen mit anderen Indikatoren und regionalen Gegebenheiten zu erkennen. Im Detail liefern die Steckbriefe folgende Informationen:

(Primäres) Ziel:

Welchem Ziel ist der Indikator (primär) zugeordnet?⁶

(Primäres) Unterziel:

Welchem Unterziel ist der Indikator (primär) zugeordnet?

(Primäres) Teilziel:

Welchem Teilziel eines Unterziels ist der Indikator (primär) zugeordnet? – Diese Information ist nur dann relevant, wenn die Arbeitsgruppe ein entsprechendes Unterziel in Teilziele gegliedert hat.

Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen:

Welchen Zielen, Unterzielen und Teilzielen ist der Indikator zugeordnet? – An dieser Stelle werden auch Mehrfachzuordnungen ersichtlich.

Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung:

Existiert ein Bezug zu den Dimensionen und Themen nachhaltiger Entwicklung?⁷ – Hierbei wurden folgende Dimensionen und Themen berücksichtigt:

„Wir verpflichten uns, mit vollem Engagement regelmäßige und alle Seiten einbeziehende Überprüfungen der Fortschritte auf subnationaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene durchzuführen.“ (Agenda 2030)

- Ökonomie (Arbeit und Beschäftigung, Wirtschaftsstruktur)
- Ökologie (Klima und Energie, Mobilität, Naturschutz und Ressourceneinsatz)
- Soziales (Armut, Wohnen und Wohnumfeld, Gesundheit und Pflege, Sicherheit, Bildung, Kultur)
- Governance (Verwaltung und Ratsarbeit, Haushaltsführung, Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement, Eine-Welt-Engagement)

Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung:

Existiert ein Bezug zu häufig vorkommenden Nachhaltigkeitsagenden und -leitbildern? – Folgende Agenden und Leitbilder wurden berücksichtigt:

- Inklusive Kommune
- Familiengerechte Kommune
- Umweltgerechte Kommune
- Resiliente Kommune
- Sharing Kommune
- Smarte Kommune
- Faire Kommune
- Weltoffene Kommune
- Demographiegerechte Kommune
- Klimaneutrale Kommune

Definition:

Wie ist der Indikator definiert?

Nachhaltigkeitsrelevanz:

- Welche Hinweise liefert der Indikator bzw. was bildet er ab?
- Welche Bedeutung hat der Indikator für eine nachhaltige Kommune?
- Lassen sich Bezüge zu den verschiedenen Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung herstellen (Ökonomie, Ökologie, Soziales oder Governance)? Lassen sich Bezüge zu den verschiedenen Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung herstellen („Prinzip der Generationengerechtigkeit“, „Prinzip der Ganzheitlichkeit“, „Prinzip der globalen Verantwortung“ oder „Prinzip des gemeinsamen Vorgehens“)?⁸

Herkunft:

Die Zeile „Herkunft“ liefert Aufschluss darüber, ob sich der Indikator in exakt dieser oder sehr ähnlicher Form in den Indikatorenkatalogen der Vereinten Nationen, der EU, des Bundes, der Länder und der Kommunen wiederfindet. Hierzu wurden folgende Quellen herangezogen:

- Vereinte Nationen: SDG-Indikatorenkatalog der UN⁹
- EU: SDG-Indikatorenkatalog von EUROSTAT¹⁰
- Bund: SDG-Indikatorenkatalog der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie¹¹
- Länder: Auf Ebene der Bundesländer wurden die bereitgestellten Indikatorenkataloge der landesweiten Nachhaltigkeitsstrategien von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen beispielhaft herangezogen.¹² Kommunen: Auch auf kommunaler Ebene wurden die erarbeiteten kommunalen Indikatorenkataloge der Länder Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen herangezogen?¹³

Validität:

- Wie gut eignet sich ein Indikator für die Darstellung des Unter- bzw. Teilziels?

Datenqualität (nur für Indikatoren vom Typ I):

Welche Qualität besitzen die Daten, mit denen der Indikator gebildet wird? Hierzu sind u. a. folgende Fragen relevant:

- Stammen die Daten aus einer zuverlässigen Quelle?
- Ist eindeutig klar, wie die Daten entstanden sind?
- Werden die Daten exakt angegeben oder nur innerhalb eines Wertebereichs?
- Sind die Daten repräsentativ?

Datenverfügbarkeit (nur für Indikatoren vom Typ I):

Für welche Jahre und auf welcher Ebene sind Daten verfügbar?

Funktion:

Handelt es sich um einen Output-/ Outcome-/ Impact-Indikator, einen Input-/ Output-Indikator oder um einen Input-Indikator?

Wechselwirkungen (nur für Indikatoren vom Typ I):

- Mit welchen anderen Indikatoren bzw. regionalen Faktoren könnte ein Zusammenhang bestehen?
- Warum könnte dieser Zusammenhang bestehen?

Rahmenbedingungen (nur für Indikatoren vom Typ I):

- Wird der Wert des Indikators durch bestimmte regionale Gegebenheiten „vorherbestimmt“?
- Nimmt der Indikator z. B. in Großstädten / Kleinstädten, in Ostdeutschland / Westdeutschland, etc., aus bestimmten Gründen einen besonders hohen oder niedrigen Wert an?

Aussage:

Welche Aussage liefert der Indikator?

Berechnung:

Anhand welcher Formel lässt sich der Indikator berechnen?

Quelle (nur für Indikatoren vom Typ I):

Aus welcher Quelle können die Daten bezogen werden?

Einheit:

In welcher Maßeinheit werden Indikatorenwerte gemessen?

Abrufbar für... (nur für Indikatoren vom Typ I):

Für welche Jahre werden die Daten im Wegweiser Kommune voraussichtlich abrufbar sein?

6 Indikatoren konnten unterschiedlichen Zielen (bzw. SDGs), Unterzielen und Teilzielen zugeordnet werden. In diesen Fällen wurde jeweils ein Ziel, Unterziel und Teilziel primär ausgewählt, für welches der Indikator die beste Aussagekraft liefert.

7 Siehe hierfür: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Monitor Nachhaltige Kommune – Bericht 2016. Schwerpunktthema Digitalisierung. Gütersloh 2018.

8 Siehe hierfür ebenso: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Monitor Nachhaltige Kommune – Bericht 2016, speziell S. 19ff.

9 United Nations (2016): Final list of proposed Sustainable Development Goal indicators. New York, 2016.

10 Eurostat (2017): EU SDG Indicator Set – Indicators for Monitoring the Sustainable Development Goals (SDGs) in an EU context. Luxembourg, 2017.

11 Bundesregierung (2016): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie – Neuauflage 2016. Berlin, 2016.

12 BW: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (Umweltministerium Baden-Württemberg) (2016): Indikatorenbericht 2016 – Statusindikatoren einer nachhaltigen Entwicklung in Baden-Württemberg. Stuttgart, 2016.; NRW: Landesregierung Nordrhein-Westfalen (2016): heute handeln – Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele. Düsseldorf, 2016.

13 BW: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (Umweltministerium Baden-Württemberg) / Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) (2015): NI-Berichte für Kommunen – Leitfaden zur Erstellung von kommunalen Nachhaltigkeitsberichten. Stuttgart, 2015.; NRW: Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e. V. (LAG 21) (2016): Nachhaltigkeitsbericht NRWkommunal (Langfassung). Dortmund, 2016.

„Die Weiterverfolgung und Überprüfung auf regionaler und subregionaler Ebene kann gegebenenfalls nützliche Gelegenheiten für gegenseitiges Lernen unter anderem durch freiwillige Überprüfungen, den Austausch bewährter Verfahren und Erörterungen über gemeinsame Zielvorgaben bieten.“ (Agenda 2030)

3.2.3 Anmerkungen zum methodischen Vorgehen

Die Indikatorensammlung, -bewertung und -auswahl wurde zunächst in einer Gemeinschaftsarbeit von Difu-ProjektmitarbeiterInnen durchgeführt.

Die Vorgehensweise und die Ergebnisse wurden im Rahmen eines Treffens der Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“ vorgestellt und diskutiert. Entsprechende Rückmeldungen aus der Arbeitsgruppe wurden geprüft und eingearbeitet.

In einer daran anschließenden Diskussionsveranstaltung mit kommunalen Vertretern wurden alle bereitgestellten Indikatoren vom Typ I und II sowie die Auswahl der Kernindikatoren diskutiert und entsprechende Anmerkungen schriftlich dokumentiert. Zur Klärung strittiger Anmerkungen aus der Diskussionsveranstaltung wurde die Meinung Difu-interner sowie externer Experten eingeholt.

Die Auswahl der Kernindikatoren wurde dementsprechend überarbeitet und dem Projektbeirat, der das Gesamtprojekt „Monitor Nachhaltige Kommune“ beratend begleitet, vorgelegt und ebenfalls zur Diskussion gestellt. Nach Berücksichtigung der Rückmeldungen aus dem Projektbeirat fertigte das Difu für die ausgewählten Kernindikatoren Steckbriefe mit detaillierten Informationen an.

Gleichzeitig konnten kommunale Vertreter und Experten im Bereich der Nachhaltigkeitsforschung in einer Online-Befragung Rückmeldung zur Vorgehensweise im Projekt, zur Methodik des Relevanz-Checks, zur Methodik der Indikatorensammlung, -bewertung und -auswahl sowie zum vorgeschlagenen SDG-Indikatorenkatalog geben. Insgesamt beteiligten sich 22 von 98 angeschriebenen Personen an der Befragung, wobei die Rückmeldungen größtenteils positiv ausfielen.

In einer weiteren Sitzung der Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“ wurde über den Umgang mit Kritikpunkten aus der Online-Befragung gesprochen sowie ein erster Entwurf der angefertigten Steckbriefe präsentiert. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe bekamen im Anschluss an die Sitzung Zeit, schriftliche Rückmeldungen zu den Steckbriefen zu geben. Diese Rückmeldungen wurden durch das Difu geprüft und eingearbeitet.

Referenzen zu Kapitel 3.2

1. Vereinte Nationen

Vereinte Nationen (2015): Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. New York, 2015 (<http://www.un.org/depts/german/gv-70/a70-l1.pdf>; Download: 23.02.2017).

United Nations (2016): Final list of proposed Sustainable Development Goal indicators. New York, 2016. (Kurzbezeichnung im Indikatorenkatalog: UN SDI) (<https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/11803Official-List-of-Proposed-SDG-Indicators.pdf>; Download: 23.02.2017).

United Nations (2016): The Sustainable Development Goals Report 2016. New York, 2016. (<https://unstats.un.org/sdgs/report/2016/The%20Sustainable%20Development%20Goals%20Report%202016.pdf>; Download: 23.02.2017).

United Nations (2017): New Urban Agenda. Resolution adopted by the General Assembly on 23 December 2016. A/RES/71/256. New York, 2017. (<http://habitat3.org/wp-content/uploads/New-Urban-Agenda-GA-Adopted-68th-Plenary-N1646655-E.pdf>; Download: 17.03.2017).

2. Europäische Kommission

Europäische Kommission (2016): Auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft – Europäische Nachhaltigkeitspolitik. Brüssel, 2016. (<https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2016/DE/COM-2016-739-F1-DE-MAIN.PDF>; Download: 23.02.2017).

Eurostat (2016): Sustainable Development in the European Union – A statistical glance from the viewpoint of the UN sustainable development goals. Luxembourg, 2016. (Kurzbezeichnung im Indikatorenkatalog: Eurostat) (<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/7745644/KS-02-16-996-EN-N.pdf/eae6b7f9-d06c-4c83-b16f-c72b0779ad03>; Download: 23.02.2017).

Eurostat (2017): EU SDG Indicator Set – Indicators for Monitoring the Sustainable Development Goals (SDGs) in an EU context. Luxembourg, 2017. (Kurzbezeichnung im Indikatorenkatalog: Eurostat SDI) (<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/276524/7736915/EU-SDG-indicator-set-with-cover-note-170531.pdf>; Download: 09.04.2017).

3. Bund

Bundesregierung (2016): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie – Neuauflage 2016. Berlin, 2016. (Kurzbezeichnung im Indikatorenkatalog: DNS) (https://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/Bestellservice/Deutsche_Nachhaltigkeitsstrategie_Neuauflage_2016.pdf?__blob=publicationFile&v=7; Download: 23.02.2017).

Statistisches Bundesamt (2016): Indikatoren der UN-Nachhaltigkeitsziele – Für Deutschland verfügbare Indikatoren der globalen UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Wiesbaden, 2016. (Kurzbezeichnung im Indikatorenkatalog: Destatis) (https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/SDG/SDG_Gesamt.pdf;jsessionid=7C8605E16FA91518E85D3F43EBAC4A7A.cae2?__blob=publicationFile; Download: 17.03.2017).

4. Länder (Bsp. Baden-Württemberg / Nordrhein-Westfalen)

Landesregierung Nordrhein-Westfalen (2016): heute handeln – Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele. Düsseldorf, 2016. (Kurzbezeichnung im Indikatorenkatalog: NRW) (https://www.nachhaltigkeit.nrw.de/fileadmin/download/beitrag_nrw_zur_umsetzung_der_SDGs_2016.pdf; Download: 23.02.2017).

Landesregierung Nordrhein-Westfalen (2016): Nachhaltigkeitsindikatoren Nordrhein-Westfalen – Bericht 2016. Düsseldorf, 2016. (https://www.nachhaltigkeit.nrw.de/fileadmin/download/nachhaltigkeits-indikatorenbericht_2016.pdf; Download: 23.02.2017).

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (Umweltministerium Baden-Württemberg) (2016): Indikatorenbericht 2016 – Statusindikatoren einer nachhaltigen Entwicklung in Baden-Württemberg. Stuttgart, 2016. (Kurzbezeichnung im Indikatorenkatalog: BW) (https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/2_Presse_und_Service/Publicationen/Umwelt/Nachhaltigkeit/Indikatorenbericht_2016.pdf; Download: 17.03.2017).

5. Kommunen (Bsp. Baden-Württemberg / Nordrhein-Westfalen)

Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e. V. (LAG 21) (2016): Nachhaltigkeitsbericht NRWkommunal (Kurzfassung), 2016. (https://www.lag21.de/files/default/pdf/Themen/Forschung/nrwkommunal_Kurzfassung.pdf; Download: 23.02.2017).

Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e. V. (LAG 21) (2016): Nachhaltigkeitsbericht NRWkommunal (Langfassung). Dortmund, 2016. (Kurzbezeichnung im Indikatorenkatalog: Kommune NRW) (https://www.lag21.de/files/default/pdf/Themen/Forschung/nrwkommunal_Langfassung.pdf; Download: 23.02.2017).

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (Umweltministerium Baden-Württemberg) / Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) (2015): N!-Berichte für Kommunen – Leitfaden zur Erstellung von kommunalen Nachhaltigkeitsberichten. Stuttgart, 2015. (Kurzbezeichnung im Indikatorenkatalog: Kommune BW) (http://www.nachhaltigkeitsstrategie.de/fileadmin/Downloads/N-Service/publikationen/Leitfaden_N_Berichte_Kommunen_2015.pdf; Download: 17.03.2017).

6. Sonstige Institutionen

Bertelsmann Stiftung / Sustainable Development Solutions Network (SDSN) (2017): SDG Index & Dashboards. New York, 2016. (Kurzbezeichnung im Indikatorenkatalog: SDSN) (<http://unsdsn.us8.list-manage.com/track/click?u=a04105bfca6c4cb8c24ff8680&id=e27fb61592&e=bd399bf7bd>; Download: 12.07.2017).

Bertelsmann Stiftung (2017): Wegweiser Kommune – Indikatorenenerläuterung. Stand: 17.03.2017. Gütersloh, 2017 (<http://www.wegweiser-kommune.de/methodik/ist-daten>; Download: 17.03.2017).

Bertelsmann Stiftung / Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (2016-1): Monitor Nachhaltige Kommune. Bericht 2016 – Teil 1. Ergebnisse der Befragung und der Indikatorenentwicklung. Gütersloh, 2016. (Kurzbezeichnung im Indikatorenkatalog: Monako) (https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Monitor_Nachhaltige_Kommune/Monitorbericht_Teil-1_Druck_final.pdf; Download: 31.03.2017).

Bertelsmann Stiftung / Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (2016-2): Monitor Nachhaltige Kommune. Bericht 2016 – Teil 2. Kernindikatoren aus dem Wegweiser Kommune. Gütersloh, 2016. (Kurzbezeichnung im Indikatorenkatalog:

Monako) (https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Monitor_Nachhaltige_Kommune/Monitorbericht_Teil2_Druck_final.pdf; Download: 31.03.2017).

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2017): INKAR – Indikatorenübersicht. Bonn, 2017. (<http://www.inkar.de/documents/Uebersicht%20Indikatoren.pdf>; Download: 17.03.2017).

DIN (2016): DIN ISO 37120. Nachhaltige Entwicklung von Kommunen – Indikatoren für städtische Dienstleistungen und Lebensqualität (ISO 37120:2014). Berlin, 2016. (<http://www.din.de/de/mitwirken/normenausschuesse/nagus/entwuerfe/wdc-beuth:din21:247371091/toc-2406473/download>; Download: 31.03.2017).

French Ministry of Housing and Sustainable Homes et al. (RFSC) (2017): The Reference Framework for Sustainable Cities. Paris, 2017. (<http://rfsc.eu/>; Download: 06.03.2017).

7. Weitere Quellen

Fischer, Cecilia / Scholz, Imme (2015): Universelle Verantwortung: Die Bedeutung der 2030-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung der deutschen Bundesländer. Bonn, 2015. (https://www.die-gdi.de/uploads/media/DP_12.2015.pdf; Download: 23.02.2017).

Teichert, Volker / Buchholz, Romke (2016): Die Nachhaltigkeitsstrategien der Bundesländer im Kontext der 2030-Agenda und ihre Relevanz für Kommunen. Heidelberg, 2016. (https://skew.engagement-global.de/files/2_Mediathek/Mediathek_Microsites/SKEW/Publikationen/6_Publikationen_in_Kooperation/SKEW_FEST_Nachhaltigkeitsstrategien_Bundeslaender_Agenda_2030.pdf; Download 28.06.2017).

UN Habitat (2017): Work Plans for Tier III Human Settlements Indicators. (Kurzbezeichnung im Indikatorenkatalog: SDG 11).

3.3 Erhebung und Analyse der Indikatorenwerte

3.3.1 Erhebung der Indikatorenwerte

Für die 30 Kernindikatoren vom Typ I des vorgeschlagenen SDG-Indikatorenkatalogs wurden im Anschluss vorliegende Daten aus amtlichen Statistiken sowie anderen Datenquellen erhoben. Die Datenerhebung erfolgte, sofern möglich, für Städte und Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern sowie für alle Landkreise und kreisfreien Städte. Eine Erhebung der Daten erfolgte auch dann, wenn diese lediglich auf Kreis- und nicht auf Gemeinde-Ebene verfügbar waren.

Für zahlreiche Kernindikatoren vom Typ I stellte der Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung zum Zeitpunkt der Erhebung bereits Daten zur Verfügung, während andere Kernindikatoren noch nicht über den Wegweiser Kommune angeboten wurden. Die entsprechenden Datensätze wurden in der Regel über die GENESIS-Datenbank der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Regionalstatistik) oder die INKAR-Datenbank des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) erhoben. Zudem wurden beispielsweise Daten des Institutes für Ressourcenmanagement der Universität Gießen für die Berechnung der Indikatorenwerte herangezogen.

Da der Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung Daten ab dem Jahr 2006 zur Verfügung stellt, erstreckte sich der Erhebungszeitraum von 2006 bis 2016. Bis zum Zeitpunkt der Publikation lagen allerdings nur für einen Teil der 30 Kernindikatoren vom Typ I die benötigten Datensätze für das Jahr 2016 vor. In diesen Fällen erfolgte die Erhebung lediglich bis zum aktuellsten Berichtsjahr.

Die Übersicht in Anhang 6.3 liefert Informationen zur Datenquelle, zur verfügbaren räumlichen Ebene sowie zum verfügbaren Zeitraum der Datenbereitstellung zum Zeitpunkt der Publikation.

3.3.2 Analyse der Indikatorenwerte

Um ein besseres Verständnis für die Zusammenhänge der ausgewählten Kernindikatoren untereinander zu erhalten, wurden multivariate Analysen für alle Kernindikatoren vom Typ I durchgeführt.

Exemplarisch wurden für diese Analysen Daten auf Ebene von Landkreisen und kreisfreien Städten für das Jahr 2014 verwendet. Das Jahr 2014 wurde gewählt, da es sich hierbei um das aktuellste Jahr handelt, für das zum Zeitpunkt der Auswertung Daten für (nahezu) alle Indikatoren vorlagen. Bei Indikatoren, für die Werte aus dem Jahr 2014 nicht vorlagen, wurden soweit möglich die Werte des jeweils verfügbaren, zeitlich nächstgelegenen Jahres verwendet. Bei den durchgeführten Verfahren handelt es sich um eine Korrelations- sowie um eine Faktorenanalyse (siehe Kapitel 5 für Ergebnisse).

3.3.2.1 Korrelationsanalyse

Eine Korrelationsanalyse mit dem Ergebnis einer Korrelationsmatrix ist die einfachste Möglichkeit, einen ersten Eindruck von den Zusammenhängen der Indikatoren untereinander zu erhalten. Eine solche Korrelationsmatrix zeigt in tabellarischer Form den linearen Zusammenhang zwischen paarweise betrachteten Indikatoren. Bei den Einträgen in einer solchen Matrix handelt es sich um den Korrelationskoeffizienten. Der Wertebereich eines Korrelationskoeffizienten liegt zwischen -1 und +1. Positive Werte des Korrelationskoeffizienten zeigen an, dass ein positiver linearer Zusammenhang zwischen den Indikatoren besteht. Nimmt die Ausprägung des einen Indikators zu, so nimmt der andere Indikator tendenziell auch einen höheren Wert an. Negative Werte zeigen einen negativen linearen Zusammenhang der betrachteten Indikatoren an. In diesem Fall sind höhere Werte des einen Indikators tendenziell mit niedrigeren Werten des anderen Indikators verbunden. Bei den „Extremwerten“ -1 und +1 zeigt der Korrelationskoeffizient einen „perfekten“ positiven bzw. negativen linearen Zusammenhang zwischen den Indikatoren an. Ein solcher „perfekter“ Zusammenhang existiert beispielsweise für Indikatoren, die sich lediglich in der herangezogenen Maßeinheit unterscheiden. Nimmt der Korrelationskoeffizient

„Wir bekräftigen unsere unbeirrbar entschlossene, diese Agenda zu verwirklichen und sie in vollem Umfang zu nutzen, um bis 2030 eine Transformation der Welt zum Besseren herbeizuführen.“ (Agenda 2030)

den Wert 0 an, so besteht keinerlei linearer Zusammenhang zwischen den betrachteten Indikatoren.¹⁴

Korrelationen beschreiben keine Ursache-Wirkung-Beziehung, d. h. keine kausalen Zusammenhänge zwischen den Indikatoren. Im Falle eines positiven Korrelationskoeffizienten ist es also keinesfalls so, dass die Erhöhung des einen Indikators als Ursache für die Erhöhung des anderen Indikators zu verstehen ist. In vielen Fällen sind Korrelationen vielmehr auf dritte Merkmale zurückzuführen. Zahlreiche Beispiele können den Unterschied zwischen Korrelation und Kausalität verdeutlichen. Ein oft zitiertes Beispiel ist der Zusammenhang zwischen der Geburtenrate und der Anzahl von Störchen in einer Region. Der Grund für die positive Korrelation der beiden Größen geht auf den Industrialisierungsgrad zurück, da sich über lange Zeit sowohl Störche als auch Familien eher im ländlichen Raum ansiedelten. Aufgefundene Korrelationen sind also ein Ausgangspunkt, um über die Ursachen für den Zusammenhang zwischen den Indikatoren nachzudenken. Die Ergebnisse der durchgeführten Korrelationsanalyse finden sich in Kapitel 5.1.

3.3.2.2 Faktorenanalyse

Während Korrelationen immer nur den Zusammenhang zwischen zwei Indikatoren wiedergeben, bezieht die Faktorenanalyse gleichzeitig mehrere Indikatoren in die Betrachtung mit ein. Für eine fundierte Analyse der Zusammenhänge zwischen den ausgewählten Kernindikatoren wurde daher zusätzlich eine Faktorenanalyse durchgeführt.

Bei der Faktorenanalyse handelt es sich um ein Verfahren der multivariaten Statistik. Ziel dieser Analyse ist es, eine größere Zahl miteinander korrelierter Merkmale (in diesem Fall Indikatoren) auf eine kleinere Menge nicht direkt beobachtbarer Merkmale (latente Faktoren) zurückzuführen. Für das Vorhaben „SDG-Indikatoren für Kommunen“ kann das Ergebnis einer solchen Faktorenanalyse ein Verständnis dafür vermitteln, durch wie viele und welche zugrundeliegenden Faktoren die Ausprägungen der ausgewählten Kernindikatoren erklärbar sind. Zudem können die Ergebnisse Hinweise auf alternative Gliederungsstrukturen der ausgewählten Kernindikatoren liefern.

Im Rahmen einer solchen Faktorenanalyse wird zunächst eine passende Zahl an Faktoren identifiziert („extrahiert“). Grundsätzliches Ziel dieses Schrittes ist die Reduktion der Masse an Indikatoren auf eine kleinere Anzahl von Faktoren. So werden die Informationen übersichtlicher und klarer gebündelt. Hierbei muss jedoch auch beachtet werden, dass ein solches Vorgehen stets mit einem Informationsverlust einhergeht. In einem weiteren Schritt wird versucht, die inhaltliche Interpretation der identifizierten Faktoren zu erleichtern. Im Rahmen einer so genannten „Faktorrotation“ werden die Faktoren so im Datenraum „rotiert“, dass jeder Indikator möglichst klar einem Faktor zugeordnet werden kann und so die inhaltliche Bedeutung der Faktoren deutlicher wird. Kapitel 5.2 zeigt die Ergebnisse dieser Faktorenanalyse.

3.4 Bereitstellung der Ergebnisse

Die Bereitstellung der Ergebnisse des Vorhabens „SDG-Indikatoren für Kommunen“ erfolgt einerseits über die vorliegende Publikation, andererseits online.

In der vorliegenden Publikation werden die Eckpunkte des Vorhabens, das methodische Vorgehen, die Steckbriefe der SDG-Indikatoren und die statistischen Datenanalysen beschrieben. Darüber hinaus enthält der Anhang Übersichten des Relevanzchecks (Kurzfassung), des Indikatorenkatalogs (Kurzfassung) und der Datenverfügbarkeit sowie eine Handlungsanleitung zur Nutzung des Online-Angebotes.

Das Online-Angebot zum Vorhaben „SDG-Indikatoren für Kommunen“ erstreckt sich über die Websites des Monitors Nachhaltige Kommune und des Wegweisers Kommune der Bertelsmann Stiftung sowie die Websites der Projektpartner. Auf der Website des Monitors Nachhaltige Kommune (www.monitor-nachhaltige-kommune.de) befinden sich eine Kurzbeschreibung des Vorhabens, Downloads zur Publikation und ihrer Anhänge (ggf. zzgl. Langfassungen) sowie Links zum Wegweiser Kommune und den Websites der Projektpartner. Auf der Website des Wegweisers Kommune können Daten für alle Städte und Gemeinden über 5.000 Einwohner sowie alle Landkreise zu den SDG-Indikatoren vom Typ I abgerufen werden.

¹⁴ Ein Korrelationskoeffizient von 0 schließt lediglich einen linearen Zusammenhang aus. Andere nicht-lineare Zusammenhänge können jedoch trotzdem vorliegen.

4

Steckbriefe der SDG-Indikatoren



4.1 SDG 1 - Keine Armut

Kernindikator	SGB II-/SGB XII-Quote																
(Primäres) Ziel	Armut in jeder Form und überall beenden (SDG 1)																
(Primäres) Unterziel	Den nationalen Gegebenheiten entsprechende Sozialschutzsysteme und -maßnahmen für alle umsetzen, einschließlich eines Basisschutzes, und bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen (SDG 1.3)																
(Primäres) Teilziel	Den nationalen Gegebenheiten entsprechende Sozialschutzsysteme und -maßnahmen für alle umsetzen, einschließlich eines Basisschutzes (SDG 1.3.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
	1.3.1																
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Armut																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Anteil der Leistungsberechtigten nach dem SGB II und SGB XII an der Bevölkerung																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die SGB II-/SGB XII-Quote zeigt an, wie hoch die Hilfebedürftigkeit innerhalb der Kommune ist. Eine hohe SGB II-/SGB XII-Quote führt zu Einschränkungen beim finanziellen Handlungsspielraum der Kommune, aufgrund derer andere wichtige Ausgaben und Investitionen zurückgestellt werden müssen. Noch schwerwiegender aber ist die Belastung für die Betroffenen selbst – sowohl in finanzieller, als auch in psychischer Hinsicht. In einer nachhaltigen Kommune sollte es Ziel sein, dass allen Hilfsbedürftigen die notwendige Unterstützung zukommt und alles dafür getan wird, dass die betroffenen Personen wieder selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen können.																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:																
	Bund:																
	Länder:																
	Kommunen:									z. B. BW, NRW							
Validität	Der Indikator liefert wertvolle Informationen dazu, wie viele Menschen eine Mindestsicherung erhalten und Gefahr laufen, langfristig von Armut betroffen zu sein. Hieraus lässt sich allerdings noch nicht ableiten, ob auch wirklich allen Bedürftigen die notwendige Unterstützung zukommt. Die Validität des Indikators ist dadurch eingeschränkt, dass nicht alle Menschen ihre berechtigten Ansprüche an Sozialleistungen wahrnehmen. Die „Dunkelziffer“ ist im ländlichen Raum sowie bei älteren Menschen besonders hoch.																
Datenqualität	Es handelt es sich um amtliche Daten, die in Zusammenarbeit mit den kommunalen Trägern des Sozialgesetzbuches durch die Bundesagentur für Arbeit nach dem Standard XSozial-BA-SGB II geprüft und verarbeitet werden. Die Daten sind ab dem 2007 zeitlich und räumlich besser vergleichbar, da seitdem alle Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes in der Statistik abgebildet werden – einschließlich der Mitglieder von Bedarfsgemeinschaften, die bis dahin nicht systematisch berücksichtigt waren.																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Gemeinde-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Die SGB II-/SGB XII-Quote hängt direkt mit dem Indikator zur Kinder-, Jugend- und Altersarmut (SDG 1.3.2) sowie der Langzeitarbeitslosigkeit (SDG 8.5.1) und der Einkommensverteilung (SDG 10.4) zusammen. Der Verschuldungsstand einer Kommune (SDG 16.6) ist tendenziell eine Folge der sozialen Lage in der Kommune. Die Anzahl von Straftaten (SDG 16.4.3) weist einen deutlichen statistischen Zusammenhang mit der SGB II-/SGB XII-Quote auf. Dies geht vermutlich sowohl auf eine höhere Kriminalitätsbelastung unter Ärmern zurück, als auch auf die räumliche Nähe von Wohngebieten für sozial Schwache zu Tatorten (zum Beispiel innenstädtische Einkaufszonen).																
Rahmenbedingungen	Insbesondere in Ostdeutschland und in strukturschwachen Regionen Westdeutschlands ist die Quote der Empfänger von Leistungen nach dem SGB II/SGB XII besonders hoch.																
Aussage	Im Jahr z waren x % der Bevölkerung leistungsberechtigt nach dem SGB II und SGB XII.																
Berechnung	$(\text{Anzahl Leistungsberechtigte nach SGB II und SGB XII}) / (\text{Anzahl Einwohner}) * 100$																
Quelle	Statistische Ämter der Länder, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	%																
Abrufbar für	2006 - 2016																



Kernindikator	Armuts (Kinder-, Jugend- und Altersarmut)																
(Primäres) Ziel	Armuts in jeder Form und überall beenden (SDG 1)																
(Primäres) Unterziel	Den nationalen Gegebenheiten entsprechende Sozialschutzsysteme und -maßnahmen für alle umsetzen, einschließlich eines Basisschutzes, und bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen (SDG 1.3)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen (SDG 1.3.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
	1.3.2									10.2.2							
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Armuts																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	<ul style="list-style-type: none">• Kinderarmut: Anteil der unter 15-Jährigen, die von Armuts betroffen sind• Jugendarmut: Anteil der 15- bis 17-Jährigen, die von Armuts betroffen sind• Altersarmut: Anteil der über 65-Jährigen, die von Armuts betroffen sind																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Verschiedene Studien weisen darauf hin, dass die Kinder- und Jugendarmut zu einem Dauerzustand in Deutschland geworden ist. In den nächsten Jahren muss darüber hinaus mit einer zunehmenden Altersarmut gerechnet werden, die auf Rentenreformen und auf Entwicklungen am Arbeitsmarkt zurückzuführen ist. Arm zu sein bedeutet nicht nur, dass die Mittel zum physischen Überleben fehlen, Armuts ist auch mit sozialer Diskriminierung und ungleichen Bildungs- und Teilhabechancen verbunden. Somit kann hier auch von einer Verantwortung für ein gemeinsames Vorgehen gesprochen werden, um eine bessere Zukunft aller Generationen zu gewährleisten (Generationengerechtigkeit).																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:																
	Bund:																
	Länder:																
	Kommunen:																
Validität	Der Indikator liefert wertvolle Informationen über das Ausmaß der Betroffenheit in ausgewählten Bevölkerungsgruppen. Hieraus lässt sich allerdings nicht ableiten, ob in den betrachteten Bevölkerungsgruppen auch wirklich allen Bedürftigen die notwendige Unterstützung zukommt. Zudem ist die Validität etwas eingeschränkt, da nicht alle Menschen ihre berechtigten Ansprüche an Sozialleistungen wahrnehmen. Hierdurch ergibt sich eine „Dunkelziffer“, die vor allem im ländlichen Raum sowie bei älteren Menschen (Altersarmut) besonders hoch ist.																
Datenqualität	Es handelt sich um amtliche Daten von hoher Qualität, die in Zusammenarbeit mit den kommunalen Trägern des Sozialgesetzbuches durch die Bundesagentur für Arbeit nach dem Standard XSozial-BA-SGB II geprüft und verarbeitet werden.																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Gemeinde-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Armuts im Kindes- bzw. Jugendalter wird insbesondere vom Erfolg der Eltern auf dem Arbeitsmarkt und den erzielten Einkommen bestimmt. Entsprechend fallen hohe Armutsraten mit einem hohen Anteil von Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit (SDG 8.5.1) und mit geringem Einkommen und niedrigen Anteilen von Menschen mit mittlerem und hohem Einkommen (SDG 10.4) zusammen. Im Lebensverlauf wirkt sich Kinder- und Jugendarmut auf den späteren Erfolg am Arbeitsmarkt aus. Hierbei kann insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit zu Armuts im Alter führen.																
Rahmenbedingungen	Die Armutslage von Kindern und Jugendlichen steht immer in Abhängigkeit zur Armutslage der Erziehungsberechtigten. Es existieren starke regionale Differenzierungen zwischen Nord und Süd sowie Ost und West. Während der Sozialgeldbezug von Kindern in den ostdeutschen Bundesländern durchgehend hoch ist, liegen die Quoten der süddeutschen Länder unter zehn Prozent. Vor allem Haushalte von Alleinerziehenden, Arbeitslosenhaushalte und Haushalte von Menschen mit Migrationshintergrund sind besonders von Kinder- und Jugendarmut betroffen sind.																
Aussage	<ul style="list-style-type: none">• Kinderarmut: Im Jahr z erhielten x % der Bevölkerung unter 15 Jahren – selbst oder indirekt durch die Bedarfsgemeinschaft – Sozialgeld nach SGB II.• Jugendarmut: Im Jahr z erhielten x % der Jugendlichen von 15 bis 17 Jahren – selbst oder indirekt durch die Bedarfsgemeinschaft – Leistungen nach SGB II.• Altersarmut: Im Jahr z erhielten x % der Bevölkerung ab 65 Jahren Leistungen zur Grundsicherung im Alter nach SGB XII.																
Berechnung	<ul style="list-style-type: none">• Kinderarmut: (Anzahl Nicht-Erwerbsfähiger Leistungsbezieher unter 15 Jahre + Anzahl Nicht-Leistungsberechtigter in Bedarfsgemeinschaften unter 15 Jahre) / (Anzahl Einwohner im Alter von unter 15 Jahren) * 100• Jugendarmut: (Anzahl Leistungsbezieher im Alter von 15-17 Jahren + Anzahl Nicht-Leistungsberechtigter in Bedarfsgemeinschaften im Alter von 15-17 Jahren) / (Anzahl Einwohner im Alter von 15-17 Jahren) * 100• Altersarmut: (Anzahl Bezieher von Grundsicherung im Alter ab 65 Jahren) / (Anzahl Einwohner im Alter ab 65 Jahren) * 100																
Quelle	Statistische Ämter der Länder / des Bundes, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	%																
Abrufbar für	2006 - 2016																



4.2 SDG 2 - Kein Hunger

Kernindikator	Kinder mit Übergewicht																
(Primäres) Ziel	Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern (SDG 2)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 alle Formen der Mangelernährung beenden, einschließlich durch Erreichung der international vereinbarten Zielvorgaben in Bezug auf Wachstumshemmung und Auszehrung bei Kindern unter 5 Jahren bis 2025, und den Ernährungsbedürfnissen von heranwachsenden Mädchen, schwangeren und stillenden Frauen und älteren Menschen Rechnung tragen (SDG 2.2)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 alle Formen der Mangelernährung beenden (SDG 2.2.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
		2.2.1															
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Gesundheit und Pflege																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung																	
Definition	Anteil der übergewichtigen Kinder an allen untersuchten Kindern im Schuleingangsjahr																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Indikator misst den Anteil der Kinder, denen bei ihrer Schuleingangsuntersuchung Übergewicht diagnostiziert wurde. Übergewicht im Kindesalter kann ein nur vorübergehender Zustand sein. Mit zunehmendem Alter des Kindes steigt allerdings die Wahrscheinlichkeit, dass sich dieser Zustand auch auf das Erwachsenenalter überträgt. So haben übergewichtige Kinder im Alter zwischen 6 bis 9 Jahren eine zehnmal höhere Wahrscheinlichkeit auch im Erwachsenenalter an Übergewicht zu leiden als gleichaltrige Kinder mit Normalgewicht. Übergewicht stellt einen ernsten Risikofaktor für das Auftreten von Zuckerkrankheit, Bluthochdruck und Gefäßverkalkung dar und besitzt einen signifikant negativen Effekt auf die Lebenserwartung. In manchen Fällen kann Übergewicht genetisch bedingt sein; häufiger ist es allerdings auf Fehl- und Mangelernährung zurückzuführen. Im Sinne der intergenerationellen Gerechtigkeit sollte allen Kindern die Möglichkeit geboten werden, eine ausgewogene und gesunde Ernährung zu erhalten. Eine kindgerechte Kommunalentwicklung trägt dazu bei, dass Kinder sich mehr und freier bewegen (können).																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:																
	Bund:																
	Länder:																
	Kommunen:																
Validität	Übergewicht kann ein Indiz für eine vorherrschende Mangelernährung sein. Der Indikator bezieht sich daher sinnvoll auf das Teilziel.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Aussage	Im Jahr z waren x % der eingeschulten Kinder übergewichtig.																
Berechnung	(Anzahl Übergewichtige Kinder im Schuleingangsjahr) / (Anzahl Kinder im Schuleingangsjahr insgesamt) * 100																
Einheit	%																



Kernindikator	Ökologische Landwirtschaft																
(Primäres) Ziel	Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern (SDG 2)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 die Nachhaltigkeit der Systeme der Nahrungsmittelproduktion sicherstellen und resiliente landwirtschaftliche Methoden anwenden, die die Produktivität und den Ertrag steigern, zur Erhaltung der Ökosysteme beitragen, die Anpassungsfähigkeit an Klimaänderungen, extreme Wetterereignisse, Dürren, Überschwemmungen und andere Katastrophen erhöhen und die Flächen- und Bodenqualität schrittweise verbessern (SDG 2.4)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 resiliente landwirtschaftliche Methoden anwenden, die die Produktivität und den Ertrag steigern, zur Erhaltung der Ökosysteme beitragen, die Anpassungsfähigkeit an Klimaänderungen, extreme Wetterereignisse, Dürren, Überschwemmungen und andere Katastrophen erhöhen und die Flächen- und Bodenqualität schrittweise verbessern (SDG 2.4.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
		2.4.1 2.4.2															
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Wirtschaftsstruktur																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung																	
Definition	Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Ökologische Landwirtschaft ist Teil einer nachhaltigen Agrarpolitik. Sie setzt auf ressourcenschonende Produktionsmethoden sowie auf eine artgerechte Tierhaltung, wobei letztere durch eine flächenabhängige Begrenzung der Zahl der Tiere erreicht werden soll. Auch der Einsatz mineralischer Düngemittel sowie chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel ist in der ökologischen Landwirtschaft nicht gestattet. Im Jahr 2015 wurden ca. 6,5 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche nach den Prinzipien des ökologischen Landbaus bewirtschaftet. Ökologische Landwirtschaft arbeitet nach dem Prinzip der hofeigenen Kreisläufe. Im Gegensatz zu konventionell wirtschaftenden Betrieben ist damit der Zukauf von Futtermitteln aus dem südamerikanischen Sojaanbau gering bzw. nicht erlaubt. Damit leistet der ökologische Landbau auch seinen Beitrag zur globalen Verantwortung. Auf kommunaler Ebene existieren keine aktuellen flächendeckenden Daten; allerdings wurde im Jahr 2010 eine Landwirtschaftszählung durch den Bund durchgeführt, die im Rahmen einer umfassenden Erhebung zahlreicher Indikatoren mit Bezug zur Landwirtschaft auch Auskunft über den Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen auf Kreis-Ebene liefert. Diese Daten sind über die Statistischen Ämter der Länder abrufbar.																
Herkunft	Vereinte Nationen:									x							
	Europäische Ebene:									x							
	Bund:									x							
	Länder:									z.B. BW, NRW							
	Kommunen:									z.B. NRW							
Validität	Der Indikator bildet wesentliche Elemente des Teilziels unmittelbar ab und verfügt daher über eine hohe Validität: Nachhaltige Landwirtschaft, Stärkung der Resilienz und Verbesserung der Bodenqualität.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Aussage	Im Jahr z wurden x % der landwirtschaftlich genutzten Fläche ökologisch bewirtschaftet.																
Berechnung	(Fläche unter ökologischer landwirtschaftlicher Nutzung) / (Fläche unter landwirtschaftlicher Nutzung insgesamt) * 100																
Einheit	%																



Kernindikator	Stickstoffüberschuss																
(Primäres) Ziel	Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern (SDG 2)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 die Nachhaltigkeit der Systeme der Nahrungsmittelproduktion sicherstellen und resiliente landwirtschaftliche Methoden anwenden, die die Produktivität und den Ertrag steigern, zur Erhaltung der Ökosysteme beitragen, die Anpassungsfähigkeit an Klimaänderungen, extreme Wetterereignisse, Dürren, Überschwemmungen und andere Katastrophen erhöhen und die Flächen- und Bodenqualität schrittweise verbessern (SDG 2.4)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 resiliente landwirtschaftliche Methoden anwenden, die die Produktivität und den Ertrag steigern, zur Erhaltung der Ökosysteme beitragen, die Anpassungsfähigkeit an Klimaänderungen, extreme Wetterereignisse, Dürren, Überschwemmungen und andere Katastrophen erhöhen und die Flächen- und Bodenqualität schrittweise verbessern (SDG 2.4.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
		2.4.2													15.1		
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Wirtschaftsstruktur																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Resiliente Kommune																
Definition	Stickstoffüberschuss der landwirtschaftlich genutzten Fläche																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Übermäßige Stickstoffeinträge durch die Landwirtschaft stellen nach wie vor ein großes ökologisches Problem dar, da sie als Eintrag in Grundwasser, Oberflächengewässer und die Luft diverse Ökosysteme belasten und damit dem Prinzip der globalen Verantwortung entgegenstehen. Experten schätzen, dass diese Menge weltweit etwa vierfach höher ist, als für die Umwelt verträglich wäre. Im Jahr 2016 setzte sich die Bundesregierung das Ziel, den jährlichen Stickstoffüberschuss in den Jahren 2028 bis 2032 im Jahresmittel auf nur noch 70 kg pro Hektar zu begrenzen. Im Moment liegt dieser Wert innerhalb Deutschlands noch bei über 100 kg pro Hektar.																
Herkunft	Vereinte Nationen:									x							
	Europäische Ebene:									x							
	Bund:									x							
	Länder:									z. B. NRW							
	Kommunen:																
Validität	Wenngleich Stickstoff ein Hauptnähstoffelement der Pflanzen bildet, so belastet eine Düngung über den Bedarf und außerhalb der natürlichen Vegetationsperiode die Ökosysteme, sodass deren Resilienz gegenüber Klimaveränderungen und extremen Wetterereignissen abnimmt. Das Unterziel nachhaltiger und resilienter landwirtschaftlicher Methoden wird daher durch den Indikator sinnvoll abgebildet.																
Datenqualität	Der Stickstoffüberschuss wird über Modellrechnungen ermittelt, in die der Düngemiteleintrag, der Eintrag aus der Luft, der Entnahme durch Erträge etc. eingehen. Bei der Stickstoffbilanzierung auf kommunaler Ebene wird die Stickstoff-Bilanz der Energieerzeugung durch Biomasse noch nicht erfasst.																
Datenverfügbarkeit	Die Daten können über das Institut für Ressourcenmanagement der Universität Gießen bereitgestellt werden und liegen ab dem Jahr 1995 auf Kreis-Ebene vor. Die Bereitstellung der Daten erfolgt jährlich, wobei für jedes Jahr ein gleitendes Drei-Jahres-Mittel angegeben wird, um witterungs- und preisbedingte Schwankungen für Düngemittel auszugleichen.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Ein hoher Stickstoffüberschuss kann zu Beeinträchtigungen der Qualität des Grundwassers und der Fließgewässer führen.																
Rahmenbedingungen	Die regionale Ausprägung des Indikators wird durch die Siedlungsintensität, durch den lokalen Anteil des primären Sektors sowie durch die angewandten landwirtschaftlichen Methoden beeinflusst.																
Aussage	Im Jahr z lag der Stickstoffüberschuss bei x kg pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche.																
Berechnung	(Stickstoffüberschuss) / (Fläche landwirtschaftlicher Nutzung)																
Quelle	Universität Gießen																
Einheit	kg / ha																
Abrufbar für	2006 - 2016																



4.3 SDG 3 - Gesundheit und Wohlergehen

Kernindikator	Vorzeitige Sterblichkeit																
(Primäres) Ziel	Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern (SDG 3)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 die Frühsterblichkeit aufgrund von nichtübertragbaren Krankheiten durch Prävention und Behandlung um ein Drittel senken und die psychische Gesundheit und das Wohlergehen fördern (SDG 3.4)																
(Primäres) Teilziel	Die psychische Gesundheit und das Wohlergehen fördern (SDG 3.4.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
			3.4.2														
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Gesundheit und Pflege																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung																	
Definition	Anzahl der Todesfälle unter 65 Jahren je 1.000 Einwohner																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Gesundheitszustand beeinflusst maßgeblich die Lebensqualität der Menschen. Treten Todesfälle in einem Alter unter 65 Jahren gehäuft auf, so kann dies ein Anzeichen für massive Gesundheitsrisiken und Probleme im Gesundheitswesen sein. Ziel einer nachhaltigen Kommune muss es sein, ein gesundes Leben für alle Menschen zu ermöglichen und die Fälle vorzeitiger Sterblichkeit jetzt und in Zukunft weiter zu senken (Prinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit). In Kommunen kommt hier der gesundheitlichen Versorgung und Förderung gesundheitlicher Präventivmaßnahmen, die sowohl die physische, als auch die psychische Gesundheit beinhaltet, und der erhöhten Sicherheit im Straßenverkehr eine besonders hohe Priorität zu. Des Weiteren können Kommunen im Austausch mit Wirtschaftsverbänden den Arbeitsschutz verbessern helfen.																
Herkunft	Vereinte Nationen:									x							
	Europäische Ebene:									x							
	Bund:									x							
	Länder:									z. B. BW, NRW							
	Kommunen:																
Validität	Der Indikator liefert aufschlussreiche Hinweise zu möglichen Missständen im Gesundheitswesen sowie zum allgemeinen Gesundheitsniveau der Bevölkerung. Allerdings liefert der Indikator keine Informationen darüber, welche Anstrengungen die Kommune zur Förderung des Wohlergehens und der physischen wie psychischen Gesundheit unternimmt.																
Datenqualität	Die Daten entstammen der amtlichen Statistik der Todesfälle und der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung und weisen eine hohe Qualität auf.																
Datenverfügbarkeit	Die benötigten Daten sind über die Statistischen Ämter der Länder abrufbar und liegen ab dem Jahr 1995 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Die soziale Lage beeinflusst die Sterblichkeit. Entsprechend besteht ein Zusammenhang mit den Indikatoren zur Armut (SDG 1.1 und 1.2), Langzeitarbeitslosenquote (SDG 8.5.1) und Einkommenssituation (SDG 10.2.2).																
Rahmenbedingungen	Die vorzeitige Sterblichkeit ist bei Männern fast doppelt so hoch wie bei Frauen. Weiterhin variiert die vorzeitige Sterblichkeit auch regional – je nachdem, welche Lebensstile und Konsumgewohnheiten vorherrschend sind.																
Aussage	Im Jahr z gab es x Fälle von vorzeitiger Sterblichkeit je 1.000 Einwohner.																
Berechnung	$(\text{Anzahl Todesfälle bei Personen im Alter von unter 65 Jahren}) / (\text{Anzahl Einwohner}) * 1.000$																
Quelle	Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	Todesfälle je 1.000 Einwohner																
Abrufbar für	2006 - 2016																



Kernindikator	Ärzteversorgung																
(Primäres) Ziel	Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern (SDG 3)																
(Primäres) Unterziel	Die allgemeine Gesundheitsversorgung, einschließlich der Absicherung gegen finanzielle Risiken, den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten und den Zugang zu sicheren, wirksamen, hochwertigen und bezahlbaren unentbehrlichen Arzneimitteln und Impfstoffen für alle erreichen (SDG 3.8)																
(Primäres) Teilziel	Den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten für alle erreichen (SDG 3.8.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
			3.8.2														
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Gesundheit und Pflege																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung																	
Definition	Zahl der Allgemeinärzte je 100.000 Einwohner																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Ärzteversorgung (hier bezogen auf Allgemeinärzte) ist zentraler Bestandteil einer Versorgung mit grundlegenden Gesundheitsdiensten. Insbesondere vor dem Hintergrund eines sich in den letzten Jahren verschärfenden Stadt-Land-Gefälles gibt der Indikator Aufschluss über die Unterschiede in der medizinischen Versorgungssituation. Eine grundlegende Versorgung mit Gesundheitsdiensten ist dabei als Teil des Prinzips der intragenerationellen Gerechtigkeit zu deuten. Dabei hat jeder Mensch den Anspruch auf eine angemessene medizinische Versorgung – unabhängig von seinem Wohnort bzw. der räumlichen Struktur seines Wohnumfeldes.																
Herkunft	Vereinte Nationen:									x							
	Europäische Ebene:									x							
	Bund:									x							
	Länder:									z. B. BW							
	Kommunen:																
Validität	Die Ärzteversorgung ist Teil einer umfassenden Gesundheitsversorgung und bildet daher einen wichtigen Teilaspekt des Unterziels ab. Allgemeinärzte sind hierbei bedeutsam für die Erstversorgung und die mögliche Überweisung zu Fachärzten. Eine höhere Dichte an niedergelassenen Allgemeinärzten erhöht tendenziell die Chance einer flexiblen und individuell ausgerichteten Behandlung (Reduzierung der Wartezeiten als Teilaspekt der Erreichbarkeit). Allerdings liefert der Indikator keine Aussage über die Qualität der Versorgung oder über die tatsächliche Erreichbarkeit – einschließlich weniger mobiler Bevölkerungsgruppen. Insofern sind Menschen in ländlichen Kommunen de facto in ihrer medizinischen Versorgung benachteiligt, da hier im Allgemeinen von einer schlechteren Mobilitätsinfrastruktur auszugehen ist.																
Datenqualität	Die Daten zur Zahl der Allgemeinärzte beruhen auf Angaben des Ärztereisters der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. Es ist keine nennenswerte „Dunkelziffer“ an praktizierenden Ärzten zu erwarten, da eine Eintragung in das Register die notwendige Voraussetzung für eine Zulassung ist. Diese Zulassung erlaubt wiederum erst, gesetzlich krankenversicherte Patienten in einer eigenen Praxis behandeln zu dürfen.																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind über die INKAR-Datenbank des BBSR abrufbar und liegen ab dem Jahr 2000 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Eine positive regionalwirtschaftliche Entwicklung (SDG 8.1.1) wirkt sich auch auf das Ärzteaufkommen aus.																
Rahmenbedingungen	Eine wichtige Rahmenbedingung für die Ansiedlung von (Allgemein-)Ärzten ist das zu erwartende Patientenaufkommen sowie der zu erwartende Ertrag. Daher ist die Attraktivität ländlicher und ärmerer Kommunen tendenziell geringer als die Attraktivität urbaner und wohlhabender Räume. Auch die Zahl der Privatpatienten wirkt sich positiv auf den zu erwartenden Ertrag einer Praxis und damit auf das Ärzteaufkommen aus. Darüber hinaus können die Nähe zu einer Universitätsklinik oder die Lebensqualität Gründe dafür sein, warum sich Ärzte ungleich über das Land verteilen. Die Bedarfsplanung und das Zulassungsverfahren der kassenärztlichen Bundesvereinigung können zwar ein regionales Überangebot begrenzen, aber ein regionales Unterangebot nicht wirksam beheben.																
Aussage	Im Jahr z gab es je 100.000 Einwohner x Allgemeinärzte.																
Berechnung	(Anzahl Allgemeinärzte) / (Anzahl Einwohner) * 100.000																
Quelle	Statistische Ämter der Länder, BBSR (Kassenärztliche Bundesvereinigung), ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	Allgemeinärzte je 100.000 Einwohner																
Abrufbar für	2006 - 2015																



Kernindikator	Luftqualität																
(Primäres) Ziel	Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern (SDG 3)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 die Zahl der Todesfälle und Erkrankungen aufgrund gefährlicher Chemikalien und der Verschmutzung und Verunreinigung von Luft, Wasser und Boden erheblich verringern (SDG 3.9)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 die Zahl der Todesfälle und Erkrankungen aufgrund der Verschmutzung und Verunreinigung von Luft, Wasser und Boden erheblich verringern (SDG 3.9.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
			3.9.2								11.6						
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune																
Definition	Emissionen von Luftschadstoffen (Schwefeldioxid, Stickoxide, Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen und Feinstaub)																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Verschiedene Schadstoffe, wie z. B. Schwefeldioxid, Stickoxide, Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen oder Feinstaub, können bei der Überschreitung bestimmter Grenzwerte die Gesundheit sowie Ökosysteme negativ beeinflussen und schädigen. Besonders hoch ist die Konzentration dieser Schadstoffe in dicht besiedelten Städten. Der Indikator betrachtet die Konzentration verschiedener Luftschadstoffe, die die Gesundheit beeinträchtigen können. Für deren Erhebung muss die Konzentration der Schadstoffe in der Luft über unterschiedliche Messstellen innerhalb der Kommune festgestellt werden. Zur Einschätzung der vorliegenden Schadstoffkonzentration können die gemessenen Werte mit den Richt- bzw. Grenzwerten der WHO oder der EU abgeglichen werden.																
Herkunft	Vereinte Nationen:									x							
	Europäische Ebene:									x							
	Bund:									x							
	Länder:									z. B. BW							
	Kommunen:																
Validität	Der Indikator bildet einen Teil des Unterziels unmittelbar ab, nämlich die Verunreinigung der Luft. Der Indikator verfügt somit über eine hohe Validität.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Aussage	Im Jahr z betrug die Konzentration des untersuchten Schadstoffs in der Luft x µg / m³.																
Berechnung	Emissionen von Luftschadstoffen (Schwefeldioxid, Stickoxide, Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen und Feinstaub)																
Einheit	µg / m³																



4.4 SDG 4 - Hochwertige Bildung

Kernindikator	Schulabbrecherquote																
(Primäres) Ziel	Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern (SDG 4)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen gleichberechtigt eine kostenlose und hochwertige Grund- und Sekundarschulbildung abschließen, die zu brauchbaren und effektiven Lernergebnissen führt (SDG 4.1)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
				4.1				8.6									
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Bildung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen Schulabgängern																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Als Schulabbrecher gelten solche Schulabgänger, die ihre Pflichtschulzeit beenden, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss erworben zu haben. Ziel der Schulbildung ist es, Kinder und Jugendliche von ihrem Schuleintritt bis zu ihrem Abschluss zu begleiten und auf das Berufsleben vorzubereiten. Die deutsche Wirtschaft hat sich dahingehend gewandelt, dass Menschen ohne erfolgreichen Schul- und Berufsabschluss kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Insbesondere sozial schwache, bildungsferne und Familien mit Migrationshintergrund stehen hierbei im Fokus, da der Bildungserfolg stark von den sozioökonomischen Faktoren der Eltern abhängt. Die Schulträgerschaft ist eine kommunale Pflichtaufgabe. Bildung ist für die Zukunftsfähigkeit einer Kommunen somit ein weitreichendes Schlüsselthema.																
Herkunft	Vereinte Nationen:									x							
	Europäische Ebene:									x							
	Bund:									x							
	Länder:									z. B. BW, NRW							
	Kommunen:									z. B. NRW							
Validität	Die Schulabbrecherquote bildet das Unterziel zutreffend ab, da sie Hinweise zum Anteil der Schülerinnen und Schüler liefert, die keine Grund- und Sekundarschulbildung abschließen konnten. Bei der Interpretation muss berücksichtigt werden, dass der Indikator keine Hinweise auf die Gründe für den Schulabbruch liefert und die Qualität der schulischen Bildung daher nur indirekt messen kann. Zu beachten ist auch, dass Abschlüsse nach der Pflichtschulzeit noch nachgeholt werden können; dieser Aspekt wird durch die Schulabbrecherquote nicht abgebildet.																
Datenqualität	Die Daten werden jährlich von den Statistischen Landesämtern in Form einer Vollerhebung gewonnen, wobei die Schulen eine Auskunftspflicht besitzen. Entsprechend sind keine stichprobenbedingten Fehler zu erwarten. Probleme ergeben sich einzig aufgrund der nicht-einheitlichen Bildungssysteme in den Ländern. Auch der Vollzug der Schulpflicht kann je nach Bundesland variieren. Zwar kann von einer statistischen Nivellierung dieser Effekte ausgegangen werden; es muss jedoch in Betracht gezogen werden, dass sich derartige Länderspezifika in der Statistik widerspiegeln. Insgesamt ist die Qualität der Daten jedoch sehr hoch.																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Eine hohe Schulabbrecherquote wirkt sich im Lebensverlauf negativ auf die Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt aus. Hieraus können sich langfristig Konsequenzen für die Beschäftigungsquote, die Langzeitarbeitslosigkeit (SDG 8.5.1), die SGB II-/SGB XII-Quote sowie für die Kinder-, Jugend- und Altersarmut (SDG 1.3) ergeben.																
Rahmenbedingungen	Die Schulabbrecherquote ist abhängig von den strukturellen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Bundesländern (z. B. politische Schwerpunktsetzung auf bestimmte Schularten) bzw. Kommunen (z. B. unterschiedliche Hilfe- oder Unterstützungsmaßnahmen für Familien). In der Regel korrespondiert die Schulabbrecherquote mit einem niedrigen Haushaltseinkommen, da der Ausbildungserfolg meist vom sozioökonomischen Umfeld abhängt.																
Aussage	Im Jahr z erreichten x % der Schulabgänger keinen Hauptschulabschluss.																
Berechnung	$(\text{Anzahl Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss}) / (\text{Anzahl Schulabgänger gesamt}) * 100$																
Quelle	Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	%																
Abrufbar für	2006 - 2016																



Kernindikator	Betreuung von Kindern (unter 3 Jahre und 3 bis 5 Jahre)																
(Primäres) Ziel	Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern (SDG 4)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Erziehung, Betreuung und Vorschulbildung erhalten, damit sie auf die Grundschule vorbereitet sind (SDG 4.2)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
				4.2	5.4												
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Bildung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Familiengerechte Kommune																
Definition	<ul style="list-style-type: none">Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige): Anteil der Kinder unter 3 Jahren, die in Tageseinrichtungen betreut werdenBetreuung von Kindern (3- bis 5-Jährige): Anteil der Kinder von 3 bis 5 Jahren, die in Tageseinrichtungen betreut werden																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Ausbau der Kinderbetreuung hat zum Ziel, die Bildungschancen der Kinder – unabhängig von Herkunft und Bildungsstand der Eltern – zu erhöhen. So sollen alle Kinder, die in Tageseinrichtungen betreut werden, optimal auf die Grundschule vorbereitet werden. Hierbei gilt es zu berücksichtigen, dass mit einem steigenden Anteil der Kinder, die in Tageseinrichtungen auf den Schuleintritt vorbereitet werden, auch die Differenzen zwischen betreuten und nicht-betreuten Kindern beim Eintritt in die Schule größer werden. Gleichzeitig wird auf diese Weise den Eltern die Chance auf eine Erwerbstätigkeit geboten, was ohne ein adäquates Betreuungsangebot nicht möglich wäre. Aus diesen Gründen besitzt die frühkindliche Bildung eine Schlüsselposition für die soziale Dimension (Bildung, Gleichberechtigung, Chancengleichheit, demografischer Wandel, etc.) wie auch für die ökonomische Dimension (finanzielle Situation der Eltern). Kommunen haben hier nicht nur eine Pflichtaufgabe, sondern vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten, die allgemeine soziale Lage in ihrem Verantwortungsbereich zu beeinflussen.																
Herkunft	Vereinte Nationen:									x							
	Europäische Ebene:									x							
	Bund:									x							
	Länder:									z. B. BW							
	Kommunen:									z. B. NRW							
Validität	Die Betreuung in Tageseinrichtungen und -pflege ist keine zwingende Voraussetzung für eine optimale Vorbereitung auf die Grundschule. Dennoch ist davon auszugehen, dass eine solche Betreuung ein standardisiertes Mindestmaß frühkindlicher Bildung gewährleistet. Die Validität des Indikators ist daher gegeben.																
Datenqualität	Die Daten stammen aus der amtlichen Statistik der öffentlich geförderten Kindertagespflege. Die Qualität der Daten ist daher hoch.																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Eine hohe Betreuungsquote hat Einfluss auf das Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern (SDG 5.1). So können bei einem adäquaten Kinderbetreuungsangebot beide Elternteile einer Erwerbstätigkeit nachgehen.																
Rahmenbedingungen	Die Betreuungsquote der unter 3-jährigen Kinder sowie der 3- bis 5-jährigen Kinder ist in ostdeutschen Kommunen und Landkreisen deutlich höher als in Westdeutschland. Dies liegt an der hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen und dem flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur der ehemaligen DDR. Weiterhin gibt es in der Versorgung und Nachfrage nach Betreuungsplätzen ein deutliches Stadt-Land-Gefälle.																
Aussage	<ul style="list-style-type: none">Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige): Im Jahr z wurden x % der Kinder im Alter unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen betreut.Betreuung von Kindern (3-5-Jährige): Im Jahr z wurden x % der Kinder im Alter von 3-5 Jahren in Tageseinrichtungen betreut.																
Berechnung	<ul style="list-style-type: none">Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige): (Anzahl Kinder im Alter von unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen) / (Anzahl Kinder im Alter von unter 3 Jahren) * 100Betreuung von Kindern (3-5-Jährige): (Anzahl Kinder im Alter von 3-5 Jahren in Tageseinrichtungen) / (Anzahl Kinder im Alter von 3-5 Jahren) * 100																
Quelle	Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	%																
Abrufbar für	2006 - 2016																



Kernindikator	Exklusionsquote																
(Primäres) Ziel	Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern (SDG 4)																
(Primäres) Unterziel	Bildungseinrichtungen bauen und ausbauen, die kinder-, behinderten- und geschlechtergerecht sind und eine sichere, gewaltfreie, inklusive und effektive Lernumgebung für alle bieten (SDG 4.a)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
				4.a													
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Bildung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Anteil der Schüler an Förderschulen an allen Schülern																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Inklusive Pädagogik ist ein neuer pädagogischer Ansatz, dessen wesentliches Prinzip die Wertschätzung und Anerkennung von Diversität in Bildung und Erziehung ist. Grundlage ist die 2009 beschlossene UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, in der sich die unterzeichnenden Staaten verpflichten, ein inklusives Bildungssystem zu errichten, in dem der gemeinsame Unterricht von Schülern mit und ohne Behinderung der Regelfall ist. Der Indikator „Exklusionsquote“ gibt Hinweise darauf, inwieweit das Ziel eines inklusiven Unterrichtes noch nicht erreicht ist. Es ist zu beachten, dass der Ansatz der Inklusion in der Pädagogik nicht unumstritten ist – gerade wenn es um eine Überforderung des Lehrpersonals oder auch einzelner Schüler in den Regelschulen geht. Die Art einer Behinderung kann bedingen, dass die Betreuung in einer Förderschule individuell einer Unterrichtung in einer Regelschule vorzuziehen ist.																
Herkunft	Vereinte Nationen:									x							
	Europäische Ebene:									x							
	Bund:									x							
	Länder:									z. B. BW							
	Kommunen:									z. B. NRW							
Validität	Der Indikator bezieht sich auf das Teilziel einer behindertengerechten Lernumgebung. Gemessen an dem Ziel, möglichst viele Bildungseinrichtungen zu errichten bzw. bestehende Einrichtungen zu befähigen, die zu diesem Teilziel beitragen, ist die Validität des Indikators hoch.																
Datenqualität	Die interkommunale Vergleichbarkeit des Indikators ist dadurch eingeschränkt, dass der Anteil der Schüler an Förderschulen nicht zu der gesamten Zahl der Schüler mit Behinderungen bzw. Einschränkungen, sondern zu der Gesamtzahl der Schüler in Beziehung gesetzt wird. Der Indikator gibt also keine Auskunft über den Anteil von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die bereits in allgemeinen Schulen unterrichtet werden.																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Es sind keine systematischen Wechselwirkungen zu erwarten.																
Rahmenbedingungen	Die Ausprägung des Indikators wird insbesondere durch das schulische Angebot (d. h. durch die Zahl der Einrichtungen, die gemeinsames Lernen von behinderten und nicht-behinderten Menschen ermöglichen) und durch die Zahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf bestimmt.																
Aussage	Im Jahr z besuchten x % aller Schüler eine Förderschule.																
Berechnung	$(\text{Anzahl Schüler an Förderschulen}) / (\text{Anzahl Schüler gesamt}) * 100$																
Quelle	Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	%																
Abrufbar für	2006 - 2016																



4.5 SDG 5 - Geschlechtergleichstellung

Kernindikator	Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern																
(Primäres) Ziel	Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen (SDG 5)																
(Primäres) Unterziel	Alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall auf der Welt beenden (SDG 5.1)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
					5.1			8.5		10.2.2							
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Familiengerechte Kommune																
Definition	Verhältnis der Beschäftigungsquote von Frauen zur Beschäftigungsquote von Männern																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Beschäftigungsquote ist ein Schlüsselindikator zur Beurteilung von Beschäftigungsstandards und -entwicklung. Sie beschreibt den Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter an der nach Alter erwerbsfähigen Gesamtbevölkerung. Der betrachtete Indikator setzt die Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern ins Verhältnis und liefert auf diese Weise Informationen zur anteiligen Teilhabe von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt. Geschlechtsspezifische Unterschiede in den Beschäftigungsquoten liefern Hinweise auf eine mögliche Ungleichbehandlung von Frauen und Männern. Niedrige Beschäftigungsquoten von Frauen können dabei vielfältige Gründe haben. So können freiwillige Entscheidungen, das Fehlen kommunaler oder staatlicher Leistungen, die Nicht-Anerkennung weiblicher Arbeitskraft oder eine wertbegründete, gesellschaftliche Zuweisung von Verantwortlichkeiten der Geschlechter Ursache für die Ausformung des Indikators sein. Die Nachhaltigkeitsrelevanz des Indikators basiert insbesondere auf dem Prinzip intragenerationeller Gerechtigkeit. Unter der Prämisse der Geschlechtergleichheit ergibt sich hieraus das Ziel einer Gleichverteilung von Verantwortlichkeiten auch im Hinblick auf das Merkmal „Beschäftigung“.																
Herkunft	Vereinte Nationen:									x							
	Europäische Ebene:									x							
	Bund:									x							
	Länder:									z. B. BW							
	Kommunen																
Validität	Indem das Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern betrachtet wird, können wichtige Hinweise über mögliche Formen geschlechtsspezifischer Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt gewonnen werden. Hierdurch wird der ökonomische Teilaspekt des Unterziels abgedeckt. Bei der Interpretation des Indikators muss berücksichtigt werden, dass die Gründe für niedrige Beschäftigungsquoten von Frauen vielfältig sein können und nicht zwangsläufig auf Diskriminierung zurückgeführt werden müssen.																
Datenqualität	Die Bundesagentur für Arbeit erfasst alle sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. Prinzipiell kann die Datenqualität also als sehr hoch eingestuft werden. Die Beschäftigungsquote misst jedoch lediglich den Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter, d. h. Beamte, Selbstständige und geringfügig Beschäftigte gehen nicht in die Ermittlung der Quote ein. Eine Nichtberücksichtigung dieser Arbeitsverhältnisse ist dann problematisch, wenn sie systematische Unterschiede zwischen Frauen und Männern aufweisen. Auch werden Personen in Vollzeit- und in Teilzeitbeschäftigung gleichermaßen gezählt, sodass unterschiedliche Arbeitszeitvolumina keinen Einfluss auf den Indikator haben. Ein Anstieg der Beschäftigungsquote geht daher nicht zwingend mit einem Anstieg des Arbeitsvolumens einher.																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Gemeinde-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	In Kommunen mit hohen Betreuungsquoten (SDG 4.2) sind Frauen in der Regel besser in den Arbeitsmarkt integriert, wodurch sie höhere Beschäftigungsquoten aufweisen. Höhere Beschäftigungsquoten von Frauen verringern tendenziell auch den Verdienstabstand zu Männern (SDG 5.1), was ebenfalls auf die bessere Integration in den Arbeitsmarkt zurückzuführen ist. Die Kommune kann das Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern beeinflussen, indem Frauen Führungspositionen in der Verwaltung sowie in kommunalen Unternehmen übernehmen (SDG 5.5).																
Rahmenbedingungen	Regionale Unterschiede in den Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern können unter anderem auf die regionale Wirtschaftsstruktur zurückgeführt werden. Entscheidend kann dabei auch sein, wie lange Frauen bereits in den regionalen Arbeitsmarkt integriert sind. So ist der Unterschied zwischen den geschlechtsspezifischen Beschäftigungsquoten in Ostdeutschland deutlich geringer als in Westdeutschland.																
Aussage	Im Jahr z betrug das Verhältnis der Frauenbeschäftigungsquote zur Männerbeschäftigungsquote x %.																
Berechnung	$\left(\frac{\text{Anzahl SvB Frauen am Wohnort 15-64 Jahre}}{\text{Anzahl Frauen 15-64 Jahre gesamt}} \right) / \left(\frac{\text{Anzahl SvB Männer am Wohnort 15-64 Jahre}}{\text{Anzahl Männer 15-64 Jahre gesamt}} \right) * 100$																
Quelle	Statistische Ämter der Länder, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	%																
Abrufbar für	2006 - 2016																



Kernindikator	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern																
(Primäres) Ziel	Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen (SDG 5)																
(Primäres) Unterziel	Alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall auf der Welt beenden (SDG 5.1)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
					5.1			8.5.2		10.2.2							
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung																	
Definition	Medianeinkommen weiblicher Arbeitnehmer im Verhältnis zum Medianeinkommen männlicher Arbeitnehmer																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Noch immer existieren signifikante Einkommensunterschiede zwischen weiblichen und männlichen Arbeitnehmern. Diese Unterschiede sind zum einen auf die Wahl unterschiedlicher Berufsgruppen, den Aufstieg in den unterschiedlich vergüteten Hierarchiegruppen und der Berücksichtigung von Berufserfahrung – ein familienbedingter, befristeter Ausstieg wirkt sich negativ auf die Einkommen aus – zurückzuführen. Zum anderen erhalten Frauen jedoch auch bei der Ausübung gleichwertiger Berufe eine geringere Entlohnung und werden teils, trotz eines bestehenden Diskriminierungsverbotes, bei gleichen Voraussetzungen schlechter entlohnt als Männer. Der betrachtete Indikator setzt das (Brutto-)Medianeinkommen vollzeitbeschäftigter Frauen ins Verhältnis zum (Brutto-)Medianeinkommen vollzeitbeschäftigter Männer und liefert auf diese Weise Informationen zum Ausmaß des Einkommensunterschiedes zwischen Frauen und Männern auf kommunaler Ebene. Der Grundsatz des „gleichen Lohns für gleiche Arbeit“ betrifft dabei insbesondere die soziale Dimension. Niedrigere Entlohnung verstärkt die Anreize für Frauen, ihre Erwerbsbiographie familienbedingt zu unterbrechen oder nur reduziert zu arbeiten. Dies zementiert die geschlechtsspezifischen Arrangements zwischen Erwerbs- und Familienarbeit. Auch das Prinzip der Generationengerechtigkeit ist hiervon betroffen, da sich die Lohnlücke langfristig auch bei der Rentenhöhe bemerkbar macht. So sind durch die Lohn- und folglich Rentenlücken der Frauen aktuell mehr Frauen von Altersarmut betroffen, was sich direkt auf die kommunalen Haushalte auswirkt. Indirekt werden die Kommunen ebenfalls wirtschaftlich geschwächt, weil ein Teil des Erwerbspersonenpotenzials seine ökonomischen Kapazitäten nicht voll entfalten kann.																
Herkunft	Vereinte Nationen:									x							
	Europäische Ebene:									x							
	Bund:									x							
	Länder:									z. B. BW, NRW							
	Kommunen																
Validität	Indem der „Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen“ betrachtet wird, kann eine Aussage über mögliche Formen der Diskriminierung auf dem deutschen Arbeitsmarkt getroffen werden. Der Indikator bezieht sich also auf die wirtschaftliche Dimension der Geschlechtergleichstellung und liefert hierfür wertvolle Informationen. Dabei bleibt allerdings unklar, ob die Verdienstunterschiede aus der Wahl unterschiedlicher Berufe oder aber aus einer ungleichen Bezahlung bei der Ausübung identischer Berufe resultieren. Dies muss bei der Interpretation des Indikators berücksichtigt werden.																
Datenqualität	Grundlage der Statistik sind die Mitteilungen der Arbeitgeber an die Bundesagentur für Arbeit. Bei der Betrachtung des Medianeinkommens werden lediglich Informationen vollzeitbeschäftigter Männer und Frauen herangezogen. Es ist das Einkommen, bei dem es genauso viele Menschen mit einem höheren wie mit einem niedrigeren Einkommen gibt. Der Wert des Medianeinkommens ist dabei robuster gegenüber Ausreißern als das arithmetische Mittel. Informelle Beschäftigungsverhältnisse werden in den Daten nicht berücksichtigt. Dies ist vor allem dann problematisch, wenn systematische Unterschiede zwischen Frauen und Männern bestehen, die bereits Teil einer Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt sein können.																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind über die INKAR-Datenbank des BBSR abrufbar und liegen für das Jahr 2014 auf Kreis-Ebene vor.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	In Kommunen mit hohen Betreuungsquoten für Kinder (SDG 4.2) sind Frauen in der Regel besser in den Arbeitsmarkt integriert – mit einem relativ geringen Abstand zur Beschäftigungsquote der Männer (SDG 5.1). Dies geht einher mit einem geringeren Verdienstabstand.																
Rahmenbedingungen	Der Verdienstabstand von Frauen und Männern kann u. a. durch die regionale Wirtschaftsstruktur beeinflusst werden. Entscheidend kann dabei auch sein, wie lange Frauen bereits in den regionalen Arbeitsmarkt integriert sind. So ist der Verdienstabstand in Ostdeutschland deutlich geringer als in Westdeutschland.																
Aussage	Im Jahr z betrug das Medianeinkommen von weiblichen Arbeitnehmern x % des Medianeinkommens von männlichen Arbeitnehmern.																
Berechnung	(Medianeinkommen SvB Frauen (vollbeschäftigt) am Arbeitsort) / (Medianeinkommen SvB Männer (vollbeschäftigt) am Arbeitsort) * 100																
Quelle	BBSR (Bundesagentur für Arbeit), ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	%																
Abrufbar für	2014 - 2015																



Kernindikator	Frauenanteil in Stadträten und Kreistagen																
(Primäres) Ziel	Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen (SDG 5)																
(Primäres) Unterziel	Die volle und wirksame Teilhabe von Frauen und ihre Chancengleichheit bei der Übernahme von Führungsrollen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben sicherstellen (SDG 5.5)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
					5.5												
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Verwaltung und Ratsarbeit																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung																	
Definition	Anteil der Mandate in Stadträten und Kreistagen, die von Frauen besetzt sind																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst ist trotz massiver Bestrebungen seit Jahren unverändert niedrig. Auf kommunaler Ebene kann ein aktiver Beitrag dazu geleistet werden, damit dieses Missverhältnis abgemildert wird. So können die politischen Parteien über die Zuteilung von Listenplätzen dafür sorgen, dass sich der Frauenanteil in den kommunalen Parlamenten erhöht, damit die Zusammensetzung der Bevölkerung auch in den Stadträten und Kreistagen adäquat abgebildet werden kann.																
Herkunft	Vereinte Nationen:									x							
	Europäische Ebene:									x							
	Bund:									x							
	Länder:									z. B. BW, NRW							
	Kommunen:									z. B. BW							
Validität	Der Indikator liefert wichtige Hinweise hinsichtlich der Teilhabe von Frauen bei der Entscheidungsfindung im politischen Leben auf kommunaler Ebene. Somit wird ein Kernaspekt des Unterziels abgebildet.																
Datenqualität	Die Zahlen werden durch das BBSR über eine Internetrecherche aller Stadträte und Kreistage ermittelt. Die Datenqualität ist daher hoch.																
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden durch das BBSR bereitgestellt und liegen für die Jahre 2013 und 2015 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt alle zwei Jahre.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Der Zusammenhang mit der Betreuung von Kindern (SDG 4.2) und der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt (SDG 5.1) ist unklar. Die Integration in den Arbeitsmarkt kann einhergehen mit einem Aufbrechen traditioneller Rollenbilder und auch zu höherer politischer Repräsentation von Frauen führen. Es kann andererseits die Doppelbelastung mit Arbeit und Familie für Frauen verstärken und zusätzliches politisches Engagement unwahrscheinlicher machen.																
Rahmenbedingungen	Der Anteil von Frauen in Stadträten und Kreistagen kann u. a. durch regional verschiedene Rollenbilder beeinflusst werden.																
Aussage	Im Jahr z waren x % der Mandate in Stadträten und Kreistagen mit Frauen besetzt.																
Berechnung	$(\text{Anzahl Frauen mit Mandaten in Stadträten und Kreistagen}) / (\text{Mandate in Stadträten und Kreistagen insgesamt}) * 100$																
Quelle	BBSR, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	%																
Abrufbar für	2013, 2015																



4.6 SDG 6 - Sauberes Wasser und Sanitärversorgung

Kernindikator	Abwasserbehandlung																
(Primäres) Ziel	Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten (SDG 6)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 die Wasserqualität durch Verringerung der Verschmutzung, Beendigung des Einbringens und Minimierung der Freisetzung gefährlicher Chemikalien und Stoffe, Halbierung des Anteils unbehandelten Abwassers und eine beträchtliche Steigerung der Wiederaufbereitung und gefahrlosen Wiederverwendung weltweit verbessern (SDG 6.3)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 die Wasserqualität durch Halbierung des unbehandelten Abwassers weltweit verbessern (SDG 6.3.3)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
						6.3.1 6.3.2 6.3.3						12.2		14.1			
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung																	
Definition	Anteil des Abwassers, der durch Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt wird																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Abwasser bezeichnet vom häuslichen, gewerblichen oder industriellen Gebrauch verunreinigtes Wasser. Eine mangelhafte Abwasserreinigung kann dazu führen, dass schädliche Inhaltsstoffe in Gewässer eingeleitet werden und deren Nährstoffgehalt signifikant erhöhen. Dieser Überschuss an Nährstoffen wird von Bakterien abgebaut. Hierdurch wird Sauerstoff verbraucht, was zu Fischsterben und einem erhöhten Algenwachstum führt. Damit Kommunen eine gefahrlose Nutzung von Gewässern sowie eine nachhaltige Wiedereinführung von Abwasser in die Gewässer gewährleisten können, muss dieses zunächst biologisch behandelt werden. Durch Anwendung der Techniken Denitrifikation und Phosphorelimination können Nitrate und Phosphate aus dem Abwasser entfernt werden, wodurch die Qualität der Abwasserreinigung weiter verbessert wird. Durch eine nachhaltige Nutzung von Wasser soll dabei auch eine nachhaltige Zukunft für kommende Generationen sichergestellt werden.																
Herkunft	Vereinte Nationen:									x							
	Europäische Ebene:									x							
	Bund:									x							
	Länder:									z. B. BW, NRW							
	Kommunen:									z. B. BW							
Validität	Der Indikator misst den prozentualen Anteil des Abwassers, das unter Anwendung moderner Techniken behandelt wird und somit eine besonders hohe Qualität aufweist. Der Indikator bezieht sich daher direkt auf das Ziel einer Erhöhung der Wasserqualität.																
Datenqualität	Die Daten stammen aus der Statistik der öffentlichen Abwasserbehandlung und weisen daher eine hohe Qualität auf. Sie enthalten ausschließlich die Angaben öffentlicher Abwasserbehandlungsanlagen. Für industrielle Abwasserbehandlungsanlagen liegen hingegen keine Informationen vor.																
Datenverfügbarkeit	Daten zur Abwassermenge und zur Behandlungsart sind über die Statistischen Ämter der Länder abrufbar und liegen ab dem Jahr 1998 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt alle drei Jahre.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Die meisten Kläranlagen leiten gereinigtes Abwasser in den Erdboden ein, wo es sich mit Grundwasser vermischt und damit auch Auswirkungen auf die Qualität des Grundwassers hat. Über die direkte oder indirekte Einleitung in Flüsse kann zudem die Qualität der Fließgewässer beeinträchtigt werden (SDG 6.3.1).																
Rahmenbedingungen	Eine Verbesserung der öffentlichen Abwasserbehandlung ist durch zusätzliche Abwasserbehandlungsanlagen sowie durch die Nutzung neuer Techniken erreichbar. Dies ist mit kommunalen Mehrausgaben verbunden und damit in finanz- und wirtschaftsstarken Gebieten einfacher zu gewährleisten.																
Aussage	Im Jahr z wurden x % des Abwassers mit den Techniken Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt.																
Berechnung	$(\text{Abwassermenge, die durch Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt wird}) / (\text{Abwassermenge gesamt}) * 100$																
Quelle	Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	%																
Abrufbar für	2007, 2010, 2013																



Kernindikator	Nitrat im Grundwasser																
(Primäres) Ziel	Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten (SDG 6)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 die Wasserqualität durch Verringerung der Verschmutzung, Beendigung des Einbringens und Minimierung der Freisetzung gefährlicher Chemikalien und Stoffe, Halbierung des Anteils unbehandelten Abwassers und eine beträchtliche Steigerung der Wiederaufbereitung und gefahrlosen Wiederverwendung weltweit verbessern (SDG 6.3)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 die Wasserqualität durch Verringerung der Verschmutzung, Beendigung des Einbringens und Minimierung der Freisetzung gefährlicher Chemikalien und Stoffe weltweit verbessern (SDG 6.3.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
		2.4.2				6.3.1									15.1		
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Resiliente Kommune																
Definition	Anteil der Messstellen, an denen der Schwellenwert von 50 mg Nitrat pro Liter überschritten wird																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Bei einer zu intensiven Nutzung von Dünger können Pflanzen den auf diese Weise zugeführten Stickstoff nicht mehr vollständig aufnehmen. Es besteht die Gefahr, dass der überschüssige Stickstoff als Nitrat u. a. ins Grundwasser gelangt und bei der Überschreitung bestimmter Grenzwerte zu gesundheitlichen Schäden bei Menschen führen kann. Des Weiteren kann das überschüssige Nitrat auch in Oberflächengewässer gelangen und die Ökosystem dort nachhaltig belasten. Deshalb schreibt die Trinkwasserverordnung einen Höchstwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter vor. Dieser Wert wird im Moment von ca. 18 % der Messstellen in Deutschland überschritten. Auf kommunaler Ebene liegen derzeit keine flächendeckenden Daten vor, jedoch kann jede Kommune selbst die Nitratbelastung ihres Trinkwassers erheben.																
Herkunft	Vereinte Nationen:									x							
	Europäische Ebene:									x							
	Bund:									x							
	Länder:									z. B. BW, NRW							
	Kommunen:																
Validität	Der Indikator bezieht sich direkt auf die Wasserqualität und misst die im Teilziel formulierte Verschmutzung des Wassers unter Berücksichtigung eines bestimmten Stoffes.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Aussage	Im Jahr z haben x % der Messstellen den Grenzwert von 50 mg Nitrat je Liter überschritten.																
Berechnung	(Anzahl Messstellen mit Überschreitung des Grenzwertes) / (Anzahl der Messstellen insgesamt) * 100																
Einheit	%																



4.7 SDG 7 - Bezahlbare und saubere Energie

Kernindikator	Anteil Erneuerbarer Energien																
(Primäres) Ziel	Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern (SDG 7)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energie am globalen Energiemix deutlich erhöhen (SDG 7.2)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
							7.2						13.2				
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																
Definition	Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoenergieverbrauch																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Entwicklung des Anteils erneuerbarer Energien am Bruttoenergieverbrauch ist ein wichtiger Maßstab für das Fortschreiten der Energiewende. Als erneuerbare Energien werden dabei solche Energieformen bezeichnet, die nicht auf endlich vorkommende Ressourcen zurückgreifen. Hierzu zählen u. a. die Wind-, Sonnen-, Wasser- und Bioenergie sowie die Geothermie. Erneuerbare Energien zeichnen sich durch eine dezentrale Bereitstellung aus, d. h. Energie wird – anders als in der Vergangenheit – vermehrt durch ein dezentrales Netz an Anlagen produziert, das sich über eine Vielzahl von Kommunen erstreckt. Kommunen können den Ausbau erneuerbarer Energien aktiv unterstützen und damit dazu beitragen, den Anteil erneuerbarer Energien am lokalen Energiemix zu erhöhen. Dieser Beitrag kann dabei jedoch nur unter dem Gesichtspunkt einer gesicherten Energieversorgung wahrgenommen werden. Im Moment liegen entsprechende Daten lediglich auf Bundes- und Länderebene vor, jedoch nicht auf kommunaler Ebene.																
Herkunft	Vereinte Nationen:									x							
	Europäische Ebene:									x							
	Bund:									x							
	Länder:									z. B. BW, NRW							
	Kommunen:									z. B. BW							
Validität	Der Indikator bildet das Unterziel vollumfänglich ab. Die Validität ist daher sehr hoch.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Aussage	Im Jahr z betrug die Anteil Erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch x %.																
Berechnung	(Energiebereitstellung durch erneuerbare Energien) / (Bruttoendenergieverbrauch) * 100																
Einheit	%																



Kernindikator	Windenergie																
(Primäres) Ziel	Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern (SDG 7)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energie am globalen Energiemix deutlich erhöhen (SDG 7.2)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
							7.2						13.2				
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																
Definition	Installierte Leistung Windenergie je Einwohner																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Windkraftanlagen erzeugen einen erheblichen Anteil der erneuerbaren Energien. Der Indikator gibt Aufschluss über die installierte Leistung aller Windkraftanlagen im Verhältnis zur Einwohnerzahl. In diesem Sinne werden die Kommunen vergleichbar hinsichtlich ihrer Bemühungen, über die Erzeugung von Windenergie einen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Ein hoher Wert an installierter Leistung aus Windenergie trägt sowohl zur Verwirklichung des Prinzips intergenerationaler Gerechtigkeit als auch zum Prinzip der globalen Verantwortung bei: durch eine CO ₂ -neutrale Energiegewinnung und die entsprechende Schonung des Klimahaushaltes werden die natürlichen Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen erhalten sowie ein Beitrag zur globalen CO ₂ -Bilanz geleistet.																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:																
	Bund:																
	Länder:																
	Kommunen:																
Validität	Der Indikator liefert hilfreiche Informationen zum ausgewählten Unterziel, da eine Erhöhung der installierten Windenergieleistung – bei konstanter Leistung der sonstigen Energiearten – den Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix erhöht. Es ist zu berücksichtigen, dass allein mittels Windenergie der aktuelle bzw. zukünftige Energiebedarf voraussichtlich nicht abgedeckt werden kann, sodass prinzipiell weitere „saubere“ Energieträger in den Blick genommen werden müssten. Allerdings stehen für diese noch keine belastbaren Daten zur Verfügung. Die ausgewiesenen Daten beziehen sich ausschließlich auf die installierte Leistung. Diese gibt an, wie viel elektrische Energie mittels der auf dem Gebiet der Kommune installierten Anlagen theoretisch zu produzieren wäre – unabhängig von dem tatsächlichen Output oder der realisierten Abnahme. Diese Angabe ist insofern sinnvoll, als dass witterungsbedingte Schwankungen nicht den Vergleich innerhalb von Zeitreihen oder zwischen Kommunen verzerren. Zudem wird das Problem des Netzausbaus ausgeblendet, da etwa fehlende Transportwege die tatsächliche Abnahme erzeugter Energie derweil hemmen.																
Datenqualität	Die Daten werden von den Betreibern selbst übermittelt, d. h. es erfolgt keine unabhängige Erhebung durch Dritte. Hierdurch ist die Qualität der Daten etwas eingeschränkt.																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind über die INKAR-Datenbank des BBSR abrufbar und liegen für die Jahre 2013 und 2014 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Die installierte Leistung an Windenergie kann durch kommunale Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien erhöht werden. Werden durch den Bau von Windkraftanlagen fossile Kraftwerke ersetzt, so kann sich dies positiv auf die Vermeidung von CO ₂ -Emissionen sowie auf die Luftqualität auswirken (SDG 11.6).																
Rahmenbedingungen	Aufgrund geographischer Besonderheiten existieren exponierte Standorte für Windkraftanlagen sowie solche, die weniger ertragreich sind. Auch wenn Kommunen die Entwicklung der Windenergie durch die Ausweisung von Vorrang-Flächen beeinflussen können, spielen weiterhin geographische Standortbedingungen eine entscheidende Rolle. Denn in der Regel werden die Projekte nicht von den Kommunen selbst, sondern von Investoren getragen, sodass ertragreiche Standorte vor weniger ertragreichen Standorten bewirtschaftet werden.																
Aussage	Im Jahr z wurden je Einwohner x Watt durch Windenergie erzeugt.																
Berechnung	(Installierte Leistung Windenergie) / (Anzahl Einwohner)																
Quelle	Statistische Ämter der Länder, BBSR (Betreiber-Datenbasis), ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	W je Einwohner																
Abrufbar für	2013 - 2015																



Kernindikator	Kommunale Investitionen in den Ausbau Erneuerbarer Energien																
(Primäres) Ziel	Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern (SDG 7)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 die internationale Zusammenarbeit verstärken, um den Zugang zur Forschung und Technologie im Bereich saubere Energie, namentlich erneuerbare Energie, Energieeffizienz sowie fortschrittliche und saubere Technologien für fossile Brennstoffe, zu erleichtern, und Investitionen in die Energieinfrastruktur und saubere Energietechnologien fördern (SDG 7.a)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 Investitionen in die Energieinfrastruktur und saubere Energietechnologien fördern (SDG 7.a.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
							7.a.2						13.2				
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																
Definition	Anteil der Ausgaben des kommunalen Haushalts für Investitionen in den Ausbau Erneuerbarer Energien																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Als erneuerbare Energien werden solche Energieformen bezeichnet, die nicht auf endlich vorkommende Ressourcen zurückgreifen. Hierzu zählen u. a. die Wind-, Sonnen-, Wasser- und Bioenergie sowie die Geothermie. Erneuerbare Energien zeichnen sich durch eine dezentrale Bereitstellung aus, d. h. Energie wird – anders als in der Vergangenheit – vermehrt durch ein dezentrales Netz an Anlagen produziert, das sich über eine Vielzahl von Kommunen erstreckt. Kommunen können nicht nur die Rahmenbedingungen für private Investitionen in erneuerbare Energien verbessern, sondern auch selbst als Investor tätig werden und damit den Ausbau erneuerbarer Energien vorantreiben. Eine Schwierigkeit bei der Berechnung des Indikators ist die Frage, welche Ausgaben als Investition in erneuerbare Energien gewertet werden können.																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:																
	Bund:																
	Länder:																
	Kommunen:																
Validität	Der Indikator bezieht sich nicht direkt auf das Unterziel, insofern er keine Verbindung zur internationalen Zusammenarbeit herstellt. Grundsätzlich kann aber ein Zusammenhang zum Primärziel hergestellt werden, da es gilt, überall – d. h. auch in deutschen Kommunen – den Zugang zu nachhaltiger Energie zu gewährleisten.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:																
	Input-/ Output-Indikator:								x								
	Input-Indikator:																
Aussage	Im Jahr z wurden x % der kommunalen Ausgaben in den Ausbau erneuerbarer Energien investiert.																
Berechnung	(Investitionen Ausbau erneuerbarer Energien) / (Kommunale Ausgaben insgesamt) * 100																
Einheit	%																

4.8 SDG 8 - Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum

Kernindikator	Bruttoinlandsprodukt																
(Primäres) Ziel	Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern (SDG 8)																
(Primäres) Unterziel	Ein Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum entsprechend den nationalen Gegebenheiten und insbesondere ein jährliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von mindestens 7 Prozent in den am wenigsten entwickelten Ländern aufrechterhalten (SDG 8.1)																
(Primäres) Teilziel	Ein Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum entsprechend den nationalen Gegebenheiten aufrechterhalten (SDG 8.1.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
								8.1									
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Wirtschaftsstruktur																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung																	
Definition	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst die gesamte wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft, definiert als Gesamtwert aller produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen und Importe. Auf kommunaler Ebene misst das BIP die Bruttowertschöpfung, die innerhalb einer Kommune stattfindet. Bezogen auf die Einwohnerzahl liefert der Indikator somit wichtige Hinweise zum Lebensstandard. Langfristig sollte die Betrachtung des BIPs durch Indikatoren wie Rohstoff- oder Energieproduktivität ergänzt werden, welche die erzeugte Wertschöpfung ins Verhältnis zum Mittelleinsatz setzen. In Hinblick auf die Prinzipien der Nachhaltigkeit kann ein Zusammenhang zur Generationengerechtigkeit hergestellt werden, da die Leistungsfähigkeit und der damit verbundene Wohlstand die Grundlagen für die Lebensbedingungen nachfolgender Generationen bilden.																
Herkunft	Vereinte Nationen:									x							
	Europäische Ebene:									x							
	Bund:									x							
	Länder:									z. B. BW, NRW							
	Kommunen:																
Validität	Der Indikator ermöglicht eine valide Abbildung des formulierten Unterziels. Unklar bleibt allerdings, welches Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum den „nationalen Gegebenheiten“ entspricht. In den letzten zehn Jahren betrug das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum innerhalb von Deutschland ca. 1,4%, was hierfür als erster Maßstab dienen könnte. Auf kommunaler Ebene sollten jedoch insbesondere die „regionalen Gegebenheiten“ als Maßstab herangezogen werden, die je nach Kommune unterschiedlich ausfallen können. Ganz allgemein ergibt sich die Schwierigkeit, dass im BIP nur formell getätigte bzw. entsprechend dokumentierte Wertschöpfung erfasst wird. Informell vertriebene Waren oder ausgeführte Dienstleistungen finden im BIP entsprechend keine Berücksichtigung.																
Datenqualität	Bei regionalen oder kommunalen Daten zum BIP handelt es sich um Schätzungen/Umsrechnungen von Bundes- und Länderdaten. Die Qualität dieser Daten wird durch die „Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Bundes und der Länder“ gewährleistet. Die Daten können folglich ohne Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden. Auf kommunaler Ebene kann lediglich das BIP zu Marktpreisen, d. h. das nominale und nicht das reale BIP, betrachtet werden. Grund hierfür ist, dass auf dieser Ebene keine seriösen Zahlen zur Entwicklung des Preisniveaus vorliegen. Dieser Umstand muss bei der Interpretation des Indikators berücksichtigt werden.																
Datenverfügbarkeit	Die benötigten Daten sind über die statistischen Ämter der Länder abrufbar und liegen ab dem Jahr 2000 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung findet jährlich statt.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Wechselwirkungen bestehen mit nahezu allen Indikatoren, die von der ökonomischen Situation einer Kommune beeinflusst sind oder diese beeinflussen. So wirkt sich z. B. ein hoher Beschäftigungsanteil im Forschungsbereich (SDG 8.2) tendenziell positiv auf das BIP aus. Genauso bestehen Wechselwirkungen mit der Beschäftigungsquote (SDG 8.5), dem Anteil der Hochqualifizierten (SDG 8.2), der SGB II-/ SGB XII-Quote, der Kinder-, Jugend- und Altersarmut (SDG 1.3) sowie mit der kommunalen Finanzsituation (SDG 16.6). In all diesen Fällen sind die Wirkzusammenhänge jedoch komplex und zum Teil gegenläufig.																
Rahmenbedingungen	Insbesondere beim BIP je Einwohner existieren noch immer signifikante regionale Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, die u. a. auf ein niedrigeres Exportniveau, eine kleinteiligere Wirtschaftsstruktur sowie auf ein geringeres Niveau an Innovationsaktivitäten im Osten zurückzuführen sind. So besitzt das wirtschaftsschwächste westdeutsche Bundesland noch immer ein höheres BIP je Einwohner als das wirtschaftsstärkste ostdeutsche Flächenland.																
Aussage	Im Jahr z betrug das Bruttoinlandprodukt je Einwohner x Euro.																
Berechnung	(Bruttoinlandsprodukt) / (Anzahl Einwohner)																
Quelle	Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	€ je Einwohner																
Abrufbar für	2006 - 2016																



Kernindikator	Langzeitarbeitslosenquote																
(Primäres) Ziel	Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern (SDG 8)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen (SDG 8.5)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen erreichen (SDG 8.5.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
								8.5.1									
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Erwerbspersonen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Als langzeitarbeitslos gelten solche Arbeitslose, die ein Jahr und länger bei den Agenturen für Arbeit oder bei den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II arbeitslos gemeldet waren. Ein hoher Anteil an Langzeitarbeitslosen ist Ausdruck einer ökonomischen Strukturschwäche, die sich in besonderem Maße auf die finanzielle, soziale und gesundheitliche Situation der Betroffenen und ihrer Angehörigen auswirkt und auch die finanzielle Situation der Kommune beeinträchtigen kann. Darüber hinaus kann sich verstärkt auftretende Langzeitarbeitslosigkeit auf den sozialen Zusammenhalt und die allgemeine Lebensqualität einer Kommune niederschlagen und Abwanderungsprozesse in Gang setzen. Daher müssen insbesondere solche Maßnahmen weiter in den Vordergrund der Arbeitsmarktpolitik rücken, die darauf ausgerichtet sind, langzeitarbeitslose Personen zurück in eine Beschäftigung zu führen.																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:																
	Bund:																
	Länder:								z. B. BW, NRW								
	Kommunen:																
Validität	Der Indikator liefert Informationen über diejenige Gruppe von Arbeitslosen, die tendenziell am schwierigsten in eine Beschäftigung zu bringen sind. Diese Herausforderung muss gemeistert werden, wenn bis zum Jahr 2030 das Ziel einer produktiven Vollbeschäftigung erreicht werden soll. Die Validität des Indikators ist daher hoch.																
Datenqualität	Es handelt sich um amtliche Daten, die in Zusammenarbeit mit den kommunalen Trägern des Sozialgesetzbuches durch die Bundesagentur für Arbeit nach dem Standard XSozial-BA-SGB II geprüft und verarbeitet werden. Die Qualität der Daten ist daher hoch. Als arbeitslos werden dabei nur solche Personen geführt, die sich bei den entsprechenden Stellen als arbeitslos gemeldet haben. Es ist also möglich, dass die Zahl der tatsächlich arbeitslosen Personen höher ist, als in der Statistik ausgewiesen.																
Datenverfügbarkeit	Die benötigten Daten sind über die statistischen Ämter der Länder abrufbar und liegen ab dem Jahr 2008 auf Gemeinde-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Die Quote der Langzeitarbeitslosen steht im Wirkungszusammenhang mit sozioökonomischen Strukturmerkmalen wie der SGB II-Quote (SDG 1.3), der regionalen Einkommensverteilung (SDG 10.4) und der Beschäftigungsquote (SDG 8.5).																
Rahmenbedingungen	Neben der allgemeinen Wirtschaftslage haben besonders die regionalspezifischen ökonomischen Strukturen Einfluss auf die Zahl der Langzeitarbeitslosen vor Ort. Auch die allgemeine geographische Lage (zentral oder peripher gelegene Kommune) und die demographische Situation sind wichtige Rahmenbedingungen, die auf diesen Indikator wirken.																
Aussage	Im Jahr z waren x % der Erwerbspersonen länger als 1 Jahr arbeitslos.																
Berechnung	$(\text{Anzahl Arbeitslose mit Dauer der Arbeitslosigkeit} > 1 \text{ Jahr}) / (\text{Anzahl Arbeitslose} + \text{Anzahl SvB am Wohnort}) * 100$																
Quelle	Statistische Ämter der Länder / des Bundes, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	%																
Abrufbar für	2008 - 2016																



Kernindikator	Beschäftigungsquote																
(Primäres) Ziel	Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern (SDG 8)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen (SDG 8.5)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen erreichen (SDG 8.5.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
								8.5.1									
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Anteil der 15- bis 64-jährigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort an allen 15- bis 64-jährigen Einwohnern																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Beschäftigungsquote gibt den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung an. Sie lässt Rückschlüsse auf die soziale Situation der Bewohner zu. Eine hohe Beschäftigungsquote sichert die wirtschaftliche und soziale Inklusion und ist Grundvoraussetzung für eine eigenständige Lebensplanung sowie gesellschaftliche Teilhabe. Die Bedeutung der Beschäftigungsquote für die Zukunftsfähigkeit einer Kommune und die enge Verbindung zwischen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension (Prinzip der Ganzheitlichkeit) geben diesem Indikator eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz.																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:									x							
	Bund:																
	Länder:									z. B. BW, NRW							
	Kommunen:									z. B. BW, NRW							
Validität	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse bilden das ab, was man gemeinhin als menschenwürdige Arbeit bezeichnet. Das Ziel einer produktiven Vollbeschäftigung kann nur durch eine Erhöhung der Zahl entsprechender Beschäftigungsverhältnisse erreicht werden. Der Indikator besitzt also eine hohe Validität.																
Datenqualität	Die Daten basieren auf den Meldungen zur Sozialversicherung mit einer Verzögerung von sechs Monaten (Abgabefristen der Meldungen). Die Qualität der Daten ist sehr hoch. Im Gegensatz zur Erwerbstätigenquote berücksichtigt die Beschäftigungsquote nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, d. h. Beamte, Selbstständige und geringfügig Beschäftigte gehen nicht ein. Auch werden Personen in Vollzeit- und in Teilzeitbeschäftigung gleichermaßen gezählt, sodass unterschiedliche Arbeitszeitvolumina keinen Einfluss auf den Indikator haben.																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Gemeinde-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Eine hohe Beschäftigungsquote beugt gegen Armut in der Bevölkerung vor (SDG 1.3.2). Auch die kommunalen Einnahmen werden durch eine hohe Beschäftigungsquote verbessert. Zudem sind Wechselwirkungen mit dem Verkehrsaufkommen (Pendelverkehr – SDG 11.6) zu erwarten.																
Rahmenbedingungen	Diverse Rahmenbedingungen können den Indikator beeinflussen, etwa die Erwerbsneigung der Bevölkerung (z. B. regionale Unterschiede in der Erwerbstätigkeit von Ehefrauen und Müttern), den Anteil junger Bevölkerung in tertiärer Bildung, die allgemeine Wirtschaftslage, die Entsprechung von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage oder die regionale Arbeitsmarktpolitik.																
Aussage	Im Jahr z betrug der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Alter von 15-64 Jahren an der Gesamtbevölkerung im Alter von 15-64 Jahren x %.																
Berechnung	(Anzahl SvB am Wohnort im Alter von 15-64 Jahren) / (Anzahl Einwohnern im Alter von 15-64 Jahren) * 100																
Quelle	Statistische Ämter der Länder, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	%																
Abrufbar für	2006 - 2016																



Kernindikator	Aufstocker																
(Primäres) Ziel	Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern (SDG 8)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen (SDG 8.5)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen erreichen (SDG 8.5.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
								8.5.1									
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Anteil der erwerbstätigen ALG-II-Bezieher an allen erwerbsfähigen Leistungsbeziehern																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Indikator beinhaltet Empfänger von ALG II, die im rechtlich zulässigen Rahmen diese Leistung durch Erwerbseinkommen zur Verringerung ihrer Hilfebedürftigkeit ergänzen sowie Erwerbstätige, die ALG II beziehen, weil ihr Einkommen zum Lebensunterhalt nicht ausreicht. Eine hohe Zahl an „Aufstockern“ weist auf strukturelle Defizite der ansässigen Wirtschaft hin, die sich auf die ökonomische und soziale Situation der Betroffenen, und die Kommune insgesamt (z. B. durch verringerte Steuereinnahmen und erhöhte Sozialausgaben) auswirken kann. In der Verknüpfung der ökonomischen mit der sozialen Dimension und aufgrund der Relevanz für die nachfolgende Generation bildet dieser Indikator die Nachhaltigkeitsprinzipien der Ganzheitlichkeit und der Generationengerechtigkeit ab.																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:																
	Bund:																
	Länder:																
	Kommunen:																
Validität	Menschenwürdige Arbeit sollte zumindest so viel Geld einbringen, dass dieses zum selbstständigen Bestreiten des Lebensunterhalts ausreicht und keine staatliche Unterstützung in Anspruch genommen werden muss. Der Indikator liefert wertvolle Informationen dazu, wie häufig innerhalb einer Kommune der Fall eintritt, dass das Erwerbseinkommen nicht zur selbstständigen Bestreitung des Lebensunterhalts ausreicht. Voraussetzung für eine Erfassung in dieser Statistik ist allerdings, dass die Betroffenen einen Antrag auf Leistungen stellen.																
Datenqualität	Neben der Bundesagentur für Arbeit (BA) sind ab 2005 unter anderem auch 69 zugelassene kommunale Träger (zkT) Lieferanten dieser Arbeitsmarktdaten (Optionskommunen). Es handelt sich um eine „integrierte“ Statistik aus unterschiedlichen Quellen, die in der BA zusammengeführt werden. Die Qualität der Daten ist daher hoch.																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen dem Jahr 2006 auf Gemeinde-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Unmittelbare Wechselwirkungen bestehen mit den regionalökonomischen Strukturmerkmalen (z. B. Branchenstruktur, Durchschnittseinkommen, Produktivität oder Qualifikationsniveau – SDG 8.2, 10.2).																
Rahmenbedingungen	Unter anderem nehmen die Branchenstruktur der ansässigen Wirtschaft, die allgemeine Wirtschaftslage, regionale Unterschiede im Lohnniveau und allgemeine strukturelle Rahmenbedingungen (schrumpfende oder wachsende Region) Einfluss auf die Ausprägung dieses Indikators.																
Aussage	Im Jahr z waren x % der erwerbsfähigen Leistungsbezieher (ELB) zusätzlich zum ALG II-Bezug erwerbstätig.																
Berechnung	$(\text{Anzahl erwerbstätige ALG II-Bezieher}) / (\text{Anzahl ALG II-Bezieher insgesamt}) * 100$																
Quelle	Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	%																
Abrufbar für	2006 - 2016																



4.9 SDG 9 - Industrie, Innovation und Infrastruktur

Kernindikator	Existenzgründungen																
(Primäres) Ziel	Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen (SDG 9)																
(Primäres) Unterziel	Die wissenschaftliche Forschung verbessern und die technologischen Kapazitäten der Industriesektoren in allen Ländern und insbesondere in den Entwicklungsländern ausbauen und zu diesem Zweck bis 2030 u. a. Innovationen fördern und die Anzahl der im Bereich Forschung und Entwicklung tätigen Personen je 1 Million Menschen sowie die öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung beträchtlich erhöhen (SDG 9.5)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen erreichen (SDG 8.5.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
								8.2	9.5.3								
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Wirtschaftsstruktur																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung																	
Definition	Zahl der neu errichteten Gewerbebetriebe je 1.000 Einwohner																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Existenzgründungen schaffen Arbeitsplätze, fördern den Wettbewerb und tragen durch ihre Wertschöpfung zum Wirtschaftswachstum bei. Dabei reicht die Bandbreite an Existenzgründungen vom selbstständigen Dienstleistungsanbieter für den lokalen Markt (z. B. Friseure, Schnellimbisse) bis hin zum hoch innovativen Start-up mit dem Ziel der globalen Markterschließung. In der Regel handelt es sich um Selbstständige und kleinere Unternehmen. Eine hohe Gründerquote ist Ausdruck einer zukunftsfähigen Wirtschaftsstruktur, da vielfältige Wege zur Erschließung neuer Märkte und Geschäftsmodelle erprobt werden und erfolgreiche Gründungen zumeist auch Arbeitsplätze nach sich ziehen. Nicht zuletzt stehen hinter Existenzgründungen Menschen, die ein hohes Maß an Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft sowie Gestaltungswillen zeigen. Da Existenzgründungen für das zukünftige Wirtschaftswachstum von Bedeutung sind, haben sie im Sinne der Generationengerechtigkeit eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz.																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:																
	Bund:																
	Länder:																
	Kommunen:									z. B. NRW							
Validität	Der Indikator liefert wichtige Hinweise, die sich auf die Erreichung des Teilziels beziehen. Zwar führen Existenzgründungen nicht zwangsläufig zu Innovationen, dennoch ist eine positive Korrelation dieser beiden Größen nachgewiesen. Bei der Interpretation muss jedoch berücksichtigt werden, dass eine hohe Zahl an Existenzgründungen auch Teil einer schwachen Wirtschaftsstruktur mit hoher Arbeitslosigkeit sein kann.																
Datenqualität	Einige Bereiche unterliegen nicht der Gewerbeordnung und sind damit in der Statistik nicht erfasst. Dazu gehören: freie Berufe, die Land- und Forstwirtschaft, der Bergbau oder die Versicherungen. Für die Wirtschaftsstruktur ist weniger die Anzahl als der Erfolg der Gründungen von Bedeutung (Lebensdauer, Umsatzentwicklung, geschaffene Arbeitsplätze, etc.). Eine hohe Gründungsquote kann auch Ausdruck einer eher schwachen Wirtschaftsstruktur sein, da Arbeitslosigkeit zu den häufigsten Beweggründen einer Existenzgründung gehört. Über die KfW, die Agenturen für Arbeit und die Jobcenter werden Existenzgründungen als „Beschäftigungsmaßnahme“ gezielt gefördert.																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind über die statistischen Ämter der Länder abrufbar und liegen ab dem Jahr 1998 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung findet jährlich statt.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Wechselwirkungen sind insbesondere mit solchen Indikatoren zu erwarten, die Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Kommune liefern (SDG 8.1). Allerdings kann es hier unterschiedliche Wirkungsrichtungen geben. Einflussfaktoren für eine positive wirtschaftliche Entwicklung können sich auch auf die Zahl der Existenzgründungen positiv auswirken. Gleichzeitig ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass eine negative wirtschaftliche Entwicklung als Anreiz für Existenzgründungen wirken kann.																
Rahmenbedingungen	Einfluss auf die Gewerbeneuanmeldungen haben zum einen die grundsätzlichen wirtschaftlichen Bedingungen in einer Kommune, aber auch die Aufstellung der Verwaltung. Zudem sind Faktoren, die über den Einflussraum der Kommune hinausragen, bedeutend (wie z. B. das gesamtwirtschaftliche „Klima“). Zudem sind Existenzgründungen in einzelnen Wirtschaftszweigen und Bereichen deutlich häufiger vorzufinden. Die Zahl der Existenzgründungen hängt damit von der Branchenstruktur ab (haushaltsnahe Dienstleistungen, Tourismus, Kulturwirtschaft, Handel, etc.). Auch spezifische Förderprogramme, die auf Landes- und auf kommunaler Ebene variieren (z. B. über den ESF) stellen eine ausschlaggebende Rahmenbedingung dar.																
Aussage	Im Jahr z wurden je 1.000 Einwohner x Gewerbebetriebe neu errichtet.																
Berechnung	$(\text{Anzahl Neuerrichtungen von Gewerbebetrieben}) / (\text{Anzahl Einwohner}) * 1000$																
Quelle	Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	Neuerrichtungen je 1.000 Einwohner																
Abrufbar für	2006 - 2016																



Kernindikator	Hochqualifizierte																
(Primäres) Ziel	Widerstandsfähige Infrastruktur und nachhaltige Industrialisierung (SDG 9)																
(Primäres) Unterziel	Die wissenschaftliche Forschung verbessern und die technologischen Kapazitäten der Industriesektoren in allen Ländern und insbesondere in den Entwicklungsländern ausbauen und zu diesem Zweck bis 2030 unter anderem Innovationen fördern und die Anzahl der im Bereich Forschung und Entwicklung tätigen Personen je 1 Million Menschen sowie die öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung beträchtlich erhöhen (SDG 9.5)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 Innovationen fördern (SDG 9.5.3)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
								8.2	9.5.3 9.5.4								
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Wirtschaftsstruktur																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Smarte Kommune																
Definition	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit akademischem Berufsabschluss an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Vor dem Hintergrund des Fach- und Führungskräftemangels ist ein hoher Anteil an Hochqualifizierten der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und speziell der Innovationsfähigkeit zuträglich. Entscheidend für Kommunen ist die Verfügbarkeit von hochqualifizierten Fachkräften bzw. ihre Anziehungskraft auf Fachkräfte als Arbeits- und als Wohnort. Neben positiven ökonomischen Aspekten (wie z. B. höhere Einnahmen über die Gewerbesteuer), sind weitere positive Wirkungen, wie z. B. auf die Sozialstruktur und das öffentliche Leben möglich, sofern die Hochqualifizierten nicht nur in der betreffenden Kommune arbeiten, sondern auch wohnen. Diese Wirkungen stützen das Nachhaltigkeitsprinzip der Generationengerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:																
	Bund:																
	Länder:																
	Kommunen:																
Validität	Hochqualifiziertes Personal ist ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Leistungs- und somit Zukunftsfähigkeit vieler Unternehmen. Das Qualifikationsniveau am Arbeitsort ist dabei ein zentraler Standortfaktor für innovative Unternehmen und damit Voraussetzung für die Entstehung von Innovationen. Der Indikator besitzt also eine hohe Validität. Bei der Interpretation des Indikators muss berücksichtigt werden, dass dieser keine Informationen darüber liefert, ob der tatsächliche Bedarf an hochqualifiziertem Personal gedeckt und passgenau erfüllt werden kann.																
Datenqualität	Bis 2011 wurden die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit (Fach-)Hochschulabschluss erfasst, seit 2012 die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit akademischem Berufsabschluss. Im Jahr 2012 weicht der Stichtag einmalig auf den 31.12. ab. Die Daten können jedoch trotz Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden.																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Gemeinde-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Das Qualifikationsniveau am Arbeitsort steht in engem Zusammenhang mit der Innovationskraft der ansässigen Unternehmen (SDG 9.5) sowie mit der lokalen Wirtschaftsleistung (SDG 8.1.1). Zu erwarten ist ein positiver Zusammenhang mit dem Anteil der Schulabgänger mit (Fach-)Hochschulreife (SDG 4.3), da diese zumindest zum Teil in der Region bleiben bzw. in diese zurückkehren und dort als hochqualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.																
Rahmenbedingungen	Der Anteil der Hochqualifizierten (am Arbeitsort) ist in größeren Städten, speziell an Hochschulstandorten, höher als in kleinen Kommunen.																
Aussage	Im Jahr z hatten x % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) einen akademischen Berufsabschluss.																
Berechnung	(Anzahl SvB mit akademischen Berufsabschluss am Arbeitsort) / (Anzahl SvB am Arbeitsort insgesamt) * 100																
Quelle	Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	%																
Abrufbar für	2006 - 2016																



Kernindikator	Breitbandversorgung																
(Primäres) Ziel	Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen (SDG 9)																
(Primäres) Unterziel	Den Zugang zur Informations- und Kommunikationstechnologie erheblich erweitern sowie anstreben, in den am wenigsten entwickelten Ländern bis 2020 einen allgemeinen und erschwinglichen Zugang zum Internet bereitzustellen (SDG 9.c)																
(Primäres) Teilziel	Den Zugang zur Informations- und Kommunikationstechnologie erheblich erweitern (SDG 9.c.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
								8.2	9.c.1								
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Wirtschaftsstruktur																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Smarte Kommune																
Definition	Anteil der Haushalte, die eine Bandbreite von 50 Mbit / s nutzen können																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Breitbandverfügbarkeit hat einen indirekten Nachhaltigkeitsbezug. Als häufige Grundvoraussetzung für unternehmerisches Handeln wird die Breitbandversorgung verstärkt zum zentralen Standortfaktor. Auch private Haushalte profitieren von der Versorgung mit dem Breitbandinternet, z. B. durch die Ermöglichung der Arbeit im „Home-Office“. Hierdurch wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefördert. Auch elektronische Dienste vereinfachen die Erreichbarkeit von Dienstleistungen (e-Medizin, e-Government, etc.). Die Breitbandversorgung ist so zu einem Bestandteil der Daseinsvorsorge geworden und wird von staatlicher Seite mit zum Teil erheblichen Mitteln gefördert. Gerade im ländlichen Raum hat die Breitbandverfügbarkeit jedoch immer noch große Lücken. Aufgrund seiner Bedeutung für die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Regionen, für alle sozialen Gruppen und auch für die nachfolgenden Generationen (Prinzip der Generationengerechtigkeit) hat dieser Indikator eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz.																
Herkunft	Vereinte Nationen:									x							
	Europäische Ebene:																
	Bund:																
	Länder:																
	Kommunen:																
Validität	Die Breitbandverfügbarkeit ist heute Teil einer zeitgemäßen Infrastrukturbereitstellung und oftmals Voraussetzung dafür, dass Unternehmen handeln und Innovationen hervorbringen können.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Aussage	Im Jahr z betrug der Anteil der Haushalte, die eine Bandbreite von 50 Mbit / s nutzen konnten x %.																
Berechnung	$(\text{Anzahl Haushalte mit Breitbandversorgung} (\geq 50 \text{ Mbit / s})) / (\text{Anzahl Haushalte insgesamt}) * 100$																
Einheit	%																



4.10 SDG 10 - Weniger Ungleichheiten

Kernindikator	Einkommensverteilung (Haushalte mit niedrigem, mittlerem und hohem Einkommen)																
(Primäres) Ziel	Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern (SDG 10)																
(Primäres) Unterziel	Politische Maßnahmen beschließen, insbesondere fiskalische, lohnpolitische und den Sozialschutz betreffende Maßnahmen, und schrittweise größere Gleichheit erzielen (SDG 10.4)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 Innovationen fördern (SDG 9.5.3)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
	1.3.2									10.2.2 10.3.2 10.4							
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Armut																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Faire Kommune																
Definition	<ul style="list-style-type: none">Haushalte mit niedrigem Einkommen: Anteil der Haushalte mit einem Gesamtnettoeinkommen bis 25.000 Euro pro JahrHaushalte mit mittlerem Einkommen: Anteil der Haushalte mit einem Gesamtnettoeinkommen zwischen 25.000 und 50.000 Euro pro JahrHaushalte mit hohem Einkommen: Anteil der Haushalte mit einem Gesamtnettoeinkommen über 50.000 Euro pro Jahr																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die persönliche Zufriedenheit mit der eigenen Einkommenssituation basiert nicht allein auf dem absoluten Wohlstandsniveau, sondern insbesondere auf der empfundenen Gerechtigkeit der Wohlstandsverteilung. Zwar können liberalisierte Arbeitsmärkte einen positiven Effekt auf die Gesamtwirtschaft haben, gleichzeitig tragen sie jedoch auch zu einer Erhöhung der Einkommensungleichheit bei. Empirische Untersuchungen zeigen, dass eine solche Entwicklung vor allem mit sozialen, aber auch ökonomischen Problemen einhergeht. Eine ausgeglichene Einkommensverteilung hängt dabei eng mit dem Begriff der Verteilungsgerechtigkeit zusammen, welche als eine der Grundformen sozialer Gerechtigkeit definiert wird und das friedliche Zusammenleben aktueller und zukünftiger Generationen sicherstellt.																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:																
	Bund:																
	Länder:									z. B. NRW							
	Kommunen:																
Validität	Die Betrachtung von Einkommensklassen untersucht zwar nur einen Teilaspekt von sozialer Gleichheit, dennoch liefert sie wichtige Hinweise zum sozialen Gefälle innerhalb einer Kommune. Der Indikator liefert keine Informationen zur individuellen Einkommenssituation, sondern lediglich zur Einkommenssituation von Haushalten, deren Personenzahl nicht bekannt ist. Es kann also sein, dass Ein-Personen-Haushalte und auch Familien innerhalb einer Einkommensklasse verglichen werden. Je nach Personenzahl des Haushalts können also bereits mittlere Einkommen problematisch sein, um eine angemessene Versorgung sicherzustellen. Hierdurch wird neben der Datenqualität auch die Validität des Indikators etwas eingeschränkt.																
Datenqualität	Die Daten stammen von privaten Anbietern der Markt- und Sozialforschung. Bei der Erfassung der Kaufkraft und Ableitung der Haushalte nach Einkommensklassen handelt es sich nicht um eine statistische Erhebung, sondern um eine Berechnungen unter Hinzuziehung vielfältigster Statistiken. Wegen methodischer Änderungen sind die Daten über verschiedene Jahre nur eingeschränkt miteinander vergleichbar. Diese Qualitätseinschränkungen müssen bei der Interpretation des Indikators berücksichtigt werden.																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Gemeinde-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Für die Einkommensverteilung bestehen Wechselwirkungen mit der Kinder-, Jugend- und Altersarmut, zur SGB II-/ SGB XII-Quote (SDG 1.3), zur Langzeitarbeitslosenquote (SDG 8.5.1), zum Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern (SDG 8.5.2), zur Schulabbrecherquote (SDG 8.6) und zur vorzeitigen Sterblichkeit (SDG 3.4.2).																
Rahmenbedingungen	Die Einkommensverteilung wird u. a. durch die regionale Branchenstruktur bestimmt. Beheimatet eine Kommune neben Unternehmen des Hochlohnssektors auch Unternehmen aus dem Niedriglohnbereich, so spiegelt sich dies in einer höheren Einkommensungleichheit wider. Auch die Zusammensetzung der Haushaltsgrößen und die Altersstruktur kann Einfluss auf die Einkommensverteilung haben. In Ein-Personen-Haushalten gibt es immer nur einen Einkommensempfänger, weshalb sich diese häufiger im unteren Bereich der Einkommensverteilung bewegen. Gibt es in einer Kommune überdurchschnittlich viele Ein-Personen-Haushalte, so wirkt sich dies also auch auf die Einkommensverteilung aus (siehe Anmerkungen zur Validität und Datenqualität).																
Aussage	<ul style="list-style-type: none">Haushalte mit niedrigem Einkommen: Im Jahr z verfügten x % der Haushalte über ein Gesamtnettoeinkommen unter 25.000 Euro pro JahrHaushalte mit mittlerem Einkommen: Im Jahr z verfügten x % der Haushalte über ein Gesamtnettoeinkommen zwischen 25.000 und 50.000 Euro pro JahrHaushalte mit hohem Einkommen: Im Jahr z verfügten x % der Haushalte über ein Gesamtnettoeinkommen über 50.000 Euro pro Jahr																
Berechnung	<ul style="list-style-type: none">Haushalte mit niedrigem Einkommen: (Anzahl Haushalte mit Gesamtnettoeinkommen bis unter 25.000 Euro pro Jahr) / (Anzahl Haushalte insgesamt) * 100Haushalte mit mittlerem Einkommen: (Anzahl Haushalte mit Gesamtnettoeinkommen zwischen 25.000 und 50.000 Euro pro Jahr) / (Anzahl Haushalte insgesamt) * 100Haushalte mit hohem Einkommen: (Anzahl Haushalte mit Gesamtnettoeinkommen über 50.000 Euro pro Jahr) / (Anzahl Haushalte insgesamt) * 100																
Quelle	Nexiga GmbH, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	%																
Abrufbar für	2006 - 2016																



Kernindikator	Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländern zur Beschäftigungsquote gesamt																
(Primäres) Ziel	Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern (SDG 10)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, Ethnizität, Herkunft, Religion oder wirtschaftlichem oder sonstigem Status zu Selbstbestimmung befähigen und ihre soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion fördern (SDG 10.2)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 die soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion aller Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, Ethnizität, Herkunft, Religion oder wirtschaftlichem oder sonstigem Status fördern (SDG 10.2.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
										10.2.2							
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern zur Beschäftigungsquote in der Gesamtbevölkerung																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern ist definiert als der Anteil an Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, der sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist. Der betrachtete Indikator setzt diese Quote ins Verhältnis zur Beschäftigungsquote innerhalb der Gesamtbevölkerung und lässt auf diese Weise Rückschlüsse über die Positionierung von Ausländerinnen und Ausländern am deutschen Arbeitsmarkt zu. Eine hohe Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern sichert deren wirtschaftliche und soziale Inklusion und ist Grundvoraussetzung für eine eigenständige Lebensplanung sowie gesellschaftliche Teilhabe. Ein Ausgleich der Lebensverhältnisse der Bewohner nichtdeutscher und deutscher Staatsangehörigkeit ist somit von zentraler Bedeutung für eine nachhaltige wirtschaftliche sowie soziale Entwicklung einer Kommune.																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:																
	Bund:																
	Länder:																
	Kommunen:																
Validität	Der Indikator liefert wichtige Hinweise zur ökonomischen Ungleichheit von Aus- und Inländern. Es ist zu beachten, dass Einwanderer zwar grundsätzlich im Arbeitsmarkt integriert sein können (d. h. in Beschäftigung sein), aber immer noch von Diskriminierung (z. B. in der Form niedrigerer Löhne) betroffen sind. Außerdem können durch Änderungen im Staatsbürgerschaftsrecht Zugewanderte in erster und nachfolgender Generation zwar die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, trotzdem von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt betroffen sein.																
Datenqualität	Es handelt sich um Daten der amtlichen Statistik. Prinzipiell ist die Qualität der Daten entsprechend als hoch einzuschätzen. Im Gegensatz zur Erwerbstätigenquote berücksichtigt die Beschäftigungsquote jedoch nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, d. h. Beamte, Selbstständige und geringfügig Beschäftigte gehen nicht ein. Eine Nichtberücksichtigung dieser Arbeitsverhältnisse ist dann problematisch, wenn systematische Unterschiede zwischen Ausländern und Deutschen bestehen. Auch werden Personen in Vollzeit- und in Teilzeitbeschäftigung gleichermaßen gezählt, sodass unterschiedliche Arbeitszeitvolumina keinen Einfluss auf den Indikator haben.																
Datenverfügbarkeit	Die notwendigen Daten zur Berechnung der Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern lassen sich über die Statistischen Ämter der Länder und über die Statistik der Bundesagentur für Arbeit abrufen. Die entsprechenden Daten liegen ab dem Jahr 1995 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. Die Daten zur Beschäftigungsquote in der Gesamtbevölkerung sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Eine hohe Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern wirkt Kinder- und Jugendarmut (SDG 1.3.2) entgegen, welche unter der ausländischen Bevölkerung besonders hoch sind. Genauso existieren Querbezüge zur Einkommensverteilung der Haushalte (SDG 10.4), zur SGB II-/XII-Quote (SDG 1.3.2) sowie zur Langzeitarbeitslosigkeit (SDG 8.5.1).																
Rahmenbedingungen	Für die Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern existieren ähnliche regionale Unterschiede wie für die gesamte Beschäftigungsquote. So fällt die Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern in vielen Kreisen Süddeutschlands höher aus als im Rest der Bundesrepublik. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass in Süddeutschland anteilig mehr Ausländerinnen und Ausländer leben, die sich schon seit vielen Jahren in Deutschland aufhalten und dementsprechend gut in den Arbeitsmarkt integriert sind.																
Aussage	Im Jahr z betrug das Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern zur Beschäftigungsquote in der Gesamtbevölkerung x %.																
Berechnung	$(\text{Anzahl ausländische SvB am Wohnort 15-64 Jahre} / \text{Anzahl Ausländer 15-64 Jahre insgesamt}) / (\text{Anzahl SvB am Wohnort 15-64 Jahre insgesamt} / \text{Anzahl Einwohner 15-64 Jahre insgesamt}) * 100$																
Quelle	Statistische Ämter der Länder, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	%																
Abrufbar für	2006 - 2016																



Kernindikator	Verhältnis der Schulabbrecherquote von Ausländern zur Schulabbrecherquote gesamt																
(Primäres) Ziel	Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern (SDG 4)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 geschlechtsspezifische Disparitäten in der Bildung beseitigen und den gleichberechtigten Zugang der Schwachen in der Gesellschaft, namentlich von Menschen mit Behinderungen, Angehörigen indigener Völker und Kindern in prekären Situationen, zu allen Bildungs- und Ausbildungsebenen gewährleisten (SDG 4.5)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 den gleichberechtigten Zugang der Schwachen in der Gesellschaft, namentlich von Menschen mit Behinderungen, Angehörigen indigener Völker und Kindern in prekären Situationen, zu allen Bildungs- und Ausbildungsebenen gewährleisten (SDG 4.5.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
				4.5.2						10.2.2							
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Bildung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune, Faire Kommune																
Definition	Verhältnis der Schulabbrecherquote von Ausländerinnen und Ausländern zur Schulabbrecherquote in der Gesamtbevölkerung																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Als Schulabbrecher gelten solche Schulabgänger, die ihre Pflichtschulzeit beenden, ohne nicht mindestens einen Hauptschulabschluss erreicht zu haben. Der betrachtete Indikator legt einen Fokus auf die Schulabbrecherquote von Ausländerinnen und Ausländern und setzt diese ins Verhältnis zur Schulabbrecherquote in der Gesamtbevölkerung. Die schulische Grundausbildung ist eine der zentralen Voraussetzungen für soziale Teilhabe und den Zugang zum Arbeitsmarkt. Insbesondere für Ausländerinnen und Ausländer, aber auch für die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Kommune, ist die Gewährleistung einer entsprechenden schulischen Grundausbildung von großer Bedeutung. Doch gerade die Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer ist mit zahlreichen Schwierigkeiten bei der Integration in das Bildungssystem konfrontiert. Hier können fallspezifische Diskriminierungen vorliegen, aber auch systematische Faktoren, wie etwa unsichere Aufenthaltsverhältnisse.																
Herkunft	Vereinte Nationen:									x							
	Europäische Ebene:																
	Bund:									x							
	Länder:																
	Kommunen:																
Validität	Der Indikator bezieht sich schlüssig auf den gleichberechtigten Zugang zu allen Bildungs- und Ausbildungsebenen. Er liefert Informationen zu einer Bevölkerungsgruppe, die überdurchschnittlich häufig mit Problemen im Bildungssystem konfrontiert ist und daher häufig Gefahr läuft, in prekäre wirtschaftliche Situationen zu geraten. Durch den Vergleich der Schulabbrecherquote von Ausländerinnen und Ausländern und der Schulabbrecherquote innerhalb der Gesamtbevölkerung wird deutlich, welches Ausmaß die Nachteile im Bildungsbereich für diese Bevölkerungsgruppe annehmen. Seit Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts erhalten Kinder unter bestimmten Voraussetzungen des Bleiberechts der Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft. So werden diese in der Gruppe der ausländischen Schulabgänger nicht erfasst.																
Datenqualität	Die Daten werden jährlich von den Statistischen Landesämtern in Form einer Vollerhebung gewonnen, wobei die Schulen eine Auskunftspflicht besitzen. Entsprechend sind keine stichprobenbedingten Fehler zu erwarten, und die Qualität der Daten ist entsprechend hoch. Probleme ergeben sich einzig aufgrund der nicht-einheitlichen Bildungssysteme in den Ländern. Auch der Vollzug der Schulpflicht kann je nach Bundesland variieren. Zwar kann von einer statistischen Nivellierung dieser Effekte ausgegangen werden, dennoch muss grundsätzlich in Betracht gezogen werden, dass sich derartige Länderspezifika in der Statistik widerspiegeln.																
Datenverfügbarkeit	Daten zur Schulabbrecherquote in der Gesamtbevölkerung sowie zur Schulabbrecherquote von Ausländerinnen und Ausländern sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Eine hohe Schulabbrecherquote von Ausländerinnen und Ausländern wirkt sich negativ auf deren Integration in den Arbeitsmarkt aus. Hieraus ergeben sich Konsequenzen für die Beschäftigungsquote, die Langzeitarbeitslosigkeit, die SGB II-/SGB XII-Quote sowie für die Kinder-, Jugend- und Altersarmut.																
Rahmenbedingungen	Der Indikator wird u. a. durch länderspezifische Ausformungen des Schulrechts beeinflusst. Regionen, in denen Ausländerinnen und Ausländer besser in Gesellschaft und Arbeitsmarkt integriert sind, weisen tendenziell auch eine niedrigere Schulabbrecherquote innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe auf.																
Aussage	Im Jahr z betrug das Verhältnis der Schulabbrecherquote von Ausländerinnen und Ausländern zur Schulabbrecherquote innerhalb der Gesamtbevölkerung x %.																
Berechnung	$\left(\frac{\text{Anzahl ausländischer Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss}}{\text{Anzahl ausländischer Schulabgänger insgesamt}} \right) / \left(\frac{\text{Anzahl Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss insgesamt}}{\text{Anzahl Schulabgänger insgesamt}} \right) \cdot 100$																
Quelle	Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	%																
Abrufbar für	2006 - 2016																



4.11 SDG 11 - Nachhaltige Städte und Gemeinden

Kernindikator	Mietpreise																
(Primäres) Ziel	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen und Slums sanieren (SDG 11.1)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen (SDG 11.1.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
											11.1.1						
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Wohnen und Wohnumfeld																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune; Familiengerechte Kommune																
Definition	Durchschnittliche Nettokaltmiete je m²																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Das Thema „Wohnen“ nimmt eine zentrale Rolle im Leben der Menschen ein und hat daher eine elementare Bedeutung für deren Lebensqualität. Die eigene Wohnung wird im Wesentlichen als Ort der Geborgenheit, der Selbstbestimmtheit, der Sicherheit und der Gemeinschaft gesehen und damit als zentraler Ort des Ausgleichs zum Arbeitsplatz wahrgenommen. Insbesondere in Groß- und Universitätsstädten gibt es oft große Engpässe in der Wohnraumversorgung. Gleichzeitig herrschen in anderen Städten und Gemeinden massive Abwanderungstendenzen mit einhergehenden Problemen bei der Wohnqualität. In beiden Fällen sind die ökonomische sowie die soziale Dimension betroffen und in beiden Fälle zeigen sich die Auswirkungen in den Mietpreisen.																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:																
	Bund:																
	Länder:																
	Kommunen:																
Validität	Der Indikator bezieht sich direkt auf den Preis des Wohnens und liefert daher wertvolle Informationen, ob in der Region bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist.																
Datenqualität	Die Daten basieren auf einer Erhebung von Angebotsinseraten bei über 100 Online-Plattformen und Tageszeitung. Berücksichtigt wurden Wohnungen zwischen 40 und 130 m². Es handelt sich um Nettokaltmieten ohne Nebenkosten für nicht-möblierte Wohnungen. Doppelte Erfassungen wurden systematisch bereinigt. Aus datenschutzrechtlichen Gründen können die durchschnittlichen Mietpreise nur innerhalb von Ein-Euro-Klassengrenzen angegeben werden. Daten zu Bestandsmieten können auf diesem Wege nicht erhoben werden.																
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden vom BBSR bereitgestellt und liegen ab dem Jahr 2005 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:										x						
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Wechselwirkungen sind insbesondere zu allen Indikatoren zu erwarten, die Rückschlüsse auf die Wirtschaftsstruktur erlauben. So hängt der durchschnittliche Mietpreis mit dem BIP je Einwohner (SDG 8.1.1), den Existenzgründungen und dem Anteil von Hochqualifizierten (SDG 8.2) zusammen. Auch ein Zusammenhang mit der Sozialstruktur der Bevölkerung ist erkennbar (SDG 1.3.2, 10.4).																
Rahmenbedingungen	Vor allem urbane Zentren und Mittelstädte spüren momentan einen starken Druck auf ihrem Wohnungsmarkt. Die Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur korreliert daher in hohem Maße mit den Mietpreisen. Über die Ausweisung von Bauflächen und Instrumenten wie der Mietpreise kann auch die Politik entsprechende Rahmenbedingungen gestalten.																
Aussage	Im Jahr z betrug die durchschnittliche Nettokaltmiete x Euro je Quadratmeter.																
Berechnung	Durchschnittliche Nettokaltmiete in € je m²																
Quelle	BBSR																
Einheit	€ je m²																
Abrufbar für	2006 - 2016																



Kernindikator	Modal Split																
(Primäres) Ziel	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen und die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen (SDG 11.2)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen (SDG 11.2.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
											11.2.1						
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Mobilität																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																
Definition	Anteile des Fußverkehrs, Radverkehrs und ÖPNV am gesamten Verkehrsaufkommen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Modal Split beschreibt die Verteilung des Transportaufkommens auf die unterschiedlichen Verkehrsmittel (i. d. R. Fußverkehr, Radverkehr, ÖPNV und MIV). Der Indikator vermittelt auf diese Weise ein Bild vom Mobilitätsverhalten innerhalb der Kommune. Dabei sollen langfristig die Anteile des nicht-motorisierten Verkehrs (d. h. Fuß- und Radverkehr) und des öffentlichen Personennahverkehrs gesteigert werden, um die Nachhaltigkeit der Verkehrssysteme zu sichern. Im Moment liegen für Deutschland noch keine flächendeckenden Daten auf kommunaler Ebene vor. Die entsprechenden Werte können jedoch über Bürgerbefragungen von jeder Kommune selbst erhoben werden.																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:																
	Bund:																
	Länder:									z. B. BW							
	Kommunen:																
Validität	Der Indikator bildet den Anteil der verschiedenen Verkehrssysteme aufschlussreich ab und kann somit als Basis für eine Bedarfsanalyse dienen.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Aussage	Im Jahr z betragen die Anteile des Fußverkehrs, des Radverkehrs und des ÖPNV jeweils x % am gesamten Verkehrsaufkommen.																
Berechnung	(Aufkommen Fußverkehr, Radverkehr und ÖPNV) / (Verkehrsaufkommen insgesamt) * 100																
Einheit	%																



Kernindikator	Verunglückte im Verkehr																
(Primäres) Ziel	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen und die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen (SDG 11.2)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen (SDG 11.2.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
			3.6								11.2.2						
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Sicherheit																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Familiengerechte Kommune																
Definition	Anzahl der verletzten oder getöteten Personen bei Verkehrsunfällen je 1.000 Einwohner																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Weltweit sind Verkehrsunfälle – unabhängig von der wirtschaftlichen Situation eines Landes – die häufigste Todesursache von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Insgesamt ereignen sich in Deutschland jährlich rund 300.000 Unfälle mit Personenschäden, was ca. 800 Unfällen mit Verletzungen oder Todesfolgen pro Tag entspricht. Die gesellschaftlichen Kosten, die sich aus den Gesundheitsschäden und Verkehrsauswirkungen dieser Unfälle ergeben, sind beträchtlich und betreffen daher das Prinzip der intergenerationalen Gerechtigkeit. Doch auch innerhalb einer Generation bestehen Ungleichheiten in der Verkehrssicherheit, da bestimmte Personengruppen und insbesondere Kinder erhöht gefährdet sind. Daher müssen präventive Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen.																
Herkunft	Vereinte Nationen:									x							
	Europäische Ebene:																
	Bund:									x							
	Länder:									z. B. BW							
	Kommunen:									z. B. NRW							
Validität	Der Indikator bezieht sich direkt auf die Verkehrssicherheit und deckt damit den Kernaspekt des Teilziels treffend ab.																
Datenqualität	Die Daten enthalten keine Angaben zu nicht gemeldeten Verkehrsunfällen, die sich allerdings weitestgehend auf Sachschäden und geringfügige Personenschäden beschränken und damit die Datenqualität nicht bedeutsam beeinflussen.																
Datenverfügbarkeit	Die benötigten Daten sind über die Statistischen Ämter der Länder abrufbar und liegen ab dem Jahr 2008 auf Gemeinde-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Für den Indikator sind insbesondere Wechselwirkungen mit dem Modal Split (SDG 11.2.1) zu erwarten.																
Rahmenbedingungen	Die Haushaltssituation der Kommune könnte sich auf Möglichkeiten zur Prävention auswirken. Entgegen der häufigen Annahme sind Personen in Großstädten durchschnittlich nicht gefährdeter als Personen in mittelgroßen Städten. Zudem ist zu beachten, ob besondere Verkehrssituationen mit häufigem Unfallaufkommen (z. B. in Autobahnkreuzen) auf der Gemarkung der Kommune existieren.																
Aussage	Im Jahr z wurden je 1.000 Einwohner x Personen in Verkehrsunfällen verletzt oder getötet.																
Berechnung	$(\text{Anzahl verletzte oder getötete Personen bei Verkehrsunfällen}) / (\text{Anzahl Einwohner}) * 1.000$																
Quelle	Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	Verunglückte je 1.000 Einwohner																
Abrufbar für	2008 - 2016																



Kernindikator	Flächenverbrauch																
(Primäres) Ziel	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 die Verstädterung inklusiver und nachhaltiger gestalten und die Kapazitäten für eine partizipatorische, integrierte und nachhaltige Siedlungsplanung und -steuerung in allen Ländern verstärken (SDG 11.3)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 die Verstädterung inklusiver und nachhaltiger gestalten (SDG 11.3.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
											11.3.1				15.1		
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung																	
Definition	Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche innerhalb Deutschlands im Zeitraum zwischen 1992 und 2015 jeden Tag um durchschnittlich 104 ha zu. Insgesamt beträgt der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche des Bundesgebiets (beschrieben durch „Flächenverbrauch“ oder „Flächeninanspruchnahme“) inzwischen ca. 40 %. Diese stetige Zunahme führt zu einem Verlust wichtiger Bodenfunktionen und einer Entwertung von Naturräumen. Außerdem wird hierdurch die Entstehung von Hochwasser begünstigt. Bundesweit soll bis zum Jahr 2030 der durchschnittliche tägliche Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche auf 20 ha reduziert werden. Zur Erreichung dieses Ziels ist es nötig, dass auch auf kommunaler Ebene entsprechende Schritte eingeleitet werden, die zu einer nachhaltigen Flächennutzung beitragen können. In besonderem Maße sollte also die zeitliche Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche betrachtet werden.																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:										x						
	Bund:										x						
	Länder:										z. B. BW, NRW						
	Kommunen:										z. B. BW, NRW						
Validität	Der Indikator weist eine hohe Validität auf, da er das Ziel einer nachhaltigen Gestaltung der Verstädterung zum Ausdruck bringt. Allerdings kann eine Reduzierung der Siedlungs- und Verkehrsfläche allein keine nachhaltige Verstädterung gewährleisten.																
Datenqualität	Die Siedlungs- und Verkehrsfläche wird von allen Gemeinden ohne Einschränkungen erfasst. Allerdings ist diese statistische Erfassung bundesweit nicht einheitlich geregelt, wodurch kleinere Einschränkungen bei der Datenqualität entstehen. Auch Änderungen im Erfassungsmodus der einzelnen Flächennutzungen schränken die Vergleichbarkeit über verschiedene Jahre ein.																
Datenverfügbarkeit	Die benötigten Daten zur Berechnung des Anteils der Siedlungs- und Verkehrsfläche sind über die Statistischen Ämter der Länder ab dem Jahr 2008 auf Gemeinde-Ebene abrufbar. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:										x						
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Der Indikator interagiert mit der Branchenstruktur (SDG 8.2), dem Angebot der Erholungsflächen (SDG 11.3.7) und der Bevölkerungsentwicklung. Besonders interessant kann in diesem Zusammenhang die Betrachtung der Intensität der Flächennutzung sein (SDG 11.3.1). Dieser Indikator setzt die Siedlungs- und Verkehrsfläche ins Verhältnis zur Bevölkerung.																
Rahmenbedingungen	Ländliche und städtische Räume können sich beim Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche massiv unterscheiden. Genauso haben wachsende und schrumpfende Regionen mit unterschiedlichen Herausforderungen zu kämpfen. Wachsende Regionen stehen vor der Aufgabe, Wohnungsneubau zu realisieren, um möglichst viele Haushalte mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen und weite Pendelwege zu vermeiden. Trotz des Innenentwicklungsprimats geht dies oft mit einem Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche einher. Bei stark schrumpfenden Regionen kann der erforderliche Rückbau von Wohnraum hingegen teilweise nicht mit den zurückgehenden Einwohnerzahlen Schritt halten.																
Aussage	Im Jahr z betrug der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche x %.																
Berechnung	(Siedlungs- und Verkehrsfläche) / (Gesamtfläche) * 100																
Quelle	Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	%																
Abrufbar für	2008 - 2016																



Kernindikator	Naherholungsflächen																
(Primäres) Ziel	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 den allgemeinen Zugang zu sicheren, inklusiven und zugänglichen Grünflächen und öffentlichen Räumen gewährleisten, insbesondere für Frauen und Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen (SDG 11.7)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
											11.7 11.3.1						
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Wohnen und Wohnumfeld																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Erholungsflächen pro Einwohner																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Erholungsflächen umfassen unbebaute Flächen, die überwiegend dem Sport, der Erholung oder dazu dienen, Tiere oder Pflanzen zu zeigen. Zu diesen Flächen gehören u. a. Grünanlagen, Parks, Schrebergärten sowie Sportflächen und Campingplätze. Erholungsflächen erfüllen wichtige soziale, ökologische und ökonomische Funktionen. So haben Erholungsflächen einen hohen Freizeitwert, können Stress reduzieren und als Treffpunkt verschiedener sozialer Schichten dienen. Erholungsflächen haben jedoch auch einen hohen ökologischen Wert, da sie durch Klimaregulation und Luftfilterung insbesondere in städtischen Gebieten die Luftqualität verbessern können. Letztlich sind Erholungsräume aber auch ein wichtiger „weicher“ Standortfaktor und damit von ökonomischer Relevanz.																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:																
	Bund:																
	Länder:																
	Kommunen:									z. B. NRW							
Validität	Der Indikator weist eine hohe Validität auf, da er sich direkt auf das regionale Angebot an Grün- bzw. Erholungsflächen bezieht. Er liefert jedoch keine Informationen dazu, ob die bereitgestellten Erholungsflächen sicher und inklusiv sind und von den genannten Bevölkerungsgruppen genutzt werden.																
Datenqualität	Durch regelmäßige und flächendeckende Vermessungen und Kartierungen ist die Datenqualität hoch. Änderungen und Unterschiede im Erfassungsmodus der einzelnen Flächennutzungen schränken die Vergleichbarkeit des Indikators sowohl im räumlichen als auch im zeitlichen Kontext etwas ein.																
Datenverfügbarkeit	Daten zur Erholungsfläche sind über die Statistischen Ämter der Länder ab dem Jahr 2008 auf Gemeinde-Ebene abrufbar. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich. Daten zur Einwohnerzahl sind über den Wegweiser Kommune abrufbar liegen ab dem Jahr 2006 auf Gemeinde-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Der Indikator weist Wechselwirkungen mit zahlreichen ökologischen Indikatoren (v. a. Flächenverbrauch, Naturschutzflächen und Indikatoren der biologischen Vielfalt, SDG 11.3.1, 15.5.2) sowie Indikatoren zum preiswerten Wohnraum (insbesondere Mietpreisentwicklung, SDG 11.1.1) auf. Zudem sind Interdependenzen mit der Luftqualität (SDG 3.9.2) zu erwarten.																
Rahmenbedingungen	In kleinen und mittleren Kommunen können die Einwohner neben den eigentlichen Erholungsflächen meist auch Freizeitanlagen in der Umgebung für Erholungszwecke nutzen, deutlich häufiger als Großstädte in größeren Agglomerationen. Die Pflege und Unterhaltung von Naherholungsflächen ist insbesondere für Kommunen mit ungünstiger Haushaltslage ein Problem.																
Aussage	Im Jahr z kamen auf einen Einwohner x km² Erholungsfläche.																
Berechnung	(Erholungsfläche) / (Anzahl Einwohner)																
Quelle	Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	km² je Einwohner																
Abrufbar für	2008 - 2016																



4.12 SDG 12 - Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster

Kernindikator	Trinkwasserverbrauch																
(Primäres) Ziel	Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen (SDG 12)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 die nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen erreichen (SDG 12.2)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
								8.4.1				12.2					
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung																	
Definition	Trinkwasserverbrauch (Haushalte und Kleingewerbe) pro Einwohner und Tag																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Insgesamt gesehen ist Deutschland ein wasserreiches Land. Vom jährlichen Wasserdargebot, d. h. der aus dem natürlichen Wasserkreislauf zur Verfügung stehenden Süßwassermenge, wird nur ein geringer Prozentsatz entnommen und nach Gebrauch dem Kreislauf wieder zugeführt. 2014 wurden in Deutschland im Schnitt 121 Liter Wasser pro Tag und Einwohner verbraucht, wobei der Verbrauch seit den 1990er Jahren stark rückläufig ist. Diese Entwicklung zeigt das wachsende Bewusstsein für den sorgsamen Umgang mit Wasser. Trotzdem bleibt Wasser eine kostbare Ressource, mit der in Deutschland auch weiterhin sorgsam umgegangen werden sollte. Insbesondere die Entnahme von Tiefenwasser, welche in zahlreichen Regionen stattfindet, kann langfristig zu einer Reduzierung der Grundwasserreserven führen und damit das Prinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit beeinträchtigen.																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:																
	Bund:																
	Länder:																
	Kommunen:																
Validität	Wasser gehört zu den wichtigsten natürlichen Ressourcen. Eine schonende und effiziente Nutzung dieser Ressource muss also zentrales Ziel sein und kann durch den betrachteten Indikator abgebildet werden. Die Validität ist daher hoch.																
Datenqualität	Es handelt sich um eine amtliche Statistik, die Qualität der Daten ist also grundsätzlich hoch. Für einen kleinen Teil der Kreise in Deutschland liegen allerdings keine Zahlen vor. Neun Prozent des Pro-Kopf-Verbrauchs entfallen auf das Kleingewerbe, das statistisch mit dem Haushaltsverbrauch zusammengefasst wird. Hierdurch ist die Datenqualität minimal eingeschränkt.																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind über die Statistischen Ämter der Länder abrufbar und liegen ab dem Jahr 1998 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt alle drei Jahre.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Wechselwirkungen können mit der Intensität der Flächennutzung (SDG 15.1) auftreten; z. B. verbrauchen Haushalte in Strukturen mit freistehenden Einfamilienhäusern und Gärten mehr Wasser als Haushalte in dicht bebauten Gebieten.																
Rahmenbedingungen	Die Zusammensetzung der Haushalte und damit die Bevölkerungsstruktur wirken sich entscheidend auf den Verbrauch von Trinkwasser aus. So weisen Ein-Personen-Haushalte einen höheren Pro-Kopf-Verbrauch als Mehrpersonenhaushalte auf. Darüber hinaus lassen sich stabile Unterschiede zwischen Kommunen und Bundesländern nachweisen, die bislang nicht aufgeklärt werden konnten.																
Aussage	Im Jahr z wurden je Einwohner und Tag durchschnittlich x Liter Wasser verbraucht.																
Berechnung	in l																
Quelle	Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	l je Einwohner und Tag																
Abrufbar für	2007, 2010, 2013																



Kernindikator	Abfallmenge																
(Primäres) Ziel	Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen (SDG 12)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 das Abfallaufkommen durch Vermeidung, Verminderung, Wiederverwertung und Wiederverwendung deutlich verringern (SDG 12.5)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
								8.4.1			11.6	12.2 12.5					
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung																	
Definition	Entsorgte Abfallmenge je Einwohner																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Eine nachhaltige Abfallpolitik hat das Ziel der Schonung natürlicher Ressourcen und der Verminderung von Emissionen. Die Abfallvermeidung ist dabei zentrales Anliegen von Abfallpolitik und besitzt laut Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrGW) die höchste Priorität in der fünfstufigen Abfallhierarchie. Abfallvermeidung kann u. a. über eine ressourceneffiziente Produktion oder über ein umsichtiges Verbraucherverhalten erreicht werden. Da durch eine reduzierte Abfallmenge der Rohstoffbedarf der gesamten Volkswirtschaft reduziert werden kann, ist die Abfallvermeidung und somit die Reduzierung der Abfallmenge eine globale Verantwortung der staatlichen und kommunalen Politik.																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:																
	Bund:																
	Länder:									z. B. BW							
	Kommunen:																
Validität	Der Vermeidung von Abfall kommt in der fünfstufigen Abfallhierarchie höchste Priorität zu. Die vermiedene Abfallmenge lässt sich jedoch nicht beobachten. Über die entsorgte Abfallmenge je Einwohner lässt sich allerdings ein Rückschluss auf die Dringlichkeit und den nötigen Umfang der Abfallvermeidung ziehen.																
Datenqualität	Es handelt sich um Daten aus einer amtlichen Statistik, d. h. die Datenqualität ist grundsätzlich hoch. Die Erhebung der Abfallentsorgung wird bei den Betreibern von zulassungsbedürftigen Anlagen durchgeführt, die eigene oder von Dritten übernommene Abfälle entsorgen. Es existieren keine Informationen darüber, ob die entsorgten Abfälle auch vor Ort entstanden sind, was zu Einschränkungen bei der Datenqualität führt. Zusätzlich sind in der Statistik bis 2005 keine Angaben zu betriebseigenen Abfällen enthalten.																
Datenverfügbarkeit	Die benötigten Daten sind über die Statistischen Ämter der Länder abrufbar und liegen ab dem Jahr 2004 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Ein Anstieg der Produktionsmenge (d. h. des Bruttoinlandsprodukts, SDG 8.1.1) ist in der Regel mit einer höheren Abfallmenge verbunden, wobei langfristig eine Entkoppelung dieser beiden Größen erfolgen sollte. Auf der Produktionsseite kann dies durch ein betriebsinternes Umweltmanagement erreicht werden, was unter anderem durch das Umweltmanagement- und Auditsystem EMAS (SDG 12.6) unterstützt wird.																
Rahmenbedingungen	Die entsorgte Abfallmenge hängt u. a. von den siedlungsstrukturellen und abfallwirtschaftlichen Gegebenheiten ab. Diese Gegebenheiten sind auf kommunaler Ebene in Form von Satzungen festgelegt und beinhalten beispielsweise Regelungen zum Anschluss- und Benutzungszwang oder zu den Gebühren für die Inanspruchnahme der Abfallentsorgung. Da sich diese Gegebenheiten je nach Region unterscheiden, sind auch wesentliche regionale Unterschiede im Abfallaufkommen zu erwarten. Die ostdeutschen Bundesländer Sachsen, Brandenburg und Thüringen weisen z. B. bei den Gesamtmengen die niedrigsten Werte auf, während Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und das Saarland die höchsten Werte aufweisen.																
Aussage	Die entsorgte Abfallmenge betrug im Jahr z x Tonnen je Einwohner.																
Berechnung	(Menge entsorgter Abfall) / (Anzahl Einwohner)																
Quelle	Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	t je Einwohner																
Abrufbar für	2006 - 2016																



Kernindikator	EMAS-zertifizierte Standorte																
(Primäres) Ziel	Nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen sicherstellen (SDG 12)																
(Primäres) Unterziel	Die Unternehmen, insbesondere große und transnationale Unternehmen, dazu ermutigen, nachhaltige Verfahren einzuführen und in ihre Berichterstattung Nachhaltigkeitsinformationen aufzunehmen (SDG 12.6)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
								8.4.1 8.4.2				12.6					
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Wirtschaftsstruktur																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung																	
Definition	Anzahl der EMAS zertifizierten Unternehmen pro 1.000 Betriebe																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Zertifizierung von Unternehmen ist ein transparenter und erfolgreicher Weg, Umweltschutz in betriebliche Abläufe einzubringen und zu kommunizieren. Bei der Zertifizierung werden die Bestandteile des Managements (Planung, Steuerung und Überwachung der Betriebsabläufe) auf den Umweltschutz übertragen. Das Umweltmanagement soll in allen Bereichen des Unternehmens ansetzen, um durch den sparsamen Umgang mit Naturgütern die optimale Lösung im Sinne des Umweltschutzes zu erreichen und – sofern möglich – gleichzeitig Kosteneinsparungen zu ermöglichen. EMAS (Eco-Management and Audit Scheme) ist eines von mehreren Zertifizierungssystemen (neben beispielsweise ISO14001, ÖKOPROFIT, QuB). Ein Öko-Zertifikat dient der Imagepflege des Unternehmens, da es werbewirksam eingesetzt werden kann. Auch einige Großunternehmen (z. B. in der Automobilindustrie) verlangen von ihren Zulieferbetrieben eine Umwelt-Zertifizierung. Durch die Verbindung von Ökonomie und Ökologie wird mit der Zertifizierung das Nachhaltigkeitsprinzip der Ganzheitlichkeit verfolgt. Die Förderung des Umweltschutzes wird aber auch der globalen Verantwortung und der Generationengerechtigkeit gerecht.																
Herkunft	Vereinte Nationen:								x								
	Europäische Ebene:																
	Bund:								x								
	Länder:																
	Kommunen:																
Validität	Die Anzahl der EMAS-zertifizierten Standorte bildet das Ziel einer nachhaltigen Produktionsweise sinnvoll ab. Die Validität des Indikators ist daher hoch. Allerdings ist EMAS nur eines von mehreren Zertifizierungssystemen. Zudem legen viele Unternehmen Wert auf nachhaltige Produktionsweisen und eine entsprechende Berichterstattung ohne Zertifizierungen zu besitzen. Der Indikator kann somit nur zum Teil die Verbreitung nachhaltiger Produktionsweisen anzeigen.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:								x								
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Aussage	Im Jahr z hatten x von 1.000 Betrieben ein EMAS-Zertifikat.																
Berechnung	(Anzahl EMAS zertifizierte Standorte) / (Anzahl Betriebe insgesamt) * 1.000																
Einheit	Anzahl je 1.000 Betriebe																



4.13 SDG 13 - Maßnahmen zum Klimaschutz

Kernindikator	CO ₂ -Ausstoß (Private Haushalte / Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen / Verkehr)																
(Primäres) Ziel	Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen (SDG 13)																
(Primäres) Unterziel	Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen (SDG 13.2)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
											11.6		13.2	14.1			
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune																
Definition	<ul style="list-style-type: none">CO₂-Ausstoß der privaten Haushalte: CO₂-Ausstoß der privaten Haushalte je EinwohnerCO₂-Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen: CO₂-Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen je EinwohnerCO₂-Ausstoß des Verkehrs: CO₂-Ausstoß des Verkehrs je Einwohner																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Internationale Bestrebungen zur Festlegung langfristiger Ziele zur Minderung der weltweiten CO ₂ -Emissionen erfordern auch Anstrengungen auf der kommunalen Ebene. Um Vergleiche zwischen Kommunen zu ermöglichen, braucht es eine regional und zeitlich vergleichbare Bilanzierung der CO ₂ -Emissionen nach dem Verursacherprinzip. Der vorgeschlagene Indikator setzt die produzierte Menge an CO ₂ -Emissionen, differenziert hinsichtlich unterschiedlicher Gruppen von Emittenten, in Bezug zur Einwohnerzahl der Kommune. Auf diesem Wege werden die kommunalen Beiträge zum CO ₂ -Ausstoß vergleichbar. Hierbei ist zu beachten, dass regionale Unterschiede vor dem Hintergrund der Branchenstruktur, der Nähe zu Autobahnen und anderen regionalen Faktoren interpretiert werden müssen. Der Indikator steht in direktem Bezug zum Unterziel und zu SDG 13, insofern CO ₂ ein Stoff ist, der neben weiteren zum Klimawandel beiträgt. Die Verringerung des CO ₂ -Ausstoßes ist verankertes Ziel sowohl auf Bundes- wie auch auf Länderebene. Es adressiert vor allem das Nachhaltigkeitsprinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit sowie das der globalen Verantwortung.																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:										x						
	Bund:										x						
	Länder:										z. B. BW, NRW						
	Kommunen:																
Validität	Der CO ₂ -Ausstoß kann durch Klimaschutzmaßnahmen reduziert werden. Solche Maßnahmen müssen auch auf der kommunalen Ebene implementiert werden, um nationale und internationale Ziele zu erreichen.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:										x						
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Aussage	<ul style="list-style-type: none">CO₂-Ausstoß der privaten Haushalte: Im Jahr z wurden durch die privaten Haushalte x Tonnen CO₂ je Einwohner emittiert.CO₂-Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen: Im Jahr z wurden durch Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen x Tonnen CO₂ je Einwohner emittiert.CO₂-Ausstoß des Verkehrs: Im Jahr z wurden durch den Verkehr x Tonnen CO₂ je Einwohner emittiert.																
Berechnung	<ul style="list-style-type: none">CO₂-Ausstoß der privaten Haushalte: (Menge CO₂-Emission der privaten Haushalte) / (Anzahl Einwohner)CO₂-Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen: (Menge CO₂-Emission von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen) / (Anzahl Einwohner)CO₂-Ausstoß des Verkehrs: (Menge CO₂-Emission durch den Verkehr) / (Anzahl Einwohner)																
Einheit	t je Einwohner																



4.14 SDG 14 - Leben unter Wasser

Kernindikator	Fließwasserqualität																
(Primäres) Ziel	Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen (SDG 14)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2025 alle Arten der Meeresverschmutzung, insbesondere durch vom Lande ausgehende Tätigkeiten und namentlich Meeresmüll und Nährstoffbelastung, verhüten und erheblich verringern (SDG 14.1)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
						6.3.1								14.1	15.1		
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune																
Definition	Anteil der Fließgewässer mit den ökologischen Zustandsbewertungen „sehr gut“, „gut“ und „mäßig“																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Ein unzureichender ökologischer Zustand von Fließgewässern ist in den meisten Fällen auf übermäßige Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft, auf Verbauungen und Begradigungen sowie auf die Einleitung von unbehandeltem bzw. mangelhaft behandeltem Abwasser zurückzuführen. Da Fließgewässer im Meer münden, hat deren Qualität auch Einfluss auf die nachhaltige Nutzung der Ozeane, Meere und Meeresressourcen. Eine Messung des ökologischen Zustands der Fließgewässer erfolgt nach der Wasserrahmenrichtlinie anhand von physiko-chemischen, hydromorphologischen und biologischen Qualitätskomponenten. Je höher die Abweichung vom natürlichen Zustand, desto geringer die Wasserqualität. Die Bewertungsskala reicht dabei über fünf Stufen von „sehr gut“ bis „schlecht“. Der Indikator gibt den Anteil der Fließgewässer innerhalb der Kommune an, die mindestens Güteklasse III erreichen.																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:									x							
	Bund:									x							
	Länder:																
	Kommunen:																
Validität	Der Indikator bezieht sich direkt auf eine Möglichkeit der Meeresverschmutzung, welche vom Land ausgeht. Der Validität des Indikators ist daher gegeben.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Aussage	Im Jahr z wurde der Zustand von x % der Fließgewässer mit mindestens „mäßig“ bewertet.																
Berechnung	(Anzahl Fließgewässer mit einer ökologischer Zustandsbewertung von „sehr gut“, „gut“ oder „mäßig“) / (Anzahl Fließgewässer insgesamt) * 100																
Einheit	%																



4.15 SDG 15 - Leben an Land

Kernindikator	Naturschutzflächen																
(Primäres) Ziel	Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen (SDG 15)																
(Primäres) Unterziel	Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume zu verringern, dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende zu setzen und bis 2020 die bedrohten Arten zu schützen und ihr Aussterben zu verhindern (SDG 15.5)																
(Primäres) Teilziel	Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume zu verringern (SDG 15.5.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
											11.3.1				15.1 15.5.1		
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Resiliente Kommune																
Definition	Anteil der Naturschutzflächen (Natura 2000-Gebiete, Landschafts- und Naturschutzgebiete, Naturparks und Nationalparks) an der Gesamtfläche																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Sicherung biologischer Vielfalt erfordert ausreichend große Flächen, auf denen sich die Natur ohne belastende Eingriffe des Menschen entfalten kann. Nur so können wildlebende Tiere und Pflanzen sowie deren Lebensräume geschützt werden. Innerhalb ausgewiesener Naturschutzflächen ist der besondere Schutz von Natur und Landschaft rechtsverbindlich geordnet. Zu diesen Flächen gehören z. B. Natura 2000-Gebiete, Landschafts- und Naturschutzgebiete, Naturparks und Nationalparks. Der betrachtete Indikator gibt an, welchen Anteil diese Flächen an der kommunalen Gesamtfläche einnehmen.																
Herkunft	Vereinte Nationen:									x							
	Europäische Ebene:																
	Bund:									x							
	Länder:									z. B. BW, NRW							
	Kommunen:									z. B. BW							
Validität	Der Indikator bezieht sich direkt auf das Teilziel, die Validität des Indikators ist daher hoch.																
Funktion	Output-, Outcome oder Impact-Indikator									x							
	Input-/ Output-Indikator																
	Input-Indikator																
Aussage	Im Jahr z waren x % der Gesamtfläche der Kommune als Natura 2000-Gebiete, Landschafts- und Naturschutzgebiete, Naturparks und Nationalparks ausgewiesen.																
Berechnung	(Fläche Natura 2000-Gebiete, Landschafts- und Naturschutzgebiete, Naturparks und Nationalparks) / (Fläche insgesamt) * 100																
Einheit	%																



Kernindikator	Nachhaltige Forstwirtschaft																
(Primäres) Ziel	Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen (SDG 15)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2020 die nachhaltige Bewirtschaftung aller Waldarten fördern, die Entwaldung beenden, geschädigte Wälder wiederherstellen und die Aufforstung und Wiederaufforstung weltweit beträchtlich erhöhen (SDG 15.2)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2020 die nachhaltige Bewirtschaftung aller Waldarten fördern, die Entwaldung beenden und geschädigte Wälder wiederherstellen (SDG 15.2.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
															15.2.1		
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																
Definition	Anteil der zertifizierten Waldfläche nach PEFC bzw. FSC an der gesamten Waldfläche																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Das PEFC (Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes) und FSC (Forest Stewardship Council) vergeben Zertifizierungen an solche Waldflächen, die besonders hohe Anforderungen an die Nachhaltigkeit und an die Umweltverträglichkeit der Waldbewirtschaftung erfüllen. Der betrachtete Indikator, der den Anteil der zertifizierten Flächen an der gesamten Waldfläche misst, bezieht sich daher direkt auf das ausgewählte Unterziel. Innerhalb Deutschlands tragen dabei ca. 7 % der Waldflächen das Zertifikat des FSC und ca. zwei Drittel der Waldflächen das Zertifikat des PEFC. Die notwendigen Daten zur Erstellung dieses Indikators stehen derzeit nur auf Bundes- und Länderebene zur Verfügung.																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:																
	Bund:																
	Länder:									z. B. NRW							
	Kommunen:																
Validität	Der Indikator bezieht sich direkt auf die nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern, die Validität ist daher hoch.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Aussage	Im Jahr z waren x % der Waldflächen PEFC- bzw. FSC zertifiziert																
Berechnung	(Waldfläche mit PEFC- bzw. FSC-Zertifizierung) / (Waldfläche insgesamt) *100																
Einheit	%																



Kernindikator	Landschaftsqualität und Artenvielfalt																
(Primäres) Ziel	Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen (SDG 15)																
(Primäres) Unterziel	Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume zu verringern, dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende zu setzen und bis 2020 die bedrohten Arten zu schützen und ihr Aussterben zu verhindern (SDG 15.5)																
(Primäres) Teilziel	Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende zu setzen und bis 2020 die bedrohten Arten zu schützen und ihr Aussterben zu verhindern (SDG 15.5.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
											11.3.1				15.5.2		
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune																
Definition	Entwicklung der Bestände von Vogelarten																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Indikator beschreibt den Zustand der Landschaftsqualität, welche durch die quantitative Bestandsentwicklung repräsentativer Vogelarten dargestellt wird. Die ausgewählten Vogelarten reagieren sensibel auf Veränderungen der Flächennutzung, weshalb Aussagen zur Nachhaltigkeit der Flächennutzung gemacht werden können. Für die Beurteilung des Indikators wird ein Zielwert festgelegt, der unter Einhaltung von Naturschutzregelungen und Leitlinien einer nachhaltigen Entwicklung eingehalten werden kann. Eine Methode zur Festlegung dieses Zielwerts findet sich in Achtziger et al. (2004). Auf diese Weise lässt sich in jedem Jahr überprüfen, wie nahe die tatsächlich beobachteten Vogelbestände diesem Zielwert kommen. Signifikante Abweichungen deuten darauf hin, dass Regelungen und nachhaltige Leitlinien in der Flächennutzung missachtet wurden. Für Deutschland weist der Indikator seit Jahren einen negativen Trend auf und lag im Jahr 2013 nur noch bei 68 %.																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:									x							
	Bund:									x							
	Länder:									z. B. NRW							
	Kommunen:																
Validität	Der Indikator bezieht sich direkt auf das Teilziel. Die Validität ist daher sehr hoch.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Aussage	Im Jahr betrug der beobachtete Bestand an Vogelarten x % des Zielwerts.																
Berechnung	(Tatsächlicher Wert des Index für den Bestand an Vogelarten) / (Zielwert des Index für Bestand an Vogelarten) * 100																
Einheit	%																



4.16 SDG 16 - Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Kernindikator	Straftaten																
(Primäres) Ziel	Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16)																
(Primäres) Unterziel	Bis 2030 illegale Finanz- und Waffenströme deutlich verringern, die Wiedererlangung und Rückgabe gestohlener Vermögenswerte verstärken und alle Formen der organisierten Kriminalität bekämpfen (SDG 16.4)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
											11.7					16.4.3	
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Sicherheit																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Familiengerechte Kommune																
Definition	Anzahl der registrierten Straftaten je 1.000 Einwohner																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Das Bedürfnis nach öffentlicher Sicherheit ist ein wesentlicher Aspekt der lokalen Lebensqualität. Eine am Leitbild der Nachhaltigkeit orientierte Kommune sollte demnach eine Reduzierung der Anzahl der Straftaten zum Ziel haben, als Indikator eines objektiv höheren Sicherheitsniveaus der Bürgerinnen und Bürger. Im Jahr 2016 wurden innerhalb Deutschlands ca. 6,37 Millionen Straftaten registriert. Der betrachtete Indikator setzt die Zahl der polizeilich bekannt gewordenen Straftaten innerhalb einer Kommune ins Verhältnis zur Einwohnerzahl und vermittelt dadurch ein Bild der Sicherheitslage.																
Herkunft	Vereinte Nationen:									x							
	Europäische Ebene:																
	Bund:									x							
	Länder:									z. B. BW							
	Kommunen:									z. B. BW							
Validität	Der Indikator bezieht sich direkt auf den Aspekt der Kriminalität und liefert Informationen zu deren Ausmaß. Aufgrund dieser wichtigen Informationen besitzt der Indikator eine hohe Validität.																
Datenqualität	Die Daten stammen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik und werden auf Grundlage der Daten der 16 Landeskriminalämter erstellt. Die Qualität der Daten ist daher sehr hoch.																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind über die Polizeiliche Kriminalstatistik abrufbar und liegen ab dem Jahr 2014 auf Kreis-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Kriminalität liegt insbesondere in Regionen mit hohen Armutsraten (SDG 1.3.2) und hohen Langzeitarbeitslosenquoten (SDG 8.5.1) vor. Der Grund ist ein doppelter. Zum einen ist die polizeilich erfasste Kriminalität bei der armen Bevölkerung überdurchschnittlich. Zum anderen finden Straftaten überdurchschnittlich in innerstädtischen Gegenden statt, die von Ärmern bewohnt werden, ohne dass die Täter unbedingt aus der lokalen Bevölkerung kommen.																
Rahmenbedingungen	Insbesondere Großstädte und Ballungsräume sind aufgrund der ungünstigen Sozialstruktur von erhöhter Kriminalität betroffen. Zudem zeigt sich für Deutschland ein Nord-Süd-Gefälle mit niedrigeren Kriminalitätsraten im Süden Deutschlands.																
Aussage	Im Jahr z wurden je 1.000 Einwohner x Straftaten polizeilich bekannt.																
Berechnung	(Anzahl polizeilich bekanntgewordene Straftaten) / (Anzahl Einwohner) * 1.000																
Quelle	Statistische Ämter der Länder, Bundeskriminalamt, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	Straftaten je 1.000 Einwohner																
Abrufbar für	2014 - 2016																

Kernindikator	Verschuldung im Kernhaushalt																
(Primäres) Ziel	Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16)																
(Primäres) Unterziel	Leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16.6)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
																16.6	
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Haushaltsführung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung																	
Definition	Verschuldung im Kernhaushalt je Einwohner																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Haushaltslage einer Kommune hat unmittelbare Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung und nachfolgender Generationen. Eine hohe kommunale Verschuldung beeinträchtigt die ökonomischen, sozialen und auch ökologischen Rahmenbedingungen (z. B. Ausbau der Infrastruktur, soziale Leistungen, Wasserqualität). Ein hoher Schuldendienst mindert die Investitionsquote, worunter z. B. Erhalt, Ausbau und Anpassung der lokalen Infrastruktur leiden. Das Problem verschärft sich, wenn die Schulden nicht abgebaut werden können. Dies bedeutet für nachfolgende Generationen unter Umständen, dass die gleichwertigen Lebensbedingungen nicht gesichert werden können, so dass hier in der mittel- bzw. langfristigen Perspektive das Prinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit betroffen ist.																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:																
	Bund:																
	Länder:									z. B. NRW							
	Kommunen:									z. B. BW, NRW							
Validität	Der Indikator bezieht sich insbesondere auf die finanzielle Sicherung der kommunalen Leistungsfähigkeit, welche mit zunehmender Verschuldung eingeschränkt wird. Somit wird ein wichtiger Aspekt des Unterziels abgedeckt. Allerdings existieren keine Informationen darüber, inwieweit der Schuldenlast sinnvolle Investitionen gegenüber stehen oder inwieweit die jeweiligen Kommunen in der Lage sind, die Schulden zu tilgen. Ein hoher Verschuldungsgrad erhöht jedoch das Risiko, bei strukturellen oder konjunkturellen Abschwüngen, den Schuldendienst schlechter bedienen zu können. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass der Indikator nur die Verschuldung im Kernhaushalt, nicht aber im „Konzern Kommune“ abbildet. Die Verschuldung von ausgelagerten Bereichen, d. h. beispielsweise von kommunalen Unternehmen, wird durch den Indikator nicht dargestellt. Strategische Auslagerungen führen zu einer Unterschätzung der kommunalen Verschuldung mittels der Schuldenlast der Kernhaushalte.																
Datenqualität	Die kommunale Verschuldung bezieht sich auf die Schulden der Kernhaushalte der Kommune. Die Qualität der Daten ist hoch.																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind über den Wegweiser Kommune abrufbar und liegen ab dem Jahr 2006 auf Gemeinde-Ebene vor. Eine Erhebung der Daten erfolgt jährlich.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Wechselwirkungen	Kommunale Schulden werden (neben vielen weiteren Faktoren) von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (SDG 8.1.1), dem Bedarf bei der Finanzierung kommunaler Pflichtaufgaben, insbesondere Sozialleistungen abhängig von Armutsquoten (SDG 1.3.2), sowie dem regionalen Investitionsbedarf beeinflusst. Wirtschaftliche Schwäche kann zu höheren Schulden führen, da Investitionen oder gar laufende Ausgaben nicht anders finanziert werden können als über Verschuldung. Wirtschaftsstarke Kommunen haben dagegen die Möglichkeit, tendenziell mehr Schulden aufzunehmen, da sie diese leichter zurückzahlen können.																
Rahmenbedingungen	Neben den sozioökonomischen Strukturmerkmalen muss bei einem interkommunalen Vergleich der jeweilige Kommunalisierungsgrad, d. h. die landesspezifische Aufteilung der Einnahmen und Ausgaben und des Schuldenstandes zwischen Land und Kommunen, berücksichtigt werden.																
Aussage	Im Jahr z hatte die Kommune y im Kernhaushalt Schulden aus Krediten in Höhe von x Euro.																
Berechnung	(Verschuldung im Kernhaushalt der Kommune) / (Anzahl Einwohner)																
Quelle	Statistische Ämter der Länder, FORA mbH, Bertelsmann Stiftung																
Einheit	€ je Einwohner																
Abrufbar für	2006 - 2016																



Kernindikator	Informelle Bürgerbeteiligung																
(Primäres) Ziel	Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16)																
(Primäres) Unterziel	Dafür sorgen, dass die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ ist (SDG 16.7)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
																16.7	
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Anzahl der informellen Beteiligungsverfahren pro 1.000 Einwohner																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Informelle Bürgerbeteiligungsverfahren beschreiben unterschiedliche Formen des bürgerschaftlichen Engagements, die nicht gesetzlich geregelt und darauf ausgerichtet sind, die politische Meinungs- und Entscheidungsbildung zu beeinflussen. Die Verfahren sind in erster Linie an einem Austausch von Bürgern und Entscheidungsträgern orientiert und finden im Idealfall in den frühen Phasen der politischen Willensbildung statt. Die Ausgestaltung dieser informellen Beteiligungsverfahren kann dabei sehr unterschiedliche Formen annehmen (z. B. Bürgerinitiativen, Unterschriftensammlungen, Bürgerversammlungen, Runde Tische). Der Indikator liefert Informationen darüber, welche Bedeutung solche informellen Verfahren der Entscheidungsfindung innerhalb der Kommune haben und kann daher Aufschluss darüber geben, wie partizipatorisch die Meinungsfindung innerhalb der Kommune verläuft.																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:																
	Bund:																
	Länder:																
	Kommunen:																
Validität	Der Indikator bezieht sich direkt auf das Teilziel und verfügt somit über eine hohe Validität.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Aussage	Im Jahr z gab es x informelle Beteiligungsverfahren je 1.000 Einwohner.																
Berechnung	$(\text{Anzahl der informellen Beteiligungsverfahren}) / (\text{Anzahl Einwohner}) * 1.000$																
Einheit	Beteiligungsverfahren je 1.000 Einwohner																



4.17 SDG 17 - Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

Kernindikator	Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit																
(Primäres) Ziel	Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen (SDG 17)																
(Primäres) Unterziel	Die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung ausbauen, ergänzt durch Multi-Akteur-Partnerschaften zur Mobilisierung und zum Austausch von Wissen, Fachkenntnissen, Technologie und finanziellen Ressourcen, um die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in allen Ländern und insbesondere in den Entwicklungsländern zu unterstützen (SDG17.16)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
									9.5.5								17.3 17.16
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Eine-Welt-Engagement																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Faire Kommune																
Definition	Anteil der kommunalen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die ODA-Quote (Official Development Assistance) beschreibt den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen. In Deutschland betrug diese Quote im Jahr 2016 0,7 %. Entwicklungspolitik fällt zwar in erster Linie in den Zuständigkeitsbereich des Bundes, dennoch hat sich in vielen Ländern und auch Kommunen Entwicklungszusammenarbeit als freiwillige Aufgabe etabliert. Unter kommunale Entwicklungszusammenarbeit fallen verschiedene Maßnahmen, wie z. B. kommunale Partnerschaften, projektbezogene Kooperationen, Vorträge und Ausstellungen sowie Austauschprogramme für Studierende. Flächendeckende Daten liegen auf kommunaler Ebene bislang nicht vor. Ein Grund hierfür ist u. a. die Unklarheit darüber, welche Ausgaben der Entwicklungszusammenarbeit zuzurechnen sind.																
Herkunft	Vereinte Nationen:									x							
	Europäische Ebene:																
	Bund:									x							
	Länder:									z.B. BW							
	Kommunen:																
Validität	Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit sind darauf ausgerichtet, Entwicklungsländer bei der Erreichung ihrer Ziele zu unterstützen. Die Validität des Indikators ist daher hoch.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Aussage	Im Jahr z betrug der Anteil der kommunalen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit x % des Gesamthaushaltes.																
Berechnung	(Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit) / (Kommunale Ausgaben insgesamt) * 100																
Einheit	%																



Kernindikator	Ausgaben für fair gehandelte Produkte																
(Primäres) Ziel	Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen (SDG 17)																
(Primäres) Unterziel	Die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung ausbauen, ergänzt durch Multi-Akteur-Partnerschaften zur Mobilisierung und zum Austausch von Wissen, Fachkenntnissen, Technologie und finanziellen Ressourcen, um die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in allen Ländern und insbesondere in den Entwicklungsländern zu unterstützen (SDG 17.16)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
										10.2.2		12.7 12.a					17.16
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Eine-Welt-Engagement																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Faire Kommune																
Definition	Anteil der kommunalen Ausgaben für fair gehandelte Produkte																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Fairer Handel beschreibt einen kontrollierten Handel, bei dem den Erzeugern der Produkte ein adäquater „Mindestpreis“ zukommt. Er unterstützt dabei eine wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit sowie das Gemeinwesen vor Ort. Als öffentliche Auftraggeber können Kommunen fairen Handel aktiv befördern, indem sie primär fair gehandelte Produkte einkaufen und auf Güter verzichten, die unter Verletzung sozialer oder ökologischer Mindeststandards hergestellt wurden. Der betrachtete Indikator bemisst die kommunalen Ausgaben für fair gehandelte Produkte im Verhältnis zu den kommunalen Gesamtausgaben und liefert daher Aufschluss darüber, welche Bedeutung das Thema des fairen Handels für die Kommune besitzt. Auch wenn bislang keine zentrale Verfügbarkeit der Daten gegeben ist, können die Kommunen diesen Indikator für sich selbst ermitteln und nutzen.																
Herkunft	Vereinte Nationen:																
	Europäische Ebene:																
	Bund:																
	Länder:																
	Kommunen:																
Validität	Der Indikator gibt Aufschluss über die Bedeutung bzw. das Ausmaß des fairen Handels Die Idee des Indikators zielt direkt darauf ab, die nachhaltige Entwicklung in Entwicklungsländern zu unterstützen.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator:									x							
	Input-/ Output-Indikator:																
	Input-Indikator:																
Aussage	Im Jahr z betrug der Anteil der kommunalen Ausgaben für fair gehandelte Produkte x % des Gesamthaushaltes.																
Berechnung	(Kommunale Ausgaben für fair gehandelte Produkte) / (Kommunale Ausgaben insgesamt) * 100																
Einheit	%																

5

Statistische Datenanalysen

Im Folgenden wird eine exemplarische multivariate Analyse aller 30 Kernindikatoren vom Typ I durchgeführt.¹⁵ Auf diese Weise sollen insbesondere die Zusammenhänge der Indikatoren untereinander aufgezeigt werden. Die Analyse wurde beispielhaft für das Jahr 2014 auf Kreis-Ebene durchgeführt, da es sich hierbei um das aktuellste Jahr handelt, für das zum Zeitpunkt der Auswertung Daten für (nahezu) alle Indikatoren vorlagen. Für die Indikatoren „Frauenanteil in Stadträten und Kreistagen“, „Abwasserbehandlung“ und „Trinkwasserverbrauch“ wurde – aufgrund mangelnder Verfügbarkeit – Daten aus dem Jahr 2013 und für die „Mietpreise“ Daten aus dem Jahr 2015 verwendet.

Für die Interpretation der hier präsentierten Ergebnisse muss stets darauf geachtet werden, dass es sich a) um die Betrachtung eines einzelnen Jahres (2014) handelt, b) aufgrund der Datenverfügbarkeit lediglich die Kreis-Ebene herangezogen werden kann und c) die 17 Kernindikatoren vom Typ II keinen Eingang in die Analyse finden können.

5.1 Korrelationsanalyse

5.1.1 Lesehilfe zur Korrelationsanalyse

Die Korrelationsanalyse ist (wie in Kapitel 3.3.2.1 erläutert) eine Betrachtung des Zusammenhangs von zwei Indikatoren. Ein positiver Zusammenhang zwischen 1 und größer 0 kommt vor, wenn in den Kreisen entweder beide betrachteten Indikatoren gleichzeitig einen hohen Wert oder gleichzeitig einen niedrigen Wert annehmen. Beispielsweise zeigt der Wert 0,992 oben links (Spalte 1, Zeile 2) in Tabelle 5.1 (siehe unten) an, dass sich typischerweise in Kreisen mit einer hohen SGB II-/SGB XII-Quote (also viele Beziehende von Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe) gleichzeitig eine hohe Kinderarmutsquote beobachten lässt. In anderen Kreisen dagegen ist sowohl die SGB II-/SGB XII-Quote als auch die Kinderarmutsquote gering. Bei einem Korrelationskoeffizient von 0,992, der sehr nah am theoretisch möglichen Maximalwert von 1 liegt, kann von einem „fast perfekten“ Zusammenhang gesprochen werden, denn es gibt nur wenige, recht kleine Abweichungen von diesem Muster.

Ein negativer Korrelationswert zeigt an, dass in den Kreisen ein hoher Wert in einem Indikator mit einem niedrigen Wert beim anderen Indikator einhergeht. Ein solches Beispiel findet sich für den Zusammenhang der SGB II-/SGB XII-Quote und dem Anteil hoher Einkommen (Spalte 1, Zeile 25). Der Wert von -0,690 zeigt an, dass in den Kreisen tendenziell eine hohe SGB II-/SGB XII-Quote mit einem geringen Anteil hoher Einkommen einhergeht und umgekehrt in Kreisen mit niedriger SGB II-/SGB XII-Quote der Anteil hoher Einkommen vergleichsweise hoch ist. Dieser Zusammenhang ist allerdings etwas schwächer als im ersten Beispiel für die positive Korrelation, denn der negative Koeffizient ist mit -0,690 betragsmäßig geringer.

Beide Beispiele weisen auf einen wichtigen Aspekt der Interpretation von Korrelationen hin. Eine Korrelation kann einen kausalen Einfluss anzeigen, muss sie aber nicht. Stattdessen kann eine hohe positive oder negative Korrelation zwischen zwei Indikatoren auf den gleichzeitigen Einfluss eines anderen, dritten Merkmals zurückgehen. So führt die geringe SGB II-/SGB XII-Quote nicht kausal zu einem größeren Anteil hoher Einkommen. Vielmehr steht kausal hinter beiden Indikatoren vermutlich die Arbeitsmarktsituation in den Kreisen, die gleichzeitig zu einem größeren Anteil hoher Einkommen und einem kleineren Teil an Beziehenden staatlicher Unterstützung führt und umgekehrt. Der Korrelationskoeffizient der Langzeitarbeitslosenquote (Spalte 1, Zeile 18) und tendenziell auch der Beschäftigungsquote (Spalte 1, Zeile 19) mit der SGB II-/SGB XII-Quote weisen in diese Richtung.

¹⁵ Die Analyse umfasst insgesamt 35 Indikatoren, da sich der Kernindikator Armut aus den Indikatoren Kinder-, Jugend- und Altersarmut, der Kernindikator Betreuung von Kindern aus den Betreuungsquoten der Kinder unter drei und von drei bis fünf Jahren und der Kernindikator Einkommensverteilung sich aus den Anteilen der Haushalte mit niedrigem, mittlerem und hohem Einkommen zusammensetzt.

5.1.2 Korrelationsanalyse in der Gesamtschau

Die Korrelationsanalyse in der Gesamtschau zeigt eine Vielzahl von einzelnen Zusammenhängen auf (Tabelle 5.1). Die genannten Beispiele haben schon den Zusammenhang verschiedener Indikatoren für soziale Bedingungen deutlich gemacht. Die Armutsquoten für Kinder und Jugendliche hängen untereinander stark und mit der Armutsquote für Ältere mäßig zusammen. Auch die Langzeitarbeitslosenquote und der Anteil niedriger Einkommen sind in Kreisen mit hohen Kinder- und Jugendarmutsquoten erhöht (Spalte 2 und 3, Zeile 18 und 23), während hier der Anteil mittlerer und hoher Einkommen deutlich kleiner ist (Spalte 2 und 3, Zeile 24 und 25). In diesem Zusammenhang sind auch die Anzahl von Straftaten und die Todesfälle von Menschen unter 65 Jahren interessant. Beides tritt in Kreisen mit hohen Kinder- und Jugendarmutsquoten tendenziell häufiger auf. Die Beschäftigungsquote von Ausländern im Vergleich zur Gesamtbeschäftigungsquote ist in diesen Kreisen tendenziell geringer (negative Korrelationen, Spalte 1 bis 4, Zeile 26), während die Verschuldung pro Einwohner tendenziell höher ist. Interessanterweise finden wir in diesen Kreisen auch einen tendenziell höheren Flächenverbrauch.

Ein Zusammenhang zwischen dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner und den Armutsquoten besteht dagegen nicht, der Korrelationskoeffizient zwischen BIP und Kinder- oder Jugendarmutsquote ist nahe null (Spalte 1 bis 3, Zeile 17). Allein mit der Altersarmutsquote gibt es einen mäßig hohen, positiven Zusammenhang (Spalte 4, Zeile 17). Demnach haben Kreise mit relativ hohem BIP tendenziell auch eine höhere Altersarmutsquote, während Kreise mit niedrigem BIP eher eine geringere Altersarmutsquote haben. Dieser zunächst überraschende Zusammenhang und das Fehlen eines Zusammenhangs mit den Kinder- und Jugendarmutsquoten ergeben sich vermutlich aus einer Besonderheit der Definition des BIPs. Das BIP bezieht sich auf die ansässige Wirtschaft und deren Produktivität, während die Armutsquoten und auch eine Reihe weiterer Indikatoren sich auf die wohnhafte Bevölkerung beziehen. Da Menschen nicht zwangsläufig in dem Kreis wohnen, in dem sie arbeiten, kann beides auseinanderfallen. Die Daten deuten also an, dass ärmere Ältere tendenziell in der Nähe produktiver Wirtschaft leben, einem nicht unbedingt attraktiven Wohnumfeld.

Die Indikatoren für Geschlechtergerechtigkeit auf kommunaler Ebene (SDG 5) fallen nur zum Teil zusammen. Das Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern korreliert deutlich und positiv mit dem Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern (Spalte 12, Zeile 13). Entsprechend finden wir in Kreisen mit sehr ähnlichen Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern auch einen geringen Abstand beim Verdienst, während in Kommunen mit einer geringeren Beschäftigungsquote der Frauen im Vergleich zu den Männern auch die Verdienste der Frauen relativ geringer sind als die der Männer. Keinen Zusammenhang gibt es dagegen mit dem Anteil der Frauen in Stadträten und Kreistagen (Spalte 13, Zeile 14). Unter den Kreisen mit ähnlicher Bezahlung für Frauen und Männer sind in manchen Kreisen viele und in anderen wenige Frauen im Stadtrat oder Kreistag. Auch hinsichtlich des Verdienstabstands lässt sich kein Zusammenhang mit der Zusammensetzung der Stadträte bzw. Kreistage herstellen. Die Geschlechtergleichheit auf dem Arbeitsmarkt hängt also nicht zusammen mit der Geschlechtergleichheit bei der politischen Repräsentation auf kommunaler Ebene. Ein Zusammenhang zwischen den verschiedenen Indikatoren desselben SDGs ist kein durchgängiges Muster. Da die Indikatoren meist unterschiedliche Unterziele in den SDGs abbilden, ist ein solcher Zusammenhang auch nicht unbedingt zu erwarten. Stattdessen finden sich andere Muster in den Zusammenhängen zwischen Indikatoren, die in der nachfolgenden, multivariaten Betrachtung sichtbar werden.

		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1	SGB II-/SGB XII-Quote											
2	Armut - Kinderarmut	,992										
3	Armut - Jugendarmut	,985	,984									
4	Armut - Altersarmut	,507	,457	,471								
5	Stickstoffüberschuss	,018	-,008	-,015	,230							
6	Vorzeitige Sterblichkeit	,650	,673	,616	-,010	-,089						
7	Ärzteversorgung	,382	,372	,373	,652	-,040	-,006					
8	Schulabbrecherquote	,123	,134	,168	-,195	-,282	,150	-,013				
9	Betreuung von Kindern - Unter 3-Jährige in Tageseinrichtungen	,220	,257	,271	-,434	-,483	,421	-,004	,386			
10	Betreuung von Kindern - 3- bis 5-Jährige in Tageseinrichtungen	-,010	,023	,006	-,236	-,385	,151	,114	,121	,502		
11	Exklusionsquote	,201	,209	,204	,096	-,140	,158	,302	,358	,179	,177	
12	Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern	,252	,262	,278	-,160	-,317	,247	,215	,380	,700	,291	,178
13	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	,492	,507	,515	-,191	-,285	,467	,078	,281	,685	,245	,197
14	Frauenanteil in Stadträten und Kreistagen (2013)	,296	,276	,299	,524	,074	-,102	,442	-,219	-,136	-,062	-,050
15	Abwasserbehandlung	,319	,312	,314	,300	,001	,010	,408	-,024	,023	,036	,121
16	Windenergie	,137	,144	,111	-,223	-,001	,333	-,250	,004	,249	-,008	-,050
17	Bruttoinlandsprodukt	,060	,043	,065	,529	-,018	-,270	,601	-,102	-,194	-,016	,095
18	Langzeitarbeitslosenquote	,917	,912	,899	,317	,021	,677	,177	,119	,239	,010	,158
19	Beschäftigungsquote	-,443	-,417	-,408	-,636	-,238	-,082	-,415	,259	,353	,130	-,026
20	Aufstocker	-,111	-,107	-,089	-,315	-,145	-,075	,069	,126	,458	,246	,045
21	Existenzgründungen	,086	,043	,075	,611	,160	-,391	,393	-,140	-,454	-,273	-,077
22	Hochqualifizierte	,303	,284	,355	,403	-,190	-,237	,559	,092	,141	,124	,125
23	Einkommensverteilung - Haushalte mit niedrigem Einkommen	,675	,692	,682	,106	-,119	,722	,259	,298	,532	,123	,289
24	Einkommensverteilung - Haushalte mit mittlerem Einkommen	-,565	-,589	-,576	,111	,208	-,727	-,102	-,376	-,675	-,176	-,257
25	Einkommensverteilung - Haushalte mit hohem Einkommen	-,690	-,703	-,694	-,227	,057	-,666	-,334	-,229	-,409	-,083	-,287
26	Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländern zur Beschäftigungsquote gesamt	-,437	-,458	-,448	,257	,111	-,637	,138	-,247	-,589	-,171	-,121
27	Verhältnis der Schulabbrecherquote von Ausländern zur Schulabbrecherquote gesamt	-,088	-,083	-,097	-,089	,043	,060	-,001	-,228	,064	-,024	-,072
28	Mietpreise (2015)	-,203	-,237	-,172	,337	-,042	-,645	,386	-,091	-,214	-,128	-,059
29	Verunglückte im Verkehr	-,137	-,153	-,171	,335	,201	-,215	,391	-,212	-,277	-,183	-,026
30	Flächenverbrauch	,585	,563	,597	,769	,137	,046	,620	,014	-,234	-,125	,145
31	Naherholungsflächen	,238	,256	,239	-,299	-,233	,481	-,214	,172	,553	,172	,126
32	Trinkwasserverbrauch (2013)	-,042	-,075	-,080	,523	,390	-,321	,256	-,373	-,658	-,335	-,105
33	Abfallmenge	,157	,155	,146	-,009	,061	,249	-,073	-,052	,069	-,013	-,065
34	Straftaten	,791	,776	,790	,655	,034	,348	,633	,085	,137	,035	,201
35	Verschuldung (Konzern Kommune)	,604	,598	,598	,598	-,108	,290	,410	-,074	-,100	,036	,113
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

Tabelle 5.1: Korrelationsmatrix der Indikatoren über alle Kommunen (eigene Darstellung).

12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34

Bivariate Korrelationsanalyse nach Pearson; Hervorhebungen ab einem Wert von 0.4 bzw. -0.4.

5.2 Faktorenanalyse

5.2.1 Ziel der Faktorenanalyse und Lesehilfe

Die Faktorenanalyse ist ein multivariates Verfahren, um komplexe Zusammenhänge zwischen verschiedenen Variablen (wie in der obigen Korrelationsmatrix dargestellt) auf eine kleinere Zahl von unbeobachteten Einflüssen zurückzuführen. Es geht also darum, miteinander korrelierte Indikatoren zu erkennen und aus den zusammengehörigen Indikatoren sowie der Stärke des jeweiligen Zusammenhangs zu erschließen, welcher nicht beobachtete Einfluss für dieses Muster verantwortlich sein könnte. Welche nicht beobachteten Einflüsse hinter den aufgefundenen Faktoren stehen, muss vermutet werden und ist entsprechend Ergebnis der Interpretation.¹⁶

Das Ergebnis einer Faktorenanalyse ist eine so genannte Strukturmatrix. In der Strukturmatrix¹⁷ ist dargestellt, wie stark ein Indikator mit einem nicht beobachteten, errechneten Faktor korreliert. Die Interpretation des Faktors ergibt sich also aus der Korrelation zwischen dem Faktor und den Indikatoren. Dabei gehen Indikatoren, die stark mit dem Faktor korrelieren, auch stärker in die Interpretation ein als solche Indikatoren, die mit dem Faktor weniger korrelieren. Um die Darstellung etwas übersichtlicher zu machen, werden kleine Korrelationen (Betrag von 0,20 und weniger) nicht dargestellt.

Im Ergebnis der Faktorenanalyse (Tabelle 5.2) zeigt der Wert 0,963 oben links (Spalte 1, Zeile 1) die Korrelation der Kinderarmutsquote mit dem Faktor 1 an. Der erste Faktor hängt also stark mit der Kinderarmutsquote zusammen. Auch mit der SGB II-/SGB XII-Quote (ebenfalls 0,963), der Jugendarbeitsquote (0,953), der Langzeitarbeitslosenquote (0,913), dem Anteil geringer Einkommen (0,792) und der Anzahl von Straftaten (0,774) hängt der Faktor eng zusammen, während der Zusammenhang mit der Anzahl von Ärzten (0,356) nur mäßig ist. Mit dem Anteil hoher Einkommen gibt es einen deutlichen negativen Zusammenhang (-0,789). Der Faktor zeigt also hohe Werte an für Kreise, die wenige Menschen mit hohen Einkommen haben.

5.2.2 Faktorenanalyse der Indikatoren

Die Indikatoren gliedern sich in sechs Faktoren (siehe Tabelle 5.2). Der erste Faktor vereinigt vor allem Indikatoren, die soziale Probleme anzeigen. Die SGB II-/SGB XII-Quote, die Kinder- und Jugendarmutsquoten und etwas weniger die Altersarmutsquoten, die Langzeitarbeitslosenquote, der Anteil niedriger Einkommen, die Anzahl von Straftaten, die Todesfälle unter 65 Jahren und die kommunale Verschuldung korrelieren positiv mit diesem Faktor. Zudem korreliert der Faktor negativ mit dem Anteil hoher und mittlerer Einkommen sowie der Beschäftigungsquote. Die mäßige Korrelation mit dem Flächenverbrauch zeigt an, dass dieser Faktor mit städtischer Prägung einhergeht. Faktor 1 steht also für städtische Prägung mit sozialen Problemen.

Mit dem zweiten Faktor korrelieren der Anteil Hochqualifizierter, die Mietpreise, die Zahl der Existenzgründungen, das Bruttoinlandsprodukt und der Flächenverbrauch. Der Faktor hängt auch zusammen mit dem Anteil von Frauen in Stadträten oder Kreistagen, der Anzahl von Ärzten und dem Anteil der Abwasserbehandlung durch Denitrifikation und Phosphorelimination. Dieser Faktor zeigt hochwertige städtische Prägung an. Interessant ist dabei die Korrelation des Faktors mit der Altersarmutsquote. Hier scheinen sich Gentrifizierungsprozesse niederzuschlagen, also die tendenzielle Verdrängung von alteingesessener Bevölkerung mit niedrigen Einkommen durch Hochverdienende. Die nicht abgeschlossenen Gentrifizierungsprozesse dürften zu der Parallelität von Altersarmut und Hochverdienenden bei hohen Mieten führen.

Eine hohe Beschäftigungsquote bei den Frauen relativ zu den Männern, ein hoher Anteil von Unter-3-Jährigen in Tageseinrichtungen, eine hoher Anteil erwerbstätiger ALG II-Bezieher („Aufstocker“) und ein hoher Verdienst von Frauen relativ zum Verdienst der Männer führen zu hohen Werten beim dritten Faktor. Dies geht einher mit großen Erholungsflächen und einem geringeren Anteil an mittleren Einkommen. Dies ist ein typisch ostdeutsches Muster, in dem sich die verbliebene Strukturen der DDR und Folgen der Transformation widerspiegeln.

¹⁶ Für diese Analyse wurde eine Hauptkomponentenanalyse gewählt. Dies ist üblicherweise das Verfahren zur Betrachtung von Zusammenhängen mehrerer Variablen, wenn keine Theorie über den Zusammenhang vorliegt. Gibt es dagegen theoretische Annahmen über den Zusammenhang und sollen angenommene, nicht direkt gemessene Dimensionen identifiziert werden, wäre eine Hauptachsenanalyse angemessen. Im vorliegenden Fall liegt hinter den Variablen mit den SDGs in der Tat ein (theoretisches) Konzept. Allerdings sind die verschiedenen Variablen für ein SDG nicht danach ausgewählt, dass sie eng miteinander zusammenhängen und so gemeinsam eine spezifizierte Dimension abbilden, sondern die Unterasspekte sind Konkretisierungen in unterschiedliche Richtungen, die Resultat eines politischen Diskussionsprozesses vor der Verabschiedung der SDGs sind. Damit ist die Frage nach einem Zusammenhang zwischen den SDGs und den erhobenen Variablen offen. Aus diesem Grund wurde in dieser Analyse eine Hauptkomponentenanalyse gewählt. In der Vorstudie des Projekts (Monitor-Bericht 2016, Teil 1) lag der Erhebung noch ein allgemeineres Nachhaltigkeitskonzept zugrunde, das mit den in der Vorstudie verfügbaren Indikatoren soweit als möglich abgebildet werden sollte. In dem Fall war eine theoriebestende Hauptachsenanalyse angemessener. Bei der Faktorenanalyse wird die Lösung so „rotiert“, dass die Faktoren besonders gut mit jeweils einem Teil der Variablen zur Deckung kommen und damit gut interpretierbar werden. Dabei kann für die Rotation entschieden werden, ob die Faktoren miteinander korrelieren dürfen oder nicht. In diesem Fall wurde eine so genannte Oblimin-Rotation gewählt, die eine Korrelation der Faktoren zulässt. Tatsächlich korrelieren die gefundenen Faktoren kaum. Nur bei zwei Kombinationen gibt es schwache Zusammenhänge: Faktor 3 und Faktor 5 korrelieren mit -0,248, Faktor 2 und Faktor 6 korrelieren mit -0,236. Bei den übrigen Faktorkombinationen ist Korrelation unter 0,2 bzw. über -0,2, was üblicherweise als nicht korreliert angesehen wird.

¹⁷ Das Ergebnis einer Faktorenanalyse mit korrelierten Faktoren ist eine Mustermatrix und eine Strukturmatrix. Während die Mustermatrix nur den direkten Effekt des Faktors auf die Variable angibt, findet sich in der Strukturmatrix die Korrelation zwischen Variable und Faktor. In der Strukturmatrix sind also die direkten und die indirekten Effekte berücksichtigt. Weil in diesem Zusammenhang der Gesamtzusammenhang der Variablen interessiert und das Ergebnis leichter nachvollziehbar ist, wird hier die Strukturmatrix dargestellt und interpretiert. Allerdings sind die Unterschiede zur Mustermatrix gering, weil die Faktoren wenig miteinander korrelieren.

Der vierte Faktor führt Verunglückte im Verkehr, die Anzahl von Ärzten, BIP und die Altersarmutsquote zusammen. Es scheint sich hier um kleine Städte zu handeln, die wirtschaftlich und infrastrukturell stark sind, deren Bevölkerung aber eher Ältere in den unteren Einkommenssegmenten sind, während die jüngere und wohlhabendere Bevölkerung ins Umland gezogen ist. Anzeichen für die innerstädtische Prägung sind auch die Straftaten und der Flächenverbrauch.

Der fünfte Faktor korreliert mit Stickstoffüberschuss, einer geringen Betreuungsquote der Unter-6-Jährigen und einem vergleichsweise hohen Wasserverbrauch. Diese Merkmale sind typisch für landwirtschaftlich geprägte, insbesondere westdeutsche Kreise.

Der sechste Faktor korreliert mit dem Abfallaufkommen und der Beschäftigungsquote. Beides scheinen Merkmale zu sein, die quer zu den anderen Indikatoren, aber auch quer zu offensichtlichen Strukturmerkmalen laufen.

5.2.3 Allgemeine Anmerkungen zum Ergebnis der Faktorenanalyse

Wenige Bezüge zur Gliederung der SDGs

Die Faktorenanalyse zeigt zunächst einmal nicht durchgängig die Struktur der 17 SDGs auf. Zwar fallen einzelne Indikatoren, die sich auf dasselbe SDG-Unterziel beziehen, auch in der Faktorenanalyse zusammen, wie zum Beispiel die Kinder- und Jugendarmut mit niedrigen Einkommen (SDG 1 – Armut). Auch der Anteil von Hochqualifizierten und die Existenzgründungen (SDG 8 – nachhaltiges Wirtschaftswachstum) sind in einem Faktor zusammengefasst. Solche Ergebnisse sind allerdings naheliegend oder trivial. In anderen Fällen gibt es dagegen keinen Zusammenhang von SDG-Unterzielen. Zum Beispiel korreliert die Beschäftigungsquote von Frauen (relativ zur Quote der Männer) nicht mit dem Anteil von Frauen in Stadträten oder Kreistagen (beides SDG 5 – Geschlechtergerechtigkeit), und wir finden keinen Zusammenhang von Verunglückten im Verkehr mit dem Flächenverbrauch (beides SDG 11 – nachhaltige Städte). Auch diese Befunde sind

wenig überraschend. Sie verdeutlichen aber die Intention der Indikatorenzusammenstellung, die der Breite unterschiedlicher Aspekte gerecht werden soll und nicht der besonders genauen Abbildung weniger Dimensionen durch viele, miteinander empirisch zusammenhängender Indikatoren dient.

Bedeutung von Strukturmerkmalen

Das Ergebnis der Faktorenanalyse verweist auf einen anderen wichtigen Befund. Die Indikatorenwerte unterliegen zunächst einmal strukturellen Einflüssen. Sie sind in ihrem Niveau nur eingeschränkt das Ergebnis kommunalen Handelns. Städtische oder ländliche Prägung und die Geschichte der Landstriche, in Ostdeutschland wie in West- oder Norddeutschland, hinterlassen langfristige Spuren, die in den Indikatoren ihren Niederschlag finden. Durch eine genauere Betrachtung von Strukturmerkmalen können Kommunen mit ähnlichen relevanten Randbedingungen identifiziert werden. So wird es möglich, Kommunen zu ermitteln, die bei bestimmten SDG-Zielen angesichts ihrer strukturellen Randbedingungen relativ erfolgreich sind. Dies ist ein sinnvoller nächster Schritt für eine tiefergehende Analyse, die an dieser Stelle noch nicht geleistet werden kann.

- 18 Die Anzahl der Faktoren kann dem statistischen Verfahren vorgegeben werden. Nach dem Kaiser-Kriterium ergibt sich eine Lösung mit sechs Faktoren. Nach dem Scree Plot ergibt sich eine Lösung entweder ebenfalls für sechs Faktoren oder für acht Faktoren, wobei in der oblimin-rotierten Lösung insbesondere die Faktoren 6 bis 8 Korrelationen mit anderen Faktoren ausweisen, was ebenfalls für eine Lösung mit sechs Faktoren spricht. Die hier präsentierte Lösung mit sechs Faktoren und einer oblimin-rotierten Lösung bindet 72,8 % der Gesamtvarianz. Eine Lösung mit sechs Faktoren und einer Varimax-Rotation führt zu sehr ähnlichen Ergebnissen. In der Faktorenanalyse sind die Schulabbrecherquote und das Verhältnis der Schulabbrecherquote von Ausländern zur Schulabbrecherquote insgesamt nicht berücksichtigt, weil für diese Indikatoren in einer großen Zahl von Kommunen keine Daten vorliegen und entsprechend nur weniger als zwei Drittel der Kommunen in die Analyse eingegangen wären. In die hier vorgestellte Analyse gingen 375 Kommunen ein, was 89 % aller Kommunen in der Untersuchung entspricht.
- 19 Dies zeigt sich auch bei den weniger starken Korrelationen mit einer niedrigeren Beschäftigungsquote bei Ausländern im Vergleich zu Staatsbürgern, geringerer Altersarmut, einem höheren Anteil an niedrigen Einkommen und einem höheren Anteil an Windenergie.

Tabelle 5.2: Strukturmatrix der Faktorenanalyse für alle Indikatoren (eigene Darstellung)

Strukturmatrix							
		Faktoren					
		1	2	3	4	5	6
1	Armut - Kinderarmut	,963					
2	SGB II-/SGB XII-Quote	,963					
3	Armut - Jugendarmut	,953					
4	Langzeitarbeitslosenquote	,913					
5	Einkommensverteilung - Haushalte mit niedrigem Einkommen	,792		,402			
6	Einkommensverteilung - Haushalte mit hohem Einkommen	-,789					
7	Straftaten	,774	,438		,409		
8	Vorzeitige Sterblichkeit	,752	-,414				
9	Einkommensverteilung - Haushalte mit mittlerem Einkommen	-,702		-,574			
10	Verschuldung (Konzern Kommune)	,628					
11	Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländern zur Beschäftigungsquote gesamt	-,560	,414	-,494			
12	Hochqualifizierte		,824				
13	Mietpreise (2015)		,820				
14	Existenzgründungen		,692			,441	-,402
15	Bruttoinlandsprodukt		,638		,632		
16	Flächenverbrauch	,488	,635	-,430	,427		
17	Frauenanteil in Stadträten und Kreistagen (2013)		,579				

Strukturmatrix							
		Faktoren					
		1	2	3	4	5	6
18	Armut - Altersarmut	,435	,538	-,465	,527		
19	Abwasserbehandlung		,516				
20	Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern			,747		-,404	
21	Betreuung von Kindern - Unter 3-Jährige in Tageseinrichtungen			,730		-,727	
22	„Aufstocker“			,693			
23	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	,545		,646		-,407	
24	Naherholungsflächen			,582			
25	Windenergie			,478			
26	Verunglückte im Verkehr				,729		
27	Ärzteversorgung		,576		,713		
28	Exklusionsquote						
29	Stickstoffüberschuss					,708	
30	Betreuung von Kindern (3- bis 5-Jährige)					-,684	
31	Trinkwasserverbrauch (2013)			-,403		,670	
32	Abfallmenge						,767
33	Beschäftigungsquote	-,477					,509

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse; Hervorhebungen ab einem Wert von 0,6 bzw. -0,6. Werte unter 0,4 und über -0,4 werden üblicherweise nicht interpretiert und sind hier nicht wiedergegeben.

6

Anhang

6.1 Prüfung der Relevanz der SDGs (Übersicht – Kurzfassung)

SDG	Nummer des Unter- bzw. Teilziels	Name des Unter- bzw. Teilziels	Ergebnis Problem-Check	Ergebnis Aufgaben-Check
SDG 1 - Armut in jeder Form und überall beenden	1.3.1	Den nationalen Gegebenheiten entsprechende Sozialschutzsysteme und -maßnahmen für alle umsetzen, einschließlich eines Basisschutzes	✓	✓
	1.3.2	Bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen	✓	✓
	1.5.1	Bis 2030 die Widerstandsfähigkeit der Armen und der Menschen in prekären Situationen erhöhen	✓	✓
	1.5.2	Bis 2030 die Exposition und Anfälligkeit der Armen und Menschen in prekären Situationen gegenüber klimabedingten Extremereignissen und anderen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Schocks und Katastrophen verringern	✓	✓
	1.a	Eine erhebliche Mobilisierung von Ressourcen aus einer Vielzahl von Quellen gewährleisten, einschließlich durch verbesserte Entwicklungszusammenarbeit, um den Entwicklungsländern und insbesondere den am wenigsten entwickelten Ländern ausreichende und berechenbare Mittel für die Umsetzung von Programmen und Politiken zur Beendigung der Armut in all ihren Dimensionen bereitzustellen	✓	✓
SDG 2 - Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern	2.1.2	Bis 2030 sicherstellen, dass alle Menschen, insbesondere die Armen und Menschen in prekären Situationen, einschließlich Kleinkindern, ganzjährig Zugang zu sicheren, nährstoffreichen und ausreichenden Nahrungsmitteln haben	✓	✓
	2.2.1	Bis 2030 alle Formen der Mangelernährung beenden	✓	✓
	2.2.3	Bis 2030 die Ernährungsbedürfnisse von heranwachsenden Mädchen, schwangeren und stillenden Frauen und älteren Menschen erfüllen	✓	✓
	2.3	Bis 2030 die landwirtschaftliche Produktivität und die Einkommen von kleinen Nahrungsmittelproduzenten, insbesondere landwirtschaftlichen Familienbetrieben, verdoppeln, unter anderem durch den sicheren und gleichberechtigten Zugang zu Grund und Boden, anderen Produktionsressourcen und Betriebsmitteln, Wissen, Finanzdienstleistungen, Märkten sowie Möglichkeiten für Wertschöpfung und außerlandwirtschaftliche Beschäftigung	✓	✓
	2.4.1	Bis 2030 die Nachhaltigkeit der Systeme der Nahrungsmittelproduktion sicherstellen	✓	✓
	2.4.2	Bis 2030 resiliente landwirtschaftliche Methoden anwenden, die die Produktivität und den Ertrag steigern, zur Erhaltung der Ökosysteme beitragen, die Anpassungsfähigkeit an Klimaänderungen, extreme Wetterereignisse, Dürren, Überschwemmungen und andere Katastrophen erhöhen und die Flächen- und Bodenqualität schrittweise verbessern	✓	✓
	2.5.1	Bis 2020 die genetische Vielfalt von Saatgut, Kulturpflanzen sowie Nutz- und Haustieren und ihren wildlebenden Artverwandten bewahren, unter anderem durch gut verwaltete und diversifizierte Saatgut- und Pflanzenbanken auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene	✓	✓
SDG 3 - Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern	3.3.2	Bis 2030 andere übertragbare Krankheiten (neben Aids-, Tuberkulose- und Malariaepidemien, vernachlässigte Tropenkrankheiten, Hepatitis und durch Wasser übertragene Krankheiten) bekämpfen	✓	✓
	3.4.2	Die psychische Gesundheit und das Wohlergehen fördern	✓	✓
	3.5	Die Prävention und Behandlung des Substanzmissbrauchs, namentlich des Suchtstoffmissbrauchs und des schädlichen Gebrauchs von Alkohol, verstärken	✓	✓
	3.6	Bis 2020 die Zahl der Todesfälle und Verletzungen infolge von Verkehrsunfällen weltweit halbieren	✓	✓
	3.7.1	Bis 2030 den allgemeinen Zugang zu sexual- und reproduktionsmedizinischer Versorgung, einschließlich Familienplanung, Information und Aufklärung gewährleisten	✓	✓
	3.8.2	Den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten für alle erreichen	✓	✓
	3.9.2	Bis 2030 die Zahl der Todesfälle und Erkrankungen aufgrund der Verschmutzung und Verunreinigung von Luft, Wasser und Boden erheblich verringern.	✓	✓
	3.a	Die Durchführung des Rahmenübereinkommens der Weltgesundheitsorganisation zur Eindämmung des Tabakgebrauchs in allen Ländern nach Bedarf stärken	✓	✓
SDG 4 - Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern	4.1	Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen gleichberechtigt eine kostenlose und hochwertige Grund- und Sekundarschulbildung abschließen, die zu brauchbaren und effektiven Lernergebnissen führt	✓	✓
	4.2	Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Erziehung, Betreuung und Vorschulbildung erhalten, damit sie auf die Grundschule vorbereitet sind	✓	✓
	4.3	Bis 2030 den gleichberechtigten Zugang aller Frauen und Männer zu einer erschwinglichen und hochwertigen fachlichen, beruflichen und tertiären Bildung einschließlich universitärer Bildung gewährleisten	✓	✓
	4.4	Bis 2030 die Zahl der Jugendlichen und Erwachsenen wesentlich erhöhen, die über die entsprechenden Qualifikationen einschließlich fachlicher und beruflicher Qualifikationen für eine Beschäftigung, eine menschenwürdige Arbeit und Unternehmertum verfügen	✓	✓
	4.5.1	Bis 2030 geschlechtsspezifische Disparitäten in der Bildung beseitigen	✓	✓
	4.5.2	Bis 2030 den gleichberechtigten Zugang der Schwachen in der Gesellschaft, namentlich von Menschen mit Behinderungen, Angehörigen indigener Völker und Kindern in prekären Situationen, zu allen Bildungs- und Ausbildungsebenen gewährleisten	✓	✓
	4.6	Bis 2030 sicherstellen, dass alle Jugendlichen und ein erheblicher Anteil der männlichen und weiblichen Erwachsenen lesen, schreiben und rechnen lernen	✓	✓
	4.7	Bis 2030 sicherstellen, dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, Weltbürgerschaft und die Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags der Kultur zu nachhaltiger Entwicklung	✓	✓
	4.a	Bildungseinrichtungen bauen und ausbauen, die kinder-, behinderten- und geschlechtergerecht sind und eine sichere, gewaltfreie, inklusive und effektive Lernumgebung für alle bieten	✓	✓

SDG	Nummer des Unter- bzw. Teilziels	Name des Unter- bzw. Teilziels	Ergebnis Problem-Check	Ergebnis Aufgaben-Check
SDG 5 - Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen	5.1	Alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall auf der Welt beenden	☑	☑
	5.2	Alle Formen von Gewalt gegen alle Frauen und Mädchen im öffentlichen und im privaten Bereich einschließlich des Menschenhandels und sexueller und anderer Formen der Ausbeutung beseitigen	☑	☑
	5.4	Unbezahlte Pflege- und Hausarbeit durch die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen, Sozialschutzmaßnahmen und die Förderung geteilter Verantwortung innerhalb des Haushalts und der Familie entsprechend den nationalen Gegebenheiten anerkennen und wertschätzen	☑	☑
	5.5	Die volle und wirksame Teilhabe von Frauen und ihre Chancengleichheit bei der Übernahme von Führungsrollen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben sicherstellen	☑	☑
	5.6	Den allgemeinen Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und reproduktiven Rechten gewährleisten, wie im Einklang mit dem Aktionsprogramm der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung, der Aktionsplattform von Beijing und den Ergebnisdokumenten ihrer Überprüfungskonferenzen vereinbart	☑	☑
	5.c.1	Eine solide Politik zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Selbstbestimmung aller Frauen und Mädchen auf allen Ebenen beschließen und verstärken	☑	☑
SDG 6 - Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten	6.3.1	Bis 2030 die Wasserqualität durch Verringerung der Verschmutzung, Beendigung des Einbringens und Minimierung der Freisetzung gefährlicher Chemikalien und Stoffe weltweit verbessern	☑	☑
	6.3.2	Bis 2030 die Wasserqualität durch Halbierung des unbehandelten Abwassers weltweit verbessern	☑	☑
	6.3.3	Bis 2030 die Wasserqualität durch eine beträchtliche Steigerung der Wiederaufbereitung und gefahrlosen Wiederverwendung weltweit verbessern	☑	☑
	6.5	Bis 2030 auf allen Ebenen eine integrierte Bewirtschaftung der Wasserressourcen umsetzen, gegebenenfalls auch mittels grenzüberschreitender Zusammenarbeit	☑	☑
	6.6	Bis 2020 wasserverbundene Ökosysteme schützen und wiederherstellen, darunter Berge, Wälder, Feuchtgebiete, Flüsse, Grundwasserleiter und Seen	☑	☑
	6.a	Bis 2030 die internationale Zusammenarbeit und die Unterstützung der Entwicklungsländer beim Kapazitätsaufbau für Aktivitäten und Programme im Bereich der Wasser- und Sanitärversorgung ausbauen, einschließlich der Wassersammlung und -speicherung, Entsalzung, effizienten Wassernutzung, Abwasserbehandlung, Wiederaufbereitungs- und Wiederverwendungstechnologien	☑	☑
	6.b	Die Mitwirkung lokaler Gemeinwesen an der Verbesserung der Wasserbewirtschaftung und der Sanitärversorgung unterstützen und verstärken	☑	☑
SDG 7 - Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern	7.1	Bis 2030 den allgemeinen Zugang zu bezahlbaren, verlässlichen und modernen Energiedienstleistungen sichern	☑	☑
	7.2	Bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energie am globalen Energiemix deutlich erhöhen	☑	☑
	7.3	Bis 2030 die weltweite Steigerungsrate der Energieeffizienz verdoppeln	☑	☑
	7.a.2	Bis 2030 Investitionen in die Energieinfrastruktur und saubere Energietechnologien fördern	☑	☑
SDG 8 - Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern	8.1.1	Ein Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum entsprechend den nationalen Gegebenheiten aufrechterhalten	☑	☑
	8.2	Eine höhere wirtschaftliche Produktivität durch Diversifizierung, technologische Modernisierung und Innovation erreichen, einschließlich durch Konzentration auf mit hoher Wertschöpfung verbundene und arbeitsintensive Sektoren	☑	☑
	8.3.1	Entwicklungsorientierte Politiken fördern, die produktive Tätigkeiten, die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze, Unternehmertum, Kreativität und Innovation unterstützen	☑	☑
	8.3.2	Entwicklungsorientierte Politiken fördern, die Formalisierung und das Wachstum von Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen unter anderem durch den Zugang zu Finanzdienstleistungen begünstigen	☑	☑
	8.4.1	Bis 2030 die weltweite Ressourceneffizienz in Konsum und Produktion Schritt für Schritt verbessern, im Einklang mit dem Zehnjahres-Programmrahmen für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster, wobei die entwickelten Länder die Führung übernehmen	☑	☑
	8.4.2	Bis 2030 die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umwelterstörung anstreben, im Einklang mit dem Zehnjahres-Programmrahmen für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster, wobei die entwickelten Länder die Führung übernehmen	☑	☑
	8.5.1	Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen erreichen	☑	☑
	8.5.2	Bis 2030 gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen	☑	☑
	8.6	Bis 2020 den Anteil junger Menschen, die ohne Beschäftigung sind und keine Schul- oder Berufsausbildung durchlaufen, erheblich verringern	☑	☑
	8.7.2	Bis 2025 jeder Form von Kinderarbeit ein Ende setzen	☑	☑
	8.8.1	Die Arbeitsrechte schützen	☑	☑
	8.9	Bis 2030 Politiken zur Förderung eines nachhaltigen Tourismus erarbeiten und umsetzen, der Arbeitsplätze schafft und die lokale Kultur und lokale Produkte fördert	☑	☑
SDG 9 - Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen	9.1	Eine hochwertige, verlässliche, nachhaltige und widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, einschließlich regionaler und grenzüberschreitender Infrastruktur, um die wirtschaftliche Entwicklung und das menschliche Wohlergehen zu unterstützen, und dabei den Schwerpunkt auf einen erschwinglichen und gleichberechtigten Zugang für alle legen	☑	☑
	9.4	Bis 2030 die Infrastruktur modernisieren und die Industrien nachrüsten, um sie nachhaltig zu machen, mit effizienterem Ressourceneinsatz und unter vermehrter Nutzung sauberer und umweltverträglicher Technologien und Industrieprozesse, wobei alle Länder Maßnahmen entsprechend ihren jeweiligen Kapazitäten ergreifen	☑	☑
	9.5.1	Die wissenschaftliche Forschung verbessern	☑	☑
	9.5.3	Bis 2030 Innovationen fördern	☑	☑
	9.5.4	Bis 2030 die Anzahl der im Bereich Forschung und Entwicklung tätigen Personen je 1 Million Menschen beträchtlich erhöhen	☑	☑
	9.5.5	Bis 2030 die öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung beträchtlich erhöhen	☑	☑
	9.a	Die Entwicklung einer nachhaltigen und widerstandsfähigen Infrastruktur in den Entwicklungsländern durch eine verstärkte finanzielle, technologische und technische Unterstützung der afrikanischen Länder, der am wenigsten entwickelten Länder, der Binnenentwicklungsländer und der kleinen Inselentwicklungsländer erleichtern	☑	☑
	9.c.1	Den Zugang zur Informations- und Kommunikationstechnologie erheblich erweitern	☑	☑

SDG	Nummer des Unter- bzw. Teilziels	Name des Unter- bzw. Teilziels	Ergebnis Problem-Check	Ergebnis Aufgaben-Check
SDG 10 - Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern	10.2.2	Bis 2030 die soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion aller Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, Ethnizität, Herkunft, Religion oder wirtschaftlichem oder sonstigem Status fördern	✓	✓
	10.3.2	Chancengleichheit gewährleisten und Ungleichheit der Ergebnisse reduzieren, namentlich durch Abschaffung diskriminierender Politiken und Praktiken und die Förderung geeigneter politischer und sonstiger Maßnahmen in dieser Hinsicht	✓	✓
	10.4	Politische Maßnahmen beschließen, insbesondere fiskalische, lohnpolitische und den Sozialschutz betreffende Maßnahmen, und schrittweise größere Gleichheit erzielen	✓	✓
	10.7	Eine geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen erleichtern, unter anderem durch die Anwendung einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik	✓	✓
	10.b	Öffentliche Entwicklungshilfe und Finanzströme einschließlich ausländischer Direktinvestitionen in die Staaten fördern, in denen der Bedarf am größten ist, insbesondere in die am wenigsten entwickelten Länder, die afrikanischen Länder, die kleinen Inselentwicklungsländer und die Binnenentwicklungsländer, im Einklang mit ihren jeweiligen nationalen Plänen und Programmen	✓	✓
SDG 11 - Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen	11.1.1	Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen	✓	✓
	11.2.1	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen	✓	✓
	11.2.2	Bis 2030 die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen	✓	✓
	11.3.1	Bis 2030 die Verstädterung inklusiver und nachhaltiger gestalten	✓	✓
	11.3.2	Bis 2030 die Kapazitäten für eine partizipatorische, integrierte und nachhaltige Siedlungsplanung und -steuerung in allen Ländern verstärken	✓	✓
	11.4	Die Anstrengungen zum Schutz und zur Wahrung des Weltkultur- und -naturerbes verstärken	✓	✓
	11.5	Bis 2030 die Zahl der durch Katastrophen, einschließlich Wasserkatastrophen, bedingten Todesfälle und der davon betroffenen Menschen deutlich reduzieren und die dadurch verursachten unmittelbaren wirtschaftlichen Verluste im Verhältnis zum globalen Bruttoinlandsprodukt wesentlich verringern, mit Schwerpunkt auf dem Schutz der Armen und von Menschen in prekären Situationen	✓	✓
	11.6	Bis 2030 die von den Städten ausgehende Umweltbelastung pro Kopf senken, unter anderem mit besonderer Aufmerksamkeit auf der Luftqualität und der kommunalen und sonstigen Abfallbehandlung	✓	✓
	11.7	Bis 2030 den allgemeinen Zugang zu sicheren, inklusiven und zugänglichen Grünflächen und öffentlichen Räumen gewährleisten, insbesondere für Frauen und Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen	✓	✓
	11.a	Durch eine verstärkte nationale und regionale Entwicklungsplanung positive wirtschaftliche, soziale und ökologische Verbindungen zwischen städtischen, stadtnahen und ländlichen Gebieten unterstützen	✓	✓
	11.b.1	Bis 2020 die Zahl der Städte und Siedlungen, die integrierte Politiken und Pläne zur Förderung der Inklusion, der Ressourceneffizienz, der Abschwächung des Klimawandels, der Klimaanpassung und der Widerstandsfähigkeit gegenüber Katastrophen beschließen und umsetzen, wesentlich erhöhen	✓	✓
	11.b.2	Bis 2020 gemäß dem Sendai-Rahmen für Katastrophenvorsorge 2015-2030 ein ganzheitliches Katastrophenrisikomanagement auf allen Ebenen entwickeln und umsetzen	✓	✓
SDG 12 - Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen	12.1	Den Zehnjahres-Programmrahmen für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster umsetzen, wobei alle Länder, an der Spitze die entwickelten Länder, Maßnahmen ergreifen, unter Berücksichtigung des Entwicklungsstands und der Kapazitäten der Entwicklungsländer	✓	✓
	12.2	Bis 2030 die nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen erreichen	✓	✓
	12.3.1	Bis 2030 die weltweite Nahrungsmittelverschwendung pro Kopf auf Einzelhandels- und Verbraucherebene halbieren	✓	✓
	12.3.2	Bis 2030 die entlang der Produktions- und Lieferkette entstehenden Nahrungsmittelverluste einschließlich Nachernteverlusten verringern	✓	✓
	12.4	Bis 2020 einen umweltverträglichen Umgang mit Chemikalien und allen Abfällen während ihres gesamten Lebenszyklus in Übereinstimmung mit den vereinbarten internationalen Rahmenregelungen erreichen und ihre Freisetzung in Luft, Wasser und Boden erheblich verringern, um ihre nachteiligen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt auf ein Mindestmaß zu beschränken	✓	✓
	12.5	Bis 2030 das Abfallaufkommen durch Vermeidung, Verminderung, Wiederverwertung und Wiederverwendung deutlich verringern	✓	✓
	12.6	Die Unternehmen, insbesondere große und transnationale Unternehmen, dazu ermutigen, nachhaltige Verfahren einzuführen und in ihre Berichterstattung Nachhaltigkeitsinformationen aufzunehmen	✓	✓
	12.7	In der öffentlichen Beschaffung nachhaltige Verfahren fördern, im Einklang mit den nationalen Politiken und Prioritäten	✓	✓
	12.8	Bis 2030 sicherstellen, dass die Menschen überall über einschlägige Informationen und das Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung und eine Lebensweise in Harmonie mit der Natur verfügen	✓	✓
	12.a	Die Entwicklungsländer bei der Stärkung ihrer wissenschaftlichen und technologischen Kapazitäten im Hinblick auf den Übergang zu nachhaltigeren Konsum- und Produktionsmustern unterstützen	✓	✓
	12.b.1	Instrumente zur Beobachtung der Auswirkungen eines nachhaltigen Tourismus, der Arbeitsplätze schafft und die lokale Kultur und lokale Produkte fördert, auf die nachhaltige Entwicklung entwickeln	✓	✓
	12.b.2	Instrumente zur Beobachtung der Auswirkungen eines nachhaltigen Tourismus, der Arbeitsplätze schafft und die lokale Kultur und lokale Produkte fördert, auf die nachhaltige Entwicklung anwenden	✓	✓
SDG 13 - Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen	13.1	Die Widerstandskraft und die Anpassungsfähigkeit gegenüber klimabedingten Gefahren und Naturkatastrophen in allen Ländern stärken	✓	✓
	13.2	Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen	✓	✓
	13.3	Die Aufklärung und Sensibilisierung sowie die personellen und institutionellen Kapazitäten im Bereich der Abschwächung des Klimawandels, der Klimaanpassung, der Reduzierung der Klimaauswirkungen sowie der Frühwarnung verbessern	✓	✓
	13.b	Mechanismen zum Ausbau effektiver Planungs- und Managementkapazitäten im Bereich des Klimawandels in den am wenigsten entwickelten Ländern und kleinen Inselentwicklungsländern fördern, unter anderem mit gezielter Ausrichtung auf Frauen, junge Menschen sowie lokale und marginalisierte Gemeinwesen	✓	✓

SDG	Nummer des Unter- bzw. Teilziels	Name des Unter- bzw. Teilziels	Ergebnis Problem-Check	Ergebnis Aufgaben-Check
SDG 14 - Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen	14.1	Bis 2025 alle Arten der Meeresverschmutzung, insbesondere durch vom Lande ausgehende Tätigkeiten und namentlich Meeresmüll und Nährstoffbelastung, verhüten und erheblich verringern	☑	☑
	14.c.1	Die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Ozeane und ihrer Ressourcen verbessern	☑	☑
SDG 15 - Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen	15.1	Bis 2020 im Einklang mit den Verpflichtungen aus internationalen Übereinkünften die Erhaltung, Wiederherstellung und nachhaltige Nutzung der Land- und Binnensüßwasser-Ökosysteme und ihrer Dienstleistungen, insbesondere der Wälder, der Feuchtgebiete, der Berge und der Trockengebiete, gewährleisten	☑	☑
	15.2.1	Bis 2020 die nachhaltige Bewirtschaftung aller Waldarten fördern, die Entwaldung beenden und geschädigte Wälder wiederherstellen	☑	☑
	15.2.2	Bis 2020 die Aufforstung und Wiederaufforstung weltweit beträchtlich erhöhen	☑	☑
	15.3.2	Bis 2030 eine Welt anstreben, in der die Landverödung neutralisiert wird	☑	☑
	15.5.1	Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume zu verringern	☑	☑
	15.5.2	Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende zu setzen und bis 2020 die bedrohten Arten zu schützen und ihr Aussterben zu verhindern	☑	☑
	15.7	Dringend Maßnahmen ergreifen, um der Wilderei und dem Handel mit geschützten Pflanzen- und Tierarten ein Ende zu setzen und dem Problem des Angebots illegaler Produkte aus wildlebenden Pflanzen und Tieren und der Nachfrage danach zu begegnen	☑	☑
	15.8	Bis 2020 Maßnahmen einführen, um das Einbringen invasiver gebietsfremder Arten zu verhindern, ihre Auswirkungen auf die Land- und Wasserökosysteme deutlich zu reduzieren und die prioritären Arten zu kontrollieren oder zu beseitigen	☑	☑
	15.9.1	Bis 2020 Ökosystem- und Biodiversitätswerte in die nationalen und lokalen Planungen und Entwicklungsprozesse einbeziehen	☑	☑
	15.9.2	Bis 2020 Ökosystem- und Biodiversitätswerte in die nationalen und lokalen Armutsbekämpfungsstrategien und Gesamtrechnungssysteme einbeziehen	☑	☑
	15.a	Finanzielle Mittel aus allen Quellen für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt und der Ökosysteme aufbringen und deutlich erhöhen	☑	☑
	15.b.1	Erhebliche Mittel aus allen Quellen und auf allen Ebenen für die Finanzierung einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder aufbringen	☑	☑
Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen	16.1	Alle Formen der Gewalt und die gewaltbedingte Sterblichkeit überall deutlich verringern	☑	☑
	16.2	Missbrauch und Ausbeutung von Kindern, den Kinderhandel, Folter und alle Formen von Gewalt gegen Kinder beenden	☑	☑
	16.4.3	Bis 2030 alle Formen der organisierten Kriminalität bekämpfen	☑	☑
	16.5	Korruption und Bestechung in allen ihren Formen erheblich reduzieren	☑	☑
	16.6	Leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen Ebenen aufbauen	☑	☑
	16.7	Dafür sorgen, dass die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ ist	☑	☑
	16.10.1	Den öffentlichen Zugang zu Informationen gewährleisten	☑	☑
	16.b	Nichtdiskriminierende Rechtsvorschriften und Politiken zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung fördern und durchsetzen	☑	☑
SDG 17 - Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben	17.3	Zusätzliche finanzielle Mittel aus verschiedenen Quellen für die Entwicklungsländer mobilisieren	☑	☑
	17.14	Die Politikkohärenz zugunsten nachhaltiger Entwicklung verbessern	☑	☑
	17.16	Die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung ausbauen, ergänzt durch Multi-Akteur-Partnerschaften zur Mobilisierung und zum Austausch von Wissen, Fachkenntnissen, Technologie und finanziellen Ressourcen, um die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in allen Ländern und insbesondere in den Entwicklungsländern zu unterstützen	☑	☑
	17.17	Die Bildung wirksamer öffentlicher, öffentlich-privater und zivilgesellschaftlicher Partnerschaften aufbauend auf den Erfahrungen und Mittelbeschaffungsstrategien bestehender Partnerschaften unterstützen und fördern	☑	☑
	17.19.1	Bis 2030 auf den bestehenden Initiativen aufbauen, um Fortschrittsmaße für nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten, die das Bruttoinlandsprodukt ergänzen	☑	☑

6.2 Identifikation und Beschreibung der Indikatoren (Übersicht – Kurzfassung)

SDG	Nummer des Unter- bzw. Teilziels	Indikator	Beschreibung/Berechnung des Indikators	Typ	Kern-indikator
SDG 1 - Armut in jeder Form und überall beenden	1.3.1	SGB II-/SGB XII-Quote	(Anzahl Leistungsberechtigte nach SGB II und SGB XII) / (Anzahl Einwohner) * 100	Typ I	x
	1.3.1	Mindestsicherungsquote	(Anzahl Empfänger von Mindestsicherungsleistungen (SGB II-/ SGB XII- / Asylbewerber-Leistungen)) / (Anzahl Einwohner) * 100	Typ I	
	1.3.2	Armut - Kinderarmut	(Anzahl Nicht-Erwerbsfähiger Leistungsbezieher unter 15 Jahre + Anzahl Nicht-Leistungsberechtigter in Bedarfsgemeinschaften unter 15 Jahre) / (Anzahl Einwohner im Alter von unter 15 Jahren) * 100	Typ I	x
	1.3.2	Armut - Jugendarmut	(Anzahl Leistungsberechtigter im Alter von 15-17 Jahren + Anzahl Nicht Leistungsberechtigter in Bedarfsgemeinschaften im Alter von 15-17 Jahren) / (Anzahl Einwohner im Alter von 15-17 Jahren) * 100	Typ I	
	1.3.2	Armut - Altersarmut	(Anzahl Bezieher von Grundsicherung im Alter ab 65 Jahren) / (Anzahl Einwohner im Alter ab 65 Jahren) * 100	Typ I	
	1.3.2	Einkommensverteilung - Haushalte mit niedrigem Einkommen	(Anzahl Haushalte mit Gesamtnettoeinkommen bis unter 25.000 Euro pro Jahr) / (Anzahl Haushalte insgesamt) * 100	Typ I	x (SDG 10)
SDG 2 - Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern	2.1.2, 2.2.1	Unterernährung	(Anzahl Einwohner mit Unterernährung) / (Anzahl Einwohner) * 100	Typ II	
	2.2.1	Kinder mit Übergewicht	(Anzahl Übergewichtige Kinder im Schuleingangsjahr) / (Anzahl Kinder im Schuleingangsjahr insgesamt) * 100	Typ II	x
	2.2.3	Unterernährung der Älteren	(Anzahl Einwohner im Alter ab 70 Jahren mit Unterernährung) / (Anzahl Einwohner im Alter ab 70 Jahren) * 100	Typ II	
	2.2.3	Unterernährung heranwachsender Mädchen	(Anzahl Mädchen im Alter von unter 10 Jahren mit Unterernährung) / (Anzahl Mädchen im Alter von unter 10 Jahren) * 100	Typ II	
	2.3	Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	(Bruttowertschöpfung Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) / (Anzahl Erwerbstätige in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei)	Typ I	
	2.4.1, 2.4.2	Ökologische Landwirtschaft	(Fläche unter ökologischer landwirtschaftlicher Nutzung) / (Fläche unter landwirtschaftlicher Nutzung insgesamt) * 100	Typ II	x
	2.4.2	Stickstoffüberschuss	(Stickstoffüberschuss) / (Fläche landwirtschaftlicher Nutzung)	Typ I	x
SDG 3 - Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern	3.3.2	Maserninfektionen	(Anzahl Neuinfektionen mit dem Masern-Virus) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ II	
	3.4.2	Selbstmordsterblichkeit	(Anzahl Selbstmordfälle) / (Anzahl Einwohner) * 100.000	Typ II	
	3.4.2	Vorzeitige Sterblichkeit	(Anzahl Todesfälle bei Personen im Alter von unter 65 Jahren) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ I	x
	3.4.2	Lebenserwartung	Durchschnittliche Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt	Typ I	
	3.4.2	Selbsteingeschätzte Gesundheit	Selbsteingeschätzte Gesundheit der Bevölkerung (Ergebnisse aus Befragung)	Typ II	
	3.4.2	Anteil der Frühverrentung wegen psychischer Erkrankung	(Anzahl Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aufgrund der Hauptdiagnosegruppe „Psychische und Verhaltensstörungen“) / (Anzahl Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt) * 100	Typ II	
	3.5	Behandlungsdichte bei Substanzmissbrauch	(Anzahl Abhängige mit Therapiebedarf) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ II	
	3.5	Alkoholkonsum	(Menge Alkoholkonsum (Bier, Schaumwein, Zwischenerzeugnisse, Brantwein, Trinkwein)) / (Anzahl Einwohner im Alter ab 15 Jahren)	Typ II	
	3.5	Unfälle unter Drogeneinfluss	(Anzahl Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ I	
	3.6	Verunglückte im Verkehr	(Anzahl verletzte oder getötete Personen bei Verkehrsunfällen) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ I	x (SDG 11)
	3.7.1	Geburtenrate bei Jugendlichen	(Anzahl Geburten bei unter 20-Jährigen) / (Anzahl Einwohner 15-19-Jährige) * 1.000	Typ I	
	3.8.2	Ärzteversorgung	(Anzahl Allgemeinärzte) / (Anzahl Einwohner) * 100.000	Typ I	x
	3.8.2	Plätze in Pflegeheimen	(Anzahl verfügbare Plätze in Pflegeheimen) / (Anzahl Einwohner im Alter ab 65 Jahren) * 1.000	Typ I	
	3.8.2	Krankenhausbettendichte	(Anzahl Krankenhausbetten) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ I	
	3.8.2	Sterblichkeit von Säuglingen	(Anzahl Todesfälle der unter 1-Jährigen) / (Anzahl Lebendgeburten) * 1.000	Typ I	
	3.8.2	Sterblichkeit von Kleinkindern	(Anzahl Todesfälle der unter 5-Jährigen) / (Anzahl Lebendgeburten) * 1.000	Typ I	
	3.9.2	Sterberate aufgrund von Luftverschmutzung	(Anzahl Todesfälle aufgrund von Luftverschmutzung) / (Anzahl Einwohner) * 100.000	Typ II	
	3.9.2	Sterberate aufgrund von verunreinigtem Wasser	(Anzahl Todesfälle aufgrund von verunreinigtem Wasser) / (Anzahl Einwohner) * 100.000	Typ II	
	3.9.2	Luftqualität	Emissionen von Luftschadstoffen (Schwefeldioxid, Stickoxide, Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen und Feinstaub)	Typ II	x
	3.9.2	Feinstaubbelastung	Anzahl Feinstaubüberschreitungstage pro Jahr (nach den Richtwerten der WHO)	Typ II	
	3.a	Raucherquote	(Anzahl Raucher im Alter ab 15 Jahren) / (Anzahl Einwohner im Alter ab 15 Jahren) * 100	Typ II	

"x" bedeutet, dass der Indikator als Kernindikator für das SDG ausgewählt wurde.

"x (SDG 10)" bedeutet, dass der Indikator für SDG 10 als Kernindikator ausgewählt wurde, über dessen Mehrfachzuordnung jedoch auch für dieses SDG Informationen liefert.

SDG	Nummer des Unter- bzw. Teilziels	Indikator	Beschreibung/Berechnung des Indikators	Typ	Kern-indikator
SDG 4 - Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern	4.1	Schulabbrecherquote	(Anzahl Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss) / (Anzahl Schulabgänger insgesamt) * 100	Typ I	x
	4.1	Lesekompetenz	(Anzahl Schüler, die mindestens ein Leistungslevel-Minimum im Lesen am Ende der Sekundarstufe I erreicht haben) / (Anzahl Schüler insgesamt) * 100	Typ II	
	4.1, 4.6	Mathematische Grundbildung	(Anzahl Schüler, die zumindest ein Leistungslevel-Minimum in Mathematik am Ende der Sekundarstufe II erreicht haben) / (Anzahl Schüler insgesamt) * 100	Typ II	
	4.2	Betreuung von Kindern - Unter 3-Jährige in Tageseinrichtungen	(Anzahl Kinder im Alter von unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen) / (Anzahl Kinder im Alter von unter 3 Jahren) * 100	Typ I	x
	4.2	Betreuung von Kindern - 3- bis 5-Jährige in Tageseinrichtungen	(Anzahl Kinder im Alter von 3-5 Jahren in Tageseinrichtungen) / (Anzahl Kinder im Alter von 3-5 Jahren) * 100	Typ I	
	4.3	Erfolgsquote beim Abschluss beruflicher Bildungsgänge	(Anzahl Absolventen beruflicher Bildungsgänge mit erfolgreichem Abschluss) / (Anzahl Ausbildungsbeginner (3 Jahre zuvor) im Berufsbildungssystem) * 100	Typ I	
	4.3	Schulabgänger mit Fachhochschulreife / Hochschulreife ((Fach-)Abiturquote)	(Anzahl Schulabgänger mit Hochschul- bzw. Fachhochschulreife) / (Anzahl Schulabgänger insgesamt) * 100	Typ I	
	4.3	Studierendenquote	(Anzahl Studierende an Hochschulen und Fachhochschulen) / (Anzahl Einwohner im Alter von 18-25 Jahren) * 100	Typ I	
	4.5.1	Anteil weiblicher Schulabbrecher	(Anzahl weibliche Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss) / (Anzahl Schulabgänger insgesamt) * 100	Typ I	
	4.5.1	Anteil weiblicher Schulabgänger mit Fachhochschulreife / Hochschulreife	(Anzahl weibliche Schulabgänger mit Hochschul- bzw. Fachhochschulreife) / (Anzahl Schulabgänger mit Hochschul- bzw. Fachhochschulreife insgesamt) * 100	Typ I	
	4.5.1	Anteil weiblicher Studierender	(Anzahl weibliche Studierende an Hochschulen und Fachhochschulen) / (Anzahl Studierende an Hochschulen und Fachhochschulen insgesamt) * 100	Typ I	
	4.5.2	Verhältnis der Schulabbrecherquote von Ausländern zur Schulabbrecherquote gesamt	(Anzahl ausländischer Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss / Anzahl ausländischer Schulabgänger insgesamt) / (Anzahl Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss insgesamt / Anzahl Schulabgänger insgesamt) * 100	Typ I	x (SDG 10)
	4.5.2	Verhältnis der Abiturquote von Ausländern zur Abiturquote gesamt	(Abiturquote Ausländer) / (Abiturquote insgesamt) * 100	Typ I	
	4.5.2	Studierendenquote von Ausländern	(Anzahl ausländische Studierende an Hochschulen und Fachhochschulen) / (Anzahl ausländische Einwohner im Alter von 18-25 Jahren) * 100	Typ I	
	4.7	Schulen mit Ökoschulprogrammen / Umweltzertifikaten / Beteiligung an BNE-Projekten	(Anzahl Schulen, die an Ökoschulprogrammen teilnehmen, Umweltzertifikate vorweisen können oder an BNE-Projekten beteiligt sind) / (Anzahl Schulen insgesamt) * 100	Typ II	
	4.a	Exklusionsquote	(Anzahl Schüler an Förderschulen) / (Anzahl Schüler insgesamt) * 100	Typ I	x
	4.a	Integrative Kinderbetreuung	(Anzahl Einrichtungen mit integrativer Kinderbetreuung) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ I	
	4.a	Integrationsquote bei Schüler(inne)n mit sonderpädagogischem Förderbedarf	(Anzahl Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die an allgemeinen Schulen unterrichtet werden) / (Anzahl Schüler(inne)n mit sonderpädagogischem Förderbedarf insgesamt) * 100	Typ II	
SDG 5 - Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen	5.1	Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern	(Anzahl SvB Frauen am Wohnort 15-64 Jahre / Anzahl Frauen 15-64 Jahre insgesamt) / (Anzahl SvB Männer am Wohnort 15-64 Jahre / Anzahl Männer 15-64 Jahre insgesamt) * 100	Typ I	x
	5.1	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	(Medianeinkommen SvB Frauen (vollbeschäftigt) am Arbeitsort) / (Medianeinkommen SvB Männer (vollbeschäftigt) am Arbeitsort) * 100	Typ I	x
	5.2	Frauen und Mädchen, die physischer, sexueller oder psychischer Gewalt ausgesetzt waren	(Frauen und Mädchen, die physischer, sexueller oder psychischer Gewalt ausgesetzt waren) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ II	
	5.5	Frauenanteil in Stadträten und Kreistagen	(Anzahl Frauen mit Mandaten in Stadträten und Kreistagen) / (Mandate in Stadträten und Kreistagen insgesamt) * 100	Typ I	x
	5.5	Frauenanteil in Leitungspositionen der Kommunalverwaltung	(Anzahl Frauen in Leitungspositionen der Kommunalverwaltung) / (Anzahl Leitungspositionen der Kommunalverwaltung insgesamt) * 100	Typ II	
	5.5	Frauenanteil in Leitungspositionen der kommunalen Unternehmen	(Anzahl Frauen in Leitungspositionen der kommunalen Unternehmen) / (Anzahl Leitungspositionen der kommunalen Unternehmen insgesamt) * 100	Typ II	
SDG 6 - Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten	6.3.1, 6.3.2, 6.3	Abwasserbehandlung	(Abwassermenge, die durch Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt wird) / (Abwassermenge insgesamt) * 100	Typ I	x
	6.3.1, 6.3.2, 6.3	Schmutzwasserbehandlung	(Schmutzwassermenge, die durch Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt wird) / (Schmutzwassermenge insgesamt) * 100	Typ I	
	6.3.1	Wasserqualität in Badegewässern	(Anzahl Badegewässer mit ausgezeichnetem, gutem oder ausreichendem Zustand) / (Anzahl Badegewässer insgesamt) * 100	Typ II	
	6.3.1	Fließwasserqualität	(Anzahl Fließgewässer mit einer ökologischer Zustandsbewertung von „sehr gut“, „gut“ oder „mäßig“) / (Anzahl Fließgewässer insgesamt) * 100	Typ II	x (SDG 14)
	6.3.1	Nitrat im Grundwasser	(Anzahl Messstellen mit Überschreitung des Grenzwertes) / (Anzahl der Messstellen insgesamt) * 100	Typ II	x
	6.6	Anteil Waldfläche	(Waldfläche) / (Fläche insgesamt) * 100	Typ I	
	6.6	Anteil Wasserfläche	(Fläche Gewässer) / (Fläche insgesamt) * 100	Typ I	
	6.a	Öffentliche Entwicklungsausgaben für Wasserversorgung und Wasserentsorgung	(Entwicklungsausgaben für Wasserversorgung und Wasserentsorgung) / (Kommunale Ausgaben insgesamt) * 100	Typ II	
	6.a	Trinkwasser- und Sanitärversorgung	Anzahl der Menschen, die neu Zugang zu Trinkwasser- und Sanitärversorgung erhalten durch kommunale Unterstützung	Typ II	
	6.b	Anschluss an öffentliche Wasserversorgung	(Anzahl Einwohner mit Anschluss an öffentliche Wasserversorgung) / (Anzahl Einwohner insgesamt) * 100	Typ I	

SDG	Nummer des Unter- bzw. Teilziels	Indikator	Beschreibung/Berechnung des Indikators	Typ	Kern-indikator
SDG 7 - Zugang zu bezahlbarer, zuverlässiger, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern	7.2	Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch	(Energiebereitstellung durch erneuerbare Energien) / (Bruttoendenergieverbrauch) * 100	Typ II	x
	7.2	Anteil des Stromes aus erneuerbaren Energien am Stromverbrauch	(Energiebereitstellung durch erneuerbare Energien) / (Bruttostromverbrauch) * 100	Typ II	
	7.2	Windenergie	(Leistung installierter Windenergie) / (Anzahl Einwohner)	Typ I	x
	7.3	Energieproduktivität	(Bruttoinlandsprodukt) / (Verbrauch Primärenergie)	Typ II	
	7.3	Endenergieverbrauch Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	(Verbrauch Endenergie Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) / (Anzahl Einwohner)	Typ I	
	7.a.2	Kommunale Investitionen in den Ausbau erneuerbare Energien	(Investitionen Ausbau erneuerbarer Energien) / (Kommunale Ausgaben insgesamt) * 100	Typ II	x
SDG 8 - Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern	8.1.1	Bruttoinlandsprodukt	(Bruttoinlandsprodukt) / (Anzahl Einwohner)	Typ I	x
	8.1.1	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	(Bruttoinlandsprodukt) / (Anzahl Erwerbstätige)	Typ I	
	8.2	Breitbandversorgung	(Anzahl Haushalte mit Breitbandversorgung (≥ 50 Mbit/s)) / (Anzahl Haushalte insgesamt) * 100	Typ II	x (SDG 9)
	8.2	Beschäftigung im Forschungsbereich	(Anzahl SvB im Wirtschaftszweig Forschung und Entwicklung) / (Anzahl SvB am Arbeitsort) * 100	Typ I	
	8.2	Hochqualifizierte	(Anzahl SvB mit akademischen Berufsabschluss am Arbeitsort) / (Anzahl SvB am Arbeitsort insgesamt) * 100	Typ I	x (SDG 9)
	8.2	Existenzgründungen	(Anzahl Neuerrichtungen von Gewerbebetrieben) / (Anzahl Einwohner) * 1000	Typ I	x (SDG 9)
	8.2	Patente	(Anzahl lokal entwickelter angemeldeter Patente) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ II	
	8.2	Energieproduktivität	(Bruttoinlandsprodukt) / (Verbrauch Primärenergie)	Typ II	
	8.2, 8.4.1	Rohstoffproduktivität	(Bruttoinlandsprodukt) / (Menge abiotisches Primärmaterial)	Typ II	
	8.2	Branchenstruktur	(Anzahl SvB im Sektor y am Arbeitsort) / (Anzahl SvB am Arbeitsort) * 100	Typ I	
	8.3.2	Größenstruktur	(Anzahl Betriebe mit maximal y Beschäftigten) / (Anzahl Betriebe insgesamt) * 100	Typ I	
	8.4.1, 8.4.2	EMAS-zertifizierte Standorte	(EMAS-zertifizierte Standorte) / (Anzahl Betriebe insgesamt) * 1000	Typ II	x (SDG 12)
	8.4.1	Recyclingquote	(Menge wiederverwerter Abfall) / (Menge Abfall insgesamt) * 100	Typ II	
	8.4.1	Abfallmenge	(Menge entsorgter Abfall) / (Anzahl Einwohner)	Typ I	x (SDG 12)
	8.4.1	Trinkwasserverbrauch	(Jährlicher Trinkwasserverbrauch (Haushalte und Kleingewerbe)) / ((Anzahl Einwohner)*(Tage pro Jahr))	Typ I	x (SDG 12)
	8.5.1	Arbeitslosigkeit	(Anzahl Arbeitslose im Alter von 15-64 Jahren) / (Anzahl SvB am Wohnort im Alter von 15-64 Jahre + Anzahl Arbeitslose im Alter von 15-64 Jahren) * 100	Typ I	
	8.5.1	Langzeitarbeitslosenquote	(Anzahl Arbeitslose mit Dauer der Arbeitslosigkeit > 1 Jahr) / (Anzahl Arbeitslose + Anzahl SvB am Wohnort) * 100	Typ I	x
	8.5.1, 8.6	Arbeitslosigkeit der Jüngeren	(Anzahl Arbeitslose im Alter von 15-24 Jahren) / (Anzahl SvB am Wohnort im Alter von 15-24 Jahre + Anzahl Arbeitslose im Alter von 15-24 Jahren) * 100	Typ I	
	8.5.1	Arbeitslosigkeit der Frauen	(Anzahl weibliche Arbeitslose im Alter von 15-64 Jahren) / (Anzahl weibliche SvB am Wohnort im Alter von 15-64 Jahren + Anzahl weibliche Arbeitslose im Alter von 15-64 Jahren) * 100	Typ I	
	8.5.1	Arbeitslosigkeit der Schwerbehinderten	(Anzahl schwerbehinderte Arbeitslose im Alter von 15-64 Jahren) / (Anzahl schwerbehinderte SvB am Wohnort im Alter von 15-64 Jahre + Anzahl schwerbehinderte Arbeitslose im Alter von 15-64 Jahren) * 100	Typ I	
	8.5.1	Beschäftigungsquote	(Anzahl SvB am Wohnort im Alter von 15-64 Jahren) / (Anzahl Einwohnern im Alter von 15-64-Jahren) * 100	Typ I	x
	8.5.1	Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern	(Anzahl SvB Frauen am Wohnort 15-64 Jahre / Anzahl Frauen 15-64 Jahre insgesamt) / (Anzahl SvB Männer am Wohnort 15-64 Jahre / Anzahl Männer 15-64 Jahre insgesamt) * 100	Typ I	x (SDG 5)
	8.5.2	Aufstocker	(Anzahl erwerbstätige ALG II-Bezieher) / (Anzahl ALG II-Bezieher insgesamt) * 100	Typ I	x
	8.5.2	Weibliche Aufstocker	(Anzahl weibliche erwerbstätige ALG II-Bezieher (ELB)) / (Anzahl weibliche erwerbsfähige Leistungsbezieher (ELB) insgesamt) * 100	Typ I	
	8.5.2	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	(Medianeinkommen SvB Frauen (vollbeschäftigt) am Arbeitsort) / (Medianeinkommen SvB Männer (vollbeschäftigt) am Arbeitsort) * 100	Typ I	x (SDG 5)
	8.6	Auszubildende	(Anzahl SvB Auszubildende am Wohnort) / (Anzahl SvB am Wohnort insgesamt) * 100	Typ I	
	8.6	Ausbildungsplätze	(Anzahl gemeldete Ausbildungsplätze) / (Anzahl der Bewerber) * 1.000	Typ I	
	8.6	Ausbildungsbetriebsquote	(Anzahl der Ausbildungsbetriebe) / (Anzahl aller Betriebe mit SvB) * 100	Typ I	
	8.6	Schulabbrecherquote	(Anzahl Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss) / (Anzahl Schulabgänger insgesamt) * 100	Typ I	x (SDG 4)
	8.6	Arbeitslosigkeit ohne Ausbildung	(Anzahl Arbeitslose im Alter von 15-64 Jahren ohne Ausbildung) / (Anzahl SvB am Wohnort im Alter von 15-64 Jahren + Anzahl Arbeitslose im Alter von 15-64 Jahren) * 100	Typ I	

"x" bedeutet, dass der Indikator als Kernindikator für das SDG ausgewählt wurde.

"x (SDG 10)" bedeutet, dass der Indikator für SDG 10 als Kernindikator ausgewählt wurde, über dessen Mehrfachzuordnung jedoch auch für dieses SDG Informationen liefert.

SDG	Nummer des Unter- bzw. Teilziels	Indikator	Beschreibung/Berechnung des Indikators	Typ	Kern-indikator
SDG 9 - Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen	9.1	Erreichbarkeit von Autobahnen, Flughäfen, Bahnhöfen, Oberzentren, Mittelzentren, Krankenhäusern	Durchschnittliche Pkw-Fahrzeit zur/zum nächsten Autobahn, Flughafen, Bahnhof, Oberzentrum, Mittelzentrum, Krankenhaus	Typ I	
	9.4	Energieproduktivität	(Bruttoinlandsprodukt) / (Verbrauch Primärenergie)	Typ II	
	9.4	Rohstoffproduktivität	(Bruttoinlandsprodukt) / (Menge abiotisches Primärmaterial)	Typ II	
	9.5.1, 9.5.3, 9.5.4	Beschäftigung im Forschungsbereich	(Anzahl SvB im Wirtschaftszweig Forschung und Entwicklung) / (Anzahl SvB am Arbeitsort insgesamt) * 100	Typ I	
	9.5.1	Wissenschaftlicher Output	(Anzahl veröffentlichte Artikel in wissenschaftlichen Fachzeitschriften) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ II	
	9.5.3	Existenzgründungen	(Anzahl Neuerrichtungen von Gewerbebetrieben) / (Anzahl Einwohner) * 1000	Typ I	x
	9.5.3	Patente	(Anzahl lokal entwickelter angemeldeter Patente) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ II	
	9.5.3, 9.5.4	Hochqualifizierte	(Anzahl SvB mit akademischen Berufsabschluss am Arbeitsort) / (Anzahl SvB am Arbeitsort insgesamt) * 100	Typ I	x
	9.5.5	Kommunale Ausgaben für Forschung und Entwicklung	(Kommunale Ausgaben für Forschung und Entwicklung) / (Kommunale Ausgaben insgesamt) * 100	Typ II	
	9.5.5	Öffentliche, internationale Unterstützung (Entwicklungshilfe und andere Leistungen) für Infrastruktur	(Kommunale Ausgaben für die internationale Unterstützung für Infrastruktur) / (Kommunale Ausgaben insgesamt) * 100	Typ II	
	9.c.1	Breitbandversorgung	(Anzahl Haushalte mit Breitbandversorgung (≥ 50 Mbit/s)) / (Anzahl Haushalte insgesamt) * 100	Typ II	x
SDG 10 - Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern	10.2.2, 10.3.2, 10.4	Einkommensverteilung - Haushalte mit niedrigem Einkommen	(Anzahl Haushalte mit Gesamtnettoeinkommen bis unter 25.000 Euro pro Jahr) / (Anzahl Haushalte insgesamt) * 100	Typ I	x
	10.2.2, 10.3.2, 10.4	Einkommensverteilung - Haushalte mit mittlerem Einkommen	(Anzahl Haushalte mit Gesamtnettoeinkommen zwischen 25.000 und 50.000 Euro pro Jahr) / (Anzahl Haushalte insgesamt) * 100	Typ I	
	10.2.2, 10.3.2, 10.4	Einkommensverteilung - Haushalte mit hohem Einkommen	(Anzahl Haushalte mit Gesamtnettoeinkommen über 50.000 Euro pro Jahr) / (Anzahl Haushalte insgesamt) * 100	Typ I	
	10.2.2, 10.3.2, 10.4	Abweichung vom Durchschnittseinkommen	(Summe Einkommen i.d. Kommune insgesamt / Anzahl SvB i.d.Kommune insgesamt) / (Summe Einkommen im Land/Bund / Anzahl SvB im Land/Bund insgesamt) * 100	Typ I	
	10.2.2	Armut - Kinderarmut	(Anzahl Nicht-Erwerbsfähiger Leistungsbezieher unter 15 Jahre + Anzahl Nicht Leistungsberechtigter in Bedarfsgemeinschaften unter 15 Jahre) / (Anzahl Einwohner im Alter von unter 15 Jahren) * 100	Typ I	x (SDG 1)
	10.2.2	Armut - Jugendarmut	(Anzahl Leistungsberechtigter im Alter von 15-17 Jahren + Anzahl Nicht Leistungsberechtigter in Bedarfsgemeinschaften im Alter von 15-17 Jahren) / (Anzahl Einwohner im Alter von 15-17 Jahren) * 100	Typ I	
	10.2.2	Armut - Altersarmut	(Anzahl Bezieher von Grundsicherung im Alter ab 65 Jahren) / (Anzahl Einwohner im Alter ab 65 Jahren) * 100	Typ I	
	10.2.2	SGB II-Quote von Ausländern	(Anzahl ausländische Leistungsberechtigte (LB) nach SGB II) / (Anzahl ausländische Einwohner im Alter unter 65 Jahre) * 100	Typ I	
	10.2.2	Altersarmut bei Ausländern	(Anzahl ausländische Empfänger von Grundsicherung im Alter nach SGB XII) / (Anzahl ausländische Einwohner im Alter ab 65 Jahren) * 100	Typ I	
	10.2.2	Kinderarmut bei Ausländern	(Anzahl Nicht-Erwerbsfähige ausländische Leistungsberechtigte (NEF) und Nicht-Erwerbsfähige Sonstige Leistungsbezieher (NESLB) im Alter unter 15 Jahren + Anzahl Nicht Leistungsberechtigte (NLB) im Alter unter 15 Jahren) / (Anzahl ausländische Einwohner im Alter unter 15 Jahren) * 100	Typ I	
	10.2.2	Erwerbstätigenquote der Personen mit Migrationshintergrund	(Anzahl SvB beschäftigte Personen mit Migrationshintergrund) / (Anzahl Personen mit Migrationshintergrund im Alter von 15-65 Jahren) * 100	Typ II	
	10.2.2	Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländern zur Beschäftigungsquote gesamt	(Anzahl ausländische SvB am Wohnort 15-64 Jahre / Anzahl Ausländer 15-64 Jahre insgesamt) / (Anzahl SvB am Wohnort 15-64 Jahre insgesamt / Anzahl Einwohner 15-64 Jahre insgesamt) * 100	Typ I	x
	10.2.2	Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern	(Anzahl SvB Frauen am Wohnort 15-64 Jahre / Anzahl Frauen 15-64 Jahre insgesamt) / (Anzahl SvB Männer am Wohnort 15-64 Jahre / Anzahl Männer 15-64 Jahre insgesamt) * 100	Typ I	x (SDG 5)
	10.2.2	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	(Medianeinkommen SvB Frauen (vollbeschäftigt) am Arbeitsort) / (Medianeinkommen SvB Männer (vollbeschäftigt) am Arbeitsort) * 100	Typ I	x (SDG 5)
	10.2.2	3-Jährige mit Migrationshintergrund in Tageseinrichtungen	(Anzahl 3-Jährige mit Migrationshintergrund in Tageseinrichtungen) / (Anzahl 3-Jähriger in Tageseinrichtungen insgesamt) * 100	Typ I	
	10.2.2	Verhältnis der Schulabbrecherquote von Ausländern zur Schulabbrecherquote gesamt	(Anzahl ausländischer Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss / Anzahl ausländischer Schulabgänger insgesamt) / (Anzahl Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss insgesamt / Anzahl Schulabgänger insgesamt) * 100	Typ I	x
	10.2.2	Verhältnis der Abiturquote von Ausländern zur Abiturquote gesamt	(Abiturquote Ausländer) / (Abiturquote insgesamt) * 100	Typ I	
	10.2.2	Studierendenquote von Ausländern	(Anzahl ausländische Studierende an Hochschulen und Fachhochschulen) / (Anzahl ausländische Einwohner im Alter von 18-25 Jahren) * 100	Typ I	
	10.2.2	Anteil weiblicher Schulabbrecher	(Anzahl weibliche Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss) / (Anzahl Schulabgänger insgesamt) * 100	Typ I	
	10.2.2	Anteil weiblicher Schulabgänger mit Fachhochschulreife / Hochschulreife	(Anzahl weibliche Schulabgänger mit Hochschul- bzw. Fachhochschulreife) / (Anzahl Schulabgänger mit Hochschul- bzw. Fachhochschulreife insgesamt) * 100	Typ I	
	10.2.2	Anteil weiblicher Studierender	(Anzahl weibliche Studierende an Hochschulen und Fachhochschulen) / (Anzahl Studierende an Hochschulen und Fachhochschulen insgesamt) * 100	Typ I	
	10.b	Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit	(Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit) / (Kommunale Ausgaben insgesamt) * 100	Typ II	x (SDG 17)

SDG	Nummer des Unter- bzw. Teilziels	Indikator	Beschreibung/Berechnung des Indikators	Typ	Kern-indikator
SDG 11 - Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen	11.1.1	Wohnungsneubau	(Anzahl fertiggestellte Wohnungen) / (Anzahl bestehender Wohnungen) * 100	Typ I	
	11.1.1	Kommunaler Wohnungsbau	(Anzahl fertiggestellte Wohnungen) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ I	
	11.1.1	Mietpreise	Durchschnittliche Nettokaltmiete je qm	Typ I	x
	11.1.1	Wohngeld	(Summe Wohngeldzahlungen) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ I	
	11.1.1	Finanzielle Beteiligung von Investoren an der Stadtentwicklung	(Summe städtebaulich-vertragliche Leistungen privater Vorhabenträger in Bebauungsplangebieten) / (Anzahl Einwohner)	Typ II	
	11.1.1	Wohnungsnah Grundversorgung	(Fläche Siedlung und Verkehr mit einem Lebensmittelgeschäft innerhalb von 300 m (Luftlinie)) / (Fläche Siedlung und Verkehr insgesamt) * 100	Typ II	
	11.2.1	Motorisierungsgrad	(Anzahl private Pkw) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ I	
	11.2.1	Umweltfreundlicherer MIV	(Anzahl zugelassene Pkws mit Hybrid-, Erdgas-, Elektro-Antrieb) / (Anzahl zugelassene Pkws insgesamt) * 100	Typ II	
	11.2.1	Modal Split	(Aufkommen Fußverkehr, Radverkehr und ÖPNV) / (Verkehrsaufkommen insgesamt) * 100	Typ II	x
	11.2.2	Barrierefreiheit des ÖPNV	(Anzahl Busse und Bahnen mit Niederflertechnik und/oder Rollstuhlrampen) / (Anzahl Busse und Bahnen insgesamt) * 100	Typ II	
	11.2.2	Barrierefreiheit der Haltestellen	(Anzahl barrierefreie Haltestellen) / (Anzahl Haltestellen insgesamt) * 100	Typ II	
	11.2.2	Anzahl der Unfälle	(Anzahl der Straßenverkehrsunfälle) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ I	
	11.2.2	Verunglückte im Verkehr	(Anzahl verletzte oder getötete Personen bei Verkehrsunfällen) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ I	x
	11.3.1	Flächenverbrauch	(Siedlungs- und Verkehrsfläche) / (Gesamtfläche) * 100	Typ I	x
	11.3.1	Intensität der Flächennutzung	(Siedlungs- und Verkehrsfläche) / (Anzahl Einwohner)	Typ I	
	11.3.1	Flächenbedarf von Arbeitsplätzen	(Anzahl SvB am Arbeitsort) / (Gewerbefläche)	Typ I	
	11.3.1	Naturschutzflächen	(Fläche Natura 2000-Gebiete, Landschafts- und Naturschutzgebiete, Naturparks und Nationalparke) / (Fläche insgesamt) * 100	Typ II	x (SDG 15)
	11.3.1	Landschaftsqualität und Artenvielfalt	(Tatsächlicher Wert des Index für den Bestand an Vogelarten) / (Zielwert des Index für Bestand an Vogelarten) * 100	Typ II	x (SDG 15)
	11.3.1, 11.7	Naherholungsflächen	(Erholungsfläche) / (Anzahl Einwohner)	Typ I	x
	11.3.1	Anschluss an öffentliche Wasserversorgung	(Anzahl Einwohner mit Anschluss an öffentliche Wasserversorgung) / (Anzahl Einwohner insgesamt) * 100	Typ I	
	11.3.2	Kommunen mit direkter, regelmäßig und demokratisch arbeitender Beteiligungsstruktur der Zivilgesellschaft in der Regional- bzw. Stadtplanung und im Management	Kommunen mit direkter, regelmäßig und demokratisch arbeitender Beteiligungsstruktur der Zivilgesellschaft in der Regional- bzw. Stadtplanung und im Management	Typ II	
	11.4	Ausgaben für den Erhalt, den Schutz und die Wahrung allen Kultur- und Naturerbes	(Kommunale Ausgaben für die Erhaltung, den Schutz und Wahrung allen Kultur- und Naturerbes) / (Kommunale Ausgaben insgesamt) * 100	Typ II	
	11.5	Todesfälle, vermisste Personen und Anzahl direkt betroffener Personen durch Katastrophen	(Anzahl Todesfälle, vermisste Personen und direkt betroffener Personen durch Katastrophen) / (Anzahl Einwohner) * 100.000	Typ II	
	11.5	Unmittelbarer wirtschaftlicher Schaden durch Katastrophen	(Summe unmittelbarer wirtschaftlicher Schaden durch Katastrophen) / (Anzahl Einwohner)	Typ II	
	11.6	Abfallmenge	(Menge entsorgter Abfall) / (Anzahl Einwohner)	Typ I	x (SDG 12)
	11.6	Recyclingquote	(Menge wiederverwerter Abfall) / (Menge Abfall insgesamt) * 100	Typ II	
	11.6	Wertstoffe	(Menge Wertstoffe in Haushaltsabfällen) / (Menge Haushaltsmüll insgesamt) * 100	Typ I	
	11.6	CO ₂ -Ausstoß - CO ₂ -Ausstoß der privaten Haushalte	(Menge CO ₂ -Emission der privaten Haushalte) / (Anzahl Einwohner)	Typ II	x (SDG 13)
	11.6	CO ₂ -Ausstoß - CO ₂ -Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen	(Menge CO ₂ -Emission von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen) / (Anzahl Einwohner)	Typ II	
	11.6	CO ₂ -Ausstoß - CO ₂ -Ausstoß des Verkehrs	(Menge CO ₂ -Emission durch den Verkehr) / (Anzahl Einwohner)	Typ II	
	11.6	Luftqualität	Emissionen von Luftschadstoffen (Schwefeldioxid, Stickoxide, Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen und Feinstaub)	Typ II	x (SDG 3)
	11.7	Spielplatzflächen	(Spielplatzfläche) / (Anzahl Einwohner 0-15 Jahre)	Typ II	
	11.7	Gewaltkriminalität	(Anzahl der Straftaten gegen das Leben, die sexuelle Selbstbestimmung und die persönliche Freiheit) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ I	
	11.7	Straftaten	(Anzahl polizeilich bekanntgewordene Straftaten) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ I	x (SDG 16)
	11.7	Eigentumsdelikte	(Anzahl Diebstähle und Unterschlagungen) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ I	
	11.a	Kommunen, die städtische und regionale Entwicklungspläne implementieren, welche auf Bevölkerungsprognosen und Ressourcenbedarf basieren	Nutzung städtischer und regionaler Entwicklungspläne, welche auf Bevölkerungsprognosen und Ressourcenbedarf basieren	Typ II	
	11.b.1	Kommunale Klimaschutzkonzepte	Existenz eines kommunalen Klimaschutzkonzepts	Typ II	
	11.b.2	Kommunale Katastrophenrisikominderungsstrategien im Einklang mit dem Sendai Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge 2015-2030	Existenz einer Katastrophenrisikominderungsstrategie im Einklang mit dem Sendai Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge 2015-2030	Typ II	

"x" bedeutet, dass der Indikator als Kernindikator für das SDG ausgewählt wurde.

"x (SDG 10)" bedeutet, dass der Indikator für SDG 10 als Kernindikator ausgewählt wurde, über dessen Mehrfachzuordnung jedoch auch für dieses SDG Informationen liefert.

SDG	Nummer des Unter- bzw. Teilziels	Indikator	Beschreibung/Berechnung des Indikators	Typ	Kern-indikator
SDG 12 - Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen	12.2	Rohstoffproduktivität	(Bruttoinlandsprodukt) / (Menge abiotisches Primärmaterial)	Typ II	
	12.2	Energieproduktivität	(Bruttoinlandsprodukt) / (Verbrauch Primärenergie)	Typ II	
	12.2	Endenergieverbrauch Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	(Verbrauch Endenergie Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) / (Anzahl Einwohner)	Typ I	
	12.2	Abwasserbehandlung	(Abwassermenge, die durch Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt wird) / (Abwassermenge insgesamt) * 100	Typ I	x (SDG 6)
	12.2	Schmutzwasserbehandlung	(Schmutzwassermenge, die durch Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt wird) / (Schmutzwassermenge insgesamt) * 100	Typ I	
	12.2	Trinkwasserverbrauch	(Jährlicher Trinkwasserverbrauch (Haushalte und Kleingewerbe)) / ((Anzahl Einwohner) * (Tage pro Jahr))	Typ I	x
	12.2, 12.5	Recyclingquote	(Menge wiederverwerter Abfall) / (Menge Abfall insgesamt) * 100	Typ II	
	12.2, 12.5	Abfallmenge	(Menge entsorgter Abfall) / (Anzahl Einwohner)	Typ I	x
	12.3.1	Nahrungsmittelverluste auf Einzelhandels- und Verbraucherebene	(Menge Nahrungsmittelverlust auf Einzelhandels- und Verbraucherebene) / (Anzahl Einwohner)	Typ II	
	12.3.2	Nahrungsmittelverluste in der Produktions- und Lieferkette	(Menge Nahrungsmittelverlust in der Produktions- und Lieferkette) / (Anzahl Einwohner)	Typ II	
	12.4	Sondermüll	(Menge erzeugte gefährliche Abfälle) / (Anzahl Einwohner)	Typ I	
	12.6	EMAS-zertifizierte Standorte	(EMAS-zertifizierte Standorte) / (Anzahl Betriebe insgesamt) * 1000	Typ II	x
	12.6	Nachhaltige Beschaffung bei Investitionsgütern	(Anzahl beschaffte Investitionsgüter aus nachhaltiger Produktion) / (Anzahl beschaffte Investitionsgüter)	Typ II	
	12.7	Nachhaltige Beschaffung bei Verbrauchsmaterial	(Menge verbrauchtes Recyclingpapier in kommunalen Einrichtungen) / (Menge verbrauchtes Papier in kommunalen Einrichtungen insgesamt) * 100	Typ II	
	12.7	Ausgaben für fair gehandelte Produkte	(Kommunale Ausgaben für fair gehandelte Produkte) / (Kommunale Ausgaben insgesamt) * 100	Typ II	
	12.8	Schulen mit Ökoschulprogrammen / Umweltzertifikaten / Beteiligung an BNE-Projekten	(Anzahl Schulen, die an Ökoschulprogrammen teilnehmen, Umweltzertifikate vorweisen können oder an BNE-Projekten beteiligt sind) / (Anzahl Schulen insgesamt) * 100	Typ II	
	12.b.1, 12.b.2	Nachhaltige Tourismusstrategien oder -politik	Existenz einer nachhaltigen Tourismusstrategie bzw. -politik	Typ II	
SDG 13 - Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen	13.1	Todesfälle, vermisste Personen und Anzahl direkt betroffener Personen durch Katastrophen	(Anzahl Todesfälle, vermisste Personen und direkt betroffener Personen durch Katastrophen) / (Anzahl Einwohner) * 100.000	Typ II	
	13.1	Unmittelbarer wirtschaftlicher Schaden durch Katastrophen	(Summe unmittelbarer wirtschaftlicher Schaden durch Katastrophen) / (Anzahl Einwohner)	Typ II	
	13.2	CO ₂ -Ausstoß - CO ₂ -Ausstoß der privaten Haushalte	(Menge CO ₂ -Emission der privaten Haushalte) / (Anzahl Einwohner)	Typ II	x
	13.2	CO ₂ -Ausstoß - CO ₂ -Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen	(Menge CO ₂ -Emission von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen) / (Anzahl Einwohner)	Typ II	
	13.2	CO ₂ -Ausstoß - CO ₂ -Ausstoß des Verkehrs	(Menge CO ₂ -Emission durch den Verkehr) / (Anzahl Einwohner)	Typ II	
	13.2	Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch	(Energiebereitstellung durch erneuerbare Energien) / (Bruttoendenergieverbrauch) * 100	Typ II	x (SDG 7)
	13.2	Anteil des Stromes aus erneuerbaren Energien am Stromverbrauch	(Energiebereitstellung durch erneuerbare Energien) / (Bruttostromverbrauch) * 100	Typ II	
	13.2	Windenergie	(Leistung installierter Windenergie) / (Anzahl Einwohner)	Typ I	x (SDG 7)
	13.2	Energieproduktivität	(Bruttoinlandsprodukt) / (Verbrauch Primärenergie)	Typ II	
	13.2	Endenergieverbrauch Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	(Verbrauch Endenergie Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) / (Anzahl Einwohner)	Typ I	
	13.2	Kommunale Investitionen in den Ausbau erneuerbare Energien	(Investitionen Ausbau erneuerbarer Energien) / (Kommunale Ausgaben insgesamt) * 100	Typ II	x (SDG 7)
	13.3	Kommunale Klimaschutzkonzepte	Existenz eines kommunalen Klimaschutzkonzepts	Typ II	
	13.3	Ausgaben für kommunale Klimapartnerschaften	(Ausgaben für kommunale Klimapartnerschaften) / (Kommunale Ausgaben insgesamt) * 100	Typ II	
SDG 14 - Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen	14.1	Ökologischer Zustand der Übergangs- und Küstengewässer	(Anzahl Übergangs- und Küstengewässer in mindestens gutem Zustand) / (Anzahl Übergangs- und Küstengewässer insgesamt) * 100	Typ II	
	14.1	Fließwasserqualität	(Anzahl Fließgewässer mit einer ökologischen Zustandsbewertung von „sehr gut“, „gut“ oder „mäßig“) / (Anzahl Fließgewässer insgesamt) * 100	Typ II	x
	14.1	CO ₂ -Ausstoß - CO ₂ -Ausstoß der privaten Haushalte	(Menge CO ₂ -Emission der privaten Haushalte) / (Anzahl Einwohner)	Typ II	x (SDG 13)
	14.1	CO ₂ -Ausstoß - CO ₂ -Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen	(Menge CO ₂ -Emission von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen) / (Anzahl Einwohner)	Typ II	
	14.1	CO ₂ -Ausstoß - CO ₂ -Ausstoß des Verkehrs	(Menge CO ₂ -Emission durch den Verkehr) / (Anzahl Einwohner)	Typ II	
	14.1	Abwasserbehandlung	(Abwassermenge, die durch Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt wird) / (Abwassermenge insgesamt) * 100	Typ I	x (SDG 6)
	14.1	Schmutzwasserbehandlung	(Schmutzwassermenge, die durch Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt wird) / (Schmutzwassermenge insgesamt) * 100	Typ I	

SDG	Nummer des Unter- bzw. Teilziels	Indikator	Beschreibung/Berechnung des Indikators	Typ	Kern-indikator
SDG 15 - Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen	15.1, 15.2.1	Anteil Waldfläche	(Waldfläche) / (Fläche insgesamt) * 100	Typ I	
	15.1, 15.2.1	Waldfläche je Einwohner	(Waldfläche) / (Anzahl Einwohner)	Typ I	
	15.1	Eutrophierung der Ökosysteme	(Anzahl Ökosysteme, die von Eutrophierung betroffenen sind) / (Anzahl Ökosysteme insgesamt) * 100	Typ II	
	15.1	Stickstoffüberschuss	(Stickstoffüberschuss) / (Fläche landwirtschaftlicher Nutzung)	Typ I	x (SDG 2)
	15.1, 15.5.1	Naturschutzflächen	(Fläche Natura 2000-Gebiete, Landschafts- und Naturschutzgebiete, Naturparks und Nationalparks) / (Fläche insgesamt) * 100	Typ II	x
	15.1	Flächenverbrauch	(Siedlungs- und Verkehrsfläche) / (Gesamtfläche) * 100	Typ I	x (SDG 11)
	15.1	Erosionsgefährdung durch Wasser	(Anzahl Ackerböden mit Erosionsgefährdung) / (Anzahl Ackerböden insgesamt) * 100	Typ II	
	15.1	Nitrat im Grundwasser	(Anzahl Messstellen mit Überschreitung des Grenzwertes) / (Anzahl der Messstellen insgesamt) * 100	Typ II	x (SDG 6)
	15.1	Fließwasserqualität	(Anzahl Fließgewässer mit einer ökologischen Zustandsbewertung von „sehr gut“, „gut“ oder „mäßig“) / (Anzahl Fließgewässer insgesamt) * 100	Typ II	x (SDG 14)
	15.2.1	Nachhaltige Forstwirtschaft	(Waldfläche mit PEFC- bzw. FSC-Zertifizierung) / (Waldfläche insgesamt) * 100	Typ II	x
	15.3.2	Degradierete Flächen	(Fläche, die degradiert ist) / (Fläche insgesamt) * 100	Typ II	
	15.5.2	Landschaftsqualität und Artenvielfalt	(Tatsächlicher Wert des Index für den Bestand an Vogelarten) / (Zielwert des Index für Bestand an Vogelarten) * 100	Typ II	x
	15.7	Unerlaubte Wilderei	(Anzahl Fälle unerlaubter Wilderei) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ II	
	15.9.1, 15.9.2	Berücksichtigung lokaler Biodiversitätswerte in der Entwicklungsplanung	Lokale Biodiversitätswerte werden in der Entwicklungsplanung berücksichtigt	Typ II	
	15.a	Kommunale Ausgaben zum Erhalt genetischer Vielfalt	(Kommunale Ausgaben zum Erhalt genetischer Vielfalt) / (Kommunale Ausgaben insgesamt) * 100	Typ II	
	15.b.1	Kommunale Ausgaben zum Erhalt der Wälder	(Kommunale Ausgaben zum Erhalt der Wälder) / (Kommunale Ausgaben insgesamt) * 100	Typ II	
SDG 16 - Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen	16.1	Opfer vorsätzlicher Tötung	(Anzahl vorsätzliche Tötungen) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ II	
	16.1	Todesfälle im Rahmen von Konflikten	(Anzahl Todesfälle im Rahmen von Konflikten) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ II	
	16.1	Gewaltkriminalität	(Anzahl der Straftaten gegen das Leben, die sexuelle Selbstbestimmung und die persönliche Freiheit) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ I	
	16.2	Kinder, die durch ihre Betreuer körperlich bestraft wurden oder psychische Aggression erlebt haben	(Anzahl Kinder, die durch ihre Betreuer körperlich bestraft oder psychische Aggression erlebt haben) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ II	
	16.2	Opfer von sexueller Gewalt der unter 18-Jährigen	(Anzahl Fälle von sexueller Gewalt an Kinder/Jugendliche im Alter unter 18 Jahren) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ II	
	16.2	Opfer von Menschenhandel	(Anzahl Fälle von sexueller Gewalt an Kinder/Jugendliche im Alter unter 18 Jahren) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ II	
	16.4.3	Straftaten	(Anzahl polizeilich bekanntgewordene Straftaten) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ I	x
	16.4.3	Eigentumsdelikte	(Anzahl Diebstähle und Unterschlagungen) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ I	
	16.4.3	Wohnungseinbruchdiebstahl	(Anzahl Wohnungseinbruchdiebstähle) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ I	
	16.5	Bevölkerung, die einen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bestochen hat oder von diesem nach einer Bestechung gefragt wurde	(Anzahl Einwohner der Kommune, die den Eindruck haben, dass während ihrer Interaktionen mit der öffentlichen Einrichtung, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes bestechlich waren) / (Anzahl Einwohner insgesamt) * 100	Typ II	
	16.5	Unternehmen, die einen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bestochen haben oder die von diesem nach einer Bestechung gefragt wurden	(Anzahl Unternehmen, die mindestens einen Kontakt mit einem Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Kommune hatten und eine Bestechung zahlten oder nach einer Bestechung gefragt wurden) / (Anzahl Unternehmen, die mindestens einen Kontakt mit einem Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Kommune hatten insgesamt) * 100	Typ II	
	16.6	Kommunale Ausgaben in Relation zum ursprünglich genehmigten Haushalt	(Tatsächlich getätigte Ausgaben des kommunalen Haushalts) / (Ursprünglich vorgesehene Ausgaben des kommunalen Haushalts) * 100	Typ II	
	16.6	Liquiditätskredite	(Liquiditätskredite (Kernhaushalt)) / (Anzahl Einwohner)	Typ I	
	16.6	Schuldendeckungsquote	(Gesamtverschuldung der Kommune) / (Anlagevermögen) * 100	Typ I	
	16.6	Verschuldung im Kernhaushalt	(Verschuldung im Kernhaushalt der Kommune) / (Anzahl Einwohner)	Typ I	x
	16.6	Kommunale Online-Dienstleistungen	(Anzahl Dienstleistungen der kommunalen Behörden, die Online durchführbar sind) / (Anzahl kommunale Dienstleistungen insgesamt) * 100	Typ II	
	16.6	Bruttoinvestitionen	(Summe Bruttoinvestitionen (Konzern Kommune)) / (Anzahl Einwohner)	Typ I	
	16.7	Informelle Bürgerbeteiligung	(Anzahl der informellen Beteiligungsverfahren) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ II	x
	16.7	Bürgerbegegnungsstätten	(Anzahl der Bürgerbegegnungsstätten (Bürgertreffs, Mehrgenerationentreffs, etc.)) / (Anzahl Einwohner) * 1.000	Typ II	
	16.7	Beteiligung bei Wahlen zum Gemeinderat und Kreistag	(Anzahl Stimmberechtigte, die ihre Stimme zur Wahl des Gemeinderates, Kreistages abgegeben haben) / (Anzahl Stimmberechtigte insgesamt) * 100	Typ II	
	16.7	Beteiligung bei Wahlen zum Landtag, Bundestag, Europaparlament	(Anzahl Stimmberechtigte, die ihre Stimme zur Wahl des Landtages, Bundestages, Europaparlaments abgegeben haben) / (Anzahl Stimmberechtigte insgesamt) * 100	Typ I	
	16.7	Engagementquote	Anteil freiwillig Engagierter an der Bevölkerung	Typ II	

"x" bedeutet, dass der Indikator als Kernindikator für das SDG ausgewählt wurde.

"x (SDG 10)" bedeutet, dass der Indikator für SDG 10 als Kernindikator ausgewählt wurde, über dessen Mehrfachzuordnung jedoch auch für dieses SDG Informationen liefert.

SDG	Nummer des Unter- bzw. Teilziels	Indikator	Beschreibung/Berechnung des Indikators	Typ	Kern-indikator
SDG 17 - Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben	17.3, 17.16	Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit	(Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit) / (Kommunale Ausgaben insgesamt) * 100	Typ II	x
	17.14	Kommunen mit Politikkohärenzmechanismen für nachhaltige Entwicklung	Existenz von Politikkohärenzmechanismen für nachhaltige Entwicklung	Typ II	
	17.16	Ausgaben für fair gehandelte Produkte	(Kommunale Ausgaben für fair gehandelte Produkte) / (Kommunale Ausgaben insgesamt) * 100	Typ II	x
	17.16, 17.17	Kommunale Programme im Bereich Eine-Welt-Politik	Anzahl der Programme der Kommune im Bereich Eine-Welt-Politik	Typ II	
	17.16, 17.17	(Projekt-)Partnerschaften mit Kommunen aus Entwicklungsländern	Anzahl der (Projekt-)Partnerschaften mit Kommunen aus Entwicklungsländern	Typ II	
	17.19	Kommunale Programme im Bereich Eine-Welt-Politik mit dem Schwerpunkt Nachhaltige Entwicklung	Anzahl der Programme der Kommune im Bereich Eine-Welt-Politik mit Schwerpunkt Nachhaltige Entwicklung	Typ II	

6.3 Erhebung und Analyse der Indikatorenwerte (Übersicht)

SDG	Nr.	Kernindikator	Typ	Datenquelle	Verfügbare Ebenen	Verfügbarer Zeitraum
SDG 1	1	SGB II-/SGB XII-Quote	Typ I	Statistische Ämter der Länder, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Gemeinden, Kreise	2006-2016
	2a	Armut - Kinderarmut	Typ I	Statistische Ämter der Länder, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Gemeinden, Kreise	2006-2016
	2b	Armut - Jugendarmut		Statistische Ämter der Länder, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Gemeinden, Kreise	2006-2016
	2c	Armut - Altersarmut		Statistische Ämter der Länder / des Bundes, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Kreise	2006-2016
SDG 2	3	Kinder mit Übergewicht	Typ II			
	4	Ökologische Landwirtschaft	Typ II			
	5	Stickstoffüberschuss	Typ I	Universität Gießen	Kreise	2006-2016
SDG 3	6	Vorzeitige Sterblichkeit	Typ I	Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Kreise	2006-2016
	7	Ärzteversorgung	Typ I	Statistische Ämter der Länder, BBSR (Kassenärztliche Bundesvereinigung), ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Kreise	2006-2015
	8	Luftqualität	Typ II			
SDG 4	9	Schulabbrecherquote	Typ I	Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Kreise	2006-2016
	10a	Betreuung von Kindern - Unter 3-Jährige in Tageseinrichtungen	Typ I	Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Kreise	2006-2016
	10b	Betreuung von Kindern - 3- bis 5-Jährige in Tageseinrichtungen		Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Kreise	2006-2016
	11	Exklusionsquote	Typ I	Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Kreise	2006-2016
SDG 5	12	Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern	Typ I	Statistische Ämter der Länder, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Gemeinden, Kreise	2006-2016
	13	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	Typ I	BBSR (Bundesagentur für Arbeit), ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Kreise	2014-2015
	14	Frauenanteil in Stadträten und Kreistagen	Typ I	BBSR, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Kreise	2013 / 2015
SDG 6	15	Abwasserbehandlung	Typ I	Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Kreise	2007 / 2010 / 2013
	16	Nitrat im Grundwasser	Typ II			
SDG 7	17	Anteil Erneuerbarer Energien am Energieverbrauch	Typ II			
	18	Windenergie	Typ I	Statistische Ämter der Länder, BBSR (Betreiber-Datenbasis), ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Kreise	2013-2015
	19	Kommunale Investitionen in den Ausbau erneuerbare Energien	Typ II			
SDG 8	20	Bruttoinlandsprodukt	Typ I	Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Kreise	2006-2016
	21	Langzeitarbeitslosenquote	Typ I	Statistische Ämter der Länder / des Bundes, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Gemeinden, Kreise	2008-2016
	22	Beschäftigungsquote	Typ I	Statistische Ämter der Länder, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Gemeinden, Kreise	2006-2016
	23	Aufstocker	Typ I	Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Gemeinden, Kreise	2006-2016
SDG 9	24	Existenzgründungen	Typ I	Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Kreise	2006-2016
	25	Hochqualifizierte	Typ I	Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Gemeinden, Kreise	2006-2016
	26	Breitbandversorgung	Typ II			
SDG 10	27a	Einkommensverteilung - Haushalte mit niedrigem Einkommen	Typ I	Nexiga GmbH, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Gemeinden, Kreise	2006-2016
	27b	Einkommensverteilung - Haushalte mit mittlerem Einkommen		Nexiga GmbH, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Gemeinden, Kreise	2006-2016
	27c	Einkommensverteilung - Haushalte mit hohem Einkommen		Nexiga GmbH, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Gemeinden, Kreise	2006-2016
	28	Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländern zur Beschäftigungsquote gesamt	Typ I	Statistische Ämter der Länder, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Gemeinden, Kreise	2006-2016
	29	Verhältnis der Schulabbrecherquote von Ausländern zur Schulabbrecherquote gesamt	Typ I	Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Kreise	2006-2016

SDG	Nr.	Kernindikator	Typ	Datenquelle	Verfügbare Ebenen	Verfügbarer Zeitraum
SDG 11	30	Mietpreise	Typ I	BBSR	Kreis	2006-2016
	31	Modal Split	Typ II			
	32	Verunglückte im Verkehr	Typ I	Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Gemeinden, Kreise	2008-2016
	33	Flächenverbrauch	Typ I	Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Gemeinden, Kreise	2006-2016
	34	Naherholungsflächen	Typ I	Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Gemeinden, Kreise	2006-2016
SDG 12	35	Trinkwasserverbrauch	Typ I	Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Kreise	2007 / 2010 / 2013
	36	Abfallmenge	Typ I	Statistische Ämter der Länder / des Bundes, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Kreise	2006-2016
	37	EMAS-zertifizierte Standorte	Typ II			
SDG 13	38a	CO ₂ -Ausstoß - CO ₂ -Ausstoß der privaten Haushalte	Typ II			
	38b	CO ₂ -Ausstoß - CO ₂ -Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen				
	38c	CO ₂ -Ausstoß - CO ₂ -Ausstoß des Verkehrs				
SDG 14	39	Fließwasserqualität	Typ II			
SDG 15	40	Naturschutzflächen	Typ II			
	41	Nachhaltige Forstwirtschaft	Typ II			
	42	Landschaftsqualität und Artenvielfalt	Typ II			
SDG 16	43	Straftaten	Typ I	Statistische Ämter der Länder, Bundeskriminalamt, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung	Kreise	2014-2016
	44	Verschuldung im Kernhaushalt	Typ I	Statistische Ämter der Länder, FORA mbH, Bertelsmann Stiftung	Gemeinden, Kreise	2006-2016
	45	Informelle Bürgerbeteiligung	Typ II			
SDG 17	46	Ausgaben für Entwicklungs-zusammenarbeit	Typ II			
	47	Ausgaben für fair gehandelte Produkte	Typ II			

6.4 Bereitstellung der Ergebnisse (Handlungsanleitung)

Über die Website des Wegweisers Kommune (www.wegweiser-kommune.de) werden kommunale Daten zu den SDG-Indikatoren vom Typ I zur Verfügung gestellt. Hierbei handelt es sich um die SDG-Indikatoren, die als qualitativ gut und auch flächendeckend gut verfügbar eingestuft wurden. Flächendeckend gut verfügbar bedeutet, dass die Indikatorenwerte zumindest auf Ebene der Kreise und Kreisfreien Städte aus zentralen Quellen gewonnen werden können. Grundsätzlich können über den Wegweiser Kommune Daten für alle Städte und Gemeinden über 5.000 Einwohner sowie alle Landkreise abgerufen werden.

Bei dem Wegweiser Kommune handelt es sich um ein Informationssystem der Bertelsmann Stiftung, das Daten und Visualisierungen („Statistik“), gute Beispiele („Projekte“), Studien und Handlungsempfehlungen („Themen“) sowie ergänzende Inhalte („Services“) zu Politikfeldern wie Bildung, Demographischer Wandel, Finanzen, Integration, Pflege, Soziale Lage, Wirtschaft & Arbeit und – ab 2018 – auch für den Bereich „Nachhaltigkeit / SDGs“ zur Verfügung stellt.

- Statistik:

Für einzelne Kommunen können Daten zu den o. g. Politikfeldern angefordert und auf unterschiedliche Weise graphisch dargestellt werden. Zudem können die Daten einzelner Kommunen mit denen anderer Kommunen, dem Landesdurchschnittswert und ggf. dem Kreisdurchschnittswert verglichen sowie für verschiedene Zeiträume abgerufen werden. Zur graphischen Darstellung werden Balken- und Liniendiagramme sowie Tabellen angeboten. Die Daten können in unterschiedlichen Dateiformaten heruntergeladen werden.

- Projekte:

In dieser Rubrik werden zahlreiche gute Beispiele aus Städten, Kreisen und Gemeinden vorgestellt. Die Darstellung der Praxisbeispiele erfolgt nach den Kriterien Ausgangslage, Ziele, Umsetzung und Erfolge. Für jedes Beispiel wird außerdem ein Kontakt für weitere Informationen angegeben.

- Themen:

In diesem Bereich sind Studien, Handlungsempfehlungen oder Konzepte zu einzelnen Themen eingestellt. Außerdem finden sich hier interessante Links mit ergänzenden, themenbezogenen Informationen.

- Services:

Weitere Services umfassen standardisierte, kommunale Berichte zu einzelnen Themen, methodische Hinweise zur Definition der Indikatoren, zur Gewinnung und Aufbereitung der Daten sowie eine Übersicht aller Kommunen, für die statistischen Daten im Wegweiser Kommune vorliegen. Um bestimmte kommunale Daten abzurufen, muss zunächst der Name der Kommune eingegeben werden (Schritt 1 „Kommune wählen“). Anschließend ist das gewünschte Thema auszuwählen (Schritt 2 „Thema wählen“); hierbei ist auch der gewünschte Datentyp (z. B. Ist- oder Prognose-Daten) zu bestimmen. Darüber hinaus sind noch der Zeitraum zu definieren (Schritt 3 „Zeitraum wählen“) und der Vergleichsmaßstab festzulegen (Schritt 4 „Vergleich wählen“).

In den Wegweiser Kommune ist schließlich ein Blog integriert, in dem laufend interessante Beiträge zu aktuellen, kommunalrelevanten Themen nachzulesen sind.

Die Bereitstellung der SDG-Indikatoren vom Typ I ist zukünftig auch über die INKAR-Plattform (www.inkar.de) des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) geplant. INKAR enthält bereits zahlreiche Indikatoren und Daten zur Stadt- und Raumentwicklung.

6.5 Nachhaltige Entwicklungsziele für Kommunen (Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetages vom 16./17. April 2018 – 418. Sitzung in Augsburg)



Nachhaltige Entwicklungsziele für Kommunen

(Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetages
vom 16./17. April 2018 – 418. Sitzung in Augsburg)

1. Das Präsidium bekräftigt die Unterstützung der internationalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals - SDG) und empfiehlt den Mitgliedsstädten ein indikatorgestütztes Monitoring.
2. Das Präsidium stellt fest, dass das Projekt „SDG-Indikatoren für Kommunen“ unter breiter Beteiligung vieler kommunaler Akteure umgesetzt wurde. Die Ergebnisse stellen somit eine gute Basis für ein kommunales Monitoring dar. Gleichzeitig verweist das Präsidium darauf, dass aufgrund der unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten in den Städten die Erhebung der Indikatoren weiterhin freiwillig bleiben muss.
3. Das Präsidium fordert Bund und Länder auf, den von kommunaler Seite erarbeiteten Indikatorensatz bei einer Berichterstattung auf europäischer und internationaler Ebene, beispielsweise gegenüber den Vereinten Nationen, zu berücksichtigen, um doppelte Strukturen und Mehrarbeit auf allen Ebenen zu vermeiden.

6.6 Mitglieder und Ansprechpartner der Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“

| BertelsmannStiftung

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Oliver Haubner
Telefon: +49 5241 81 81119
E-Mail: oliver.haubner@bertelsmann-stiftung.de

Henrik Riedel
Telefon: +49 5241 81 81266
E-Mail: henrik.riedel@bertelsmann-stiftung.de



**Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung**

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
Deichmanns Aue 31-37
53179 Bonn

Antonia Milbert
Telefon: +49 228 99401 2256
E-Mail: antonia.milbert@bbr.bund.de

Dr. André Müller
Telefon: +49 228 99401 2341
E-Mail: andre.mueller@bbr.bund.de



**DEUTSCHER
LANDKREISTAG**

Deutscher Landkreistag
Lennéstraße 11
10785 Berlin

Dr. Torsten Mertins
Telefon: +49 30 590097 311
E-Mail: torsten.mertins@landkreistag.de



Deutscher Städtetag
Gereonstraße 18 - 32
50670 Köln

Sabine Drees
Telefon: +49 221 3771 214
E-Mail: sabine.drees@staedtetag.de

Dr. Timo Munzinger
Telefon: +49 221 3771 277
E-Mail: timo.munzinger@staedtetag.de



Deutscher Städte- und Gemeindebund
Marienstr. 6
12207 Berlin

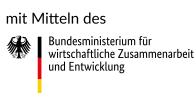
Alexander Handschuh
Telefon: +49 30 77307 253
E-Mail: alexander.handschuh@dstgb.de



Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin

Dr. Busso Grabow
Telefon: +49 30 39001 248
E-Mail: grabow@difu.de

Dr. Jochen Roose
Telefon: +49 30 39001 198
E-Mail: roose@difu.de



Engagement Global gGmbH *
Servicestelle Kommunen in den Einen Welt
Tulpenfeld 7
53113 Bonn

Annette Turmann
Telefon: +49 228 2071 7335
E-Mail: annette.turmann@engagement-global.de

Dr. Stefan Wilhelmy
Telefon: +49 228 2071 7300
E-Mail: stefan.wilhelmy@engagement-global.de



Hagen, den 19.10.2018

Vorschlag zur Tagesordnung gem. § 6 (1)

hier: Standardisierte Indikatoren-Erhebung zur kommunalen Umsetzung der Agenda 2030

„Beschlussvorschlag:

Die Stadt Hagen legt jährlich zum 01.09. einen Bericht zur kommunalen Umsetzung der Agenda 2030 vor und verwendet dazu das standardisierte Indikatorenset für Kommunen, das von Städtetag, Difu und Bertelsmann-Stiftung erarbeitet worden ist.“

Zum eingereichten Beschlussvorschlag werden von der Umweltverwaltung folgende Informationen aufgeführt:

Vorlauf:

Der Rat der Stadt Hagen hat am 10.12.2015, die "2030 Agenda - Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten" beschlossen. Hierzu hatte der Deutsche Städtetag eine Resolution entworfen, die Hagen und einige andere Städte zwischenzeitlich in ihre Zielvorstellungen aufgenommen haben.

Die Landesarbeitsgemeinschaft LAG 21 NRW e.V. und die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt - SKEW (Engagement Global gGmbH) haben das Projekt „Global nachhaltige Kommune in NRW“ nun erneut für weitere Modellkommunen in NRW ausgeschrieben. Das Projekt „Global nachhaltige Kommune in NRW“ stellt ein zeitlich und inhaltlich gut passendes Angebot dar, um den Ratsauftrag von 2015 umzusetzen und den Nachhaltigkeitsprozess unter Einbindung externer Fachexpertise und Moderation weiter auszubauen und deutlich voranzubringen. Der Bearbeitungsaufwand ist durch die Wahrnehmung des Beratungsangebotes der LAG21 zudem überschaubar. Solche Nachhaltigkeitsstrategien sind wichtige Voraussetzungen für erfolgreiche Bewerbungen um Fördergelder bei Land, Bund und EU.

Die Stadt Hagen ist 2017 der LAG21 beigetreten und hat zum Projekt „Global nachhaltige Kommune in NRW“ eine Initiativbewerbung abgegeben.

Dabei soll die standardisierte Indikatorensystematik (u.a.) der Bertelsmann Stiftung angewendet aber gleichzeitig ein strategisches Steuerungsinstrument eingeführt werden, welches auf die spezifischen kommunalen Bedarfe der Stadt Hagen eingeht und ein abgestimmtes Handlungsprogramm zur Verfügung stellt.

Aktueller Stand:

Hierzu ist die Absprache mit dem Fördermittelgeber der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung noch nicht beendet. Allerdings ist bei der LAG 21 beachtet, dass die Stadt Hagen in der Warteschleife ist.

Genauer beschreibt diese Vorgehensweise die LAG 21:

Quantitative Indikatoren spielen im Projekt Global Nachhaltige Kommune NRW (GNK NRW) zu zwei Zeitpunkten eine wichtige Rolle. Zunächst dienen sie im Zuge der **Bestandsaufnahme** dazu aktuelle kommunale Entwicklungstrends aufzuzeigen und zu interpretieren, die für eine Nachhaltige Entwicklung von Bedeutung sind.

Diese Analyse beruhte im Modellprojekt GNK NRW auf einem Indikatorenset, dass von der LAG 21 NRW im Auftrag des MUNLV NRW und in Abstimmung mit dem Deutschen Städtetag, dem Städte- und Gemeindebund NRW, dem Landkreistag NRW sowie dem Landesamt für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz, der Bertelsmann Stiftung und dem Statistischen Landesamt NRW (IT.NRW) entwickelt wurde.

Für ein mögliches Folgeprojekt GNK II - bei dem jetzt Ende 2018 von einer Förderung auszugehen ist - wird eine Zusammenführung des **Indikatorenkatalogs der Bertelsmann Stiftung** aus dem Projekt Monitor Nachhaltige Kommune und dem **bisherigen Set der LAG 21 NRW** angestrebt. Die quantitative Analyse im Zuge von GNK NRW kann **zudem über differenzierte spezifische Daten** der dann teilnehmenden Kommunen (u.a. Hagen) qualifiziert werden, sofern die entsprechenden Daten für die kommunale Ebene verfügbar sind.

Zusätzliche werden **quantitative Indikatoren im Zuge der Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie** verwendet. So werden den erarbeiteten operativen Zielen im Optimalfall Indikatoren zugeordnet, um die Zielerreichung möglichst quantitativ überprüfbar zu machen.

Stiller-Ludwig